

# Ermittlungen gegen Dan Gertler

Die US-Staatsanwaltschaft bittet die Schweiz um Rechtshilfe wegen mutmaßlicher Schmiergeldzahlungen im Kongo

**München/Zürich** – Er war eine zentrale Figur der Paradise-Papers-Enthüllungen: Die *Süddeutsche Zeitung* hatte im November zusammen mit anderen internationalen Medien ausführlich beschrieben, wie der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore 2008 und 2009 den israelischen Geschäftsmann Dan Gertler mit der Demokratischen Republik Kongo über Minenlizenzen für große Kupfer- und Kobaltvorkommen verhandeln ließ. Nach der Intervention Gertlers, der mit dem kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila befreundet ist, bekam eine Glencore-Tochterfirma ihre Lizenz etwa viermal billiger als die Konkurrenz; der Kongo verzichtete damit auf etwa 445 Millionen Dollar – mehr als das gesamte damalige Jahresbudget für Bildung. Glencore versicherte im Vorfeld der Paradise-Papers-Veröffentlichungen, der Betrag entspreche dem, was in einem früheren Stadium ausgehandelt worden sei. Dan Gertler bestritt vehement jegliches



Dan Gertler, Investor aus Israel. FOTO: BLOOMBERG

Fehlverhalten und bekräftigte, er halte sich bei all seinen Geschäften weltweit an Recht und Gesetz.

Jetzt aber bestätigt das Schweizerische Bundesamt für Justiz, dass es bereits 2016 ein Rechtshilfeersuchen aus den USA erhalten hat. Dieses betrifft „Dan Gertler

und weitere Personen“. Das Bundesamt hat nach eigener Aussage daraufhin die „Erhebung der Bankunterlagen verschiedener Gesellschaften angeordnet“.

Dank eines Entscheids des Bundesstrafgerichts in dieser Sache ist nun auch erstmals bekannt, dass die USA bereits seit Jahren gegen den Israeli wegen Korruption ermitteln. In seinem Rechtshilfeersuchen an die Schweiz schreibt der US-Staatsanwalt, er habe Beweise gesichert, die zeigten, dass Zahlungen von Gertler in der Demokratischen Republik Kongo auch Bestechungsgelder für hohe Regierungsbeamte enthielten. Im Gegenzug habe Gertler günstige Minenlizenzen erhalten. Diese Zahlungen seien teilweise in Form von Bargeld geflossen, teilweise auch in Form von Luxusgütern und „extravaganter Reisen“. Gertler und andere hätten diese Wohltaaten an drei kongolesische Beamte verteilt. Verschiedene umstrittene Geldflüsse seien auch über die Schweiz gelaufen, so die

US-Ermittler weiter. Sie beschreiben in ihrem Rechtshilfeersuchen zum Beispiel eine verdächtige Zahlung von über 25 Millionen Dollar über eine Bank in Zürich. Nun verlangen die US-Ermittler Einsicht in eine Reihe von Konten. Sie gehören Firmen, die angeblich mit Gertler in Verbindung stehen.

Im Dezember hatte das US-Finanzministerium Gertler bereits auf eine ihrer Sanktionslisten gesetzt. Gertler habe, so die Begründung, Milliarden mit „korrupten Minen- und Öl-Deals im Kongo“ gemacht; er habe „seine enge Freundschaft mit dem kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila genutzt“, um sich „als Mittelsmann für den Verkauf von Minengeschäften zu positionieren“. Ebenfalls auf die Sanktionslisten kamen mehrere Firmen, die mit Gertler in Verbindung stehen.

Der Genfer Anwalt Marc Bonnant, der Gertlers Firmen vertritt, legte Einspruch ein gegen die Herausgabe der Kontodaten,

das Bundesstrafgericht lehnte diesen aber ab: Es gehe hier um schwere Straftaten, schreiben die Richter. Und die Schweiz habe sich verpflichtet, bei Verdacht auf schwere Korruptionsdelikte die breitestmögliche Rechtshilfe zu leisten. Es sei ferner klar, dass es eine Verbindung gebe zwischen den Ermittlungen in den USA und den angeforderten Kontodaten. Das Bundesamt für Justiz bestätigt inzwischen, dass es einen Teil der Bankunterlagen bereits an die US-Behörden übergeben habe.

Berichten der Nachrichtenagentur Bloomberg zufolge ermittelte auch das britische Betrugsdezernat SFO gegen Gertler. Dessen Anwalt Bonnant bestätigte, dass auch das SFO die Schweiz um Rechtshilfe ersucht habe. Nach eigenem Bekunden freut sich Bonnant auf die Auseinandersetzung mit der US-Staatsanwaltschaft: „Die Amerikaner werden keine illegalen Aktivitäten von Herrn Gertler finden können.“

TOBIAS ZICK, OLIVER ZIHLMANN

# Neue Vorwürfe gegen Appleby

Anwaltsbüro im Zentrum der Paradise Papers soll einer Geldwäsche-Bank geholfen haben

**München** – Die Kanzlei Appleby sieht sich neuen schweren Vorwürfen ausgesetzt: Das Anwaltsbüro, das seit Anfang November im Zentrum der Enthüllungen der Paradise Papers steht, hat offenbar auch Dienstleistungen für ein äußerst umstrittenes Geldinstitut erbracht. Die FBME Bank wird von den Vereinigten Staaten unter anderem beschuldigt, Geldwäsche, die Umgehung von Sanktionen, die Finanzierung von Terrorismus und grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen ermöglicht beziehungsweise gefördert zu haben.

Die Paradise Papers, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt worden waren, zeigen, dass die Bank seit 2004 Kunde von Appleby war. Die Anwaltskanzlei verwaltete die Holding-Firma der FBME Bank auf den Kaimaninseln, einer Steueroase in der Karibik. Erst im Dezember 2015 beendete Appleby das Engagement – knapp anderthalb Jahre, nachdem eine Tochterbehörde des US-Finanzministeriums im Juli 2014 erstmals die schweren Anschuldigungen gegen die Bank vorgebracht hatte.

So soll die FBME Bank ein Konto für eine Person mit starken Verbindungen zur libanesischen Terrororganisation Hisbollah geführt haben. Zudem wird dem Kreditinstitut vorgeworfen, durch Briefkastenfirmen dabei geholfen zu haben, dass etwa eine sanktionierte Behörde aus Syrien diese Strafmaßnahmen umgehen und Geldtransaktionen in den USA durchführen konnte. Bei der Behörde handelt es sich um das Scientific Studies and Research Center, das Teil des syrischen Chemiewaffenprogramms sein soll.

## Die FBME Bank wehrt sich gegen die Anschuldigungen. Die Kanzlei äußert sich zunächst gar nicht

Deshalb verhängte die Tochterbehörde des US-Finanzministeriums knapp zwei Jahre nach den ersten Anschuldigungen Ende März 2016 spezielle Strafen gegen die Niederlassung der FBME Bank auf Zypern. Denn das Kreditinstitut hatte sein

Hauptquartier zwar in Tansania aufgeschlagen, operierte aber hauptsächlich auf der Insel im östlichen Mittelmeer. Seitdem ist es US-Banken untersagt, Konten für die FBME oder in ihrem Namen in den Vereinigten Staaten zu eröffnen oder zu führen. Dadurch wurde die Bank vom US-Finanzsystem ausgeschlossen.

Das Kreditinstitut wehrt sich gegen die Anschuldigungen. „Die FBME hat keine Geldwäsche betrieben“, ließ die Bank auf Anfrage des *Guardian* verlauten. Die britische Zeitung ist Recherchepartner der *Süddeutschen Zeitung* bei den Paradise Papers. „Die unerhörten Behauptungen, dass die FBME für Terroristen handelte oder wesentlich für irgendeine sanktionierte Person agierte, sind falsch und gewollt schädigend“, ergänzte ein Sprecher. Appleby wollte sich gegenüber dem *Guardian* dazu nicht äußern. Gleiches gilt für die Firma Estera, die den Geschäftsbereich Offshore-Dienstleistungen 2016 von der Anwaltskanzlei übernommen hat.

MAURITIUS MUCH

Paradise Papers Die Enthüllungen zeigen bereits Folgen

Die rund dreißig Demonstrationen... Die Aktion der globalisierungskritischen Organisation Attac hatte zu tun mit den Enthüllungen der 'Paradise Papers'...

Paradise Papers Die Schattenwelt des großen Geldes

Das Europaparlament hatte schon Ende November 2017 drei Journalisten geladen... Die Europapolitiker, die beliebte nichts schnell erschütterten, fanden deutliche Worte zu dem, was die Süddeutsche Zeitung mit fast 100 Medienpartnern weltweit enthüllt hat...



COLLAGE: BENE SCHUMANN

Aufgeschreckt

Die EU spricht von strengeren Steuergesetzen, ein US-Minister verkauft seltsame Firmenanteile, Behörden von Irland bis Indien ermitteln. Der Rockstar Bono schämt sich, und für Offshore-Paradiese wird es ungemütlicher. Aber das sind nur die ersten Konsequenzen aus dem Anfang November veröffentlichten Recherchen aus der Schattenwelt des großen Geldes

VON KATRIN LANGHANS, HANNES MUNZINGER, MAURITIUS MUCH, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER, NICOLAS RICHTER, RALF WIEGAND, VANESSA WORMER UND TOBIAS ZICK

Die Veröffentlichung der Paradise Papers schlugen weltweit hohe Wellen. Am 6. November, dem Tag nach Erscheinen der ersten Texte, wurde der Begriff 'Paradise Papers' bei der Suchmaschine Google für ein paar Stunden häufiger eingegeben als 'Donald Trump'...

Die Veröffentlichung der Paradise Papers schlugen weltweit hohe Wellen. Am 6. November, dem Tag nach Erscheinen der ersten Texte, wurde der Begriff 'Paradise Papers' bei der Suchmaschine Google für ein paar Stunden häufiger eingegeben als 'Donald Trump'...

In den USA trennte sich Handelsminister Wilbur Ross nach Angaben eines Sprechers von seiner Anteil an der Schiffirma Navigator Holdings. Diese hatte er über eine Kette von Briefkastenfirmen bekommen...

Obersten Rechnungshof und den Generalsekretär des Handelsministeriums zu untersuchen, ob diese Offshore-Geschäfte Interessenkonflikte für Wilbur Ross darstellen. Dem widerspricht der Minister in einem Interview mit Bloomberg News: 'Es gibt keinen Interessenkonflikt'...

Die Regierungen in Vietnam, Litauen, Indonesien, Irland, Griechenland, Neuseeland, Australien, Nigeria und Pakistan begannen mit Steuerermittlungen. Die südkoreanische Steuerbehörde prüft 37 Bürger und Firmen, die indischen Behörden schickten die Vorladungen an die ersten 20 Indier, die in den Paradise Papers auftauchen.

Wenige Tage nach den Enthüllungen haben die EU-Finanzminister eine schwarze Liste erstellt, auf der sich 17 Steuerparadiese befinden - darunter Panama oder Barbados. Diese unternehmen nicht und gegen Steuerhelfer vorzugehen. Durch die Liste will die EU diese Staaten zu mehr Steuertransparenz und zum Austausch von Informationen bewegen...

schliffen, bis dort weder die USA, die den weltweiten Informationsaustausch blockieren, noch die britischen Überseegebiete draufstehen', sagt der Abgeordnete der Linkspartei. Seit Oktober sitzt er für die Partei im Deutschen Bundestag, davor war er drei Jahre im EU-Parlament und Vizereisender des Panama-Untersuchungsausschusses...

Der deutsche Justizminister Heiko Maas (SPD) verlangt im Zuge der Paradise Papers transparente Steuerregeln in der EU: 'Nur so können wir auch weltweit glaubwürdig für mehr Steuergerechtigkeit eintreten'. Zudem sei es eine Frage der Gerechtigkeit, dass etwa auch Internatengiganten auf ihre riesigen Milliardengewinne in Europa künftig angemessene Steuern entrichten müssten...

zeit wegen der noch offenen Regierungsbildung eingesetzt ist.

In Bayern forderte die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Auskunft zu erteilen, ob es notwendig ist, im Steuerfall Engelhorn erneut Ermittlungen aufzunehmen. Die beiden Töchter des Pharmamilliardärs Curt Engelhorn hatten 2016 zugegeben, 145 Millionen Euro an Schenkungssteuer hinterzogen zu haben...

Der kolumbianische Präsident José Manuel Santos war laut den Paradise Papers Direktor von zwei Firmen, die in der Steueroase Barbados in der Karibik registriert waren. Infolge der Enthüllungen veröffentlichte der Präsident seine Einkommenssteuererklärungen für die Jahre 2015 und 2016 - zu diesem Zeitpunkt war er aber schon nicht mehr Direktor der Barbados-Firmen.

Sechs Abgeordnete der Opposition in Argentiniens Parlament haben Finanzminister Luis Caputo angezeigt und verklagt, weil er zwei Investment-Fonds auf den Kaimaninseln besaß und nicht angegeben hatte, als er Minister wurde. Zudem forderte die Opposition seinen Rücktritt.

Der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım und seine Familie verklagten die türkische Zeitung Cumhuriyet, Recherchepartner der SZ bei den Paradise Papers, umgerechnet 110.000 Euro Schmerzensgeld. Die Zeitung habe die Persönlichkeitsrechte zweier Yıldırım-Söhne verletzt und sie beleidigt. Cumhuriyet hatte berichtet, dass die Söhne zwei Briefkastenfirmen in Malta genutzt hätten, um hohe türkische Steuern zu vermeiden. Zudem habe ein

Sohn über eine dieser Firmen einen staatlichen Sieben-Millionen-Dollar-Auftrag erhalten. Die Oppositionsparteien forderten den Rücktritt Yıldırms sowie eine Untersuchung des türkischen Parlaments. Die Regierungspartei AKP wies das mit ihrer Mehrheit ab.

In Frankreich sagte ein Anwalt des französischen Regisseurs Jean-Jacques Annaud nach Veröffentlichung der Paradise Papers: 'Herr Annaud ist ein guter Cineast, aber kein exzellenter Fiskus'. Laut den weltweiten Enthüllungen hat der 74-Jährige, der Filme wie 'Der Name der Rose' mit Sean Connery und 'Sieben Jahre in Tibet' mit Brad Pitt drehte, zwischen Januar 1,2 Millionen Euro in einem Trust versteckt. Das Geld stammte aus dem Honorar für 'Sieben Jahre in Tibet'. Nachdem er von der Zeitung Le Monde und Radio France, Recherchepartner der SZ bei den Paradise Papers, um einen Kommentar gebeten worden sei, habe er noch vor Veröffentlichung im Oktober die Existenz dieses Trusts den französischen Steuerbehörden gemeldet.

Der aktuelle Regierungschef der Bermudas, David Burt, verteidigt derzeit die Steuergesetze seines Landes: 'Man kann Geld nicht in Bermuda verstecken, weil jede internationale Steuerbehörde Anfragen stellen und diese Information herausfinden kann'.

'Die Panama Papers sind Fake News', sagte Anthony Travers, Chef der Börse der Kaimaninseln in einem Fernsehinterview mit der BBC in Bezugnahme auf die Paradise Papers. 'Diese Journalisten sollten im Gefängnis sein.' Die Inselgruppe in der Karibik gibt als eine notorische Steueroase.

Nach der Veröffentlichung der Paradise Papers kündigte das niederländische Finanzministerium an, 4000 Steuervereinbarungen zu überprüfen, die zwischen 2012 und 2016 mit ausländischen Großkonzernen getroffen wurden. Die Niederlande stehen stark in der Kritik, weil sie Steuer-Deals

mit dem Sportartikelhersteller Nike oder dem Konsumgüter-Unternehmen Procter & Gamble abgeschlossen hatten, wodurch die multinationalen Unternehmen Milliarden sparten. Nike selbst geriet wegen seiner Praktiken zur Steuervermeidung in seiner Heimat, den USA, unter Druck. Gewerkschaftsvertreter forderten eine neue Steuerpolitik des Konzerns.

Schon ehe die Enthüllungen der Paradise Papers begannen, reagierte die Regierung der Isle of Man auf die zahlreichen Anfragen der Reporter, die an den Enthüllungen beteiligt waren. Die Isle of Man lud Ende Oktober das britische Finanzministerium ein, mehr als 200 Flugzeugimporte über die Insel in der Irischen See in die Europäische Union zu überprüfen. Durch diesen Trick ließ sich die Mehrwertsteuer umgehen. Dadurch entgingen den EU-Staaten ungernechnet knapp 900 Millionen Euro an Steuern.

In Großbritannien äußerte sich Oppositionsführer Jeremy Corbyn von der Labour Party bereits kurz nach Veröffentlichung der Enthüllungen. Jeder, der Geld zur Steuervermeidung offshore halte, sollte sich nicht nur dafür entschuldigen, sondern auch erkennen, was das in unserer Gesellschaft anrichtet'. Anfang Dezember legte Corbyn bei einer Rede im Hauptquartier der Vereinten Nationen in Genf nach: 'Wie die Paradise und die Panama Papers gezeigt haben, kann man nicht darauf vertrauen, dass Superreiche und Mächtige sich selbst reglementieren.'

Sänger Bono von der irischen Rock-Band U2 war Miteigentümer einer Briefkastenfirma auf der Kaimaninsel Guernsey und investierte mit ihrer Hilfe in ein Einkaufszentrum in Litauen. Nachdem dies Anfang November öffentlich bekannt geworden war, gab sich der Frontmann kleinlaut: 'Ich wäre höchst beunruhigt, wenn in meinem Namen etwas gemacht wurde, was nicht vorbildlich gewesen wäre'. Außerdem begrüßte er die Presseveröffentlichung der Paradise Papers. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung bekräftigte Bono Mitte Dezember: 'Ich nehme diese Anschuldigungen wahnwitzig ernst. Das betrifft mich und alles, wofür ich stehe, im tiefsten Inneren'. Derzeit ermittelt die litauische Steuerbehörde, auf den irischen Rockstar könnte ein Verfahren zukommen.

Nur wenige Wochen nach den Veröffentlichungen der Paradise Papers hat die US-Regierung den israelischen Geschäftsmann Dan Gertler und etliche seiner Firmen mit Sanktionen belegt - unter anderem wegen 'korrupter Bergbau- und Ölgeschäfte', wie es in der Begründung heißt. Dadurch sind seine Güter eingefroren, zudem dürfen US-Bürger keine Geschäfte mehr mit ihm machen. Wie die Paradise Papers belegen, hatte Gertler für den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore mit der Demokratischen Republik Kongo über Mineralzonen verhandelt. Nach Gertlers Intervention erhielt die Glencore-Tochterfirma Katanga Mining eine Mineralzonenvermietungs-billiger als die Konkurrenz und sparte Hunderte Millionen Dollar. Glencore hatte nach den Paradise-Papers-Enthüllungen drei Aufsichtsräte von Katanga Mining ausgetauscht. Schon vor einiger Zeit hat die kanadische Börsenaufsicht Ermittlungen gegen Katanga Mining eingeleitet. In der Schweiz hat die Netzregierungsorganisation Public Eye Mitte Dezember Strafanzeige gegen Glencore bei der Bundesanwaltschaft in Bern gestellt. Diese sollte die Frage klären, ob das Unternehmen seiner Pflicht zur Verhinderung illegaler Verhaltensweisen nachgekommen ist.

Die Anwaltskanzlei Appleby, die im Zentrum der Paradise-Papers-Enthüllungen steht, ließ nach den Veröffentlichungen verlauten: Man habe 'sorgfältig und energisch die Vorwürfe untersucht, und wir sind überzeugt, dass es keinerlei Beweis für irgendein Fehlverhalten gibt'. Zudem leitete man gegen die britischen Recherchepartner der SZ, Guardian und BBC, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen den Schiedensatz und Herausgabe der gelesenen 6,8 Millionen Dokumente der Kanzlei. So wolle die BBC als die Guardian wollen sich gegen das Verfahren kraftvoll zur Wehr setzen. Gerard Ryle, Direktor des Internationalen Konsortiums investigativer Journalisten (ICIJ), mit dem die SZ die Daten der Paradise Papers geteilt hat, bezeichnet das Verfahren als 'einen potenziell gefährlichen Moment für die freie Meinungsäußerung in Großbritannien'.

Der ehemalige Premierminister der Bermudas, Michael Dankley, glaubt nicht, dass Appleby die Enthüllungen überleben wird, wie er auf Facebook schrieb: 'Er nehme an, dass die Kanzlei, keine lebensfähige Firma' mehr sein werde.

Der US-Wirtschaftsbeobachter Joseph Stiglitz erklärte in einer Rede in Johannesburg, Projekte wie die Panama Papers und Paradise Papers seien vorbildlicher und notwendiger Investigativjournalismus. Es gäbe, vom wirtschaftlichen Nutzen her, 'keinen Grund für die Existenz dieser Offshore-Paradiese'.

# „Korrumperte Deals“

Die US-Regierung verhängt Sanktionen gegen Dan Gertler, eine zentrale Figur in den Paradise Papers

**München** – Als der israelische Diamantenhändler Dan Gertler Ende der 1990er-Jahre in der Demokratischen Republik Kongo ankam, war gerade das jahrzehntelange Plünderungsregime des Diktators Joseph Mobutu zusammengebrochen. Viele Menschen in dem verarmten Land schöpften Hoffnung, dass sie nun endlich von dem Reichtum ihrer Böden, von den gigantischen Vorkommen an Gold, Diamanten, Kupfer und Uran profitieren würden. Doch die Hoffnung verwelkte so schnell, wie sie aufgeblüht war.

Der neue Präsident, Laurent-Désiré Kabila, erwies sich als seinem Vorgänger durchaus ebenbürtig, was autokratische Tendenzen angeht. Als eine Rebellenarmee, unterstützt von Nachbarländern, ihn stürzen wollte, klammerte er sich mit Hilfe eigener Milizen und anderer afrikanischer Regierungen an die Macht; der Krieg um Kabilas Machterhalt sollte später als „Afrikas Weltkrieg“ in die Geschichte eingehen, laut Schätzungen starben darin mehr als drei Millionen Menschen. Kabila brauchte viel Geld, um seine Truppen zu fi-

nanzieren. Recherchen der Vereinten Nationen zufolge gab er dem jungen Geschäftsmann Gertler ein Monopol auf alle Diamanten im Land, im Gegenzug sollte dieser „schnelles und frisches Geld“ für Waffenkäufe beschaffen. Es war der



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Beginn einer perfekten Symbiose zwischen Gertler, über den die SZ im Rahmen der Paradise Papers ausführlich berichtete, und der kongolesischen Machtelite.

Diese Beziehung hat Gertler nun ins Visier der US-Behörden gebracht: Am Donnerstag setzte das amerikanische Finanzministerium ihn auf eine Sanktionsliste, zusammen mit einem Verbündeten sowie mehreren Firmen, die mit ihm in Verbindung stehen und die teilweise in den Para-

dise Papers und Panama Papers auftauchen. Gertler habe Milliarden mit „korrumperten Minen- und Öl-Deals im Kongo“ gemacht, schreibt das Ministerium; er habe „seine enge Freundschaft mit dem kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila genutzt“ (dem Sohn und Amtsnachfolger des 2001 getöteten Laurent Kabila), um sich „als Mittelsmann für den Verkauf von Minengeschäften zu positionieren.“

Um mit dem Kongo Geschäfte zu machen, hätten demnach einige multinationale Unternehmen mit Gertler verhandeln müssen. Allein zwischen 2010 und 2012 seien dem Kongo, einem der ärmsten Länder der Welt, aufgrund von Gertlers Geschäften mehr als 1,36 Milliarden Dollar entgangen. 2013 habe er etwa der kongolesischen Regierung die Rechte an einem Ölabbaugebiet für 150 Millionen Dollar verkauft, die er selbst für nur 500 000 Dollar gekauft hat – und zwar vom kongolesischen Staat.

Unter den Sanktionen dürfen US-Bürger nur noch mit Sondergenehmigung Geschäfte mit Gertler machen. Etwaiges Vermögen in den USA wird sofort eingefroren.

Im Rahmen der Paradise-Papers-Enthüllungen hatte die *Süddeutsche Zeitung* zusammen mit anderen internationalen Medien aufgezeigt, wie der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore in den Jahren 2008 und 2009 Dan Gertler beauftragt hatte, mit der Demokratischen Republik Kongo über Minenlizenzen für große Kupfer- und Kobalt-Vorkommen zu verhandeln. Nach Gertlers Intervention bekam die Glencore-Tochterfirma Katanga Mining ihre Lizenz etwa viermal billiger als die Konkurrenz; der Kongo verzichtete auf etwa 445 Millionen Dollar, mehr als den Gegenwert des kongolesischen Jahresbudgets für Bildung im Jahr 2009.

Glencore hat seinem damaligen Geschäftspartner Gertler seit 2007 Darlehen im Wert von mehreren Hundert Millionen Dollar gewährt. Im Februar 2017 kaufte der Schweizer Konzern ihm seine Anteile an den bis dato gemeinsamen Minen im Kongo ab – Gertler behielt jedoch Ansprüche auf weitere Lizenzgebühren auf die gefördert Rohstoffe. Diese Zahlungen sind laut SZ-Informationen nun zumindest vor-

erst gestoppt. Glencore erklärte dazu lediglich, das Unternehmen „hält sich an geltende Sanktionen.“

Dan Gertler, der im Vorfeld der Paradise-Papers-Veröffentlichungen vehement jegliches Fehlverhalten bestritten hatte und bekräftigte, sich bei all seinen Geschäften weltweit an Recht und Gesetz zu halten, wollte jetzt auf SZ-Anfrage die US-Sanktionen nicht kommentieren.

Glencore hatte nach den Paradise-Papers-Enthüllungen drei Aufsichtsräte von Katanga Mining ausgetauscht und musste einräumen, dass die kanadische Börsenaufsicht Ermittlungen gegen Katanga aufgenommen hat. Anfang dieser Woche hat die Nichtregierungsorganisation Public Eye Glencore bei der Schweizer Bundesanwaltschaft angezeigt. Es gebe „genügend Indizien, um eine Untersuchung zu eröffnen“, erklärte die Organisation auch mit Verweis auch die Paradise Papers. Sollte die Bundesanwaltschaft tatsächlich Ermittlungen aufnehmen, dürfte darin auch Gertler eine gewichtige Rolle spielen.

FREDERIK OBERMAIER, TOBIAS ZICK

# Gefährlicher Schritt

Paradise Papers: Steuerkanzlei geht gegen britische Medien vor

Die Empörung war groß, als Anfang November zahlreiche Medien über legale und illegale Offshore-Geschäfte berichteten – etwa wie Apple oder Nike Milliarden an Steuern vermeiden, oder auch über die fragwürdigen Geldanlagen Prominenter, von der englischen Queen bis hin zu Rockmusiker Bono. 96 Verlage und Sender aus 67 Ländern hatten sich, koordiniert vom International Consortium for Investigative Journalists (ICIJ), an der Recherche beteiligt, darunter auch *Guardian*, BBC, *New York Times* oder *Le Monde*. Die Paradise Papers erwiesen sich schon nach wenigen Wochen als folgenreich, es laufen Ermittlungen in etlichen Ländern, EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici forderte Gesetzesänderungen, damit „Vampire“ nicht weiter Steuern vermeiden könnten.

## Die Bedrohung könnte sich nicht nur gegen die Medien richten

Der Großteil der veröffentlichten Geschichten hatte seinen Ursprung in den internen Kundendaten der internationalen Steuerkanzlei Appleby, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt worden waren. Die Kanzlei geht nun juristisch gegen den *Guardian* und die BBC vor.

Appleby bestreitet, dass es öffentliches Interesse an einer Berichterstattung gebe und klagt nun gegen beide britische Medien auf Herausgabe der Dokumente sowie auf Schadenersatz. Die Kanzlei erklärte, sie sei „verpflichtet, juristische Schritte zu ergreifen“, um ihrer Verantwortung für ihre Kunden gerecht zu werden. Diese seien Opfer „einer kriminellen Handlung“; man müsse herausfinden, „welche ihrer – und unserer – Dokumente entwendet wurden“.

Dass Appleby sich als betroffene Firma gegen unliebsame Berichterstattung wehrt, ist üblich und Routine. Der Versuch aber, gerichtlich die Herausgabe der Paradise Papers zu erwirken, stellt eine Bedrohung dar, die sich möglicherweise nicht nur gegen die Medienhäuser richtet, sondern auch gegen die Quelle der Paradise Papers. Es ist kaum auszuschließen, dass sich in einem dieser Dokumente eine Spur zur Quelle oder den Quellen finden lässt, was diese in Gefahr bringen könnte. Unter anderem aus diesen Gründen gibt die SZ derartige Dokumente nie an Dritte, etwa Staatsanwaltschaften oder die Polizei.

Ein Sprecher der BBC erklärte, „die BBC werde ihre Rolle und ihr Verhalten im Paradise-Papers-Projekt eindringlich verteidigen“. Der Wahrheitsgehalt der veröffentlichten Artikel werde in der Klage nicht bestritten, betonte ein Sprecher des *Guardian*, stattdessen sei die Klage „ein Versuch, unseren verantwortlichen und dem öffentlichen Interesse verpflichteten Journalismus zu untergraben“. BBC und *Guardian* sind die einzigen Medien der internationalen Kooperation, gegen die Appleby bislang vorgeht. **BASTIAN OBERMAYER**

# Geschäft im Kongo, Anzeige in der Schweiz

Weil der Rohstoffkonzern Glencore Schürfrechte für auffällig wenig Geld erhielt, wollen Menschenrechtler ihn verklagen

**München** – Mit 445 Millionen Dollar könnte man viel ausrichten in der Demokratischen Republik Kongo, dem Land im Herzen Afrikas, das zu den ärmsten der Welt gehört – obwohl seine Böden geradezu strotzen vor Rohstoffen wie Diamanten, Gold, Zinn, Kupfer und Kobalt. Letzteres, ein seltenes Metall, ist im Preis auf dem Weltmarkt in den vergangenen zwei Jahren um das Dreifache gestiegen. Kobalt ist heiß begehrte Zutat von Akkus für Smartphones und Elektroautos. Und mehr als die Hälfte der globalen Nachschubs an Kobalt kommt zurzeit aus dem Kongo.



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Doch der ist nicht nur eines der rohstoffreichsten, sondern auch eines der korruptesten Länder der Welt. Bei der Mehrheit der Kongolesen kommt von dem Reichtum fast nichts an. Nicht einmal jeder Zweite hat Zugang zu sauberem Trinkwasser, jedes siebte Kind stirbt vor seinem fünften Geburtstag.

445 Millionen Dollar, das entsprach 2009 in etwa dem gesamten kongolesischen Jahresbudget für Bildung. Und es ist eine Summe, auf die damals das Land in einem einzigen, höchst zweifelhaften Rohstoff-Deal verzichtete. Die *Süddeutsche Zeitung* und andere internationale Medien hatten Anfang November im Rahmen der Paradise Papers-Enthüllungen ausführlich über diesen Deal berichtet: Demnach rang die Bergbaufirma Katanga Mining, die heute mehrheitlich dem Schweizer Konzern Glencore gehört, in den Jahren 2008

und 2009 mit dem staatlichen kongolesischen Bergbauunternehmen um die Höhe der Gebühren für den Zugriff auf große Kupfer- und Kobaltvorkommen im Süden des Landes. Die Verhandlungsführer auf kongolesischer Seite forderten für die Lizenzen zwischenzeitlich 585 Millionen Dollar – das war den Katanga-Aufsichtsräten zu teuer. Sie schalteten den israelischen Geschäftsmann Dan Gertler ein, der schon seit Jahren dem Präsidenten des Landes persönlich nahestand. Die Vereinten Nationen nannten Gertlers Geschäfte bereits 2001 einen „Albtraum“ für den Kongo. Die Katanga-Aufsichtsräte, einschließlich des Vertreters des Anteilseigners Glencore, beauftragten Gertler, mit den Behörden zu verhandeln. Am Ende waren die Lizenzen

fast um den Faktor vier billiger, auch im Vergleich zu dem, was die meisten Konkurrenten damals in ähnlichen Deals bezahlen mussten: Die kongolesische Bergbaugesellschaft unterschrieb den Vertrag, nach dem sie anstelle der von ihr erst geforderten 585 Millionen nur 140 Millionen Dollar bekäme. Gertler bestreitet, gegen Gesetze verstoßen zu haben; Glencore versicherte, der Betrag entspreche dem, was in einem früheren Stadium ausgehandelt wurde.

Im November verkündete der Konzern, dass die kanadische Börsenaufsicht gegen die Tochterfirma Katanga ermittelt, weil diese womöglich Korruptionsrisiken im Kongo nicht offengelegt habe. Jetzt gerät Glencore auch in der Schweiz unter Druck: Die Nichtregierungsorganisation Public

Eye hat am Dienstag bei der Bundesanwaltschaft in Bern Strafanzeige gestellt. Es gebe „genügend Indizien, um eine Untersuchung zu eröffnen“, erklärte die Organisation und verwies auch auf die Paradise Papers. Die Bundesanwaltschaft müsse „die Frage klären, ob Glencore seiner Pflicht zur Verhinderung illegaler Verhaltensweisen nachgekommen ist“. Die Behörde bestätigte den Eingang der Anzeige, Glencore wollte sich am Dienstag nicht äußern.

Ob die Bundesanwaltschaft tatsächlich Ermittlungen aufnimmt, ist noch offen. David Zollinger, Ex-Staatsanwalt und Experte für Wirtschaftskriminalität, sagt: „Selbst wenn man einen Gerichtsstand in der Schweiz hat, wird ein Bundesanwalt nur gegen eine verdächtige Firma vorgehen, wenn es einen genügenden Anfangsverdacht für eine strafbare Handlung gibt.“ Zur Beschaffung der Beweismittel brauche es „auch Rechtshilfe aus dem Land, in dem angeblich bestochen wurde. Das ist meistens viel einfacher, wenn eine neue Regierung an der Macht ist.“

Doch ein Regierungswechsel im Kongo ist nicht in Sicht – auch wenn er laut Verfassung längst überfällig wäre: Die Amtszeit von Präsident Joseph Kabila endete vor einem Jahr; Neuwahlen, bei denen er nicht erneut antreten dürfte, verschieben die Behörden mit immer neuen fadenscheinigen Begründungen, Proteste werden gewaltlos niedergeschlagen. Kabila hat auch wirtschaftlich viel zu verlieren: Er und seine Familie sind laut Berichten inzwischen an mehr als 80 Unternehmen beteiligt – Farmen, Banken, Hotels, Minen. Sollten sich Schweizer Behörden verstärkt für Deals unter Kabilas Führung interessieren, könnte ihm das zusätzlich Grund geben, sich an die Macht zu klammern.

**FREDERIK OBERMAIER, TOBIAS ZICK, OLIVER ZIHLMANN**



*Unterirdischer Reichtum: eine Glencore-Mine im Kongo. Einige der Kupfer- und Kobaltlizenzen erhielt der Konzern ungewöhnlich günstig.*

FOTO: S. DAWSON/BLOOMBERG

# „Irreführende Angaben“

## Kanadas Börsenaufsicht untersucht Kongo-Geschäfte des Rohstoffkonzerns Glencore

**München** – Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore gerät im Zusammenhang mit seinen Geschäften in der Demokratischen Republik Kongo zunehmend unter Druck. Wie das Unternehmen selbst bestätigt, ermittelt die kanadische Börsenaufsicht gegen die in Kanada gelistete Firma Katanga Mining, die mehrheitlich Glencore gehört und in dem afrikanischen Land Kupfer und Kobalt abbaut. Bei den Ermittlungen geht es dem Unternehmen zufolge um den Verdacht, dass „irreführende“ Angaben in Jahresberichten gemacht worden seien und dass einzelne Direktoren und leitende Angestellte gegen Grundsätze der Unternehmensführung verstoßen hätten. Zudem bestätigt Glencore, dass die kanadischen Behörden prüfen, ob die Tochterfirma Katanga Mining sich an ihre Offenlegungspflichten in Bezug auf Korruptionsrisiken gehalten habe.

Vergangene Woche hatte Glencore drei Aufsichtsräte von Katanga Mining ausgewechselt. Neben zwei weiteren Vertretern des Schweizer Konzerns erklärte Aristotelis Mistakidis, Chef der Glencore-Kupfersparte und langjähriger Weggefährte des Konzernchefs Ivan Glasenberg, seinen Rücktritt aus dem Katanga-Aufsichtsrat. Zur Begründung der Personalrochade erklärte das Unternehmen, eine interne Prüfung habe Unregelmäßigkeiten in der Buchhaltung offenbart. Auslöser für die Prüfung seien die Ermittlungen der kanadischen Behörden gewesen.

Im Juli hatte das *Wall Street Journal* unter Berufung auf Insider berichtet, dass die

kanadische Börsenaufsicht Millionenzahlungen an eine Firma des israelischen Geschäftsmann Dan Gertler untersuche. Dabei handelte es sich um Abgaben, die Katanga Mining eigentlich an das staatliche Bergbau-Unternehmen Gécamines hätte zahlen müssen; stattdessen floss das Geld an eine Gertler-Firma auf den Cayman-Inseln. Glencore erklärte, dies sei auf Anweisung von Gécamines geschehen.



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Die gemeinsamen Geschäfte von Glencore und Dan Gertler, einem engen Freund des kongolesischen Präsidenten, waren auch Gegenstand der „Paradise Papers“-Veröffentlichungen Anfang November. Die Dokumente, die die *Süddeutsche Zeitung* zusammen mit anderen internationalen Medien ausgewertet hat, zeigen, wie sich das Schweizer Unternehmen den Zugriff auf Kupfer- und Kobaltvorkommen im Kongo mit Hilfe des umstrittenen israelischen Geschäftsmanns zu besonders günstigen Konditionen gesichert hat. In den Jahren 2008 und 2009 rangen Katanga Mining und die kongolesische Gécamines in monatelangen Verhandlungen um die Höhe von Gebühren für Minenlizenzen. Die kongolesische Seite forderte für

die Katanga-Lizenzen zwischenzeitlich 585 Millionen Dollar. Der Aufsichtsrat von Katanga Mining rief Gertler persönlich zu Hilfe, um mit den Behörden des Landes zu verhandeln. Am Ende unterschrieb die kongolesische Bergbaugesellschaft einen Vertrag, wonach sie anstelle der geforderten 585 Millionen Dollar nur 140 Millionen US-Dollar bekäme. Das Land, eines der ärmsten der Welt, verzichtete auf den Gegenwert seines Jahresbudgets für Bildung.

Der prominente Schweizer Rechtswissenschaftler und Korruptionsexperte Mark Pieth kam nach Prüfung des Vorgangs zu dem Ergebnis, dass Glencore die Geschäftsbeziehung zu dem umstrittenen Unternehmer Gertler hätte stoppen müssen: „Das Management von Glencore hat entweder keine konsequente Prüfung ihres Geschäftspartners gemacht, oder sie wussten, dass es ein Korruptionsrisiko gab, und sie haben es in Kauf genommen.“ Dan Gertler ließ dazu mitteilen, alle seine Geschäfte seien absolut gesetzeskonform abgelaufen; jegliche Korruptionsvorwürfe wies er scharf zurück. Glencore erklärte, der Betrag von 140 Millionen Dollar sei „im Wesentlichen korrekt“ und entspreche früheren Verhandlungen mit Gécamines.

Ein genauerer Blick in die Verträge von Gécamines aber zeigt, dass ein großer Teil des umstrittenen Preisnachlasses nur dadurch zustande kam, dass der Kongo fast die Hälfte der Lizenzen für einen äußerst günstigen Preis abgab. Ein Teil der Katanga-Konzession nämlich, eine riesige Kupfergrube mit dem Namen KOV, war gemessen an den Preisen, die der Kongo zu der Zeit sonst für seine Lizenzen verlangte, allein 240 Millionen Dollar wert. Doch die Katanga-Aufsichtsräte, darunter der Glencore-Mann Aristotelis Mistakidis, riefen den

### Die Lizenzen für die Minen im Kongo waren ungewöhnlich günstig

Präsidenten-Freund Gertler zu Hilfe; wenig später gab sich der Kongo mit fünf Millionen anstelle der 240 Millionen Dollar zufrieden. Weder Glencore noch Gécamines äußerten sich zu der Frage, warum die Lizenzen derart billig vergeben wurden. Gertler sagt, es habe keine Bevorzugung von Katanga gegeben; es handle sich um marktübliche Bedingungen.

Elisabeth Caesens, Bergbau-Expertin der belgischen Nichtregierungsorganisation Resource Matters, hat die Deals ausführlich analysiert und kommt zu einem anderen Schluss: Der Preis, den Glencore und Gertler aushandelten, war demnach „fünfundzig mal niedriger als die Preise, die der Kongo zu jener Zeit von fast allen anderen ausländischen Minenfirmen verlangte“.

TOBIAS ZICK, OLIVER ZIHLMANN



Der Schweizer Konzern Glencore hat sich in vielen afrikanischen Staaten den Zugriff auf Rohstoffvorkommen gesichert. Gab es dabei auch Bestechung? FOTO: GETTY

## Paradise Papers

### Paradiese der Reichen

**INVESTIGATIVE RECHERCH** Die SZ öffnet mit den Paradise Papers einen Blick in die Welt des globalisierten Geldes. Auch Großkonzerne wie Apple und Nike drücken schamlos ihre Steuerlast – mitten in Europa.

Das Investigativ-Team der Süddeutschen Zeitung bestand für das Paradise-Papers-Projekt aus Elisabeth Gamperl, Katrin Langhans, Mauritius Much, Hannes Munzinger, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Nicolas Richter, Ralf Wiegand, Vanessa Wormer und Tobias Zick. Ferner arbeiteten Dutzende Kolleginnen und Kollegen in der Redaktion mit, redigierten und prüften Texte, erstellten Grafiken, Illustrationen, Videos und Podcasts. Unter dem Dach des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) waren mehr als 380 Journalistinnen und Journalisten von 96 Medien aus 67 Ländern an den Recherchen beteiligt.

Die Isle of Man ist ein stiller Felsen in der Irischen See mit einem großen Dorf als Hauptstadt. Etwas mehr als 80 000 Menschen leben hier, die meisten davon in Douglas, dessen historische Fassaden sich vertrauensvoll an eine weit geschwungene Bucht schmiegen. Die alte Eisenbahn zuckelt von hier los und kutschiert Touristen über die Insel, geduldige Pferde ziehen die nostalgische Straßenbahn die Promenade auf und ab. Es ist ein Stückchen Europa abseits der Trampelpfade. Unter dem Radar. Und das macht es spannend. Die Isle of Man ist nämlich auch ein weitgehend unbeobachteter Ort der ganz großen Geschäfte, der Finanzindustrie, deren Vertreter hier fast alle eine Niederlassung haben – Unternehmensberatungen, Banken, Versicherungen. Der Felsen mit seinen sanften Hügeln, der Eisenbahn und den wenigen Menschen ist so etwas wie das Lummerland unter den Steuerparadiesen. Als die Süddeutsche Zeitung in

Zusammenarbeit mit fast 400 Journalisten in aller Welt am Abend des 5. November die ersten Geschichten aus den Paradise Papers veröffentlichte, war auch auf der Isle of Man die Anspannung groß. Natürlich hatten die Herrscher über dieses in weiten Teilen autonome Krongebiet der britischen Monarchie mitbekommen, dass sich die Anfragen von Journalisten gehäuft hatten. Es sollte ein Datenleck gegeben haben, in einer Steueroase, in einer Kanzlei, wurde geraunt. Kamerateams waren über die Insel gezogen, Reporter besichtigten die Registrierstelle für Firmen oder das Finanzzentrum in der Hauptstadt. Howard Quayle, als First Minister Chef der Inselregierung, hatte bereits Angriffe vom Festland abzuwehren, bevor die erste Zeile der Paradise-Berichte überhaupt gedruckt war. Plötzlich wurde über einen Mehrwertsteuertrick geredet, den die Insel schon seit zehn Jahren anbietet wie ein besonderes Fischgericht in einem der kleinen Restaurants im Hafen von Douglas. Über die Isle of Man lassen sich zum Beispiel teure Jets in die Europäische Union importieren, ohne dass dafür Mehrwertsteuer anfallen muss – und das, obwohl die Isle of Man selbst gar kein Mitgliedsland in der EU

ist, sondern nur über ein Zollabkommen mit ihr verbunden. Quayle, der sein kleines Reich auf keinen Fall als Steuerparadies bezeichnet wissen will, sondern als „steuereffizient“, lud den britischen Finanzminister ein, die Geschäfte auf der Isle of Man zu überprüfen. Die Briten hatten zuvor wissen lassen, sie seien not amused.

Rund 900 Millionen Euro nicht erhobener Mehrwertsteuer in 231 Fällen der letzten zehn Jahre, das ist allein die Bilanz dieses Flugzeugtricks. Der Insel-Zoll hat das, ohne Scham, öffentlich mitgeteilt. Alle Fälle, in denen die Befreiung von der Mehrwertsteuer beantragt worden sei, seien auch genehmigt worden. Prominentester Profiteur bisher ist der Formel-1-Weltmeister Lewis Hamilton. Die Paradise Papers bezeichnen Daten aus zwei Kanzleien und 19 Firmenregistern aus Steueroasen weltweit, insgesamt 13,4 Millionen Dateien, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt worden sind. Ähnlich wie bei den Panama Papers, die im April 2016 veröffentlicht worden waren, teilte die SZ den Zugang zu dem Material mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) in Washington. Die dort angebundener Journalisten wiederum tauschten im Gegenzug alle Recherche-Ergebnisse untereinander, arbeiteten über die Grenzen von Ländern und Kontinenten zusammen. So konnte ein dezidiertes, zum Teil die halbe Welt umspannendes Organigramm des enthemmten, globalisierten Geldes dargestellt werden. So ist Bono, der sozial engagierte Frontsänger der Rockband U2, nach eigenem Bekunden ohne sein Wissen über ein Steuersparmodell an einem litauischen Einkaufszentrum beteiligt. Eine berühmte Hollywood-Schauspielerin gehört zu jenen britischen Investoren, die ihr Geld in einem Immobilienfonds angelegt haben, der wiederum indirekt die Preise auf dem Berliner Wohnungsmarkt nach oben treibt. Und über dem Buckingham Palace steigt ein Ballon mit Geld auf, fliegt über die Kaimaninseln bis in die USA und zurück nach Großbritannien, wo das Vermögen der Queen hilft, armen Engländern überteuerte Haushaltsgeräte anzudrehen. Verrückte Welt.

Das ist das eine, was die Paradise Papers, in deren Mittelpunkt ein Datenleck bei der weltweit agierenden Kanzlei Appleby steht, eindrucksvoll zeigen: was passiert, wenn ein Vermögen per Autopilot um die Welt fliegt und sich alle darauf verlassen, dass die Route schon stimmen wird. Und die Paradise Papers zeigen auch, wie große Konzerne systematisch ihre Steuerlast drücken und dabei zwar wohl legal, aber doch so dreist vorgehen, dass einem der Atem stocken kann. Bestes Beispiel dafür ist die E-Mail einer Anwaltskanzlei im Auftrag von Apple, gerichtet an die

Kollegen und Offshore-Experten von Appleby. Der iPhone-, iPad- und iMac-Erfinder hatte sich auf die Suche nach einem ganz bestimmten iLand gemacht, einer neuen Heimat. Es geht darum, ob Apple neue Geschäftssitze in Steueroasen gründen soll, weil sich andernorts – in diesem Fall: Irland – die Regeln verändert hatten. Und jetzt? Umzug auf die Britischen Jungferninseln, auf die Kaimaninseln, auf die Isle of Man oder eine der Kanalinseln Guernsey und Jersey? Das will wohlüberlegt sein. Und so käme es dem Weltkonzern sehr gelegen, wenn sich vorher ein paar Fragen klären ließen. Die sind in einem Fragebogen zusammengefasst, in dem die Apple-Anwälte bei Appleby vorführen: „Ist es möglich, eine offizielle Bestätigung der Steuerbefreiung zu bekommen, und kostet das etwas?“ – „Müssen Geschäftsberichte veröffentlicht werden?“ – „Welche Informationen sind öffentlich einsehbar?“ – „Gibt es eine glaubwürdige Oppositionspartei oder eine Bewegung, die die jetzige Regierung ersetzen könnte?“ Die hippen Jungs von Apple auf der Suche nach einem Null-Steuer-Land ohne Opposition und Transparenz? So dreist ist die schattige Seite der Globalisierung selten in einer einzigen E-Mail zusammengefasst worden. Appleby hat relativ schnell klarzustellen versucht, man habe sich nichts vorzuwerfen, generell und überhaupt. Sie sind mehrmals von ihresgleichen zur „Anwaltskanzlei des Jahres“ gewählt worden, werben damit, die Guten in einer schlecht beleumundeten Branche zu sein. Botschaft: alles legal. Auch wenn sich in den Paradise Papers Hinweise darauf finden, dass Appleby Kunden in die Kartei gerutscht sind, mit denen man keinesfalls zusammenarbeiten sollte, wenn man „alles legal!“ rufen will: Teilweise sind die Geschäfte, die Appleby und andere solcher Kanzleien anbieten, tatsächlich legal. Sie nutzen nur die Gesetze, die in den Offshore-Paradiesen dieser Welt angeboten werden. Und diese Steueroasen machen wiederum nur die Gesetze, die die Weltgemeinschaft ihnen gestattet. Wenn also Ungerechtigkeiten wie die, dass Apple, der wertvollste Konzern der Welt, auf seine im Ausland erwirtschafteten Gewinne nur zwischen einem und sieben Prozent Steuern zahlt, vermutlich vom Gesetz gedeckt sind – dann sind wohl die Gesetze der eigentliche Skandal. Und das betrifft nicht nur die Isle of Man. Das Inselchen macht auch nur das, was die Briten und Europa tolerieren. Körperschaftsteuer null Prozent, Erbschaftsteuer null Prozent, Einfuhrsteuer in der Regel auch nicht höher. Als die Touristen Ende der 1960er-Jahre nicht mehr mit den Fähren vom Festland hierher kamen, suchte die Insel nach anderen Möglichkeiten, das Überleben seiner Bürger zu sichern. Seitdem ist die Toleranz gegenüber Unternehmen, die



Artikel: Paradiese der Reichen

sich ansiedeln wollen, schier grenzenlos geworden. In der Athol Street im Zentrum der Inselhauptstadt Douglas liest man an den Fassaden der kleinen, umgewidmeten Wohnhäuser dieselben Firmenschriftzüge wie an den Wolkenkratzern der Londoner City, dem Herz der europäischen Kapitalwirtschaft.

Und wieso sollte so ein kleines Gemeinwesen wie die Isle of Man nicht dasselbe tun dürfen wie ein im Vergleich bedeutend größeres Land wie, sagen wir mal, die USA mit ihren Steueroasen Delaware oder Nevada? Oder wie die Niederlande, im Herzen Europas? Etwa 4000 Vereinbarungen zwischen ihren Finanzämtern und international tätigen Konzernen, hieß es nach der Veröffentlichung der Paradise Papers, wolle die niederländische Regierung nun „überprüfen“. Zwei EU-Richtlinien zur Vermeidung von Steuervermeidung würden umgesetzt, teilte das Finanzministerium mit, eine davon würde der sogenannten CV/BV-Struktur ein Ende setzen. Fragt sich nur, wann? CV/BV zu erklären, gehört schon zu den Klassikern unter Steuerexperten. Wer es kann, hat schon eine Menge vom System der niedrigen Abgaben verstanden. Das Problem ist seit Jahren bekannt. Mithilfe dieser Gesellschaftsformen war es dem Sportartikelhersteller Nike gelungen, seine Steuerlast immens zu drücken. Dabei initiierte der Konzern, noch so ein betont cooles Unternehmen, durch raffinierte Firmenstrukturen ein Verantwortungspingpong zwischen den Niederlanden und den USA, an dessen Ende das für Nike recht günstige Ergebnis stand, weder hier noch dort Steuern in nennenswertem Ausmaß auf Auslandsgewinne bezahlen zu müssen.

Natürlich haben auch die Niederlande sofort klargestellt, dass nichts davon illegal sei. Außerdem, so das immergleiche Argument, machten andere EU-Staaten Ähnliches. Der Wettbewerb ist eines der am meisten angeführten Argumente, wenn das System gezielter Steuervermeidung in die Kritik gerät. Im Wettbewerb untereinander stehen nicht nur die steuervermeidenden Konzerne, sondern auch die steuereinnehmenden Länder und die auf Steuern verzichtenden Steueroasen. Auf der Isle of Man etwa arbeitet nach einer Schätzung der regierungskritischen Organisation Taxwatch mittlerweile jeder Dritte in der Finanzindustrie. Werden sie zur Kasse gebeten, ziehen die Steuerdrücker einfach weiter. Apple reklamiert für sich, der größte Steuerzahler der Welt zu sein. Trotz aller Raffinesse bei der Steuererklärung. Das macht gemeinsame Entscheidungen der Europäischen Union schwer. In Brüssel ist es derzeit nicht durchsetzbar, Konzerngewinne an jenem Ort versteuern zu lassen, an dem sie entstehen. Demnächst soll es zwar eine „schwarze Liste“ mit Steueroasen geben, Mitgliedsstaaten wie Irland oder die Niederlande sollen nicht darauf stehen. Die Iren müssen ja womöglich sogar vor Gericht dazu gezwungen werden, 13 Milliarden entgangener Steuern von Apple nachzufordern. Sie fürchten, Apple und all die anderen Konzerne ganz

zu verlieren. Die Paradise Papers öffnen – nach Offshore Leaks, Swiss Leaks, Luxemburg Leaks, Bahama Leaks, den vom Spiegel veröffentlichten Football Leaks, den Malta Files, den Panama Papers – wieder ein Fenster in die Welt des globalisierten Geldes. An Orten wie der Isle of Man werden sie hoffen, dass es nicht allzu großen Durchzug geben wird. Ralf Wiegand

Bono, der sozial engagierte Rockstar, spart Steuern auf dem Weg über Litauen.

Apple auf der Suche nach einem Null-Steuer-Land ohne Opposition?

Die Niederlande kündigen an, 4000 Vereinbarungen mit Konzernen zu „überprüfen“.

Auf der Isle of Man arbeitet offenbar jeder Dritte in der Finanzindustrie.

„Millionäre und Konzerne drücken sich davor, faire Steuern zu zahlen.“Bernie Sanders, US-Senator und Präsidentschaftskandidat 2016, in einer Reaktion auf die Paradise Papers

Bildunterschrift:  
Illustration: Bene Rohlmann

## WILBUR ROSS

### DIE RUSSLANDCONNECTION

Wilbur Ross ist als US-Handelsminister eine der wichtigsten Figuren der America-First-Politik von Donald Trump. Zuständig ist er auch für Sanktionen, unter anderem gegen Russland wegen der Annexion der Krim. Da ist erstaunlich, was die Paradise Papers offenbaren: Zumindest in seinem ersten Jahr als Minister war Ross über mehrere Briefkastenfirmen an der Reederei Navigator beteiligt, zu deren Großkunden der russische Energiekonzern Sibur gehört. Ist Ross im Verhältnis zu Russland also wirklich unbefangen? Jedenfalls dürfte ihm nicht daran gelegen sein, Moskau den Verkauf von Gas zu erschweren. Die Sibur-Anteilseigner gelten als Vertraute von Kreml-Chef Putin, unter ihnen ist dessen Schwiegersohn. Und das in einer Zeit, in der ein US-Sonderermittler die Nähe der Regierung Trump zu Russland untersucht. Der Senat hat den als Minister nominierten Ross Anfang 2017 angehört, die Verbindung zu Sibur war den Parlamentariern nicht bewusst. Senator Richard Blumenthal warf Ross nach Enthüllung der Paradise Papers vor, den Senat getäuscht zu haben. Ross erklärte, seine Nähe zu Navigator habe seine Amtsführung nicht beeinflusst. Die Anteile werde er womöglich verkaufen, das habe er sowieso vorgehabt. Nicolas Richter

## LEWIS HAMILTON ÜBER DEN WOLKEN

Lewis Hamilton hat in diesem Jahr zum vierten Mal die Formel-1-Weltmeisterschaft gewonnen, der Brite ist das glamouröse Aushängeschild des Rennsports. Ein feuerroter Jet mit schwarz-roten Ledersitzen gehört seit fast fünf Jahren zu seiner Inszenierung. „Verdammt, wie ich dieses Flugzeug liebe“, schrieb er unter ein Foto auf Instagram. Hamilton nutzte laut Paradise Papers eine Briefkastenfirma auf der Isle of Man, um bei der Einfuhr seines Lieblingsspielzeugs mehr als vier Millionen Euro an Mehrwertsteuer zu sparen. Dafür genügte es, einmal morgens kurz auf der kleinen Insel in der Irischen See zu landen. Die Isle of Man gehört nicht zur EU, hat aber ein Zollabkommen mit Großbritannien. Dadurch gilt ein Flugzeug, das über die Isle of Man eingeführt wird, als in die EU importiert. Um die Steuerbefreiung zu erhalten, muss das Flugzeug aber ausschließlich geschäftlich genutzt werden. Hamilton hat dafür ein Geflecht aus Briefkastenfirmen konstruiert. Eine davon hat die Aufgabe, den Jet pro forma zu chartern. Auch seinen Arbeitsvertrag mit dem Mercedes-Rennstall und Erlöse aus seinen Werbe- und Bildrechten lässt Hamilton laut Paradise Papers über Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen laufen. Elisabeth Gamperl

## DIE QUEEN

### KÖNIGLICHE STAUBSAUGER

Was hat Queen Elizabeth II. mit einem Staubsauger namens Henry zu tun? Eigentlich wenig, aber die Paradise Papers brachten eine überraschende Verbindung zwischen den Finanzen der Monarchin und einer britischen Haushaltswarenkette ans Licht, die Henry, den Staubsauger, anbietet. Brighthouse heißt das Unternehmen, das zahlungsschwachen Kunden Haushaltsgeräte gegen wöchentliche Ratenzahlungen verkauft. Der Haken: Wer über zwei Jahre wöchentlich ein paar Pfund für den Staubsauger lockermacht, zahlt am Ende fast den doppelten Preis. Abzocke, meinte kürzlich sogar die britische Finanzaufsichtsbehörde. Die Paradise Papers zeigten nun, dass privates Geld der Queen über einen Offshore-Fonds in das Unternehmen investiert wurde. Und zwar so: Die Monarchin ist auch Herzogin von Lancaster, das Herzogtum verwaltet für sie Immobilien und Ländereien im Wert von über einer halben Milliarde Pfund. Die Gewinne, die damit erwirtschaftet werden, erhält die Königin zur privaten Verfügung, gewissermaßen als Taschengeld. Die Finanzbeamten des Herzogtums investierten einen Teil dieses Vermögens im Jahr 2005 in einen Fonds auf den Kaimaninseln, einer Steueroase. Dieser Fonds kaufte Anteile an der Mutterfirma von Brighthouse, der Firma mit Staubsauger Henry. So war das Geld der Queen in dem fragwürdigen Unternehmen gelandet. Elizabeth II. habe davon nichts gewusst, sagten ihre Finanzverwalter auf Anfrage des Guardian. Für Aufregung sorgte die Enthüllung im Königreich trotzdem. Hannes Munzinger

Bildunterschrift:

Illustrationen: Bene Rohlmann

## FAMILIE ENGELHORN

### DAS REICH DES PHARMA-KÖNIGS

Bis vor Kurzem kannte den Namen Engelhorn in Deutschland kaum jemand. Dass sich dahinter eine der reichsten Familien des Landes mit einem Milliardenvermögen verbirgt, wurde einem breiteren Publikum erst vor zwei Jahren bei einem der größten Steuerstrafverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik offenbar: Zwei Töchter des 2016 gestorbenen Pharma-Unternehmers Curt Engelhorn, einst Mitgesellschafter von Boehringer Mannheim, einigten sich mit den bayerischen Finanzbehörden auf eine Nachzahlung von 145 Millionen Euro. Das ist viermal so viel, wie „Bäderkönig“ Eduard Zwick dem bayerischen Fiskus Anfang der 1980er-Jahre schuldete. Erkenntnisse aus den Paradise Papers nähren den Verdacht, dass Carolin und Elisabeth Engelhorn wesentlich mehr Steuern hinterzogen haben könnten. In den Daten, die der SZ vorliegen, finden sich 38 Briefkastenfirmen oder stiftungsähnliche Trusts, die den Ermittlungsbehörden im Steuerfall Engelhorn unbekannt waren. Schon damals hatten sie vermutet, dass das Offshore-Reich noch viel größer war. Die Enthüllung könnte dazu führen, dass die Untersuchungen wieder aufgenommen werden. Vielleicht würde gar das gesamte Verfahren neu aufgerollt. Mauritius Much

VON BASTIAN OBERMAYER  
UND NICOLAS RICHTER

„Gut und Böse liegen oft näher beieinander als man denkt, und manchmal mögen sie sich sogar – oder so etwas in der Art. Genau lässt sich das für diesen Fall kaum rekonstruieren, zu lange ist alles her, aber an eines erinnert sich Ismael Ayob, Anwalt aus Südafrika, noch genau: Nelson Mandela, damals Präsident Südafrikas und wohl einer der wenigen Menschen, die weltweit zu den Guten gezählt werden, kam zu ihm – und bat ihn, Geld nach Chile zu überweisen. An Margot Honecker, auch „Illa Hexe“ genannt, die damals im Exil lebende Witwe des DDR-Staatschefs Erich Honecker. Sie war als langjährige „Ministerin für Volksbildung“ verantwortlich dafür, dass Kinder aus nicht regimetreuen Familien gerissen und zwangsadoptiert wurden. Margot Honecker würde, zumindest in Deutschland, zweifellos von einer klaren Mehrheit auf der bösen Seite einsortiert werden.“



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

„Aber Nelson Mandela hatte Mitleid mit ihr“, sagt Ismael Ayob der Süddeutschen Zeitung am Telefon, „er kam zu mir und sagte, Margot Honecker sei alleine in Chile gestrandet, ohne Ehemann, ohne Geld, ohne Pension. Er bat mich, ihr Geld zu überweisen.“ Daran erinnere sich auch deswegen so gut, sagt Ayob, weil es eine „ungewöhnliche Bitte“ gewesen sei. Immerhin war Honecker ja nicht irgendwer. Ayob sagt, er wisse noch, dass Mandela ihm – damals dessen Anwalt und Finanzberater – in den Neunzigerjahren persönlich die Bankverbindung Margot Honeckers und die Adresse der Bank in Chile gegeben habe. „Vermutlich hat er mir einfach einen Zettel in die Hand gedrückt“, sagt Ayob, „so hat er das öfter getan, es muss auf jeden Fall etwas Schriftliches gegeben haben.“

Die Geschichte dieser überraschenden finanziellen Verbindung kommt jetzt, nach so vielen Jahren, an die Oberfläche, weil sich in den Paradise Papers etliche Unterlagen finden, die einen Rechtsstreit zwischen jenem Ismael Ayob und den Erben Nelson Mandelas dokumentieren. Diesen Fund machten Journalisten der südafrikanischen Zeitung *Financial Mail* erst kurz vor der Veröffentlichung der Paradise Papers Anfang November.

Ayob, mittlerweile 75 Jahre alt und immer noch Anwalt in einem Vorort von Johannesburg, nur einen Steinwurf von Mandelas letztem Wohnsitz entfernt, war lange Zeit einer seiner engsten Vertrauten. Die beiden kannten sich seit den Siebzigerjahren, Ayob war einer der wenigen, die Mandela im Gefängnis besuchen konnten. Das Zerwürfnis kam um 2004. Eine Spätfolge ist der Streit um ein Bankkonto mit einem Millionen-Guthaben und um einen Trust auf der Isle of Man, einer Steuerinsel. Wo bei der Auseinandersetzung schon bei der Frage beginnt, ob der Trust, „Mad Trust“ genannt, existierte, ob er ordentlich zustande gekommen ist, und ob Ayob dabei wirklich den Willen Mandelas umgesetzt hat – oder nur seinen eigenen.

Ganz nebenbei gewähren die Gerichtsdokumente einen erstaunlichen Einblick in die Finanzen Mandelas. Von einem Konto dieses angeblichen Trusts jedenfalls will Ayob auch Geld an Margot Honecker geschickt haben. Ob das tatsächlich geschah, lässt sich nicht überprüfen. Es gibt dazu keinerlei Dokumente.

Nelson Mandela und Margot Honecker – allein schon die Kombination klingt absurd. Hier Nelson Mandela, einer der berühmtesten und beliebtesten Freiheitskämpfer des 20. Jahrhunderts, dort Margot Honecker, die bis zu ihrem Tod das unterdrücktere Regime der DDR verteidig-

te. Aber es ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Südafrika war in den Achtzigerjahren ein typischer Schauplatz des Kalten Krieges, in dem die USA und die Sowjetunion ihren Konflikt über Stellvertreter austragen. Westliche Politiker wie US-Präsident Ronald Reagan standen fest zum südafrikanischen Regime, auch prominente CSU-Politiker fanden wenig Skandalöses am Apartheid-Staat. Etliche Staaten östlich des Eisernen Vorhangs unterstützten dagegen Südafrikas Opposition, den African National Congress (ANC). Die DDR empfing wiederholt Vertreter des ANC, auf einschlägigen Webseiten ist sogar nachzulesen, mehr als 1000 ANCLer seien 1976 bis 1980 zu militärischen Trainings nach Teterow in Mecklenburg gereist.

**„Sie lebt, wie ich höre, in ärmlichen Verhältnissen“, sagte Nelson Mandela**

Damals war Nelson Mandela ein Gefangenener, während Margot Honecker mit ihrem Mann an der Spitze der DDR stand. Doch bereits in den Neunzigerjahren hatten sich die Rollen so gut wie umgedreht: Mandela hatte das Ende der Apartheid besiegelt und stieg zum ersten schwarzen Präsidenten seines Landes auf. Margot Honecker setzte sich nach Chile ab, nachdem ihr Regime untergegangen war. Stur verteidigte sie bis zuletzt Mauerbau und Unrechtsstaat. In ihrer Zeit als Ministerin für Volksbildung, 1963 bis 1989, habe sie, erzählt Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, durch ihre Überzeugungs- und Zwangsmaßnahmen „Biografien be-

schädigt und den Menschen die Selbstbestimmung genommen“. Der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, sagt über sie, sie sei bis zum Tod eine „böse, verstockte Frau“ gewesen.

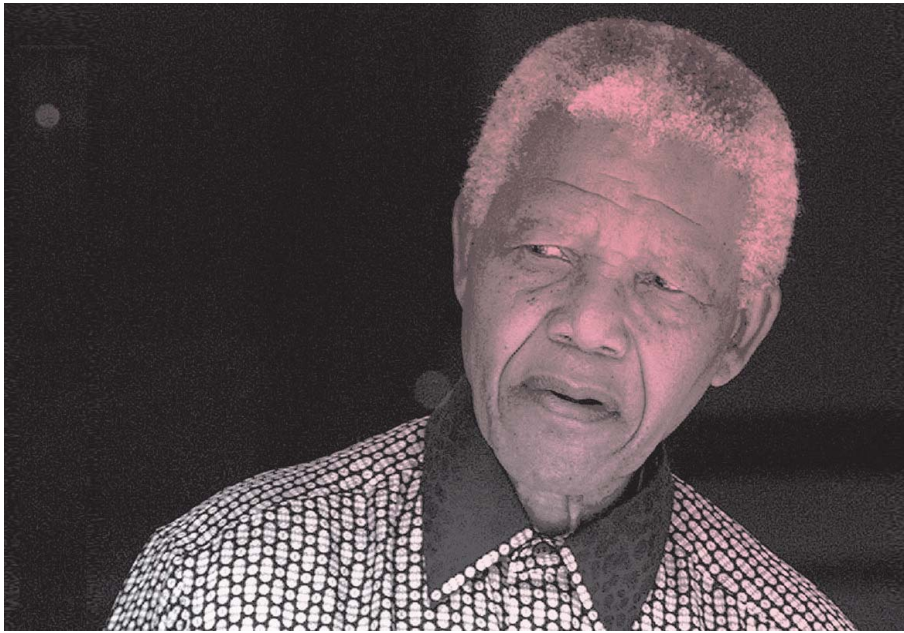
Mandela aber machte keinen Hehl daraus, dass ihn Margot Honecker tiefer Sturz empörte. In einem Interview mit dem *Kölnischer Stadt-Anzeiger* lobte Mandela einst die Deutschen zwar für die friedliche Wiedervereinigung, fügte aber mahnend hinzu: „Wobei ich doch an Margot Honecker erinnern möchte, die heute in Chile lebt, wie ich höre, in ärmlichen Verhältnissen. Ich will mich jetzt nicht über Taktlosigkeit auslassen, aber: Erich Honecker war immerhin ein Staatschef und Margot Honecker die First Lady. Und ich weiß nicht, ob das den Entscheidungsträgern in Deutschland noch bewusst ist.“

Mandela soll, das erzählte er laut einem früheren Botschafter der DDR angeblich einer ostdeutschen Delegation am Rande einer Konferenz in Südafrika, in der Führung des ANC gesammelt haben, um die Honeckers in Chile zu unterstützen. Die absurde Überweisung war möglicherweise also gar nicht so absurd, jedenfalls aus damaliger Innensicht Südafrikas.

Der Trust auf der Isle of Man entstand laut den Paradise Papers am 21. Januar 1995, etwa ein Dreiterteljahr, nachdem Mandela als Präsident vereidigt worden war. Mandelas damaliger Anwalt Ayob richtete offenbar den Trust ein; in der 17-seitigen Gründungsurkunde für das stiftungsähnliche Konstrukt heißt es, das Vermögen solle gespendet werden, an Einzelpersonen sowie für „bildungs- und wohltätige

## Der geheime Trust

Hat Nelson Mandela Margot Honecker Geld überwiesen, als sie im Exil in Chile lebte? In den Paradise Papers taucht ein ungewöhnlicher Rechtsstreit mit Mandelas Erben auf



Nelson Mandela wurde 1918 geboren. 27 Jahre lang saß er im Gefängnis. 1994 wurde er dann der erste Präsident Südafrikas und blieb bis 1999 im Amt.

FOTO: JUDA NGWENJA/REUTERS

Zwecke“. Der Trust hieß laut Urkunde „Mad Trust“, eine Anspielung auf „Madiba“, Mandelas traditionellen Clannamen. Es ist unklar, warum Ayob damals die Isle of Man auswählte, womöglich gab die fehlende Transparenz den Ausschlag: Es gab dort weder ein einsehbares Trustregister noch eine Pflicht, Informationen mit dem Ausland zu teilen. In den Grundzügen ähnelt der Mad Trust damit einer schwarzen Kasse.

Ayob sagt dazu, es sei damals schwierig gewesen, Geld von Südafrika aus zu bewegen, da sei die Isle of Man eine kluge Lösung gewesen. Aber es sei Mandela nur um Wohltätigkeit gegangen, sagt Ayob: „Mandela wollte mit dem Geld hier und da schnell etwas anweisen lassen, zum Beispiel eine Überweisung an eine junge Athletin, die in der Schweiz einen Preis gewonnen hatte, sich aber den Flug nicht hätte leisten können.“

Als sich Nelson Mandela und sein langjähriger Finanzberater Ayob 2004 überwarfen, hatte Mandela die Präsidentschaft schon verlassen. In dem Streit, der sich entspann, spielte auch der Mad Trust eine Rolle. Wer die Gerichtsdokumente des Streits liest, stellt fest, dass im Grunde so gut wie nichts belegt ist, was mit dem Trust zu tun hat. Bei der Bank sind Nelson Mandela und seine Frau als Stifter eingetragen, aber es ist nicht klar, wer sie eingetragten hat.

Und woher kam das Geld für den mysteriösen Trust überhaupt? Ismael Ayob behauptet in einer gerichtlichen Aussage, es stamme von ausländischen Geldgebern und sei Mandela zugeflossen, als er auf seinen „zahlreichen“ Auslandsreisen gewesen sei. Wenn es stimmt, was Ayob außer-

dem vor Gericht erklärte, bekam Mandela immer wieder Millionen Euro aus Quellen, die mal eher problematisch, mal ziemlich interessant sind. Da kamen demnach zehn Millionen Dollar von der indischen Regierung, zehn Millionen Dollar von Oprah Winfrey und zehn Millionen vom libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi. Über solche Gelder, so Ayob in seiner schriftlichen Aussage, habe Mandela „frei verfügt“, sie gingen demnach in diverse Stiftungen, aber eben auch in Häuser für Mandela, seine Kinder und Enkel.

Im November 2003 prüfte die Beratungsfirma Deloitte Mandelas Finanzen, im Zuge dessen kamen unter anderem Zweifel an der Existenz des Trusts auf – auf dessen Konto damals zwei Millionen Dollar lagen. Auf einem Kontoauszug ist handschriftlich notiert: „Der Besitzer dieses Kontos ist Mr. N.R. Mandela. Es gibt keinen MAD-Trust als solchen, es wird nur der Name verwendet.“ Ismael Ayob bestreitet das.

**„Es würde mich sehr überraschen, wenn er ein Offshore-Vermögen hätte anlegen lassen.“**

Mandela selbst schrieb damals an Ayob um zu erfahren, wem der Trust und die Mittel zuzurechnen seien – und bekam die Auskunft, dass es sein Trust war. Auch die Deloitte-Prüfer setzten das Konto am Ende als Mandelas persönliches Konto an, und noch mehr: Sie empfahlen eine Selbstanzeige, als sie angeblich feststellten, dass die Erträge in Südafrika nie versteuert worden waren. Damals gewährte Südafrika eine Amnestie für frühere Steuerhinterzieher. Der nächste Streit folgte nach Mandelas Tod Ende 2013. Als der Nachlass gesichtet wurde, tauchte der Mad Trust wieder auf, offenbar hatten selbst enge Vertraute nichts davon gewusst. Die Erben zogen vor Gericht und verlangten das Trustvermögen, das nach immer von Ayob verwaltet wurde, damals etwa eine Million Euro. Sie argumentierten, der Trust sei nicht rechtmäßig aufgesetzt worden, folglich handele es sich bei dem Geld um Mandelas Privatvermögen. Dieser Ansicht schloss sich die Kanzlei Appleby an, die als eine Art Gutachter fungierte. Appleby erklärte, der Trust sei fehlerhaft, weil bei der Gründung keine Begünstigten benannt worden seien. Die Erben machen zudem geltend, dass die ganze Konstruktion nicht zu Mandela passe. „Es würde mich sehr überraschen, wenn Mandela ein Offshore-Vermögen hätte anlegen lassen“, sagt der Anwalt Michael Katz, der den Nachlass verwaltet. Es sei bezeichnend, heißt es, dass Ayob nichts belegen könne, weder dass er den Trust auf Bitten von Nelson Mandela errichtet habe, noch wo, wann oder wie Mandela die Anweisung gegeben habe.

Im November 2015 entschied eine südafrikanische Richterin schließlich, das Geld aus dem Mad Trust gehöre zum Nachlass Mandelas. Ayob dürfe nicht darüber verfügen. Mandelas Nachlass stellt die Nachwelt noch immer vor Rätsel, etliche Millionen sollen fehlen.

Ein neues Rätsel ist nun durch Ismael Ayobes Aussage hinzugekommen: Wie viel Geld bekam Margot Honecker von dem Konto des mysteriösen Trusts auf der Isle of Man – wenn sie denn je etwas bekam, wenn sich Ismael Ayob die Geschichte nicht komplett ausgedacht hat. Auch das lässt sich nicht ausschließen, solange es undokumentiert bleibt. Ayob sagt der SZ, es sei keine größere Summe gewesen, eher eine von symbolischer Bedeutung: „Es sollte ein gutes Gefühl vermitteln, das Gefühl nicht vergessen worden zu sein.“

Margot Honecker kann die Frage nicht mehr beantworten. Sie ist im Mai 2016 in Santiago de Chile gestorben. Bei der Trauerfeier zierte eine DDR-Flagge ihren Sarg, und es wurde die Internationale gesungen. Ihre Tochter Sonja war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Mitarbeit: Rob Rose

# Missklang in Luzern

Wie die Erben von Christof Engelhorn eine  
Millionenspende für ein Musiktheater blockierten

VON MAURITIUS MUCH

Wenn einer stirbt, streiten sich Dritte, so heißt es unter Anwälten. Die Familie von Christof Engelhorn macht da offenbar keine Ausnahme, wie die Paradise Papers zeigen. Christof Engelhorn war ein Cousin von Curt Engelhorn und hatte offenbar eine ähnliche Vorliebe für Trusts und Briefkastenfirmen wie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des Pharmaunternehmens Boehringer Mannheim, über den die SZ anlässlich der Paradise Papers bereits berichtete.

Christof Engelhorn starb am 3. August 2010 und hinterließ seiner Familie ein riesiges Erbe. Laut den Paradise Papers belief sich allein das Offshore-Vermögen, das



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des  
großen Geldes

überwiegend in drei Trusts und einem guten Dutzend Tochtergesellschaften steckte, auf mehrere Milliarden US-Dollar. Ein guter Teil stammte wohl aus dem Verkauf des Pharmaunternehmens Boehringer Mannheim an Roche im Jahr 1997. Christof Engelhorn soll damals zwischen zwei und drei Milliarden Dollar bekommen haben.

Solche Summen in Aussicht, sollten 120 Millionen Schweizer Franken für die Erben eigentlich zu verschmerzen sein. Diesen Betrag jedenfalls sicherte Christof Engelhorn, der mit seiner Frau Ursula seit 1997 am Vierwaldstätter See in der Schweiz lebte, der Stadt Luzern für den Bau eines modernen Musiktheaters zu. Orchestergraben, Balkone und Sitzreihen der sogenannten Salle Modulable sollten beweglich sein und verschiedentlich angeordnet werden können.

Doch weit gefehlt. Bereits Monate vor Engelhorns Tod am 3. August 2010 versuchte zumindest ein Teil der Erben aktiv, die Zahlung der Millionen zu verhindern. Deshalb wurde bereits am 1. Februar 2010 die Kanzlei Appleby eingeschaltet. Deren Anwälte sollten überprüfen, ob man „rechtlich daran gebunden ist, diese Verpflichtung zu erfüllen und, wenn ja, was die mög-

lichen Auswirkungen wären, falls wir diese Verpflichtung widerrufen“.

Die Erben der Trusts von Christof Engelhorn, das waren vor allem seine im Mai 2016 verstorbene Frau Ursula, seine Tochter Vera und seine Enkel Julie und Philipp, Kinder seines verstorbenen Sohnes Stefan. Aus den Unterlagen der Paradise Papers geht hervor, dass die Tochter und die Enkel bereits vor dem Tod Christof Engelhorns als Direktoren oder Shareholder mehrerer Briefkastenfirmen Teil des Offshore-Imperiums waren. Auch Veras Lebenspartner Christof Hamm war dort bereits lange eingebunden. Auf Anfragen der SZ wollten sich weder Engelhorns Familie noch die Kanzlei Appleby äußern.

In den Monaten vor dem Tod des Familienoberhauptes waren offenbar Vera Engelhorn und Christof Hamm die treibenden Kräfte bei dem Versuch, die 120-Millionen-Franken-Spende für das Musiktheater zu stoppen. Das zeigen E-Mails, Sitzungsprotokolle und Zeugenaussagen aus einem Prozess auf Bermuda Ende 2013: „Herr Hamm hat damit angefangen, Probleme zu bereiten und Schwierigkeiten zu machen, indem er die Richtung, in die die Salle Modulable gehen sollte, anzweifelte, in Frage stellte“, heißt es in einer Aussage. Der Prozess sollte sich mit der Frage beschäftigen, ob die Millionen für das Musiktheater gezahlt werden oder nicht.

Doch so weit war es im Februar 2010 noch nicht, als Appleby überprüfen sollte, wie bindend das Schenkungsversprechen war. Man fertigte ein Memorandum an. Die Kanzlei sah darin „gute Gründe, dass es keine einklagbare Vereinbarung ... gibt, die Schenkung zu machen“. Das gelte allerdings nur für den Standort Bermuda, wo die Engelhorn-Trusts angesiedelt sind – nicht für die Schweiz, wo das Musiktheater gebaut werden soll. Die Kanzlei empfahl deshalb, sich auch noch eine Einschätzung nach Schweizer Recht geben zu lassen.

Vier Monate später kam Appleby erneut zur Hilfe: Mittlerweile sprach sich offenbar auch der Verwalter der Engelhorn-Trusts, ein Finanzdienstleister, dafür aus, den Bau zu stoppen – vor allem, weil Stadt und Kanton Luzern die operativen Kosten nicht aufbringen könnten. Die Kanzlei sollte nun ein Schreiben begutachten, in dem empfohlen wurde, dies den verbliebenen Befürwortern des Projekts so schnell wie



Die Stadt Luzern sollte ein neues Musiktheater bekommen – das Projekt scheiterte.

FOTO: P. WIDMANN/MAURITIUS

möglich mitzuteilen. Das war neben einer Stiftung, die das Musiktheater-Projekt vorantreibt, vor allem Christof Engelhorn.

Dabei blieb es aber nicht: Ein Appleby-Mitarbeiter sollte sich Mitte Juni 2010 telefonisch zu einem Treffen in der Schweiz zuschalten lassen, bei dem die Stiftung von der Absicht informiert wurde, die Millionenspende zu stoppen – gegen den ausdrücklichen Willen von Christof Engelhorn, dem das Geld gehörte. Der 84-Jährige, dessen Gesundheit sich im vorangegangenen Jahr stark verschlechtert hatte, war zuvor informiert worden: „Er war nicht begeistert und besteht darauf, dass wir mit

den Zahlungen fortfahren“, heißt es in einer E-Mail an Appleby. Er war der Meinung, dass die Stadt Luzern bis Ende des Jahres für tragfähige Finanzierungsmodalitäten sorgen würde.

Daher verschob man die endgültige Entscheidung über die Millionenspende bis Oktober. In der Zwischenzeit starb Christof Engelhorn am 3. August – und damit der Gönner des Projektes. Im Oktober verkündete der Verwalter des Trusts, von dem die Spende kommen sollte, das Ende der Finanzierung des Musiktheaters. Daraufhin verklagten ihn die Vertreter der Stiftung der Salle Modulable auf den Bermudas

und bekamen im Februar 2014 weitgehend Recht. Im Dezember desselben Jahres einigten sich Gegner und Befürworter darauf, dass der Trust 80 Millionen Schweizer Franken für das Projekt zahlen solle.

Christof Engelhorns Traum vom mobilen Musiktheater schien sich doch noch zu erfüllen. Doch im September 2016 stoppte der Kanton Luzern das Projekt plötzlich. Er hätte sich an den Kosten mit mindestens sieben Millionen Franken beteiligen müssen. Das war der Mehrheit der Kantonsräte zu viel. Zumindest ein Teil der Engelhorn-Erben dürfte sehr erleichtert gewesen sein.

# Süddeutsche Zeitung

## FÜR KINDER

Kinderseiten aus der Zeitung nehmen,

drehen,

falten



Orte, an denen man kaum Steuern zahlen muss, nennt man Steuerparadiese. Manchmal haben die auch Palmen. Welche Firmen sich dort besonders gerne aufhalten, haben die Paradise Papers verraten.



Thema der Woche

## Geld verstecken

In den Paradise Papers haben Journalisten aufgedeckt, wie trickreich Unternehmen Steuern sparen

Man erkennt die Schuhe von Nike an dem Logo, das aussieht wie ein geschwungener Haken. Wenn jemand in Deutschland an der Kasse steht, kauft er seinen Schuh nicht von Nike in Deutschland, sondern von Nike im Nachbarland Niederlande. Klingt komisch? Macht aber Sinn – jedenfalls für den Sportartikelhersteller. Denn mit diesem Trick spart er eine Menge Geld. Eigentlich müsste Nike in Deutschland Steuern zahlen, so wie alle anderen auch. Steuern zahlt normalerweise jeder Mensch, der arbeitet, und auch jede Firma, die Leuten Arbeit gibt. Die Regel lautet: Jeder gibt einen Teil seines Geldes dem Staat. Davon werden dann Schulen oder Krankenhäuser gebaut. Aber manche wollen sich diese Steuern sparen. Deshalb verstecken sie ihr Geld in anderen Ländern, wo es keine Steuern gibt. Oder an Orten, wo man eben nicht so hohe Steuern zahlen muss. Diese Tricks der Firmen sind sehr kompliziert. Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* und aus anderen Ländern

**Die EU verbietet in Zukunft Steuertricks wie die von Nike – immerhin**

versuchen aber, die Tricks zu verstehen. Sie arbeiten derzeit an den sogenannten Paradise Papers. Das sind Dokumente mit Informationen über viele Menschen und viele Firmen, die eigentlich geheim bleiben sollten. Weil es da um die Tricks geht, die nicht in Ordnung sind. So wie bei Nike: Die Firma in den Niederlanden ist mit weiteren Firmen verbunden, so wie Perlen auf einer Perlenkette. Jede Firma zeigt auf die andere und sagt, sie müsse die Steuern bezahlen. Die letzte Firma in dieser Kette sitzt in den USA. Also müsste Nike zumindest dort Steuern zahlen. Tut die Firma aber nicht. Weil die USA nämlich davon ausgeht, dass Nike ja in den Niederlanden zahlt. Und die Niederlande denkt, dass Nike ja in den USA zahlt. Am Ende soll keiner schuld daran sein, dass Nike fast keine Steuern zahlt. Weil die Europäische Union es nicht okay findet, dass die Niederlande bei dem Spiel mitmachen, haben sie den Trick ab dem Jahr 2020 verboten. Immerhin.

ELISABETH GAMPERL





COLLAGEN: BENE SCHULMANN

# Die Asozialen

Apple, Nike, Amazon und Co. verhöhnen nicht „den Staat“. Sondern uns, ihre Kunden. Der Wettbewerb der Superreichen um die miesesten Steuertricks gefährdet das Gemeinwohl. Ein Fazit

VON FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND NICOLAS RICHTER



Es gibt die skurrilsten Geschichten darüber, wie sich Menschen auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Eine hat sich kürzlich ereignet: In der brasilianischen Küstenstadt Salvador entdeckt die Polizei in der leeren Wohnung eines früheren Ministers Bargeld in unfassbarer Menge, verstaubt in Koffern und Kartons. Die Polizei will das Geld zählen, aber irgendwann ist klar: Es ist einfach zu viel.



Die Botschaft der Superreichen ist schlicht: Wir sind dreist, klar, und ihr seid doof

Geld. Will eine Firma auf dem Papier kein Geld verdienen, muss sie dem Finanzamt Rechnungen vorlegen, die ihre Gewinne schmälern. Nike stellt sich diese Rechnungen praktisch selbst aus, beziehungsweise eine Tochterfirma von Nike der anderen Tochterfirma von Nike – vorgetäuschte Lizenzgeschäfte. Nike zahlt an Nike, damit Nike-Schuhe aussehen dürfen wie Nike-Schuhe.



Paradise Papers Die Schattenwelt des großen Geldes

Wer da nicht das Gefühl hat, dass Nike jeden von uns für ganz besonders dumm verkauft, der arbeitet entweder im Führungstab von Nike, oder er ist schon reich genug, um sich die Namen: Amazon, Apple, Facebook, Google, Ikea, Starbucks. Und jetzt eben wieder Apple und Nike.

Die niederländischen Steuerbehörden regen sich jedenfalls nicht auf. Sie nehmen das hin und schließen dann einen Deal zu Lasten etwa der deutschen Steuerzahler, vermutlich sogar der holländischen. Nutznießer ist allein der Konzern, er muss dafür nicht mehr tun, als steuerliche Illusionskunst aufzuführen. Und zwar nicht einmal besonders kunstvoll, jedes Kind versteht doch, dass da etwas im Argen liegt.

Es gibt natürlich den einen, augenfälligen Unterschied zum korrupten Politiker: Der bricht Gesetze. Der Konzern tut das, meistens jedenfalls, nicht.

Warum läuft das so schief in Europa? Welchem mittelständischen Firmenchef, der haarklein seine Steuer abführt, welchen normalen Angestellten will man nun noch erklären, dass der Staat alle gleich behandelt? Warum lassen sich europäische Regierungen das bieten?

Und: Warum tun es die Bürgerinnen und Bürger? Steuerermindernde Illusionskunst: Die Paradise Papers sind voll davon. Bei Nike tauchen Unternehmen auf, die sämtliche Gewinne wahlweise im Bermuda- oder Benezul-Dreieck verschwinden lassen. Beim Formel-1-Fahrer Lewis Hamilton reicht eine Zwischenlandung frühmorgens auf einen Sitzplatz auf die Isle of Man, um so zu tun, als hätte er dort seine Geschäfte. Es reicht, dass sich der Manager mit zwei Anwälten in einen eigens angemieteten Kellerraum setzt, um die eigentliche Steuerungskonferenz im Vereinigten Königreich oder in Deutschland zu minimieren.

Kaum ein internationaler Konzern ist noch bereit, auf diesen Hokusokus zu verzichten. Dieser Großgütergenuss der Allgemeinheit, die aus sehr guten Gründen brav

ihre Steuern abführt, ist unter Weltmarktführern so verbreitet wie in der Zauberei der Trick mit der zersägten Jungfrau. Es sind dieselben Weltmarktführer, etwa, wie Apple, aus dem Silicon Valley, die wie ein Mantra diese eine Botschaft predigen: Dass es ihnen nicht nur um Gewinne geht, dies wozüglich zuletzt. Sondern darum: To make the world a better place.

Man könne, Verzeihung: kotzen. Nein, es gibt noch kein Steuerheilkesselsiegel, aber zahllose Berichte darüber, welche Firmen und Marken besonders mies tricksen. Deswegen ist es auch nicht abwegig, auf das iPhone X zu verzichten, wenn nämlich Apple weiterhin auf seine Verantwortung den Menschen gegenüber verzichtet, die die Firma aus Cupertino zu einem Giganten gemacht haben. Und dann wären da noch: Facebook, Uber, Ikea, Amazon, Nike.

In den Steuerstaaten – wo die willigen Helferinnen wohnen – fühlt man sich derweil wieder einmal von wildgewordenen Reportern überannt. Und natürlich: verurteilt. Der Premier von Mauritius erklärte, sein Land werde „fälschlicherweise“ eine Steuerose genannt. Anthony Travers, Börsenchef auf den Kaimaninseln: „Ich habe keine Ahnung, was Steuerose bedeutet.“ Ähnlich beeindruckt ist auch der Rest, man ergänze an dieser Stelle in Gedanken inhaltsgleiche Sätze von Vertretern der Isle of Man, von den Bahamas, den Seychellen und so weiter.

Sie alle sind sich einig: Das wahre Problem ist nicht etwa, dass ausländische Unternehmen mit null Prozent besteuert werden. Sondern es sind die Journalisten. Der Reflex ist nicht neu, schon in Panama riefen Anwälte zur Verhaftung der Panama-Papers-Journalisten auf – jetzt wütete jener Börsenchef der Kaimaninseln: Fake News! Die Journalisten gehörten ins Gefängnis!

Wer die Kaimaninseln zuzog als Journalist besucht hat, traf auf trotzige Offshore-Helfer. Man gebe bei Straftaten auf Anfrage alle Informationen weiter an ausländische Behörden. Was diese dauernde Beschimpfung bitte sollte, hieß es. Auch bei Steuerhinterziehung, fragte man zurück. Na ja, war die Antwort, das sei auf den Kaimaninseln nun mal keine Straftat.

Auf der Insel Malta, ein EU-Staat, spricht sich stets schnell herum, wenn ausländische Journalisten anreisen. „Ich habe Sie erwartet“, heißt es dann in einer Briefkastenfirmenberatungsfirma in der Hauptstadt Valletta. Zuvor hat man zwar nur bei der Konkurrenz angefragt, aber das hat sich sofort in der ganzen Branche weiterverbreitet. In der Beratungsfirma will niemand reden. Tut zu.

Immerhin war aber zuvor überhaupt jemand zu Hause. Wer von einiger Zeit durch Luxemburg zog auf der Suche nach dem großen Geld und ein paar Menschen, die das alles erklären hätten können, der stand am Ende vor sehr, sehr vielen Briefkästen. Briefkästen nach oben gestapelt, Briefkästen seitlich gereiht, Briefkästen auf Stangen, an Drähten und auf Glas. Was hingegen fehlte: Menschen, die in all den Büros gesessen hätten, die die Post adressiert hätte.

Offshore ist Illusionskunst. Es gibt tote Scheindirektoren, die noch über Jahre Firmen leiten – weil sie keiner vermisst. Es gibt Büros, die keine sind, es gibt Gewinne, die keine sind. Es gibt Leute, die sich als Antispieler oder Firmenchefs betreiben, aber keine sind. Oder Leute, die wie die Antispieler, die Queen of Offshore, die panamaische Scheindirektorin Laetitia Montoya, die mehr als 25000 Firmen führte, auf dem Papier. Darunter solche, die für Siemens schwarze Kassen verwalteten, und Unternehmen, die in den Ermittlungen des Fifa-Skandals auftauchen. Glaubt irgendwer, dass diese Frau wirklich die Geschäfte geführt hat?

Man kann es nicht mehr Theater nennen. Es ist großes Kino.

All dies ist naturgemäß lächerlich, aber die Paradise Papers zeigen eben, dass diese gemeinefährliche und schändliche Lächerlichkeit in vielen Konzernen absoluter Mainstream ist. Als die SZ vor einem Jahr die Panama Papers veröffentlichte, herrschte noch der Eindruck vor, Waffenhändler, Despoten, windige Agenten und ein paar korrupte Politiker hätten etwas in der Karibik versteckt. Die Paradise Papers beweisen jetzt, dass sehr viele Große und Starke das System nutzen, vermeintlich Saubere und Ehrenwerte. Wenn die Panama Papers also Reeperbahn waren, sind die Paradise Papers Elbphilharmonie.

Ein Mann, der das alles nicht hinnehmen kann, ist John Christensen. Er ist in der schönen Steuerose Jersey geboren und hat dort gearbeitet, sich aber mit der Moral auf seiner Heimatinsel nie angefreundet. „Ich erinnere mich an keinen einzigen Offshore-Kunden, der etwas tat, das ich legitim nennen würde.“ Christensen sagt er, „aber solange das nicht vor Gericht kommt, weiß niemand, ob der Fall nun legal ist oder nicht.“



In Europa droht ein Supermarkt der Steuerlosen. Im Startblock: Großbritannien

Und selbst wenn, sagt Christensen, selbst wenn: „Was heißt das denn: legal? Sklaverei war legal. Männer konnten ihre Frau legal auf dem Markt verkaufen, hier stand am Ende vor sehr, sehr vielen Briefkästen. Briefkästen nach oben gestapelt, Briefkästen seitlich gereiht, Briefkästen auf Stangen, an Drähten und auf Glas. Was hingegen fehlte: Menschen, die in all den Büros gesessen hätten, die die Post adressiert hätte.“

Viele Leserinnen und Leser der Süddeutschen Zeitung sind sehr leidenschaftlich gewesen in dieser Woche, sie haben gelinkt dafür, dass man die Ungerechtigkeit auf dieser Welt ans Tageslicht bringe, haben Steuerlosen-Nutzer „Asoziale“ oder „Skinheads in Nadelstreifen“ genannt. Selbst erklärte Apple-Fans dankten für einen offenen Brief aus der SZ-Charakterikation an den zugeknöpften Apple-Chef Tim Cook, dessen Firma sich beharrlich weigert, Reporter eine Auskunft zu erteilen. Es ist eine Empörung quer durch die politische Lager, die in der politischen Debatte aber bisher zu wenig Raum einnimmt.

Will die europäische Politik hier endlich im Sinne ihrer eigenen Glaubwürdigkeit aktiv werden, wird sie sich auf einen langen Kampf einstellen müssen. Das System der Steuermeiderei ist Angriff gewohnt. Es ist zäh. Es hat gelernt, dass Empörung kommt und geht, das Geld aber meistens bleibt. Das System überlebt auch deswegen, weil es Deckung hat von den ganz Großen, es lebt also von deren Scheinheiligkeit. Die USA tolerieren auf ihrem Staatsgebiet die Steuerlosen Delaware und Nevada, die EU die steuerlichen Kampfpreise der Niederlande. Und einige der wichtigsten Steuerlosen – ob Jungfern- oder Kaimaninseln, Isle of Man, Jersey oder Guernsey – gehören zum Einflussgebiet Großbri-



tanniens, die Queen ist ihr gemeinsames Oberhaupt.

Auch deswegen schrieb der Steueraktivist Christensen 2013 an Elisabeth II. und bat um mehr Transparenz. Die Queen antwortete, als konstitutionelle Monarchin könne sie sich nicht in „solche Angelegenheiten“ einmischen. Müssen die Bürger nicht von ihren Staatsoberhäuptern verlangen, dass sie sich gerade in solche Angelegenheiten einmischen?

Wenn man sieht, wer anderswo in der EU das Sagen hat, muss man sich nicht darüber wundern, dass sich Steuer-„Optimierung“ so gut hält. Jean-Claude Juncker zum Beispiel, Chef der Kommission, gilt als Co-Architekt der Steuerose Luxemburg. Die ihre befreunden Nachbarn Milliarden gekostet hat.

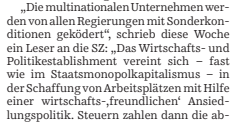
Oder Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem: Er war Finanzminister der Niederlande, dank ihrer Steuerrabatte zweite Heimat von Dutzenden US-Konzernen. Das Post-Brexit-Großbritannien dort komplett zur Steuerose zu werden. Ferner: Die Steuerose Malta, die bis Juni die EU-Ratspräsidentschaft innehatte. Oder Apple-Irland, oder Zypern, die Waschanlage für russisches Geld. Oder, oder.

Die Enthüllungen aus den Paradise Papers überraschen mich nicht, sagt Bernard Bertossa, der erfahrene frühere Generalstaatsanwalt. Er ist bei seinen Korruptionsermittlungen immer wieder an Ländergrenzen hängen geblieben, im Jahr 1996 veröffentlichte er mit etlichen Strafverfolgern den „Genfer Appell“. Seitdem haben sich vieles gebessert, sagt Bertossa, bei der Rechtsbeihilfe, bei der Verfolgung von Korruption – die noch in den Neunzigern bei Konzernen so salofähig war wie heute Steuermeidung.

Die Steuerlosen aber mit ihren Steuermodellen und ihrer Abschottung seien geblieben. „Der eigentliche Skandal liegt darin, dass das alles erlaubt ist“, sagt Bertossa etwa über die Mehrwertsteuerrabatte für Privatjets. „Es gibt absurde Privilegien, die nur den Reichen vorbehalten sind. Solange man so etwas anbietet, um die Reichen und ihr Geld anzuziehen, wird man diese perversen Ergebnisse haben.“

Das beantwortet aus seiner Sicht auch die Frage, warum große Staaten keine angemessene Steuer von Großkonzernen verlangen. „Das hört man in den Parlamenten Europas doch permanent: Wenn wir härter zugreifen, dann gehen die Unternehmen und Investoren halt woandershin.“

Anders kann man sich auch nicht erklären, warum die Niederlande ein Steuermodell mit Nike aushandeln, das ihnen selbst kommt und geht, das Geld aber meistens bleibt. Das System überlebt auch deswegen, weil es Deckung hat von den ganz Großen, es lebt also von deren Scheinheiligkeit. Die USA tolerieren auf ihrem Staatsgebiet die Steuerlosen Delaware und Nevada, die EU die steuerlichen Kampfpreise der Niederlande. Und einige der wichtigsten Steuerlosen – ob Jungfern- oder Kaimaninseln, Isle of Man, Jersey oder Guernsey – gehören zum Einflussgebiet Großbri-



tanien, die Queen ist ihr gemeinsames Oberhaupt. Auch deswegen schrieb der Steueraktivist Christensen 2013 an Elisabeth II. und bat um mehr Transparenz. Die Queen antwortete, als konstitutionelle Monarchin könne sie sich nicht in „solche Angelegenheiten“ einmischen. Müssen die Bürger nicht von ihren Staatsoberhäuptern verlangen, dass sie sich gerade in solche Angelegenheiten einmischen? Wenn man sieht, wer anderswo in der EU das Sagen hat, muss man sich nicht darüber wundern, dass sich Steuer-„Optimierung“ so gut hält. Jean-Claude Juncker zum Beispiel, Chef der Kommission, gilt als Co-Architekt der Steuerose Luxemburg. Die ihre befreunden Nachbarn Milliarden gekostet hat. Oder Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem: Er war Finanzminister der Niederlande, dank ihrer Steuerrabatte zweite Heimat von Dutzenden US-Konzernen. Das Post-Brexit-Großbritannien dort komplett zur Steuerose zu werden. Ferner: Die Steuerose Malta, die bis Juni die EU-Ratspräsidentschaft innehatte. Oder Apple-Irland, oder Zypern, die Waschanlage für russisches Geld. Oder, oder. Die Enthüllungen aus den Paradise Papers überraschen mich nicht, sagt Bernard Bertossa, der erfahrene frühere Generalstaatsanwalt. Er ist bei seinen Korruptionsermittlungen immer wieder an Ländergrenzen hängen geblieben, im Jahr 1996 veröffentlichte er mit etlichen Strafverfolgern den „Genfer Appell“. Seitdem haben sich vieles gebessert, sagt Bertossa, bei der Rechtsbeihilfe, bei der Verfolgung von Korruption – die noch in den Neunzigern bei Konzernen so salofähig war wie heute Steuermeidung. Die Steuerlosen aber mit ihren Steuermodellen und ihrer Abschottung seien geblieben. „Der eigentliche Skandal liegt darin, dass das alles erlaubt ist“, sagt Bertossa etwa über die Mehrwertsteuerrabatte für Privatjets. „Es gibt absurde Privilegien, die nur den Reichen vorbehalten sind. Solange man so etwas anbietet, um die Reichen und ihr Geld anzuziehen, wird man diese perversen Ergebnisse haben.“ Das beantwortet aus seiner Sicht auch die Frage, warum große Staaten keine angemessene Steuer von Großkonzernen verlangen. „Das hört man in den Parlamenten Europas doch permanent: Wenn wir härter zugreifen, dann gehen die Unternehmen und Investoren halt woandershin.“ Anders kann man sich auch nicht erklären, warum die Niederlande ein Steuermodell mit Nike aushandeln, das ihnen selbst kommt und geht, das Geld aber meistens bleibt. Das System überlebt auch deswegen, weil es Deckung hat von den ganz Großen, es lebt also von deren Scheinheiligkeit. Die USA tolerieren auf ihrem Staatsgebiet die Steuerlosen Delaware und Nevada, die EU die steuerlichen Kampfpreise der Niederlande. Und einige der wichtigsten Steuerlosen – ob Jungfern- oder Kaimaninseln, Isle of Man, Jersey oder Guernsey – gehören zum Einflussgebiet Großbri-



hängigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern? Investitionen also schaffen nicht etwa Steuererinnahmen, sondern Arbeitsplätze. Für das Zahlen der Steuern sind dann die Arbeiter zuständig. Die Großen – die Kleinen. Ja?

Nur so zynisch erklärt es sich, dass kaltblütige Juristen im Auftrag von Apple an eine Regierung herantreten und sich erkundigen, ob Apple sich dort garantiert steuerfrei und transparenter und ohne Belästigung durch eine etwaige politische Opposition niederlassen könne. Globale Konzerne schauen ganz kühl auf den Supermarkt der Steuerlosen – und nehmen das Billigste, das eine der sich anbietenden Regierungen hervorzuarbeitet.



Die Politik hat bis jetzt massiv versagt. Bleib der Kunde. Er hat die Wahl

Die Staaten selbst laden ja, im Namen des Allgemeinwohls, zur Steuermeidung ein. Legal? Illegal? Scheißegal. Hauptsache, der eigene Haufen wird größer.

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat die heimlichen Steuerdeals seiner Heimat Luxemburg mit Großkonzernen einst für rechtmäßig erklärt, das war nach den Luxemburg Leaks. Alle schrieben, alles Lügen. Eine Untersuchung der EU strafte ihn Lügen: Luxemburg hat dem Onlinebuchhändler Amazon demnach illegale Steuervorteile eingeräumt.

Dies exakt ist der Weg, normalen europäischen Steuerzahlern aus sinnlichen Gehaltsklassen gegenüber seine Verachtung auszudrücken. Ja, es gibt eine Parallelwelt, und sie gibt nicht für die schlecht oder auch gut Verdienenden, die also für das Allgemeinwohl jeden Tag mit ihren Steuern Sorgen: Sie gilt ausschließlich für den wachsenden Klub der Konzerne und Milliardäre – in der Welt der organisierten Verantwortungslosigkeit, wo es kaum ein lästiges Gesetz oder eine lästige Pflicht gibt, die man nicht vermeiden könnte.

Das ist nicht nur das Allerletzte, es ist auch ein veritables Problem für die Demokratie. Jedes neue Leak bestätigt wieder und wieder den doch eigentlich mal als dumme ausgehenden Spruch, dass „die da oben“ doch machen können, was sie wollen. Warum soll sie sich irgendwer noch an die Regeln halten – wenn die Regeln nicht für alle gelten?

Im Politologen-Deutsch bedeutet das: schwindende Legitimierung der politischen Akteure, Vertrauensverlust der Wähler, Erstarren der Parteien am Rand. In drei Buchstaben: AfD.

Steuerlosen mit Handelsmessen belegen, bis sie einklinken, fordert der französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman.

Dem Kunden bleibt, die großen Steuervermeider an der Kasse zu ignorieren. Große wie Apple, Nike oder Amazon bauen darauf, dass dies eh nicht passiert. Aber nicht einmal sie werden von einer Welt profitieren, die sie selbst geschaffen haben und die die Politik nicht verhindert hat. Es ist eine dunkle Welt, in der die Menschen jeden Glauben an eine höhere Moral verloren haben, während deren hier und da die Zählmaschinen einfließen, bis es dampft: Flappflappflapp ...

**Paradise Papers – was folgt daraus?** International gibt es einige Initiativen, Steueroasen endlich zu beseitigen.

Die EU-Kommission will europaweit Konzerngewinne einheitlich besteuern. Und in Deutschland werden strengere Vorschriften für Politiker gefordert. Sie sollen nach einem Wechsel in die Wirtschaft ihre Einkünfte offenlegen. Manches könnte in Bewegung geraten



## Stirb langsam in Brüssel

Wie mühsam es ist, in der EU gemeinsame Regeln für mehr finanzielle Gerechtigkeit durchzusetzen

VON ALEXANDER MÜHLAUER, RALF WIEGAND UND JAN WILLMROTH

Wäre die Sache nicht so ernst, könnte man glatt darüber lachen. Pierre Moscovici muss jedenfalls regelmäßig schmunzeln, wenn er anfängt, von der CCCTB zu reden. Der EU-Steuerkommissar sagt dann in wunderbar französisch gefärbtem Englisch: *si-si-ti-bi*. Manchmal verhaspelt er sich und vergisst ein *si*, aber das macht nichts. Denn in Brüssel wissen ohnehin alle, was gemeint ist: wieder ein Gesetzesentwurf, der von den EU-Staaten blockiert wird. Moscovicis Vorschlag, die Steuern auf Konzerngewinne europaweit einheitlich zu berechnen, hängt fest. So wie viele andere Initiativen der Kommission, die dabei helfen sollen, der Steuervermeidung Grenzen zu setzen.



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Jetzt, nach den Enthüllungen der Paradise Papers, ist jenes Momentum wieder da, das auch schon andere Leaks erzeugte: Die EU muss nun beweisen, dass sie den Kampf gegen Steueroasen ernst nimmt – gerade auch in der eigenen Gemeinschaft. Doch wie schon nach den Lux Leaks und den Panama Papers könnte sich bald Ernüchterung einstellen. Denn in der EU gibt es ein grundsätzliches Problem. Steuerentwürfe können nur einstimmig beschlossen werden. Ist ein Mitgliedsland dagegen, ist das Vorhaben gescheitert.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der in der Lux-Leaks-Affäre selbst unter gewaltigen Druck geraten war, ist dieses Prinzip ein Dorn im Auge. Doch um diese eiserne Regel zu ändern, bräuchte es wiederum einen einstimmigen Beschluss aller EU-Staaten. Dies gilt derzeit als nicht durchsetzbar. Es gibt zwar das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit von mindestens neun Ländern; doch auch das ist bisher gescheitert. Seit fast fünf Jahren läuft nun zum Beispiel der Versuch, eine Steuer auf Finanztransaktionen einzuführen. Bislang ohne Erfolg. In Brüssel fällt den Beamten dazu nur noch ein Filmtitel ein: „Stirb langsam“.

Wie aussichtslos es ist, die EU-Kollegen von einem gemeinsamen Steuervorhaben zu überzeugen, musste zuletzt Emmanuel Macron erfahren. Frankreichs Präsident brachte bei seiner viel beachteten Europa-Rede nicht nur die *si-si-ti-bi* ins Spiel, sondern auch eine neue Steuer für Internetkonzerne wie Apple, Google und Facebook. Beim jüngsten EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs wurde das Vorhaben aber schnell abgeräumt. Allen voran Irland sträubte sich. Eine der Begründungen: Es brauche „gleiche globale Wettbewerbsbedingungen im Einklang mit der derzeit laufenden Arbeit im Rahmen der OECD“.

Auch beim Finanzminister-Treffen diese Woche wurde dieses Credo heruntergespielt. Gesetze auf EU-Ebene seien schön und gut, aber nötig sei ein globaler Ansatz der G20 im Einklang mit den OECD-Regeln zur Gewinnkürzung und -verlagerung. Auch dafür gibt es ein Akronym: Beps (siehe nebenstehendes Interview).

Nun ist es nicht so, dass auf EU-Ebene überhaupt nichts passiert ist. Der automatische Informationsaustausch der nationa-

len Steuerbehörden wurde beschlossen. Und im Dezember wollen die EU-Staaten einen weiteren Plan der Kommission zustimmen: der schwarzen Liste der Steueroasen. Auf dieser sollen all jene Länder landen, die sich im internationalen Kampf gegen die Steuervermeidung „nicht kooperativ“ verhalten. Fest steht: EU-Mitglieder werden nicht dazu zählen, obwohl Staaten wie Irland und die Niederlande Konzernen mit sogenannten Tax Rulings helfen, ihre Steuerlast drastisch zu drücken.

Doch nicht nur kleine EU-Staaten blockieren den Kampf gegen Steuervermeidung. Auch Deutschland bremst, etwa beim „Country-by-Country-Reporting“. Dieses verpflichtet multinationale Unternehmen, den Behörden 2017 erstmals Daten zu Umsatz, Gewinn und Steuerzahlungen aufgeschlüsselt nach Ländern vorzulegen. Das soll den Finanzbehörden ermöglichen, Firmen dort zu besteuern, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Das Reporting wird in einer abgeschwächten Form zwar auf OECD-Ebene eingeführt. In der EU dringt die Kommission aber auf ein viel weiter gehendes Gesetz: Konzerne sollen detaillierte Länderberichte dazu veröffentlichen. Deutschland sperrt sich gegen eine solche Veröffentlichung, weil es sich um sensible Firmendaten handle.

Zögerlich hatte sich Deutschland auch zu einer grenzüberschreitenden Anzeigepflicht für Steuervermeidungsmodelle geäußert. Ein entsprechender Vorschlag wird schon länger auf EU-Ebene diskutiert. Die deutschen Länderfinanzminister stimmten am Donnerstag dafür, im Sommer einen eigenen Gesetzesentwurf dazu vorzulegen.

Die Paradise Papers verdeutlichen, wie schwierig es für die Politik ist, global agierende Konzerne zu fassen. Das gilt nicht nur auf G-20- oder EU-Ebene, sondern auch in Deutschland. So kümmern sich etwa Anbieter aus Steueroasen nicht um die strengen Verbote für Glücksspiele hierzulande – und nichts geschieht dagegen. Echtgeld-Spiele im Internet sind mit Ausnahme von Lotterien und Sportwetten illegal. Trotzdem werden aus Deutschland jährlich um die 30 Milliarden Euro an virtuellen Pokertischen und in Automaten spielen eingesetzt. Die Finanzaufsicht Bafin

**Eine Behörde zur Aufsicht über den Glücksspiel-Markt im Internet? Fehlanzeige**

sieht sich aber nicht in der Pflicht, obwohl deutsche Banken im großen Stil an dem Geschäft beteiligt sind. Die Bundesländer, die weitgehend für die Glücksspielgesetze verantwortlich sind, kommen den illegalen Anbietern im Ausland kaum bei und streiten über die richtige Regulierung dieses Marktes.

Und dann gibt es da den Fall des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU). Sein Name taucht auf der Personalliste einer holländischen Briefkastenfirma auf, die ihn als Direktor eines Museums auf Föhr bezahlt, das von einem CDU-Großspender gestiftet wurde. Davon war nichts bekannt. Kritiker sehen diesen Fall als Beispiel dafür, wie wichtig Karenzzeitregeln für den Übergang von Politikern in die Wirtschaft sind. Schleswig-Holstein hat eine solche Regel, sie wurde aber erst nach Carstensens Regierungszeit eingeführt. Die Organisation Lobbycontrol fordert solche Regeln für alle Bundesländer.



Beispiel für eine Steueroase mitten in der EU: die britische Kanalinsel Jersey.

FOTO: DARREN STAPLES / REUTERS

## „Wir werden bald Konsequenzen sehen“

Bei allen Mängeln – es gibt erstaunliche Fortschritte im Kampf gegen Steuerflucht, sagt OECD-Experte Saint-Amans

**SZ: Sie haben vor fünf Jahren das Großprojekt mit dem Kürzel „Beps“ angestoßen, einen globalen Maßnahmenkatalog gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung. Was steckt dahinter?**

Pascal Saint-Amans: Das internationale Steuersystem beschränkte sich bislang auf Steuerabkommen zwischen souveränen Staaten. Das heißt: Die Staaten scherten sich nicht darum, was jenseits der Grenzen passierte. Es gab nur Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung – die aber sind im Zuge der Globalisierung irrelevant, ja sogar schädlich geworden für die Einnahmen der einzelnen Länder.

### Was tun Sie dagegen?

Wir haben gesagt: Wir brauchen Regeln für internationale Besteuerung. Die Länder müssen kooperieren und Informationen austauschen, um doppelte Nicht-Besteuerung zu verhindern. Denn solche Modelle laufen den Grundprinzipien eines gerechten Steuersystems zuwider.

### Worin besteht Ihr Aktionsplan gegen Steuerermeidung, dem sich jetzt mehr als 100 Länder angeschlossen haben?

Eine wichtige Säule ist das sogenannte Country-by-Country-Reporting: Multinationale Konzerne, die mehr als 750 Millionen Euro Umsatz im Jahr machen, müssen künftig Land für Land ausweisen, wo sie welche Umsätze machen, wo sie welche Gewinne erzielen, wo sie wie viel Steuern zah-

len, wo ihre Mitarbeiter angestellt sind und wo ihre Vermögenswerte liegen. Auf diese Weise können die Behörden dann erkennen, wie die Steuerplanung aussieht. Nehmen wir zum Beispiel an, ein Konzern



**Pascal Saint-Amans, 47,** leitet seit 2012 das Zentrum für Steuerpolitik und Verwaltung der OECD in Paris. Seither hat sich der Franzose zu einem Vorkämpfer einer internationalen Steuerregulierung entwickelt.

FOTO: ERIC PIERMONT/AFP

macht gewaltige Umsätze in drei Ländern, in denen auch ein Großteil der Mitarbeiter beschäftigt ist. Dann gibt es noch ein paar weitere Mitarbeiter in einem vierten Land, wo auch eine Fabrik steht. Fast der gesamte Gewinn fällt aber in einem Null-Steuerland an, wo es zugleich weder Umsatz noch Mitarbeiter gibt. In solchen Fällen können die Steuerbehörden künftig besser beurteilen, wo man ansetzen muss.

### Woher kommt Ihre Leidenschaft für das Thema Steuern?

Steuern sind etwas extrem Wichtiges, sie bilden einen Grundpfeiler der Souveränität. Ein Steuerkonsens gehört zum Kern

der Demokratie. Indem sie wählen, stimmen die Menschen auch über Steuersysteme ab. Die aber werden bislang nicht immer wirklich umgesetzt, weil multinationale Firmen und reiche Einzelpersonen andere Hoheitsgebiete nutzen können, um Souveränität und Steuerkonsens einzelner Länder zu untergraben – und damit den politischen Willen des Volkes.

### Für Ihre Arbeit haben Sie sicher nicht nur Zustimmung erfahren.

Natürlich nicht. Als wir vor fünf Jahren mit der Arbeit am Beps-Projekt begonnen haben, gab es viel Widerstand von Lobbyisten aus aller Welt, auch aus Deutschland. Und der Widerstand geht weiter – weniger gegen das Country-by-Country-Reporting an sich als etwa gegen die Forderung, dass die Länderberichte nicht nur den Finanzbehörden zugänglich gemacht werden, sondern auch der Öffentlichkeit.

### Was sollte dagegen sprechen?

Es mag sein, dass es neben vielen schlechten Gründen auch ein paar gute gibt, etwa den Schutz von Geschäftsgeheimnissen. Aber unabhängig von den Detailfragen: Das Country-by-Country-Reporting kommt, und wir werden bald die Konsequenzen sehen. Ich gehe davon aus, dass einige Firmen schon ihre Steuerplanung geändert haben, weil sie nicht wollen, dass in ihren Berichten eine Bermuda-Niederlassung mit riesigen Gewinnen auftaucht.

### Sie sehen also durchaus Gründe, zuversichtlich zu sein, dass die Spielräume für Steuerflucht enger werden?

Ja, ich weiß, die Leute glauben nicht an gute Nachrichten, aber: Wir haben in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Als wir das Beps-Projekt lanciert haben, sagten uns alle möglichen Großunternehmen: Das bekommt ihr nie hin, es gibt auch gar keine Notwendigkeit dafür. Jetzt haben wir binnen zwei Jahren 15 wirksame Maßnahmen geschaffen, und zwar nicht nur für Europa, sondern weltweit. Es gibt rund 3500 internationale Steuerabkommen, wenn wir die alle einzeln hätten ändern wollen, dann hätte das drei Jahrzehnte gedauert. Stattdessen haben wir ein multilaterales Instrument erfunden, dem sich schon 104 Länder angeschlossen haben. Der politische Wille der G 20 schlägt sich in konkreten Veränderungen nieder.

### Die Paradise Papers zeigen aber doch: Es bleibt noch reichlich zu tun.

Ja, und solche Leaks haben schon in der Vergangenheit geholfen, das Thema auf die politische Agenda zu heben. Wir sind nicht naiv, Steuervermeidung wird es immer geben. Aber sie wird zunehmend riskant und gesellschaftlich wie politisch immer weniger akzeptiert. Wichtig ist es, den Druck aufrechtzuerhalten.

INTERVIEW: ANDREAS BRAUN, TOBIAS ZICK

# Wieder kein Reichtum für alle

## In Angola soll die Bevölkerung durch einen Staatsfonds vom Ölorkommen ihrer Heimat profitieren. Doch das Geld fließt auf Umwegen in die Taschen weniger – und auch in die Schweiz

VON CHRISTIAN BRÖNNIMANN UND TOBIAS ZICK

Das Zentrum der guten Taten liegt verborgen hinter einer Altbau-Fassade mitten in Genf. Der Weg hinein führt durch eine schwere hölzerne Eingangstür, links ein Pediküre-Salon, rechts ein Friseur. Im dritten Stock öffnet sich summtend eine Tür, die Chefin führt den Besucher in ihr Büro: ein paar afrikanische Holzfiguren, ein Korb mit künstlichem Obst, aus Holz geschnitten, sonst ist wenig zu sehen. Das Wesentliche spielt sich im Digitalen ab. Im Verborgenen.

Es sind die Geschäftsräume der „Afrikanischen Rechtsbibliothek“, eines elterngelagerten Projekts. Alles, was es auf dem afrikanischen Kontinent an Gesetzestexten und Gerichtsurteilen gibt, soll digital abrufbar gemacht werden, von jedem Ort der Welt, kostenlos. Die Leiterin, Sophie Bussmann-Kemdjio, eine Businessfrau mit kamerunischen Wurzeln, führt auf ihrem Laptop vor, was man über die Website schon heute alles einsehen kann: Die Verfassung von Burkina Faso, ein Berufsgesetz für Physiotherapeuten in Kenia, der „muslimische Kanon als Basis für die Beilegung ehelicher Streitigkeiten“ in Kidal, Mali. Das Projekt, so hat es der Gründer, ein Geschäftsmann namens Jean-Claude Bastos, einmal formuliert, soll „Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht, Vorhersehbarkeit und Demokratie auf dem Kontinent stärken“.

### Seiner Oma versprach Bastos, etwas für Afrika zu bewegen. Ob sie beide das Gleiche meinen?

Aus ihrer Bewunderung für den Stifter der Digital-Bibliothek macht die Projektleiterin keinen Hehl. „Er ist ein Philanthrop“, schwärmt Sophie Bussmann-Kemdjio, einer, der nicht nur rede, sondern mache. „Eine höchst inspirierende Persönlichkeit.“ Jean-Claude Bastos, 50, Sohn einer Schweizerin und eines Angolaners, ist ein Mann mit kantigen Gesichtszügen und inoposanter Biografie. Bis heute hat er nicht nur eine Reihe von Unternehmen gegründet, sondern auch viele Projekte, die Afrika auf die Beine helfen sollen. Das Wort „philanthropisch“ fällt oft, wenn er Interviews gibt. Seine angolanische Großmutter, hat er einmal dem Magazin *Forbes* erklärt, habe ihn „die Bedeutung von ‚Immenschlichkeit‘ gelehrt, sie habe ihm immer wieder gesagt: „Wenn du genug hast, gib den Bedürftigen.“ Bevor sie gestorben sei, habe er ihr versprochen: „Ich werde etwas auf dem afrikanischen Kontinent bewegen.“

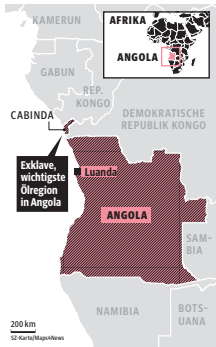
Etwas bewegen, das tut er. Aber ist es das, was seine Großmutter meinte? Die Dokumente der Kanzlei Appleby, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt wurden, zeigen: Jean-Claude Bastos profitiert von staatlichen Geldern aus Angola, einem der korruptesten Länder Afrikas. Er hat dafür ein hochkomplexes Netz von Briefkastenfirmaen gewoben. Seine langjährigen Beziehungen zu einem Präsidentensohn werfen zusätzliche Fragen auf.

Die Geschichte beginnt im Oktober 2012: Die Regierung von Angola, einem der reichsten Länder Afrikas, gründet einen Staatsfonds, der Erlöse aus dem Öl-Export langfristig investieren soll. Vorbild ist Norwegen: Dort gibt es einen solchen Fonds schon seit Jahrzehnten. Das skandinavi-

sche Land sorgt damit für die Zeit vor, wenn seine Öl- und Gasvorräte zur Neige gehen werden. Aus den Renditen werden schon heute Kindergärten, Elterngeld und Renten finanziert.

Ölreichtum fürs Volk statt für die herrschende Clique: Das soll es also fortan auch in Angola geben, einem Land, das sich bis 2002 in einem langen Bürgerkrieg zerfleischt hat. Bis heute regiert die einst marxistische Befreiungsbewegung MPLA, sie trägt auch noch den Namen, unter dem sie bis in die 1970er-Jahre gegen die damalige portugiesische Kolonialmacht kämpfte: „Volksbewegung für die Befreiung Angolas“. Allerdings hat sie sich im Laufe der Jahre auch von der Last der alten sozialistischen Ideale befreit und den Weg für einen Wildwest-Kapitalismus frei gemacht, der selbst in Afrika seinesgleichen sucht.

Angola gilt als eines der korruptesten Länder der Welt, jeder dritte Angolaner lebt unter der Armutsgrenze, jedes dritte Kind ist unterernährt. Zugleich schweben die Eliten im Luxus, über der Hauptstadt glitzert eine wachsende Skyline, und die Tochter des bisherigen Präsidenten jettet regelmäßig in die frühere Kolonialmacht Portugal, um dort Anteile an Banken, Medienhäusern, Energiekonzernen zu kaufen.



Wo das Geld genau herkommt, ist von außen kaum zu durchschauen. Klar ist nur: Im Staatshaushalt tun sich immer wieder gewaltige Löcher auf. Ende 2011 etwa erklärte der Internationale Währungsfonds, er könne den Verbleib von rund 32 Milliarden Euro an staatlichen Öleinnahmen der vergangenen vier Jahre nicht ganz nachvollziehen. Gut zehn Monate später, im Oktober 2012, präsentiert die Regierung der Weltöffentlichkeit ihren neuen Staatsfonds nach norwegischem Vorbild – und gibt zugleich bekannt, wer ihn eines von drei Vorständen führen soll: José Filomeno dos Santos, genannt „Zeni“, einer der Söhne des damaligen Präsidenten José Eduardo dos Santos, der von 1979 bis September 2017 das Land regiert hat.

Der bekannteste Antikorruptionsaktivist des Landes, Rafael Marques de Morais, kritisiert damals im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*: Gigantische Summen würden auf die Weise in die Hände eines Präsidentensohns gleiten. „In Norwegen kommen die Gewinne des Staatsfonds dem Volk zugute“, sagt Marques, „bei uns der Präsidentenfamilie.“ Er warnt, das Konstrukt könnte „missbraucht“ werden. Die *Paradise Papers* zeigen: Marques' Warnungen waren wohl berechtigt.

### 26 Milliarden

So viele Dollar hat Angola 2016 durch Öl-Exporte eingenommen. Das Land gilt als Paradebeispiel für das Phänomen des Ressourcenfluchs, es hat sich extrem abhängig gemacht vom Erdöl. Preisschwankungen auf dem Weltmarkt schlagen voll durch: Nach Jahren zweistelligen Wachstums ist das Bruttoinlandsprodukt zuletzt sogar deutlich geschrumpft. Von den Öl-Einnahmen profitiert ohnehin nur eine schmale Elite. Chefin der staatlichen Ölfirma ist Isabel dos Santos, Tochter des früheren Präsidenten. Sie gilt als reichste Frau Afrikas.

Der Präsidentensohn nämlich hat die Verwaltung des Staatsfonds einer Firma jenes angolanisch-schweizerischen Geschäftsmanns anvertraut, der sich so gern als Philanthrop und Geburtsheifer für Afrikas Aufschwung darstellt: Jean-Claude Bastos. Die beiden sind seit vielen Jahren befreundet; kenneingelernt haben sie sich Berichten zufolge in London: der junge dos Santos studierte dort, Bastos' Onkel war dort angolanischer Botschafter. Später bauten sie zusammen die erste Investmentbank in Angola auf. „Wir haben die gleiche Vision“, sagte Bastos 2012 in einem Interview: Afrika solle sein „Potenzial“ und „Innovationskraft entfalten können“.

Die Kanzlei Appleby sieht die enge Verbindung etwas kritischer; sie führt Bastos in verschiedenen internen Dokumenten als „Hochrisiko“-Kunden. Die Nähe zum Präsidentensohn José Filomeno dos Santos sei bedenklich in Bezug auf „Transparenz im Management“ des Staatsfonds. In einem internen Papier heißt es, es gebe „diverse Vorwürfe von Vetterwirtschaft und Korruption“ gegen dos Santos.

Die *Paradise Papers* zeigen: Bastos' Firmengruppe namens Quantum Global hat in den Jahren 2014 und 2015 sieben Investmentfonds in der Steueroase Mauritius gegründet. In denen liegen bislang insgesamt drei Milliarden Dollar an Kapital aus dem angolanischen Staatsfonds. Die Fonds werden wiederum von einer weiteren Quantum-Global-Firma verwaltet, die Bastos gehört. Und der angolanische Staatsfonds lässt sich dessen Dienste sehr viel kosten: Als Gegenleistung erhält Bastos' Firma jedes Jahr zwei bis 2,5 Prozent der drei Milliarden Dollar. Das macht ab 2015 ein garantiertes jährliches Einkommen von 60 bis 70 Millionen Dollar.

Zu diesen im internationalen Vergleich schon sehr hohen Managementgebühren kommen 2014 noch weitere Zahlungen hinzu: Laut dem Geschäftsbericht des Staatsfonds erhalten diverse Bastos-Firmen in jenem Jahr insgesamt rund 120 Millionen Dollar für Beratungsdienstleistungen. Die Einnahmen, die Bastos' Firma aus dem angolanischen Staatsfonds erhalten hat, sind so hoch, dass er sich selbst hohe Dividenden ausschütten kann: Im Jahr 2014 sind es 13 Millionen Dollar, 2015 sogar 28 Millionen Dollar.

Was sagt Bastos heute zu dem Vorwurf, er profitiere ungebührlich von Geld aus dem angolanischen Staatsfonds? Er empfängt in einem Sitzungszimmer seines „Family Office“ in Zürich und schwärmt im Gespräch zunächst von seinen einzigartigen Geschäftsideen und all den Projekten, mit denen er in Afrika so vieles zum Guten bewege. „Dass ich gut verdiene, will ich nicht wégediskutieren“, räumt er ein. Die Managementgebühren aus Angola jedoch entsprächen „Branchenstandards“, und außerdem: In Afrika sei es „viel aufwendiger, Projekte zu beschaffen und zu entwickeln“. Andrew Bauer, kanadischer Ökonom und Experte für Staatsfonds, widerspricht dem: Die Gebühren seien „außergewöhnlich hoch“. Zudem zeige die Mandatsvergabe an Bastos von einem „erheblichen Mangel an Sorgfalt“. Normalerweise nämlich führten Staatsfonds zur Auswahl ihrer Manager eine öffentliche Ausschreibung durch, was in diesem Fall nicht geschah. „Bewer-

ber mit einer einschlägigen Vorstrafe kommen in einem solchen Verfahren kaum zum Zug“, sagt Bauer. Im Juli 2011 nämlich hat das Strafgericht des Schweizer Kantons Zug Bastos sowie einen Geschäftspartner verurteilt – wegen „mehrfacher qualifizierter ungerechter Geschäftsbesorgung“. Die beiden hatten von einer Beteiligungsgesellschaft, die sie kontrollierten, widerrechtlich Gelder ausbezahlt, die teilweise in ihre eigenen Taschen flossen. Als Bastos später die Investmentfirmen auf Mauritius gründete, musste er für die dortige Finanzaufsicht eine Reihe von Formularen ausfüllen. Zu seiner Verteilung machte er dabei unvollständige oder gar irreführende Angaben: In einem beigelegten Schreiben ließ er seinen Anwalt erklären, er habe sich bei dem damaligen Vorgang nicht selbst beteiligt. In dem Gerichtsurteil von 2011 allerdings heißt es wörtlich, Bastos und sein Partner hätten sich im Zusammenhang mit einer 80.000-Franken-Zahlung „indirekt selbst bereichert“. Man könne „von einer gewissen Selbstbedienungsmentalität“ sprechen. Zudem kreuzte Bastos bei der Frage, ob zu dem Zeitpunkt noch ein persönliches Verfahren laufe, „Nein“ an – obwohl ein Zivilverfahren in der Schweiz bis heute läuft.



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Die hohen Managementgebühren, die Beraterhonorare: Das ist erst der Anfang. Dokumente aus den *Paradise Papers* lassen darauf schließen, dass Bastos von mehreren Investments des Staatsfonds als privater Geschäftsmann selbst profitiert wird. Zum Beispiel von einem künftig geplanten Tiefseehafen in Cabinda – der Exklave, aus der das meiste angolanische Öl stammt. Allein für dieses Projekt hat der angolanische Staatsfonds 180 Millionen Dollar veranschlagt. Der Profit soll in Zukunft zu großen Teilen in Bastos' eigene Taschen fließen. Ihm selbst gehören nämlich fast drei Viertel des Hafens, wie er bestätigt – während er behauptet, dass er immerhin schon etwa 70 Millionen Dollar in dessen Entwicklung gesteckt habe.

Die *Paradise Papers* zeigen obendrein, dass an dem Hafenprojekt schon jetzt weitere prominente Schweizer Manager mitverdienen haben. Auch in Deutschland bekannt ist die Präsidentin der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), Monika Ribar, die auch im Aufsichtsrat der Lufthansa sitzt. Ribar hat, bevor sie im Juni 2016 das SBB-Präsidium übernahm, zeitweise im Aufsichtsrat von Bastos' Hafenfirma gesessen. Dort habe sie vor allem beratend gewirkt, „basierend auf ihrer Erfahrung in der Logistik“, wie sie auf Anfrage ausrich-

ten lässt. Laut einem Dokument aus den Appleby-Daten sollte sie dafür 100.000 Dollar Jahresgehalt bekommen. Die Summe will sie weder bestätigen noch dementieren, sondern weist „freundlich darauf hin“, dass eine privat geführte Firma nicht offenlegen müsse, welche Honorare sie zahlt. Sie habe jedenfalls, bevor sie das Mandat von Bastos' Firma übernahm, „eine sorgfältige Prüfung durchgeführt“ und sei „nach wie vor überzeugt von diesem Projekt“.

Ein weiteres Projekt, durch das der selbsternannte Menschentreffer Jean-Claude Bastos von angolanischem Ölgeld profitieren wird, ist der Bau des High Tech Tower im Zentrum von Angolas Hauptstadt Luanda. Das moderne Hochhaus existiert erst auf dem Papier. Das Land, auf dem gebaut werden soll, ist im Eigentum einer Firma, die Bastos privat gehört. Am 19. Dezember 2014 schloss einer der mauritischen Fonds, in dem das angolanische Staatsgeld liegt, einen Vertrag mit dieser Firma. Darin sicherte der Fonds 157 Millionen Dollar für den Bau des Hochhauses zu. Das Projekt ist ein Joint Venture. Eine zweite Firma von Bastos hat gemäß Vertrag die Projektleitung und will den Hotelteil des Hochhauses entwickeln.

Laut Vertrag sollen am Ende hundert der 157 Millionen Dollar des Fonds direkt dieser zweiten Bastos-Firma zukommen, in Form einer Übernahme von Schulden, die beim Bau angefallen sind. Am Schluss soll der Fonds nur den Hotelteil erhalten. Tom Keatinge, Leiter des Zentrums Finanzkriminalität beim renommierten britischen Thinktank Rusi, hat Dokumente des Deals analysiert und kommt zu dem Schluss: „Offensichtlich lässt Bastos den Fonds in ein Projekt investieren, von dem er persönlich profitiert. Es besteht das Risiko, dass der Fonds zu viel für das Hotel bezahlt und auch das Teil des Gebäudes finanziert, der am Schluss Bastos gehört.“ Auf Anfrage erklärt Bastos, er habe das Finanzierungsmodell inzwischen geändert.

### Möglicherweise sei alles legal, sagt der Experte – aber auf jeden Fall sei es „höchst unmoralisch“

Bastos wendet sich gegen den Vorwurf, mit dem Ölgeld in die eigene Tasche zu wirtschaften. „Es besteht und es besteht nie ein Interessenkonflikt“, sagt er. Seine Firmengruppe schließe alle Vereinbarungen „auf Armslänge“ ab, also zu marktüblichen Konditionen, wie man sie auch bei Geschäftspartnern anlegen würde, zu denen keine persönliche Beziehung besteht.

Das Urteil des Experten für Finanzkriminalität, Tom Keatinge, zu all diesen Deals ist klar: „Wer auch immer die Struktur und Vorgänge von Seiten des angolanischen Staatsfonds begünstigt hat, ist entweder hochgradig inkompetent oder ein Komplize. Eine solche Struktur hat nur ein Ziel: etwas zu verstecken, nämlich die wahren Begünstigten von Transaktionen. Ich befürchte, wir sehen hier, wie das Geld der Bevölkerung Angolas verschwindet. Eines Landes, in dem jeder Dollar zählt. Möglicherweise ist das alles sogar legal. Aber das ändert nichts daran, dass es höchst unmoralisch ist!“

José Filomeno dos Santos (li.), ein Sohn des angolanischen Ex-Präsidenten, der Geschäftsmann Jean-Claude Bastos und die Geschäfte mit Angolas Öl.



VON RALF WIEGAND

Die Eröffnung des neuen, gut 13 Millionen Euro teuren Museums war ein großes Ereignis für das Dörchen Alkersum auf der Insel Föhr. Gleich zwei Königinnen waren zur Feier gekommen, Ashi Sangay Choden Wangchuk aus Bhutan und Margrethe II. von Dänemark. Mehrere Botschafter waren unter den Gästen, Prominente wie die Verlegerin Friede Springer, Unternehmer und Politiker. Schaumwein perlte, die Musik spielte. Fast war es, als schlüpfte das eher bodenständige Föhr an jenem 31. Juli 2009 für einen Tag in die eleganten Schuhe der großen Schwester Sylt.

Im Museum „Kunst der Westküste“ werden seitdem in wechselnden Ausstellungen Gemälde von Max Liebermann, Edward Munch oder Max Beckmann gezeigt, Kunst aus dem Norden des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vor allem. Alle Werke stammen aus der Sammlung des schwedischen Pharma-Unternehmers Frederik Paulsen, der beim Grand Opening vor acht Jahren ebenfalls unter den Gästen weilte. Der heute im schweizerischen Lausanne lebende Milliardär mit nordfriesischen Vorfahren hat der Insel seiner Ahnen auch gleich das ganze Museum gestiftet. „Sie sind eine Unternehmerpersönlichkeit, die gesellschaftliche Verantwortung spürt und auch wahrnimmt“, schwärmte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bei der Eröffnung von diesem Gönner.

Drei Jahre später trat Carstensen als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zurück, das Museum besucht er aber immer noch. Wenn man so will: aus beruflichen Gründen.



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Denn Polit-Rentner Carstensen wird im Firmenregister der Niederlande als einer von drei Direktoren der in Hoofddorp registrierten Peloponnesus B. V. geführt. Dieses niederländische Unternehmen kümmert sich laut Geschäftsbericht um „die Pflege und Verbreitung von Kunst sowie den Betrieb des Museums Kunst der Westküste auf Föhr“. Die Peloponnesus ist Teil des weit verzweigten Firmennetzwerks des Paulsen-Konzerns. Den Anstoß zu dieser Recherche von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR gab ein Vermerk in den Paradise Papers. Die Firmenkonstruktion sei deshalb gewählt worden, ließ Frederik Paulsen auf Anfrage mitteilen, um „größtmögliche Flexibilität bei der Verleihung von Kunstgegenständen und der jeweiligen Sammlungen zu gewährleisten“.

**Dem Ur-Friesen Carstensen gefällt Paulsens Art von Heimatliebe**

Paulsens Vater, einst vor den Nazis aus dem nordfriesischen Dagebüll ins schwedische Malmö geflohen, gründete dort 1950 den Konzern. Sohn Frederik, heute 67 Jahre alt, hat sich inzwischen weitgehend aus dem Unternehmen zurückgezogen. Er reist als Entdecker, Forscher und Philanthrop mit einem Hang für spezielle Orte um die Welt. In Bhutan fördert er zum Beispiel mit hohen Spenden die Teppichknüpfkunst, weshalb er mit der dortigen Königsfamilie bekannt ist. In Georgien betreibt er ein Weingut, in Russland baut er Fruchtbarkeitskliniken, und sogar am Nordpol war er schon mehr als einmal.

In Nordfriesland, der Heimat seiner Vorfahren, fördert Frederik Paulsen über die noch von seinem Vater gegründete Ferring-Stiftung alles Friesische, etwa die Sprache in den Schulen, Archive zur Geschichte, einen Friesischen Radiosender. Und er fördert die CDU. Aus Paulsens Ferring-Konzern flossen in den Jahren 2003 bis 2009 mindestens 450 000 Euro an die Union, Paulsen persönlich taucht als Spender drei Mal in den Datenbanken auf, mit insgesamt 118 000 Euro zwischen 2002 und 2010. Parteivorsitzender der Landes-CDU war von 2002 bis September 2010 Peter Harry Carstensen. Danach sind keine Großspender mehr von Paulsen oder Ferring registriert.

Dem Ur-Friesen Carstensen, heute 70 Jahre alt, gefällt diese Art Heimatliebe der Paulsens. Er sei „außerordentlich dankbar“, schreibt Carstensen in einer Stellungnahme auf Anfrage, „für das jetzt schon langjährige Engagement der Familie Paulsen“ in Nordfriesland, wo die Stiftung hauptsächlich wirkt, war sein Wahlkreis zu Zeiten als Bundestagsabgeordneter.

Wäre Carstensen ehrenamtlich für das Paulsen-Museum auf Föhr tätig, könnte

man annehmen, dass er seine friesische Expertise aus reiner Dankbarkeit für die Bemühungen Paulsens um diesen Landstrich zur Verfügung stellt, er bedeutet ihnen beiden viel. Allerdings hat der Pharma-Unternehmer den deutschen Ex-Politiker gleich zu einem Teil seines Firmennetzwerks gemacht, und in dieser Funktion bezieht Carstensen wohl auch Geld. Laut öffentlich einsehbarer Bilanzen der Peloponnesus B. V. erhielten die drei Managing Directors, von denen Carstensen einer ist, im Jahr 2014 zusammen 90 000 Euro; 2015 waren es zusammen 45 000 Euro; für die anderen Jahre waren in den Bilanzen keine Zahlen ausgewiesen. Auch Paulsen selbst zählt zu diesem Direktoren-Pool.

Der frühere Kieler Regierungschef bestreitet den Vorgang im Grunde nicht, nennt aber keine Summen: „So weit ich aus meinen Tätigkeiten Einkünfte erziele, gebe ich diese selbstverständlich vollumfänglich und ausnahmslos gegenüber meinem Finanzamt an“, schreibt er. Er mache aus seinen Tätigkeiten generell kein Geheimnis, so Carstensen weiter, „zu vielen davon gibt es sicherlich auch Hinweise und Informationen im Internet“.

Das trifft zwar auf sein Engagement in der Gregor-Mendel-Stiftung zu, die sich um Pflanzenszüchtungen kümmert und deren Kuratoriums-Vorsitzender er ist, und auch auf den Aufsichtsratsposten im georgischen Paulsen-Weingut „Château Mukhrani“. Zum Direktoren-Posten auf Föhr allerdings: nirgendwo ein Hinweis, weder „im Internet“ noch in Pressearchi-

ven oder im Impressum des Museums. Diese Verbindung muss man schon gezielt im niederländischen Firmenregister suchen. Carstensen jedoch schreibt zu seiner Tätigkeit auf Föhr: „Die Einschätzung, ich hätte diese „nicht öffentlich gemacht, weise ich gleichwohl als unzutreffend zurück.“

Den Dokumenten nach hat Carstensen den Posten kaum ein halbes Jahr nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident 2012 angenommen, er selbst bezeichnet sich als „nichtexekutiver Direktor“ des Insel-Museums, mit beratender Funktion. Peter Harry Carstensen begründet seine Tätigkeit dort mit seinem „persönlichen Interesse an dieser Einrichtung und der außerordentlich positiven Wirkung dieses Projektes in meiner Heimatregion“. Frederik Paulsen wiederum lässt mitteilen, Carstensen sei ihm „ein geschätzter Ansprechpartner beim Erhalt und der Förderung friesischer Kultur“.

**Werden politische Gefälligkeiten im Nachhinein abgebollt?**

Alles also nur ein Dienst unter Freunden, nichts dabei? Timo Lange von der Antikorruptionsorganisation Lobbycontrol sieht das ganz anders: „Das ist schon ein sehr interessanter Fall. Genau dafür gibt es heute auch in Kiel eine Karenzzeitregelung.“ Auf Initiative der Piratenpartei müssen sich in Schleswig-Holstein Politiker, die aus dem Amt in die Wirtschaft

wechseln, seit 2016 einer ethischen Prüfkommision stellen. Die versucht, mögliche Interessenkonflikte zu erkennen, und spricht dann eine Empfehlung an die Landesregierung aus – die den Politikern das Wechseln für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren untersagen kann. Auslöser für die Kieler Karenzzeit-Initiative war der Wechsel des damaligen Landesinnenministers Andreas Breittner (SPD) zu einer Wohnungsbaugesellschaft.

Immer, wenn Politiker die Seiten wechseln, ob es den Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) in die russische Energiewirtschaft zieht, den Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) zur Deutschen Bahn, den Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) zur Allianz oder den Abgeordneten Eckart von Klaeden (CDU) zu Daimler – stets kommt die gleiche Diskussion auf: Was dürfen Politiker nach ihrer politischen Laufbahn, und ab wann dürfen sie es? Für Berliner Regierungsmitglieder gibt es seit 2015 eine Karenzzeitregelung, in den Bundesländern ist sie aber noch längst nicht Standard.

Carstensen Verbindung zu Paulsen, sagt Experte Lange von Lobbycontrol, sei genau so ein Fall, der heute unter die Kieler Karenzzeitregel fallen würde. Lange: „Wenn man in solchen Fällen nicht mit der maximalen Transparenz herangeht, könnte der Eindruck entstehen, mit dem Posten würden politische Gefälligkeiten im Nachhinein abgebollt. Man könnte fragen: Welchen Deal hat es da gegeben?“ Zumindest zwischen der Partei des Ministerpräsidenten

## Wuff, wuff

Sein Erscheinen in den Paradise Papers ist für Polit-Pensionär Peter Harry Carstensen schon die zweite Gelegenheit in diesem Jahr aufzufallen. Im Frühjahr hatte er seine Teilnahme an der Wahl des Bundespräsidenten abgesagt. Frau verweist, Dackel Lawrenz krank – da musste Frank-Walter Steinmeier ohne seine Stimme auskommen. Lawrenz, 5, hatte einen Bandscheibenvorfall, Dackel Lawrenz genannt. „Ich weiß gar nicht, warum daraus so ein Bohoi gemacht wird“, sagte Carstensen damals. Wer Tiere hat, habe ihm sein Vater schon eingeprägt, müsse sich um die Tiere kümmern. Lawrenz soll es wieder gutgehen.

Der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (vorne) mit Dackel Lawrenz auf dem Arm, hat einen Direktoren-Posten im Museum „Kunst der Westküste“ auf Föhr inne. Das hat der CDU-Großspender und Unternehmer Frederik Paulsen (hinten) gestiftet. COLLAGE: BENE ROHLMANN



## Hegen und pflegen

Peter Harry Carstensen war Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Nach seiner Amtszeit wurde er „Managing Director“ eines Museums, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfuhr. Der Fall wirft wieder einmal die Frage auf, was Politiker dürfen, wenn sie nicht mehr Politiker sind

und dem Konzern des Pharma-Unternehmers schon zuvor viel Geld in Form von Partespenden geflossen ist. „Politische Verantwortung endet nicht mit der politischen Tätigkeit“, sagt Timo Lange. Es müsse auch jeder Eindruck vermieden werden, dass ein Politiker vielleicht für seinen neuen Dienstherrn Lobbyarbeit leistet, weil er ja noch gute Kontakte in die Politik hat.

Frederik Paulsen lässt jeglichen Verdacht zurückweisen, er würde seinem Freund Carstensen irgendeine „Entlohnung für politische Gefälligkeiten“ gewähren. Der Unternehmer lege Wert auf die Feststellung, „dass er sich als schwedischer Staatsbürger ebenso wie als Unternehmer und Förderer ohne Wenn und Aber an Recht und Gesetz hält – und bei keiner seiner Aktivitäten jemals eine Struktur bzw. Konstruktion wählen oder befürworten würde, die nicht legal ist“. Die Ausläufer der Museums-Firma reichten zeitweise bis nach Curaçao.

Peter Harry Carstensen ist im Ton ähnlich offensiv, in der Sache indes etwas unscharf. Er sehe insgesamt keinen Grund, seine „Tätigkeiten oder Einzelheiten dazu flächendeckend oder gar medial verbreiten zu lassen“. Auch über eventuelle Einkünfte als Aufsichtsratsmitglied in Paulsens georgischem Weingut gibt er keine Auskunft. Nur so viel sagt Carstensen, der einmal Agrarexperte der CDU-Bundestagsfraktion war: Er sei bei dem Weingut wegen seines „Sachverständnisses in landwirtschaftlichen Fragen“ beratend tätig. Im Übrigen sei Georgien ein interessantes Land.

Was der Münchner Mietwagen-Millionär Erich Sixt von Steuern hält, ist kein Geheimnis. Immer wieder hat er dazu öffentlich Stellung bezogen, und zwar deutlich: Die Steuern sollten runter, das deutsche Steuersystem sei „aberwitzig“, die staatliche „Gier nach Geld unersättlich“. Dem *Handelsblatt* erklärte er sogar: „Dem Staat billige ich nur eine einzige Aufgabe zu – meine Freiheit zu schützen.“

### Sixt hat Mittel und Möglichkeiten, um Regeln sehr weit auslegen zu können

Nun ist es aber so, dass der Staat Erich Sixt nicht direkt fragt, was dieser ihm zubilligt. Eher verhält es sich so, dass der Staat die Regeln aufstellt, an die sich Firmen und Menschen gleichermaßen halten müssen, etwa bei der Frage: Wie viele Steuern bezahlt man – und wo? Diese Regeln sind allerdings dehnbar, je nach den finanziellen Möglichkeiten und steuerlichen Tricks, die einem zur Verfügung stehen. Erich

## Da sixt, was ois geht

So witzig wie die Werbung des Münchner Autoverleihers ist diese Überschrift nicht. Aber wie ernst ist die Sache mit dessen Malta-Manöver?

Sixt, noch immer Vorstandsvorsitzender, größter Einzelaktionär und unbestrittener Chef des Autoverleihers, hat die Mittel, um die Regeln weit auslegen zu lassen.

So ein Mittel ist die Sixt-Firma Sixt International Services GmbH, der es offenbar gelingt, einen Großteil der Steuern, die das Unternehmen bezahlt, wieder zurückzuholen. Dabei hilft ein Umweg über das Mittelmeer, über die Steueroase Malta, Mitglied der Europäischen Union seit 2004. Sixt International Services – ehemals: Sixt Financial Services – ist eigentlich eine deutsche GmbH mit Sitz im bayerischen Pullach, in den Paradise Papers findet man sie aber

als „Oversea Company“ in den internen Daten des maltesischen Firmenregisters. Ein Sprecher von Sixt begründet dies damit, dass sich die Geschäftsleitung und die Verwaltung der Gesellschaft „ausschließlich in Malta“ befinden.

Nur, warum ist das so? Der Zweck der maltesisch-bayerischen Firma ist es mutmaßlich, andere verbundene Unternehmen des Sixt-Konzerns mit Geld auszustatten, als konzerninterne Darlehen. 2015 verlieh die Sixt International Services laut Jahresbericht mehr als 360 Millionen Euro an andere Firmen aus dem Sixt-Kosmos. Das hat für Sixt den Vorteil, dass die verschulde-

ten Firmen die Zinszahlungen von der Steuer absetzen können – und so weniger Steuern bezahlen. Der Konzern machte auf Anfrage keine Angaben dazu, ob und wie viel Sixt dadurch an Steuern spart.

Der eigentliche Trick an Sixts Malta-Manöver ist der: Während die Zinszahlungen von Schuldnern steuerlich abgesetzt werden können, bleiben die Zinseinkünfte für die Gläubiger auf Malta so gut wie steuerfrei. Zwar muss die Sixt International Services den normalen Steuersatz bezahlen, kann aber von Malta – Stichwort Steueroase – bis zu sechs Siebtel der bezahlten Steuern wieder zurückfordern. Die einschlägigen Anbieter solcher Firmenkonstruktionen werben damit, dass so, nach erfolgter Rückforderung, nur fünf Prozent Unternehmensteuern bezahlt werden müssen.

Ein Sprecher von Sixt bestätigt auf SZ-Anfrage, dass Sixt diese Möglichkeit in Anspruch genommen habe, ohne aber zu sagen, wie hoch die Ersparnis war. Er betont allerdings, dass die Firma eine reguläre Firma sei, alles völlig normal. Andere Sixt-Firmen in den Steueroasen Delaware und Lu-

xemburg hätten keine steuerlichen Vorteile, versichert Sixt – und die Firma Sixt Holiday, die 2003 ganz offiziell der Steuer wegen in die Schweiz verlagert wurde, gebe es seit einigen Jahren nicht mehr. Außerdem verweist Sixt auf die „im EU-Raum übliche Ertragssteuerquote“ von rund 30 Prozent.

### „Schnappt sie euch, Jungs!“ Panama-Kunde Sixt und die Werbung mit den Panama Papers

Erich Sixt selbst empfindet die mediale Jagd auf Steuersünder als „populistisch“. Für die Firmen-Werbung – bei Sixt „Chiefsache“ – taugt sie ihm dennoch. Als im April 2016 die Panama Papers veröffentlicht werden, bastelt die Werbeabteilung in aller Schnelle eine Anzeige. „Schnappt sie euch, Jungs!“, liest man darauf in fetten Lettern, und darunter: „Mietwagen für Steuerfahnder in über 4000 Stationen weltweit – auch in Panama.“

Für Sixt-Verhältnisse ist das noch ein harmloses Motiv. Dient es der Marke, ist

Erich Sixt kein Spaß zu populistisch. Der Konzern ist bekannt dafür, Menschen öffentlich zu verspotten: eine füllige Urlauberin im Bikini („Pfui!“), die pleitegegangenen Griechen („Wir akzeptieren wieder Drachmen“) oder einen wegen Drogenproblemen in die Schlagzeilen geratenen Grünen-Politiker („Gönnen Sie sich zur Abwechslung mal eine Nase frischen Wind“).

Das Panama-Papers-Motiv ist da eher kurios: Denn Erich Sixt und seine Frau Regine Sixt waren selbst Kunden von Mossack Fonseca, der Kanzlei im Zentrum der Panama Papers. Die Sixts führten bei Mossack Fonseca zwei Offshore-Firmen auf den Britischen Jungferninseln. Im neuen Leak der Paradise Papers finden sich nun noch weitere Sixt-Firmen, die auf den Britischen Jungferninseln registriert sind. Sie dienen laut Sixts Steuerberater der Verwaltung von Privatgrundstücken und Privathäusern der Familie in der Karibik. Das alles scheint jedoch nicht illegal zu sein, die „Jungs“ müssen sich andere schnappen.  
**FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER, JAN STROZYK**

# Niederlande überprüfen Steuer-Deals

Die Regierung in Den Haag reagiert auf die Paradise Papers: Alle Absprachen zwischen internationalen Konzernen und den Finanzbehörden sollen jetzt untersucht werden

**Brüssel** – Nach den Enthüllungen der Paradise Papers will die niederländische Regierung umstrittene Steuer-Deals überprüfen. Etwa 4000 Vereinbarungen zwischen den Finanzämtern und international tätigen Konzernen würden untersucht, teilte das Finanzministerium am Mittwoch in Den Haag mit. In einem Brief an das Parlament bekräftigte der zuständige Staatssekretär, dass die Regierung das Thema Steuer-Vermeidung angehen werde. Die Niederlande waren aufgrund ihrer Steuerregeln für Unternehmen wie den Sportartikelhersteller Nike in die Kritik geraten.

In dem vierseitigen Schreiben mit dem Betreff „Paradise Papers“ kündigte das Finanzministerium an, bald zwei EU-Richtlinien zur Steuer-Vermeidung umzusetzen. Eine davon soll jener „CV/BV“-Struktur ein Ende setzen, die es Nike ermöglichte,

seine Steuerlast erheblich zu drücken. Das entsprechende Gesetz soll 2018 eingebracht werden und 2020 in Kraft treten. Geplant ist auch ein Gesetz zur strengeren Regulierung von Trust Funds.

In niederländischen Regierungskreisen hieß es, die bisherige Praxis sei nicht illegal gewesen. Außerdem machten andere EU-Staaten Ähnliches, und man müsse deshalb gemeinsam in Europa handeln. Dieses Bekenntnis ist allerdings zweifelhaft, denn ungeachtet anderer Enthüllungen wie Lux-Leaks oder den Panama Papers blockieren EU-Staaten wie Irland, Luxemburg und die Niederlande weitere Gesetzesvorschläge der EU-Kommission zur Bekämpfung von Steuer-Vermeidung.

Angesichts der jüngsten Medienberichte gebe es in der neuen niederländischen Regierung nun ein gewisses „Gefühl der

Dringlichkeit“, verlautete aus Den Haag. Bereits 2016 hatte das Finanzministerium eine Überprüfung der Steuerabsprachen durch eine Kommission veranlasst, allerdings nur stichprobenartig. Die neue Untersuchung läuft zusätzlich, im Lichte der Erkenntnisse durch die Paradise Papers.



## Paradise Papers

Die Schattenwelt des großen Geldes

Konkret geht es um eine Steuerabsprache mit dem US-Konzern Procter & Gamble, bei der möglicherweise gegen bestehende Regeln verstoßen wurde. Procter & Gamble hatte Teile des Konzerns neu strukturiert und beim Verkauf von Firmenanteilen einen hohen Millionenbetrag erlöst. Daraufhin beantragte der Konzern auf diesen Betrag, 676 Millionen Dollar, Steuerfreiheit zu erhalten – und offenbar genehmigte ein Steuerinspektor in Rotterdam den Deal an der zuständigen Regierungsstelle vorbei.

Auch im Fall von Nike war eine Steuerabsprache mit den Behörden mitentscheidend für die Vermeidung von Milliarden an Steuern. Das Unternehmen nutzt die Niederlande als Europazentrale, zieht dort Gewinne zusammen und kann sie weitgehend unbesteuert belassen. **KIT, AM, BOB**



Juan Mata und Martin Cáceres kämpfen im Spiel Spanien-Uruguay um den Ball.

# Die wundersame Karriere des Herrn W.

Ein Arzt aus der deutschen Provinz, die Fifa und eine mysteriöse Frau namens Barbara - in diesem Schurkenstück rund um die WM in Katar zeigt sich, wie leicht einer im Fußballsumpf versacken kann

VON ELISABETH GAMPPEL, THOMAS KISTNER UND BASTIAN OBERMAYER

**S**tefan Wiesnicks ganz und gar erstaunlicher Ausflug in die Welt der Fifa, der katarischen Funktionäre und der Briefkastenfirmen beginnt auf dem Papier am 5. Dezember 2012.

An diesem Tag wird auf den Seychellen eine Firma namens E.S.M. Group Ltd. gegründet – und Stefan Wiesnick ist ihr Direktor und einziger Anteilseigner. Schon wenig später hat die Firma offenbar einen Deal mit den Organisatoren der Fußball-WM 2022 in Katar, und Wiesnick wird im Namen der E.S.M. Group eine Rechnung an den mächtigen Generalsekretär des katarischen Fußballverbands schreiben: für die Organisation eines Freundschaftsländerspiels zwischen Spanien und Uruguay in Doha. Rechnungsbetrag der ersten Rate: 400 000 US-Dollar. Wiesnick wird alleiniger Bevollmächtigter eines Offshore-Kontos bei Barclays auf Mauritius sein, auf dem etliche sechsstellige Beträge landen; er wird Verträge unterzeichnen, Zahlungen anweisen und bei alledem weiterhin Vollzeit in einem Krankenhaus in einer deutschen Kleinstadt arbeiten.

## Vieles an dem Fall ist merkwürdig – aber offenbar nicht für Appleby

Denn Stefan Wiesnick, Mitte dreißig, groß gewachsen, ist kein Sportmanager. Er ist Chirurg.

Genauer gesagt: Facharzt für Orthopädie, sein Spezialgebiet sind komplexe Fußoperationen, Vorfuß, Rückfuß und so weiter. Wiesnick heißt in Wahrheit anders, sein Name ist der SZ bekannt.

Die Organisation von Fußball-Länderspielen gehört jedenfalls eher nicht zu Wiesnicks Spezialgebieten – und das wirft, vorsichtig formuliert, eine ganze Menge Fragen auf: Wie kommt ein deutscher Arzt dazu, Fifa-Länderspiele zu organisieren? Warum läuft dieses Geschäft über die Seychellen und Mauritius? Wie um alles in der Welt kommt ein Chirurg an diesen dicken Auftrag aus Katar?

Und dann ist da noch eine Frage, der man nicht aus dem Weg gehen kann: Steckt Stefan Wiesnick mit im Fifa-Sumpf?

Der Welt-Fußballverband wurde, etwa zweieinhalb Jahre nachdem der deutsche Arzt seine Firma auf den Seychellen gegründet hat, von einem Beben erschüttert: dem Fifa-Korruptionsskandal. Eine ganze Reihe von Funktionären ist damals aus dem Ämtern und ins Gefängnis oder in den Hausarrest befördert worden. Die Staatsanwälte, die das große Fifa-Verfahren in New York führen, interessieren sich auch für Wiesnicks Geschäftspartner: die Organisatoren der WM 2022 in Katar. Der Verdacht, dass sich das Emirät die WM erkaufte hat, ist keineswegs ausgeklärt – im Gegenteil: Die weltweiten Strafverfolgungen werden immer intensiver. Im Fokus stehen, unter anderem, eine Reihe von Freundschaftsspielen, bei denen der katarische Verband andere nationale Verbände dafür bezahlte, dass sie die Begegnungen nicht in ihren Ländern, sondern in Katar austragen. Um Werbung für das WM-Gastgebertum zu machen, klar. Oder aber – um Zahlungen an die jeweiligen nationalen Verbände tarnen zu können?

Eines dieser Spiele war die Begegnung zwischen Brasilien und Argentinien, die

2010 in Doha stattfand – zwei Wochen bevor Katar die WM 2022 zugesprochen bekam. Laut *Guardian* zahlte Katar dafür 8,6 Millionen US-Dollar. Ein anderes war, ausgerechnet, das Freundschaftsspiel Spaniens gegen Uruguay, das die E.S.M. Group betreute – jene Briefkastenfirma, die Stefan Wiesnick gründete, der Arzt aus Deutschland. Wiesnick bekam nach *Medienberichten* dafür drei Millionen Euro.

Zurück zum Anfang dieser Geschichte, jedenfalls, insoweit sich ein Anfang rekonstruieren lässt: Im November 2012 meldet sich Wiesnick bei der Kanzlei Appleby, in deren Filiale auf den Seychellen – das geht aus internen Aufzeichnungen hervor, die sich in den *Paradise Papers* finden. Appleby ist einer der beiden Offshore-Dienstleister, deren interne Daten der SZ zugespielt und anschließend mit beinahe 400 Journalisten in aller Welt geteilt wurden. Der junge Arzt, er ist damals Anfang dreißig, macht Appleby Druck: Ein Kanzlei-Mitarbeiter notiert, der Interessent brauche „dringende“ eine Offshore-Firma und auch ein Bankkonto auf Mauritius, weil er eine gute Gelegenheit für ein Geschäft nicht verpassen wolle.

Wiesnick muss Formulare ausfüllen, Adresse, Geburtsdatum, Ausweisnummer und so weiter, auch eine beglaubigte Passkopie und eine Aufenthaltsbescheinigung aus dem Büro des Bürgermeisters seiner Stadt nimmt Appleby zu seinen Akten. Auf die Frage, woher die Mittel der Firma stammten, erklärt Wiesnick, das Geld stamme aus seinem Einkommen als Chirurg – listet aber gleichzeitig verschiedene Sport-Beratungsdienstleistungen auf, die er mit der E.S.M. Group anbieten möchte.

Genau das macht Appleby nervös. Es gilt es als typisches Warnsignal für unlautere Geschäfte und speziell für Geldwäsche, wenn das reale Leben einer Person und ihre Offshore-Geschäfte nicht zusammenpassen, weil es ein Hinweis sein kann, dass der angebliche Eigentümer in Wahrheit nur ein Statthalter für jemand anderen ist. Schon im Dezember 2012 weist ein Mitarbeiter der Appleby-Compliance-Abteilung intern darauf hin. Auf Nachfrage schreibt Wiesnick an Appleby, dass er sehr wohl selbst die Geschäfte der Firma führen werde. „Ich selbst werde die Beratung und die Vermittlung zwischen Mannschaften und anderen Sport-Einheiten in die Hand nehmen.“ Lediglich die Arbeit „im Feld“ würden ein bis zwei Freelancer machen.

Offenbar genügt Appleby diese Aussage des Arztes. Er wird als Kunde akzeptiert, wenn auch mit der internen Vorgabe, seinen Fall genau zu beobachten.

Und es gibt allerhand, was sich zu beobachten lohnt: Schon am 8. Dezember, nur drei Tage nach Gründung der Firma, fragt

der Arzt an, ob es möglich wäre, dass „mein Name nicht wirklich benutzt wird in E-Mail-Korrespondenz etc.“ Statt seiner selbst hätte er gerne einen Appleby-Mitarbeiter, der „offiziell“ für die Firma auftritt. Einen Strohmännchen also.

Spätestens jetzt müssten bei Appleby alle Alarmglocken läuten. Ein Arzt, der aus dem Nichts in das Fußball-Millionengeschäft einsteigt – das dann aber lieber geheim halten möchte? Was will Wiesnick tarnen?

Statt seine Absichten kritisch zu hinterfragen, bietet Appleby an, ihm Scheindirektoren für die E.S.M. Group zu stellen. Kostengünstig, versteht sich. Dazu kommt es aber nicht. Der Arzt unterzeichnet weiterhin selbst alle wichtigen Dokumente. Ein paar Wochen später gehen die ersten Summen auf dem Barclays-Konto des Arztes auf Mauritius ein, laut Aufzeichnungen aus den geleakten Unterlagen fast 700 000 US-Dollar bis Ende Januar 2013. Weitere sechsstellige Summen sollen laut der Dokumente folgen, ihr Eingang ist aber nicht verzeichnet.

Ungefähr zur selben Zeit, im Februar 2012, geschieht etwas, das noch eine Spur merkwürdiger ist als diese ohnehin schon äußerst merkwürdige Geschichte: Eine gewisse „Barbara“ stellt sich per E-Mail ein. Wiesnick schaltet sie als seine „Assistentin“ vor, „Barbara“ schreibt von einer

E-Mail-Adresse mit der Endung „@esm-group.net“, „Barbara“ beantwortet von da an, laut Appleby-Notizen, die meisten E-Mails, sie ruft auch an, wenn es Dinge zu klären gibt. Vor allem stellen die Appleby-Mitarbeiter fest: „Barbara“ kennt sich viel besser aus in den Transaktionen der E.S.M. Group als ihr angeblicher Chef.

Wer also ist „Barbara“?

Diese Frage stellt sich auch Appleby – und die Mitarbeiter der Kanzlei haben auch einen konkreten Verdacht. Als Appleby Stefan Wiesnick im Dezember 2012 gefragt hatte, warum er seinen Namen nicht öffentlich mit der E.S.M. Group verbunden haben wollte, antwortete der verblüffend offen: Er habe die Firma mit jemandem eröffnet wollen, der ein „High profile“-Sportmanager sei – aber diese Person fechte eine Rechtsstreit mit ihrem vorherigen Arbeitgeber aus, der ihr vorwerfe, dass sie den Businessplan für die E.S.M. Group noch in der Kündigungsfrist entwickelt und damit gegen eine Konkurrenzklausel verstößt habe. Deswegen hätten sie beschlossen, dass er die Firma nun alleine gründe: So würde er das Geschäft wenigstens nicht verpassen.

Damit es nachher nicht heißen könnte, das Geschäft sei lange vorher angebahnt worden, so schildert der Arzt weiter, rieten die Anwälte dieser Person, dass weder ihr Name noch Wiesnicks Name mit der Firma verbunden werden sollten – da der „frühere Arbeitgeber sich dessen bewusst sein könnte“ dass die beiden Freunde seien und „daraus ein Problem machen könnte“.

Nachdem „Barbara“ im Februar 2012 auftaucht, hält eine Appleby-Mitarbeiterin in einer Notiz fest, es sei „gut möglich“, dass der Arzt und die geheimnisvolle zweite Person die Geschäftsidee ihrer früheren Partnerin kopiert haben. Außerdem geht man bei Appleby längst davon aus, dass „Barbara“ die Person ist, mit der Wiesnick ursprünglich die Firma gründen wollte, dass sie in Wahrheit die Firma lenkt und dass Wiesnick – der deutsche Chirurg ohne jede Ahnung vom Sportgeschäft – nur ein Strohmännchen ist.

Das wäre endgültig die rote Linie, die auf keinen Fall überschritten werden dürfte. Die oberste Regel im Kampf gegen Geldwäsche lautet: Kenne deinen Kunden. Appleby hat keine Ahnung, wer „Barbara“ ist. „Barbara“ könnte ein Drogendealer sein, ein Terrorist, ein Mafiaboss. Tatsächlich rät eine Mitarbeiterin der Compliance-Abteilung, den Fall der Finanzaufsicht der Seychellen zu melden; aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob der Rat befolgt wird. Applebys Compliance-Chef Robert Woods wagt in einer E-Mail Ende Februar ab, er verstehe den Verdacht, schreibt er, aber: Klingt das alles „wirklich kriminell“?

## Geldtopf

Ein Teil der Gelder, die aus Katar auf das Offshore-Konto des deutschen Arztes gezahlt wurden, stammt laut Überweisung von einer Gesellschaft namens „Legue of Brazil and Argentina“. Nach SZ-Informationen schickte Katar 2022 auch das Geld für das Freundschaftsspiel Ägypten gegen Brasilien in Doha unter Verwendung dieses seltsamen Begriffes, der möglicherweise auf das erste der nach Katar verkauften Freundschaftsspiele zurückgeht: Brasilien gegen Argentinien. Aber wofür steht „Legue of Brazil and Argentina“? Für einen Geldtopf, der gefüllt wurde, um eine Pro-Katar-Stimmung zu erzeugen? Der katarische Verband antwortete auf eine SZ-Anfrage dazu nicht.

Auf SZ-Anfrage nahm Appleby dazu keine Stellung, ebenso wenig wie Woods.

In den Daten der *Paradise Papers* finden sich kaum Dokumente zum Fall Wiesnick für die folgenden Jahre. Erst Anfang Juli 2015 gibt eine eher lapidare E-Mail-Konversation den wohl entscheidenden Hinweis auf „Barbara“: Eine Mitarbeiterin aus der Compliance-Abteilung fragt mit Verweis auf die E.S.M. Group, ob die Kundeninformationen über eine gewisse Tina S. bereits angekommen seien. Die Antwort lautet: Man solle bitte beachten, dass man noch „auf ungeschriebene Dokumente“ der Chirurgen warte und Tina S. „die Firma noch nicht übernommen hat“.

Wohl gemerkt: noch nicht. Wer im Internet den vollen Namen von Tina S. in eine Suchmaschine eingibt, findet schon nach wenigen Sekunden eine offenbar erfolgreiche Sportmanagerin, die tatsächlich – wie von Wiesnick beschrieben – bei einer der führenden Agenturen, dem Schweizer Sportrechtevermarkter Kentaro, gearbeitet hat. Tina S., heute Mitte dreißig, ist laut Eigenbeschreibung in mehreren Social-Media-Konten Deutschtrainerin, die in Bayreuth und München Jurastudium hat. 2008 begann sie bei Kentaro zu arbeiten, 2010 ging sie für die Agentur nach London und dort, erfährt man wiederum von einer Quelle bei Kentaro, betraute sie unter anderem Geschäfte mit Katar. Im Juli 2011 stieg sie zur Leiterin der „International Relations“-Sparte auf.

## Auf Instagram posiert die Frau immer wieder mit Fußballstars

Ihre Fotos auf Instagram und Facebook zeigen eine junge Frau, die beruflich wie privat viel in der Welt unterwegs sein muss, Bahamas, Moskau, Florida, Südafrika, Kroatien, Fotos von Galas, Bilder vom Strand, und immer wieder auch von ihr mit Fußballberühmtheiten wie Thierry Henry, Fernando Hierro, Christian Karembeu, Xavi oder Clarence Seedorf – und auch eines mit Uruguays Stürmerstar Diego Forlán im Khalifa-Stadion in Doha. Dort, wo Uruguay gegen Spanien antrat. Es ist unklar, wann das Bild aufgenommen wurde, hochgeladen wurde es erst im November 2015. Aber das einzige Spiel Uruguays in diesem Stadion war jenes gegen Spanien – das die E.S.M. Group organisiert hat. Angeblich ohne das Zutun von Tina S. – es war ja die Firma von Stefan Wiesnick. Oder etwa nicht?

Bei Facebook ist Tina S. mit Wiesnick befreundet. Auch das passt. Ist Tina S. also „Barbara“ – und ist sie die heimliche Eigentümerin der E.S.M. Group?

Stefan Wiesnick nimmt auf Anfrage zu diesem Punkt keine Stellung. Er bestreitet nicht, mit Tina S. bei der E.S.M. Group zusammengearbeitet zu haben, aber er sagt, ab wann Wiesnick legt Wert darauf, dass nichts im Zusammenhang mit der E.S.M. Group, unrechtlich oder illegal gewesen sei. Tina S. reagiert nicht auf E-Mails von SZ, WDR und WDR.

Dafür spricht ein ehemaliger Senior Manager der Kentaro, die 2015 das Geschäft aufgab, er spricht lang und ausführlich. Die Kurzversion seiner Sicht der Dinge: Er bestätigt, dass Tina S. bei Kentaro für wichtige Kunden zuständig gewesen sei, unter anderem: Katar 2022. So habe sie etwa das Spiel Ägypten gegen Brasilien im Novem-

ber 2011 in Doha organisiert – ein weiteres jener eingekauften Freundschaftsländerspiele. Tina S. sei bei Kentaro aufgestiegen, habe Durchsetzungswillen, Biss und ein offenkundiges Geschick im Umgang mit Kunden gezeigt – ihr Chef sei begeistert gewesen.

Bis Anfang März 2012, so der Ex-Kentaro-Manager, bei einer internen Untersuchung ein geheimer Plan aufgefallen sei: Tina S. und weitere Mitstreiter hätten sich von Kentaro lösen und als Konkurrenz selbstständig machen wollen, unter Verletzung ihrer vertraglichen Wettbewerbsverbote. Nach dieser Entdeckung, so schildert es der Senior Manager, seien die betroffenen Mitarbeiter suspendiert worden. Tina S. habe sich dagegen zur Wehr gesetzt – und zwar offenbar mit Hilfe einer sehr teuren Londoner Anwaltskanzlei, die für gewöhnlich auch der katarische Fußballverband zurückgreife. Möglicherweise habe sich da ausgezahlt, dass Tina S. eine freundschaftliche Beziehung zu einem Mitglied des Bewerbungskomitees für Katar unterhält.

Erst im März 2013 ist die Sache erledigt: Man einigt sich auf einen Vergleich, der nach SZ-Informationen zugunsten von Kentaro beendet wird, einschließlich einer Ausgleichszahlung an die Agentur. Außerdem regelt die Einigung, dass Tina S. bis 31. März 2013 Katar keine Konkurrenz machen darf – weder direkt noch indirekt, weder im Auftrag einer anderen Organisation noch alleine. Sollte Tina S. also „Barbara“ sein, hätte sie dagegen offenbar klar verstanden. Davon zeugt nicht nur der sechsstellige Betrag auf dem Offshore-Konto auf Mauritius.

Das Konto auf Mauritius könnte noch in weiterer Hinsicht zum Problem werden. Etwa wenn Stefan Wiesnick seinem Finanzamt die Firma und seine Nebenbätigkeit nicht gemeldet und seine Einnahmen nicht versteuert hat. Wiesnick erklärt, dass sowohl steuerrechtlich als auch arbeitsrechtlich alle legal „war und ist“. Tina S. wiederum konnte die Einnahmen kaum versteuern. Es war ja nicht ihre Firma – offiziell.

Zudem liegt auf all den von Katar bezahlten Freundschaftsländerspielen der Schatten möglicher Korruption oder zumindest Einflussnahme. Auch das Spiel Spanien gegen Uruguay würde in das Raster passen. Spanien soll während der WM-Werbung enger als erlaubt mit Katar kooperiert haben. Kurz nach dem Zuschlag begann das Emirät dann, Milliarden in staats- oder fußballnahe spanische Firmen zu investieren. Und im Zuge der Fifa-Ermittlungen wurden auch die Verbindungsstellen von Spanien und Uruguay festgenommen.

Offenbar haben sich auch die Fährder der US-Justizministeriums – die das Verfahren gegen die Fifa führen – die Kontoutlagen der E.S.M. Group kommen lassen: Kurz nach der Razzia beim Fifa-Kongress in Zürich im Mai 2015 leitete die Barclays-Bank auf Mauritius eine „dringende Informationsanfrage“ an Appleby weiter. Solche Anfragen können nur staatliche Aufsichtsbehörden stellen. In diesem Fall wird konkret nach einer Reihe von Transaktionen mit Geschäftspartnern der E.S.M. Group gefragt, darunter auch solche, die in den Fifa-Skandal verwickelt sind.

Sollte ein Teil des Geldes, das die E.S.M. Group weitergeleitet hat, tatsächlich Aufsichtsbehörde gewesen sein, könnte Stefan Wiesnick und Tina S. sogar ein Verfahren wegen Geldwäsche drohen. Wiesnick sagt dazu nur so viel: Er habe mit den Anschuldigungen gegen Katar weder etwas zu tun, noch wisse er etwas darüber.

Mitarbeiter: Markus Sehl



# Quotenbringer

Deutsche Entwicklungshilfe soll armen Staaten nützen. Doch das Geld fließt oft über Steueroasen, die gerade diesen Ländern besonders schaden. Ein Grund für den Umweg ist offenbar ein Rechenrick

VON KATRIN LANGHANS  
UND TOBIAS ZICK

Alles beginnt, wie so oft, mit einer guten Absicht. Kleinunternehmern in Asien, Schneidern oder Reisbauern, fehlt oft das Geld für Nähmaschinen oder Saatgut. Den Leuten kann geholfen werden, findet die deutsche Bundesregierung, indem man ihnen günstige Kredite gibt. Gesagt, getan: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gründet im Jahr 2012 eine „Mikrofinanzinitiative für Asien“, kurz Mifa. Im Auftrag der Bundesregierung richtet die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) dafür einen Fonds ein. Der soll kleinen Banken in Asien Geld aus Berlin und Brüssel zur Verfügung stellen. Die verleihen es weiter an kleine Unternehmen oder private Haushalte.

## „Es gibt Dinge, für die braucht man einen Hammer“

Der neue Fonds, da gibt sich der KfW-Vorstand selbstsicher, werde in Ländern wie Afghanistan, Tadschikistan und Vietnam „erheblich zur Armutsminderung und zur wirtschaftlichen Stabilität“ beitragen.

So lautet auch der Auftrag von Entwicklungsbanken: Armut lindern. Dafür sind sie dort, wo das Geld herkommt – zum Beispiel in Deutschland – von der Steuer befreit. Und bei vielen Projekten agieren sie sogar in staatlichem Auftrag und mit staatlichem Geld. Aber auch im staatlichen Sinne?

Wie die Paradise Papers zeigen, jene Daten, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurden, hat die deutsche Regierung das Geld für den Asien-Fonds nicht etwa direkt nach Asien geschickt. Es machte weite Umwege über gleich zwei Steueroasen.

Zunächst fließt das Geld von Deutschland nach Mauritius. Die Chefs der dortigen Filiale der Kanzlei Appleby, die im Mittelpunkt des Datenleaks steht, haben nämlich im Auftrag der KfW eine „Mifa Investment Holding“ gegründet und dienen ihr formal als Direktoren. Der Geschäftszweck der Holding ist, das Geld von Mauritius nach Luxemburg weiterzuleiten – in den „Mifa Debt Fund“, den eine Schweizer Investment-Firma für die KfW betreibt.

Seit Mitte 2015 gibt es die Zwischenstation auf Mauritius nicht mehr, das Geld wandert nur noch über Luxemburg nach Asien. Aber die grundsätzliche Frage bleibt: Warum Luxemburg, warum Mauritius? Warum brauchen Institute wie die KfW oder andere Entwicklungsbanken überhaupt Steueroasen? Ein Grund ist unter anderem, dass manche Steuerparadiese gleichzeitig als Entwicklungsländer gelten – und Geld, das dort landet, formal wie Entwicklungshilfe aussieht. Doch dazu später mehr.

Die Dokumente in den Paradise Papers zeigen: Die Struktur des Mikrokredit-Fonds Mifa Debt der KfW ist keine Ausnahme. Mehr als 50 Entwicklungsbanken aus verschiedenen Ländern tauchen in den Daten auf, an elf erwähnten Banken ist Deutschland beteiligt, als Anteilseigner oder über direkte Zahlungen. Oft bauen Entwicklungsbanken an Offshore-Standorten wie den Bermudas, Mauritius oder den Britischen Jungferninseln ähnlich komplexe Konstruktionen auf wie Investoren.

Entwicklungsländer verlieren jedes Jahr mehr Geld durch Steuervermeidung, Geldwäsche und Korruption, als sie im selben Zeitraum an Hilfgeldern von außen bekommen. Das Europäische Netzwerk zu Schulden und Entwicklung (Eurodad), ein Bündnis etlicher Nichtregierungsorganisationen, kritisiert: Entwicklungsbanken würden „helfen, die Offshore-Industrie zu legitimieren“ und Armut fördern, indem sie große Summen über Steueroasen schleusen.

Wie etwa auch im Jahr 2015 beim Bau eines Gaskraftwerks in Nigeria, der insgesamt fast 900 Millionen Dollar kosten soll. Mit mehreren Hundert Millionen Dollar förderte die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), eine Tochter der KfW, gemeinsam mit zehn weiteren Banken das Vorhaben in Afrika.

Das Firmengeflecht, das zu diesem Zweck aufgebaut werden sollte, kann man sich als Baum vorstellen, dessen Krone in den Himmel wächst. Die Wurzel bildet die nigerianische Firma Azura Power West Africa Limited. Sie gehört zu 99,99 Prozent einer Firma auf Mauritius, die wiederum einer anderen Firma auf Mauritius gehört. Letztere, sozusagen die Krone des Baumes, sollte laut einer Vertragsvorlage in den Paradise Papers von der nigerianischen Firma – der Baumwurzel – den Auftrag bekommen, Management-Aufgaben zu übernehmen. So fließt ein Teil des Geldes von dem nigerianischen Unternehmen in die Mauritius-Briefkastenfirma.

Besuch bei der Azura Power Holdings Ltd. auf Mauritius. Am Firmensitz trifft man auf keinen einzigen Mitarbeiter, es gibt kein Klingelschild. Die Rezeptionistin im Erdgeschoss des Bürogebäudes, das als Adresse der Azura-Firma angegeben ist, ruft jemanden an, der dann erklärt, eigentlich für ein ganz anderes Unternehmen zu arbeiten. Azura sei hier zwar registriert, das Geschäft aber – Planung und Betrieb des Kraftwerks – werde „von England aus geführt“.

Gerne würde man von der DEG erfahren, was sie dazu sagt, dass Gelder in eine Firma auf Mauritius fließen, die es dort nur als Adresse gibt. Doch die DEG antwortet, sie sei an das Bankgeheimnis gebunden. Grundsätzlich habe man „alle Vorhaben vor Zusage einer Finanzierung und während der Laufzeit des Engagements umfänglich geprüft“. Die Firma Azura Power West Africa Limited selbst schreibt auf SZ-Anfrage, die Entwicklungsbanken erwarteten eine „effiziente, aber vollkommene konforme Steuerplanung“. Und Offshore-Strukturen seien eben „der steuer-

effizienteste Weg“ für solche Projekte. Die Logik: Je geringer die Kosten, umso günstiger der Strom für die Nigerianer.

Im Juni 2016 hat die DEG in einem Beitrag für *Welt-Sichten*, ein Magazin für globale Entwicklung, ihre Offshore-Geschäfte mit der sogenannten „Hebelwirkung“ zu erklären versucht. Standorte wie Mauritius böten sichere Strukturen, Investitionsschutz und Abkommen mit anderen Ländern zur Vermeidung von Doppelbesteuerung – dadurch könne man leichter private Investoren überzeugen, in Projekte einzusteigen. Man könne also mehr Projekte umsetzen, mehr Arbeitsplätze schaffen – und dies bewirke höhere Steuerabgaben: So erklärte Hubertus von Plettenberg, Bereichsleiter Unternehmensentwicklung der DEG, den „Hebel“. Offshore-Konstrukte seien an sich weder gut noch schlecht: „Es gibt Dinge, für die braucht man einen Hammer. Und ich verzichte nicht auf den Hammer, nur deshalb, weil man ihn auch dazu benutzen könnte, anderen den Kopf einzuschlagen.“

Ein häufig genannter Grund für Briefkastenfirmen ist zudem die Rechtssicherheit. Bevor in einem womöglich korrupten Staat, in dem man investiert, das Vermögen versickert, leitet man es lieber über einen sicheren Standort um. Aber warum Mauritius, Luxemburg oder die Bermudas? „Ich verstehe nicht, warum man ein Investment einer Entwicklungsbank auf Kurzurlaub in eine Steueroase schicken muss, ehe es nach Afrika geht“, sagt George Turner, Mitarbeiter der Organisation Tax Justice. Man könne solche Fonds genauso gut in England oder Deutschland gründen. Also warum? Diese Frage lässt die DEG unbeantwortet.

Die KfW erklärt zu ihrem Mikrokredit-Fonds für Asien, dass die „gute Finanzinfrastruktur“ für Standorte wie Luxemburg spreche. Das Land biete einen „weit entwickelten Rechtsrahmen und hohe Expertise“ – und dies helfe dabei, private Investoren für ein Projekt zu gewinnen. Steuerliche Gründe seien „in keinem Fall ausschlaggebend für die Standortwahl“.

Und Mauritius? Warum war bis Mitte 2015 noch eine „Investment Holding“ auf

der Insel im Indischen Ozean bei Appleby zwischen Deutschland und Luxemburg geschaltet? Dazu muss man wissen, dass sich Deutschland wie andere Industrieländer schon 1972 gegenüber den Vereinten Nationen verpflichtet hat, mindestens 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen für Entwicklungshilfe auszugeben. Die Quote hat Deutschland in den mehr als vier Jahrzehnten jedoch fast nie erreicht,

## Läuft die Zahlung über Mauritius, gilt sie als Entwicklungshilfe

obwohl sich die Regierung bemühte – auch durch Rechenkunststücke.

Lange Zeit galt die strikte Regel, wonach auf die Quote nur Geld angerechnet worden ist, das direkt in ein Entwicklungsland floss. Die KfW räumt auf SZ-Anfrage ein, dies sei seinerzeit der wesentliche Grund dafür gewesen, die Investment Holding bei Appleby zu gründen: Aus jener Regel „ergaben sich Anreize für den Einsatz öffentlicher Mittel für Partner in Entwicklungsländern über entwicklungspolitische Fonds, zum Beispiel auf Mauritius“, teilt die Bank mit. Denn die Insel vor Ostafrika gilt nun einmal formal als Entwicklungsland, staatliches Geld, das dort hinfließt, als „Entwicklungshilfe“ im Sinne der 0,7-Prozent-Quote.

Kritik an diesem Vorgehen weist das Ministerium auf SZ-Anfrage als nicht nachvollziehbar zurück, der Fonds sei „als Mikrofinanzfonds für asiatische Entwicklungsländer ausschließlich entwicklungspolitisch tätig“. Die Bundesregierung halte alle Kriterien für die Anrechnung auf die Quote aus ihrer Sicht vollständig ein. Im Übrigen erhalte der Finanzstandort Mauritius im offiziellen Rating der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Bestnote „compliant“ – nicht zu beanstanden. Für das Bundesministerium sind „Rechtslage und Praxis in Mauritius im Hinblick auf Transparenz und Informationsaustausch für steuerliche Zwecke nicht zu beanstanden“.

Ist das so? Die OECD appelliert nämlich auch an den Inselstaat, er solle nicht die Zukunft des Kontinents „auf Spiel setzen“, indem er „die Staatseinnahmen afrikanischer Länder stiehlt“.

Die Appleby-Filiale, die bis vor zwei Jahren die Investment Holding für die Bundesregierung auf Mauritius verwaltete, wirbt unterdessen weiterhin offensiv um Kunden, die steuergünstig „auf afrikanischen und asiatischen Märkten“ Geschäfte machen wollen.

Mitarbeit: Bernd Dörries

## Die KfW

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau bezeichnet sich als eine der größten Entwicklungsbanken der Welt. Allein 2015 erhielt sie mehr als zwei Milliarden Euro Steuergelder. Eines ihrer Ziele ist es, mit Krediten Armut zu bekämpfen. Ihre Tochter, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, fördert privatunternehmerische Initiativen in Entwicklungsländern.

## Staat paradox

Jeder soll Steuern zahlen. Doch der deutsche Staat besitzt Firmen, die Geld in Steueroasen verstecken. Was soll das?

Der kleine Ort San Giljan auf Malta – wer die Scheinheiligkeit des deutschen Staates besichtigen will, macht sich am besten auf den Weg dorthin. Dort hängt in der Church Street ein Briefkasten – „No spam“ steht darauf, keine Werbung –, dazu ein Firmenname: Fraport. Fraport ist die Betreiberfirma des Frankfurter Flughafens, des größten und wichtigsten Drehkreuzes in Deutschland. Ein staatliches deutsches Unternehmen mit Sitz in einer Steueroase. Das ist bemerkenswert und noch längst nicht alles.

Die Flughafengesellschaft hat außerdem eine Firma in der Steueroase Luxemburg registriert, sie ist an einer in der Steueroase Zypern beteiligt und besitzt auf Malta nicht nur eine, sondern gleich drei Briefkästen: für die Fraport Malta Business Services Ltd, die Fraport Malta Investment Limited und die Fraport Malta Limited. Dies diene der „Optimierung der Steuerposition“, antwortete das hessische Finanzministerium 2013 auf eine Kleine Anfrage der damals noch oppositionellen Grünen. Auf Malta können Unternehmer die Körperschaftsteuer nämlich auf gerade mal fünf Prozent drücken. Den Staaten, in denen die Firmen tatsächlich ihre Gewinne machen, entgehen so Jahr für Jahr 3,5 bis vier Milliarden Euro, berechnet die Zeitung *Malta Today*.

Die Milliarden verschwinden, auch, weil wohlhabende Deutsche ihr Vermögen vor dem Fiskus verstecken. Und, weil Bund, Länder und Gemeinden beim Gründen von Briefkastenfirmen helfen oder selbst ihr Geld in Steuerparadiesen anlegen. Es ist geradezu paradox: Der Staat versteckt sein Geld vor den Steuerregeln, die er selbst gemacht hat.

Das sind zum Beispiel die Landesbanken – jene Banken also, die Bayern, Hamburg oder Baden-Württemberg gehören. Einige besitzen selbst Filialen oder Tochtergesellschaften in Steueroasen wie Luxemburg, Irland oder im US-Bundesstaat Delaware. Dort müssen sie nur geringe oder auch gar keine Steuern auf ihre Geschäfte zahlen. Aus den Panama Papers – dem Leak aus der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca von 2016 – ging noch etwas anderes hervor: Deutsche Landesbanken – die Bayerische Landesbank, die Landesbank Baden-Württemberg und die HSH-Nordbank – organisierten über die Luxemburger Filialen freimütig Briefkastenfirmen für ihre Kundschaft.

Auch in den Paradise Papers taucht die HSH-Nordbank wieder auf. In einem Konsortium mit anderen Banken ist sie beispielsweise an einem Kredit für eine Reihe von Schiffseignern beteiligt. Die HSH ist mit 90 Millionen Dollar dabei, der gesamte Kredit beläuft sich auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar. Die Summe wird zwanzig Firmen gewährt, die ihren Sitz allesamt in der westafrikanischen Steueroase Liberia haben. Sollte eine deutsche Staatsbank nicht Geschäfte in Steueroasen vermeiden? Die HSH-Nordbank will dazu keine Stellung nehmen.

Unternehmen, die dem Staat selbst gehören oder an denen der Staat beteiligt ist, setzen Steueroasen aber nicht nur für

ihre Kunden ein. Wie Unterlagen aus den Paradise Papers zeigen, nutzen sie auch selbst Briefkastenfirmen.

Der Deutschen Post, an der Bund und Länder mit gut 20 Prozent beteiligt sind, gehört die Firma Maria Falls Insurance Co. Ltd. mit Sitz auf den Bermudas, einer Steueroase. Maria Falls Insurance ist eine Art firmeneigene Versicherung, über die die Deutsche Post die Fracht, ihre Autos und Laster, aber auch ihre Mitarbeiter absichert.

Jeden Euro, den die Post an Maria Falls Insurance zahlt, muss sie in Deutschland nicht versteuern. Und die Maria Falls Insurance meldet ihre Gewinne auf den Bermudas – dort fallen kaum Steuern an. Könnte die Post ihre Versicherung nicht in Deutschland betreiben? Auf Anfrage von SZ, NDR und WDR erklärte die Deutsche Post DHL Group, wie das weltweit tätige Unternehmen heute heißt, sie ziehe keinen steuerlichen Nutzen aus der Maria Falls Insurance.

Fragt man das Bundesfinanzministerium, ob es in Ordnung ist, dass deutsche Staatsunternehmen Schlupflöcher in Steueroasen nutzen, lautet die Antwort: „Unternehmen (gleich ob in privater oder in öffentlicher Hand) müssen sich an die bestehenden steuerlichen Gesetze halten. Dazu zählt insbesondere die Befolgung derjenigen Regelungen, die der Bekämpfung von Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen dienen.“ Übersetzt heißt das: Erlaubt ist alles, was legal ist. Die Steuermoral kann hintenstehen.

### Es gibt auch eine moralische Pflicht der Regierung

Diese Haltung hat nur zwei Haken: Nicht immer ist eindeutig, welches Steuer-schlupfloch legal oder illegal ist. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker etwa verteidigte das Vorgehen seiner Heimat Luxemburg als legal – Steuergeschenke an Firmen seien in Ordnung. Eine Untersuchung der EU widerlegte dies: Luxemburg hat nach Überzeugung der EU-Kommission dem Online-Händler Amazon illegale Steuervorteile eingeräumt.

Zweitens: Ein Staat, der selbst in Steueroasen agiert, sendet – auch wenn alles legal ist – unweigerlich ein Signal: dass Geschäfte in Steueroasen doch gar nicht so problematisch seien. „Die Devise, was nicht verboten ist, darf man machen, ist zu nachsichtig“, sagt Thomas Eigenthaler, der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. „Die öffentliche Hand hat nicht nur die rechtliche Pflicht, sondern auch eine moralische Verantwortung, in Steuerfragen ‚sauber‘ zu bleiben.“ M. MÜCH, K. LANGHANS, H. MUNZINGER, F. OBERMAIER, V. WORMER, T. ZICK

Auf Sand gebaut: The Square ist ein spektakuläres Bürogebäude am Frankfurter Flughafen. Das Felsentor im Inselstaat Malta, auf dem es hier steht, heißt Blaues Fenster. Es ist im März eingestürzt. Die Briefkastenfirmen des Flughafens bestehen weiter.



# Bombengeschäfte

Iran hat ein Atomprogramm? Einer Firma ist das offenbar erst einmal herzlich egal

Im Jahr 2002 wird bekannt, dass Iran seit geraumer Zeit heimlich an einem Atomprogramm arbeitet. Das Regime in Teheran behauptet, die Kernkraft nur für friedliche Energieversorgung zu entwickeln. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland vermuten jedoch, Iran strebe nach Atomwaffen. Deshalb erlassen die USA und die Europäische Union Sanktionen gegen das Land. Erst 2015 einigen sich die fünf Veto-mächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China, sowie Deutschland und die EU mit Iran auf einen Deal: Das Land am Persischen Golf stimmte zu, sein Programm zur Anreicherung von Uran bis zu 25 Jahre lang kontrollieren zu lassen oder einzuschränken.

In der Zwischenzeit werden jedoch viele iranische Bürger, Firmen und Kreditinstitute mit Sanktionen belegt: Von Oktober 2007 bis Januar 2016 steht die Bank Melli Iran auf der Sanktionsliste des Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums. Die EU zieht im Juni 2008 nach.

Auch die Anwaltskanzlei Appleby ist indirekt betroffen. Denn auf den Kaimaninseln verwaltet sie zwei Briefkastenfirmen, hinter denen die mit Strafmaßnahmen belegte Bank Melli Iran steckt. Die Inseln sind britisches Überseegebiet, die Sanktionen der EU greifen auch dort. Und sie besagen zu dieser Zeit eindeutig, dass man betroffenen Firmen auch nicht mittelbar Geld oder Dienstleistungen zukommen lassen darf: Sind also über einen Konzern Sanktionen verhängt, dürfen auch mit

den Tochterunternehmen keine Geschäfte gemacht werden.

Appleby scheint nichts zu unternehmen, als sie davon erfährt, dass die Bank von der EU mit Sanktionen belegt ist. Im Gegenteil, die Anwaltskanzlei richtet sogar noch eine dritte Offshore-Firma ein. Erst im März 2009 ändert Appleby sein Verhalten: Da überziehen die USA zwei der drei Briefkastenfirmen direkt mit

## Die Kontrollbehörde schlägt Alarm

Sanktionen, und Appleby erhält Post von der Währungsbehörde CIMA, welche die Finanzdienstleistungen auf den Kaimaninseln überwacht. Sie informiert die Kanzlei über die neuen Strafmaßnahmen und verlangt Auskunft. Erst jetzt tritt Appleby als Verwalter aller drei Briefkastenfirmen zurück. Auf Anfrage wollte sich die Anwaltskanzlei dazu konkret nicht äußern. Lediglich allgemein ließ Appleby verlauten: Man habe für Personen oder Unternehmen, die Sanktionen unterworfen seien, nur Dienste geleistet, wenn das Gesetz diese erlaubte. Von der Bank Melli Iran erhielt die SZ auf die Bitte um Stellungnahme keine Antwort. MAURITIUS MUCH

# Arabischer Frühling

Als Libyen im Chaos versinkt, wittert Appleby eine Chance.

Die Kanzlei will trotz Sanktionen weiter am Vermögen des Landes verdienen

Mehr als 41 Jahre herrschte Muammar al-Gaddafi bereits über Libyen, als es dort während des Arabischen Frühlings ab Februar 2011 zu Aufständen kommt. Gaddafi wurde gestürzt und floh aus der Hauptstadt Tripolis. Im Oktober 2011 entdeckten ihn Aufständische in der Betonröhre eines Kanals in der Stadt Sirte. Handyvideos von diesem Tag zeigen den selbsternannten „König der Könige Afrikas“ blutüberströmt inmitten eines feiernden Lynchmobs. Am Ende des Tages war Muammar al-Gaddafi tot.

Fünf Jahre zuvor hatte Gaddafi die Libyan Investment Authority (LIA), eine Art Staatsfonds, gegründet, um die Überschüsse aus dem Öllexport anzulegen. Die Konten der LIA waren im März 2011 – während der Aufstände in Libyen – von den USA, der EU und den Vereinten Nationen eingefroren worden. Gaddafi und seine Söhne waren dafür berüchtigt, Geld aus Staatsunternehmen für ihre ganz persönlichen Interessen abzuzweigen. Da es bis heute keine funktionierende Einheitsregierung in dem Land gibt, ist das Vermögen der LIA weiter blockiert.

Das gilt auch für drei Fonds der libyschen Behörde, die die Anwaltskanzlei Appleby ab 2014 betreut und in denen sich laut den Paradise Papers zu diesem Zeitpunkt Anlagen im Wert von 700 Millionen Dollar befinden. Appleby übernimmt die Aufgabe, nachdem der vorherige Fondsverwalter zurückgetreten ist. „Er sieht es als Risiko für den guten Ruf an, weiter mit ihnen (*den Fonds; Anm. d. Red.*) zu tun zu haben“, schreibt ein Apple-

by-Mitarbeiter einem Kollegen in einer E-Mail. Doch die Kanzlei hat offenbar weniger Probleme damit, die Fonds einer sanktionierten libyschen Behörde zu verwalten. „Keine Panik (oder Panik auslösen!)“, schreibt derselbe Mitarbeiter später an einen Kollegen, man sammle erst einmal alle Fakten, bevor man die Angelegenheit weitertreibe. Schließlich ist der Job äußerst lukrativ. Appleby soll dafür pro Jahr 150 000 Dollar bekommen.

Deshalb lässt sich die Kanzlei offenbar auf diese Aufgabe ein, obwohl sie „hochsensibel und sehr riskant ist“, wie es in einem Protokoll des Risikokomitees der Appleby-Filiale auf der Isle of Man vom 30. Juli 2014 heißt. Ungefähr zur selben Zeit bricht in Libyen erneut ein blutiger Bürgerkrieg aus. Diesmal bekämpfen sich vor allem islamistische und säkulare Milizen. Das frisch gewählte Parlament zieht aus Sicherheitsgründen in die Hafenstadt Tobruk nahe der ägyptischen Grenze. Die Abgeordneten kippen dort unter anderem ein Gesetz, das ehemalige Amtsträger des Gaddafi-Regimes von politischen Ämtern ausschloss – Rückenwind für Getreue des getöteten Despoten. Wochen später tritt die international anerkannte Regierung zurück, in Tripolis bildet sich eine von Islamisten gestützte „Regierung der Nationalen Rettung“. Kurz: Es regiert das Chaos.

Appleby sorgt sich aber vor allem um die eigene Reputation. „Das Hauptrisiko für den guten Ruf“ ist, dass es keinen klaren Bruch seitens der Libyan Investment Authority vom Gaddafi-Regime gibt, konstatiert das Risikokomitee der Kanzlei. Auf Anfrage wollte Appleby dazu nicht

konkret Stellung nehmen. Lediglich allgemein erklärte die Kanzlei, man habe für Personen oder Unternehmen, die Sanktionen unterworfen seien, nur Dienste geleistet, wenn das Gesetz diese erlaubte. Die LIA beantwortete eine schriftliche Anfrage nicht.

Während Appleby aus freien Stücken an der Geschäftsbeziehung festhält, befinden sich mehrere internationale Großbanken in der Lage, die mit Sanktionen belegten Fonds als Kunden behalten zu müssen, selbst wenn sie sie gerne loswerden wollten. Darunter auch die Deutsche Bank. Sie hält bis mindestens Januar 2016 Bargeld der drei Fonds auf mehreren Konten. Die Gelder sind eingefroren, dürfen also nicht ausgezahlt werden, was einen Abbruch der Kundenbeziehung schwierig macht. Die Barmittel auf den stillgelegten Konten wachsen derweil stetig, zum Beispiel durch Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen. Zwischen Januar 2015 und 2016 um ganze 26 Prozent auf mehr als 45 Millionen US-Dollar. Die Deutsche Bank lässt dazu nur mitteilen, dass sie sich nicht „zu einzelnen Beziehungen mit Kunden oder Nichtkunden“ äußere.

Im Jahr 2015 stellt ein Appleby-Mitarbeiter fest, dass die Kanzlei noch mit vier weiteren libyschen Firmen und einer Bank Geschäfte macht, die mit Sanktionen belegt sind. Auch dazu will die Kanzlei auf Anfrage nicht Stellung nehmen. Wiederum tagt das Risikokomitee von Appleby Isle of Man, das mögliche Rechtsverstöße prüfen soll. „Wir müssen nichts unternehmen“, heißt es in einer E-Mail.

M. MUCH, H. MUNZINGER

Die Sberbank bestritt auf Anfrage der SZ, nach der Verhängung von Sanktionen Kunde von Appleby geworden zu sein. Doch laut den Paradise Papers half die Kanzlei in dieser Zeit bei Deals mit, an denen die Sberbank beteiligt war. Dazu wollte die Bank nicht öffentlich Stellung nehmen. Anfragen an die übrigen Konzerne und Banken blieben unbeantwortet.

Appleby scheint sich von Sanktionen wenig beeindrucken zu lassen. Mit Arkadij und Boris Rotenberg macht die Kanzlei selbst dann noch Geschäfte, als diese bereits von den USA – und im Falle Arkadij Rotenbergs auch von der EU – mit Sanktionen überzogen sind. Eine Niederlassung Applebys auf der Isle of Man in der Irischen See verwaltet zeitweise die drei Briefkastenfirmen Eagle Aviation Limited, Sentonan Investments Limited und Damstone Limited, durch die die Rotenberg-Brüder mehrere Business-Jets in die EU importiert haben. Hinzu kommt die Firma Hilanser Limited mit Sitz auf den Britischen Jungferninseln, die laut den Paradise Papers zumindest zeitweise Arkadij Rotenberg gehörte. Anfragen der SZ ließen Arkadij und Boris Rotenberg unbeantwortet.

Besonders heikel wird die Geschäftsbeziehung 2014. Denn seit dem 30. Juli jenes Jahres steht Arkadij Rotenberg auf der Sanktionsliste der EU. Und seit dem 8. August 2014 gelten diese Sanktionen auch auf der Isle of Man. Die Insel ist zwar kein Mitglied der EU, gehört aber der Zollunion an und setzt EU-Recht teilweise um, so auch die Russland-Sanktionen. Jetzt wird es gefährlich für Appleby, denn mit Arkadij Rotenberg weiter Geschäfte zu machen, könnte vor Gericht als Bruch von Sanktionen gewertet werden. Das hängt davon ab, wie streng die oft etwas schwammig formulierten Bestimmungen ausgelegt werden.

### Die Rotenbergs wissen, wie man Geschäfte tarnt

Der Compliance Manager von Appleby Isle of Man LLC ist jedenfalls sofort alarmiert, denn mehrere Firmen Rotenbergs sind auf der Insel registriert. In einer E-Mail an Kollegen schreibt er umgekehrt: „Weil Herr Rotenberg jetzt auf der Liste steht, müssen wir sofort Maßnahmen ergreifen, um die Beziehung einzufrieren.“

Die Partner in der Anwaltskanzlei sehen das offenbar anders. Womöglich haben sie mehr Sorge, einen reichen Kunden zu verlieren, als Sanktionen zu brechen. Anstatt sofort Maßnahmen zu ergreifen, wie empfohlen, übergibt Appleby erst ein Jahr später Arkadij Rotenbergs Firma Sentonan Investments Limited einem anderen Anbieter juristischer Dienstleistungen. Die Eagle Aviation Limited, auf die eine Zeit lang Rotenbergs Jet zugelassen ist, verwaltet Appleby sogar bis mindestens April 2016.

Welche Geschäfte Arkadij Rotenberg in dieser Zeit mithilfe der Firma geschlossen hat, wollte der Oligarch auf Anfrage nicht erklären. Aus den Paradise Papers ergibt sich allerdings, dass in dieser Zeit mindestens ein Flugzeug, das die Firma besitzt, an eine Bank übereignet wird. Und wenigstens bis April 2016 wird auch Arkadij Rotenberg als Appleby-Kunde und wirtschaftlich Berechtigter dieser Briefkastenfirma geführt – mehr als anderthalb Jahre, nach-

dem er von der EU auf die Sanktionsliste gesetzt worden war.

Wie sehr sich die Verantwortlichen bei Appleby darüber ärgern, dass sie Kunden wie die Rotenbergs letztlich doch aufgeben müssen, wird im Juli 2017 deutlich: „Es ist wirklich schade. Ich weiß, dass das, was sie getan haben, politisch falsch war. Aber unsere Kunden waren exzellent. Sie haben für Top-Service bezahlt und sie haben ihn bekommen“, sagt Brian Johnson, der bis Ende 2015 technischer Direktor von Applebys Flugzeugabteilung war, im Interview mit dem Guardian. Die britische Zeitung ist ein Kooperationspartner der Süddeutschen Zeitung im Paradise-Papers-Projekt.

Es ist erstaunlich, dass sich Appleby nicht sofort von den mit Sanktionen belegten Kunden trennt. Denn die Kanzlei, deren Partner und Mitarbeiter sich gerne als die Guten der Offshore-Branche inszenieren, rühmt sich ihrer Fairness und ihres guten Rufes. Intern sorgt die Haltung Applebys gerade im Fall Rotenberg jedoch immerhin für Diskussionen: Anfang Mai 2014, als Arkadij und Boris bereits seit anderthalb Monaten von den USA mit Sanktionen belegt sind, schreibt der Compliance-Manager der Niederlassung auf den Kaimaninseln in einer E-Mail: „Die Risiken, wenn man mit durch Sanktionen belegten Personen ... Geschäfte macht, sind groß.“

Trotz dieser Mahnung hält Appleby an ihrem Geschäftspartner fest. In einem ähnlichen Fall errichtet die Kanzlei sogar eine neue Brücke: So heißt Appleby im April 2015 die Russian Agricultural Bank als Kunden willkommen, obwohl offensichtlich ist, dass das Finanzinstitut seit 2014 auf den Sanktionslisten von EU und USA steht. Wie heikel die Beziehung ist, zeigt ein interner E-Mail-Wechsel. Besorgt fragt die Senior-Compliance-Beauftragte der Filiale auf den Kaimaninseln: „Könnt ihr bitte bestätigen, dass ihr den Auftrag sorgfältig durchdacht habt und dass dies keine Sanktionen bricht?“ Daraufhin antwortet eine Mitarbeiterin aus dem Büro auf den Britischen

Jungferninseln: „Die Russian Agricultural Bank unterliegt nur Sanktionen, die Kapitalbeschaffung betreffen.“ Solange der Auftrag nicht die Beschaffung von Kapital auf den Märkten, die den Sanktionen unterworfen seien, ermögliche, „sollte das Engagement in Ordnung sein“.

Die Antwort zeigt, wie Appleby die Grenzen der Sanktionsbestimmungen auslotet: Die Kanzlei analysiert haargenau, ob das geplante Geschäft das Territorium der EU oder der USA berührt und welchen Sanktionen die betreffende Person oder Firma unterliegt. Ist das Geschäft aus Sicht der Kanzlei rechtlich gerade noch erlaubt, lässt sie es zu. In einer allgemein gehaltenen Ant-

wort auf mehrere detaillierte Anfragen von ICIJ und SZ lässt Appleby verlauten: Man habe für Personen oder Unternehmen, die Sanktionen unterworfen seien, nur Dienstleistungen geleistet, wenn das Gesetz diese erlaube. Zudem hole man sich bei unabhängigen Sanktionsexperten Rat ein, ob ein bestimmtes Geschäft Sanktionen berühre. Zu den Brüdern Rotenberg, iranischen oder libyschen Unternehmen oder Banken nahm die Kanzlei jedoch nicht Stellung. Lediglich bezüglich der russischen Banken heißt es, dass man für sie trotz der Sanktionsbestimmungen gewisse Dienstleistungen erbringen dürfe.

Kanzleien wie Appleby kommt dabei zugute, dass die Sanktionen nicht immer eindeutig und lückenlos gefasst sind. Die Brücken zu gelisteten Personen oder Firmen werden von der internationalen Staatengemeinschaft mitunter nur zum Teil gesprengt. Die US-Sanktionsbehörde Office of Foreign Assets Control (OFAC) etwa unterscheidet zwischen kompletten und branchenspezifischen Sanktionen; bei letzteren sind bestimmte Transaktionen erlaubt. Auch bei der EU gibt es Schlupflöcher: Zum Beispiel sind Geschäfte mit den Tochterfirmen der von Sanktionen betroffenen Gesellschaften nicht immer verboten; im Einzelfall soll eine eigene Risikoanalyse entscheiden.

### Effizienter Trick: Firmen an die Kinder übertragen

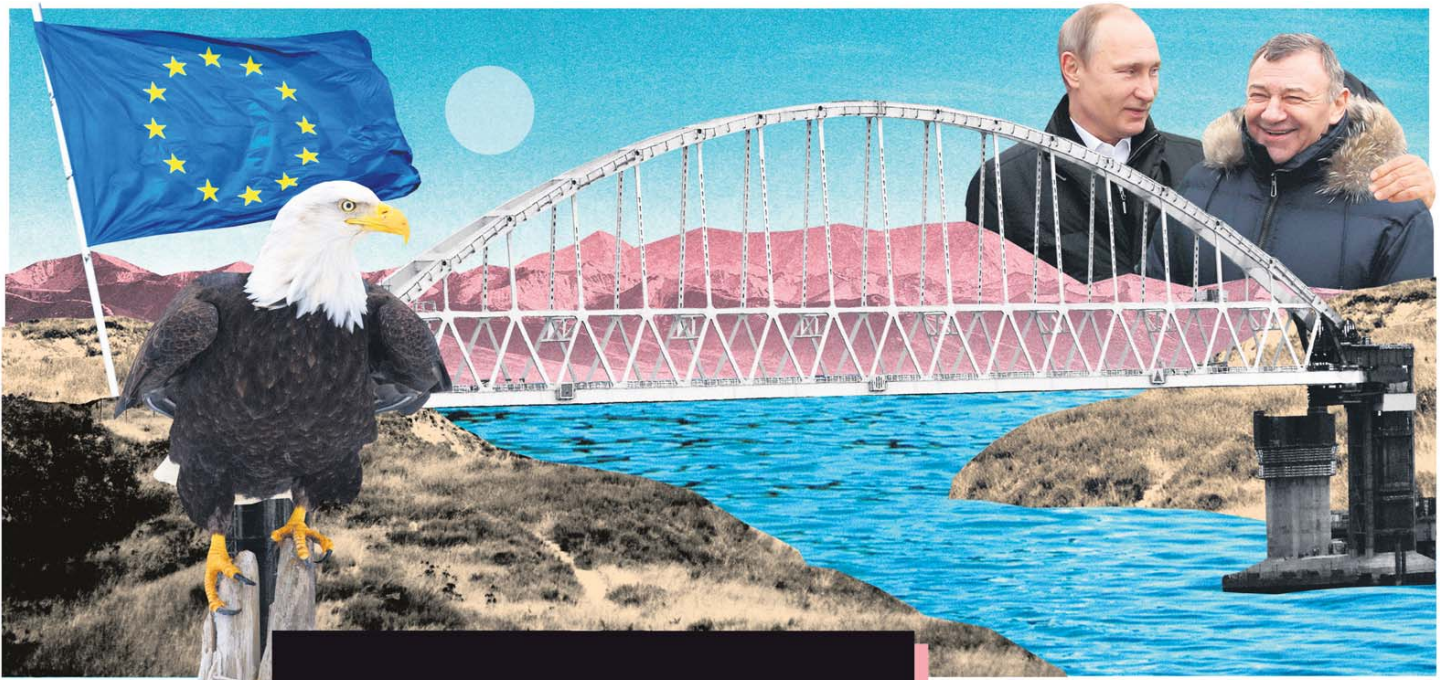
Auch die Rotenbergs sind erprobt darin, ihre Geschäfte gut zu tarnen. Zumindest bis vor Kurzem gehörten ihnen Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln. Normalerweise sind diese Firmen und deren wahre Eigentümer komplett von der Öffentlichkeit abgeschottet und auch für ausländische Fahnder undurchsichtig. Die Panama Papers aus der Kanzlei Mossack Fonseca allerdings, jene Daten, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurden und 2016 Schlagzeilen machten, verraten: Arkadij Rotenberg war mindestens bis 2010 Eigentümer mehrerer Firmen; eine davon, Causeway Consulting Limited, hielt laut den Panama Papers über Umwege angeblich sogar zeitweise Anteile an der Eigentümerfirma der Nordstream-Pipeline, die russisches Gas nach Deutschland befördert.

Obwohl die Rotenbergs in diesem Versteckspiel geübt sind, können sie sich den westlichen Sanktionen nicht ganz entziehen. Im Herbst 2014 etwa beschlagnahmten italienische Behörden mehrere Villen der Rotenbergs in Cagliari, Tarquinia und Arzachena sowie das Berg Luxury Hotel in Rom. Die russische Duma debattiert daraufhin über ein Kompensationsgesetz: Russische Unternehmer, die von der EU oder den USA mit Sanktionen belegt sind, sollten auf Staatskosten entschädigt werden. Dieser Vorschlag scheitert aber an breitem Widerstand gegen das „Rotenberg-Gesetz“, das nur Putins reichen Freunden zugutekommen würde.

Arkadij Rotenberg hat sich derweil mutmaßlich auf andere Weise gewappnet – mit einem nicht ganz neuen, aber sehr effizienten Trick. Er hat, so geht es aus den Panama Papers hervor, Briefkastenfirmen auf einen seiner Söhne umgeschrieben. Der ist nicht von den Sanktionen betroffen.



Der Sturz des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi und das Atomprogramm des Iran führten zu Sanktionen gegen die beiden Länder.



Russlands Präsident Wladimir Putin lässt sich im März 2014 dafür feiern, dass er die Krim annektiert hat. Feuerwerk steigt in den Moskauer Nachthimmel, und etliche Russen glauben, dass ihr Land zurück ist auf dem Weg zu alter Größe. Putin hat die Halbinsel im Schwarzen Meer illegal dem Nachbarland Ukraine entwunden, nun aber steht er vor einem Problem: Das neue Staatsgebiet lässt sich vom russischen Festland aus nur mit Flugzeug oder Schiff erreichen. Putin also beschließt, den Bau einer Brücke voranzutreiben, für Autos, für Züge, 19 Kilometer übers Meer.

**Die Freundschaft mit Putin ist für Rotenberg Fluch und Segen**

Mit dem Prestigeprojekt beauftragt er Arkadij Rotenberg, einen alten Freund aus jenen Zeiten, in denen Sankt Petersburg noch Leningrad hieß. In den 1960er-Jahren lernten sich die beiden in einer Jugendgruppe kennen, später waren sie Trainingspartner beim Judo. Heute ist Rotenberg in den Augen vieler Kritiker ein Strohhalm, über den Putin ein Vermögen anhäuft. Und einer der wenigen, denen Putin vertraut.

Die geplante Brücke in der Straße von Kertsch – zwischen Schwarzem und Asowschem Meer – ist freilich viel mehr als ein Bauwerk, sie ist eine Provokation. Jedenfalls aus Sicht westlicher Regierungen, für die sie den permanenten Bruch des Völkerrechts symbolisiert. Entsprechend reagiert der Westen: Er will Moskau dazu zwingen, die Krim zurückzugeben. Um das zu erreichen, bestraft er jene, die Putin nahe stehen. Den innersten Zirkel des Präsidenten.

Unmittelbar nach der Annexion der Krim, am 20. März 2014, verhängen die USA Sanktionen gegen Putins Weggefährten Rotenberg, vier Monate später zieht die Europäische Union nach. Rotenbergs Konten und Güter in den USA und der EU sind eingefroren, er darf auch nicht in die EU reisen. Bürger und Firmen aus den USA und der EU dürfen ihm weder Geld noch Güter zukommen lassen.

Sanktionen sollen ein Land dazu zwingen, sein Verhalten zu ändern, indem sie Brücken abreißen. Personen aus dem geächteten Land dürfen nicht mehr reisen, keine Waren mehr ausführen, kein Geld überweisen. Für Putins Entourage, die sich gern an den teuersten Orten der Welt aufhält, soll der Weg in den Westen fortan ver-

# Eine Brücke in den Westen

Internationale Sanktionen können einem ganz schön das Geschäft verhaseln. Es sei denn, man heißt Arkadij Rotenberg und hat eine findige Kanzlei wie Appleby

VON MAURITIUS MUCH, FREDERIK OBERMAIER UND NICOLAS RICHTER

sperrt sein, kein Privatjet Rotenbergs soll mehr in Wien, Paris oder London landen, kein Geschäft mehr mit europäischen oder amerikanischen Firmen getätigt werden können. Doch so alt wie Sanktionen sind auch die Versuche, sie zu umgehen. Briefkastenfirmen und Offshore-Trusts dienen oft dazu, staatliche Strafmaßnahmen auszuhebeln. Im Fall des mit Sanktionen belegten Unternehmers Rotenberg war die Kanzlei Appleby zumindest bis April 2016 eine der Helferinnen. Dort, wo USA und EU Brücken für Rotenberg abreißen wollten, ebnete jene Firma, die nun im Zentrum der Paradoxe Papers steht, zeitweise offenbar neue Wege.

Arkadij Rotenberg hat in der Krim-Krise erkennen müssen, dass es Fluch und Segen zugleich ist, ein Freund Putins zu sein. Seine Nähe zum Präsidenten hat ihn, wie andere Oligarchen, zum Milliardär gemacht. Dabei interessierte er sich anfangs gar nicht für Geschäfte. Der promovierte Sportpädagoge arbeitete zunächst als Trainer in Leningrader Sportklubs und gründete später die Judo-Kooperative „Jawarawewa“, deren Ehrenpräsident dann Wladimir Putin wurde.

Nach dem Ende der Sowjetunion entdecken Arkadij und sein jüngerer Bruder Boris ihren Geschäftssinn. Anfangs gehören ihnen nur eine Tankstellenkette und ein Sicherheitsdienst, bald folgt eine Wodkafabrik, dann eine Bank, dann Energiefirmen. Sie bauen Pipelines und Teile der Infrastruktur für die Olympischen Spiele 2014 in Sotschi – allein Putins Winterspektakel beschert ihnen nach Recherchen des Medieneinstes Bloomberg Aufträge im Wert von mehr als sieben Milliarden Dollar. Der wirtschaftliche Aufstieg der Rotenbergs geht Hand in Hand mit dem politischen Aufstieg Wladimir Putins. Forbes kürt Arkadij Rotenberg sogar zum „König der Staatsaufträge“.

Nach der Annexion der Krim bittet Putin seinen alten Freund Arkadij, die Brücke in der Meerenge zu errichten, obwohl dessen Konzern Stroigasmontasch (SGM) offenbar noch nie eine Brücke gebaut hat. Rotenberg, der Kampfsportler, der sich selbst in seiner Doktorarbeit als „Vertreter des aggressiven Teils der Gesellschaft“ beschrieben hat, sagt zu: „Es ist ein wichtiges Projekt für das Land“, erklärt Rotenberg der russischen Zeitung Kommersant. Rund drei Milliarden Dollar soll das Bauwerk kosten.

Der Westen möchte Putin derweil wegen des Landraubs auf der Krim bestrafen, ohne die gesamte Bevölkerung zu treffen. Er verzichtet deswegen auf ein komplettes Embargo und richtet lieber gezielte Sanktionen gegen russische Firmen, Banken sowie jene Oligarchen, die am meisten vom System Putin profitieren. Gegen Leute wie Arkadij Rotenberg also. Die Sanktionen vom 30. Juli 2014 begründet die EU damit, dass Rotenberg ein „langjähriger Bekannter von Präsident Putin und sein früherer Judo-Trainingspartner“ ist und „bei der

Russlands Präsident Wladimir Putin und Arkadij Rotenberg. ALLE COLLAGEN VON BENE ROHLMANN

Vergabe wichtiger Verträge durch den russischen Staat oder durch staatseigene Unternehmen begünstigt“ wurde. Die EU verweist auch auf Rotenbergs Rolle beim Brückenprojekt. Der Bau der Brücke würde „die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation konsolidieren, was die territoriale Unversehrtheit der Ukraine weiter untergräbt.“ Am selben Tag wie Arkadij belegen die USA außerdem dessen Bruder Boris mit Sanktionen, auch er gilt als enger Freund Putins. Von der EU bleibt er laut Forbes nur verschont, weil er zusätzlich einen Pass des EU-Mitglieds Finnland besitzt.

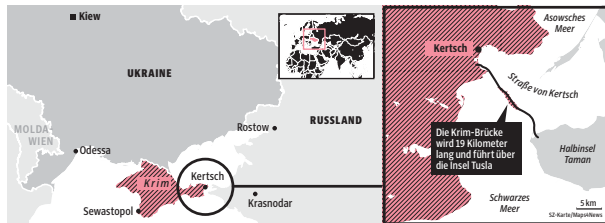
Der Westen meint es ernst. Amerikaner, die mit den Rotenbergs nun Geschäfte machen, müssen hohe Bußgelder zahlen und mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren rechnen. Auch von Bürgern und Unternehmen aus der EU dürfen Arkadij Rotenberg „weder mittelbar noch unmittelbar Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder zugutekommen“. Verschaffen deutsche Staatsbürger Rotenberg dennoch diese Mittel, drohen ihnen bis zu fünf Jahre Haft oder ein Bußgeld von bis zu 500 000 Euro.

**Der Oligarch gibt sein Geld gerne in Italien aus**

Für Rotenberg ist das lästig, denn viele russischen Oligarchen gibt er sein Vermögen auch im Westen aus. Er besitzt zumindest bis zum Frühjahr 2016 Immobilien in Italien und Privatjets, die auf der Isle of Man registriert sind. Trotz der Sanktionen hilft ihm Appleby mindestens bis April 2016 und versucht, die Verbindungen zu erhalten, die der Westen kappen will.

Zudem ist die Kanzlei direkt oder indirekt einem knappen Dutzend Banken und Firmen aus Russland, Iran oder Libyen zu Diensten, während diese Gesellschaften längst mit Sanktionen von der EU und den USA belegt sind. Darunter befinden sich die Kreditinstitute Sberbank, VTB Bank, Gazprombank, das Institut VEB, die Russian Agricultural Bank, die Bank of Moscow, die 2016 mit der VTB fusionierte, sowie der Ölkonzern Rosneft. Verbindungen gab es zudem zum libyschen Staatsfonds, der Libyan Investment Authority (LIA), sowie zur Bank Mellat in Iran.

➤ Fortsetzung nächste Seite



## Wie die Mutter, so der Sohn

Auch Prinz Charles soll von  
Offshore-Anlage profitiert haben

**München** – Vermögen des britischen Thronfolgers Prinz Charles ist in eine Offshore-Firma auf den Bermudas geflossen. Die Firma investierte in nachhaltige Forstwirtschaft, während der Prinz selbst eine Kampagne zum Schutz der Regenwälder unterstützte. Das zeigen Dokumente aus den Paradise Papers.

Die Investition tätigte das Herzogtum Cornwall, das für Charles, der auch Herzog von Cornwall ist, ein Vermögen von umgerechnet über einer Milliarde Euro verwaltet. Ein Sprecher des Herzogtums sagte der britischen Tageszeitung *The Guardian*: „In allen Fällen erhalten diese Investitionen keinerlei Steuervorteile aufgrund ihres Standortes oder eines anderen Aspekts ihrer Struktur, und die Steuerbehörden erleiden dadurch keinerlei Einnahmeausfälle.“



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des  
großen Geldes

Im Jahr 2007 kaufte das Herzogtum Anteile an der Firma „Sustainable Forestry Management“ auf den Bermudas. Das Unternehmen investierte in Wälder in Australien, Afrika, Lateinamerika und Südostasien. Die Paradise Papers legen nahe, dass ein enger Freund von Charles, der Geschäftsmann Hugh Van Cutsem, den Kontakt zwischen dem Herzogtum und der Bermuda-Firma herstellte.

Im Protokoll einer Vorstandssitzung heißt es: „Der Vorsitzende dankte Herrn Van Cutsem für seine Einführung des Herzogtums Cornwall und bat den Vorstand ..., dass die Unterzeichnung des Herzogtums Cornwall geheim gehalten werden soll, mit Ausnahme gesetzlich vorgeschriebener Offenlegungen.“ Alle Beteiligten hatten offenbar kein Interesse, dass die Verbindung zu Charles öffentlich würde.

Das Herzogtum Cornwall bestreitet auf Anfrage des *Guardian*, dass Charles in das Geschäft involviert gewesen sei: „Der Prinz von Wales hat keinen direkten Einfluss auf die Investitionsentscheidungen des Herzogtums.“ Die Paradise Papers legen aber nahe, dass Van Cutsem den Prinzen zumindest für eine Lobbytätigkeit gewinnen wollte. Die Firma auf den Bermudas unterstützte nämlich eine gemeinsame Erklärung internationaler NGOs, die mehr finanzielle Anreize für den Schutz der Regenwälder forderte. Anreize von denen das Unternehmen mutmaßlich selbst profitiert hätte.

Das Herzogtum teilte mit, dass sich der Prinz nie zu Themen äußere, „nur weil das Herzogtum in ein Unternehmen investiert hat“. Die Finanzbeamten des Prinzen verkauften die Anteile an der Firma auf den Bermudas auch nach einem Jahr weiter. Deren Wert war in der Zwischenzeit um sagenhafte 225 Prozent gestiegen. Ein glänzendes Geschäft. Später geriet die Firma in finanzielle Schwierigkeiten und wurde im Jahr 2011 schließlich aufgelöst.

Auch über die Finanzen von Königin Elisabeth II. wird seit Sonntag in Großbritannien debattiert. Die Paradise Papers belegen, dass die royalen Finanzverwalter privates Vermögen der Königin in einen Offshore Fonds auf den Kaimaninseln investierten. Von dort floss das Geld dann in ein umstrittenes Unternehmen, das überbeuerte Leasing-Verträge für Haushaltsgeräte, zum Beispiel Staubsauger, an Geringverdiener vermittelt. **HANNES MUNZINGER**  
**HILARY OSBORNE**

# Schmutzige Geschäfte mit Oligarchen

Die Paradise Papers zeigen, dass die Kanzlei Appleby Vertrauten von Präsident Putin half, obwohl diese mit EU-Sanktionen belegt waren. Kommission plant schwarze Liste zu Steueroasen

VON MAURITIUS MUCH  
UND ALEXANDER MÜHLAUER

**München/Brüssel** – Die Kanzlei Appleby hat Personen, Firmen oder Banken geholfen, die auf internationalen Sanktionslisten standen. Darunter befanden sich mehrere russische Kreditinstitute wie die Gazprombank oder die VTB Bank, aber auch die Bank Melli Iran, der libysche Staatsfonds LIA oder der russische Ölkonzern Rosneft. Am engsten war die Geschäftsbeziehung jedoch zu den Brüdern Rotenberg: So war Arkadij Rotenberg, Jugendfreund von Russlands Präsident Wladimir Putin und einflussreicher Oligarch noch zumindest bis April 2016 Kunde der Kanzlei, obwohl er von den USA bereits im März 2014 und von der EU im Juli 2014 mit Sanktionen belegt worden war. Die Strafmaßnahmen, die infolge der Annexion der Krim verhängt wurden, sollen Putins innersten Zirkel, darunter Rotenberg, treffen.

Appleby war auch Arkadijs Bruder Boris Rotenberg zu Diensten. Die Kanzlei half den Brüdern, mithilfe von Briefkastenfirmen insgesamt drei Flugzeuge über die Isle of Man in die EU zu importieren – ähnlich wie bei Lewis Hamilton. Der viermalige Formel-1-Weltmeister sparte so vier Millionen Euro Mehrwertsteuer bei der Einfuhr seines Jets nach Europa. Die Kanzlei erklärte auf Anfrage, sie habe sich an Recht und Gesetz gehalten. Interne Dokumente zeigen aber, dass der Umgang mit den Kunden sogar intern umstritten war.

In der EU haben die Erkenntnisse aus den Paradise Papers einen Streit über die Steuerschlupflöcher einzelner Mitgliedsstaaten ausgelöst. „Das niederländische Modell ist nach unseren Regeln verboten“, sagte EU-Steuerkommissar Pierre Moscovici beim Treffen der europäischen Finanzminister am Dienstag in Brüssel. Er nahm Bezug auf das Konstrukt, mit dem der Sportartikelhersteller Nike seine Steuer-

last im großen Stil gedrückt haben soll. Nach Angaben von EU-Diplomaten haben die Niederlande entsprechende Vorgaben noch nicht in nationales Recht umgesetzt – sie haben dafür allerdings bis 2019 Zeit. „Die Botschaft an dieses Land und andere Staaten ist, dass wir Regelungen haben und dass wir nicht bis zum letzten Moment



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des  
großen Geldes

**Ein Bombendeal:** Das Iran-Engagement der Kanzlei Appleby **► Seite 10**  
**Was soll das?** Deutschland besitzt Firmen, die in Steueroasen investieren **► Seite 11**  
**Herr W. und die Fifa:** Ein deutscher Arzt versackt im Fußball-Sumpf **► Seite 12**

warten müssen, um sie anzuwenden“, sagte Moscovici. Der geschäftsführende Bundesfinanzminister Peter Altmaier warnte davor, mit einzelnen EU-Staaten ein „Name-und-Blame-Game“ zu spielen.

Angesichts der Enthüllungen will die EU-Kommission die geplante schwarze Liste von Steueroasen noch vor Jahresende veröffentlichen. Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire forderte „wirksame und konkrete Sanktionen“ gegen Länder, die eine Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerflucht verweigern. Ihnen müssten Finanzhilfen gestrichen werden, forderte Le Maire, etwa Mittel des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Bislang erschwerte der Widerstand aus Staaten wie Irland, Malta und Luxemburg, die Unternehmen mit niedrigen Steuersätzen anlocken, die Arbeit an der schwarzen Liste. Auch Großbritannien bremst und will Gebiete wie die Kanalinsel Jersey oder die Britischen Jungferninseln schützen.



# Mayday

Ein Firmenflugzeug des Modekonzerns New Yorker verirrt sich beinahe in der Offshore-Welt. Am Ende landet es doch noch sicher auf den Kaimaninseln

VON ELISABETH GAMPERL UND  
BASTIAN OBERMAYER

Manchmal gehen die einfachsten Dinge schief. Und was sollte einfacher sein für einen erfolgreichen Konzernlenker, als das Firmenflugzeug auf den Kaimaninseln registrieren zu lassen? Zumal es sich nur um eine klitzekleine Aktion handeln sollte, Offshore-Alltag, sozusagen? Aber der Mann, den man hierzulande als „Hosen-Milliardär“ kennen könnte und dessen Marke 94 Prozent der Deutschen gekläufig ist – jedenfalls, sofern diese zwischen 14 und 29 Jahre alt sind – wüsste ein Lied davon zu singen: Alles gar nicht so einfach.

Im August 2008 meldet sich eine deutsche Anwältin im Appleby-Büro auf den Kaimaninseln: Ihr Klient habe sich ein weiteres Flugzeug gekauft, eine Bombardier Global Express XRS im Wert von 55 Millionen Dollar, das sind damals etwa 35 Millionen Euro. Um den Jet zu nutzen, habe man sich eine Firmenstruktur überlegt – und die hat es durchaus in sich. Über eine Flugzeug-Betreiberfirma in Deutschland und eine Firma auf den Kaimaninseln soll der Jet an den Konzern des Milliardärs vermietet werden. Und an ihn selbst, Güter Plan, nur Appleby, die Kanzlei, die das umsetzen soll, hat ein rechtliches Problem mit dem Vorschlag.

Es wird eine mühsame Begegnung, die auch zeigt, dass sogar in der Offshore-Welt, in der doch alles möglich erscheint, nicht immer alles klappen muss. Wenigstens nicht sofort.

Das liegt hauptsächlich an zwei Streitpunkten. Zum einen will der Flugzeug-Kunde eine kompliziertere Lösung, als Appleby – im Grunde selbst ein Experte für sehr komplizierte Lösungen – selbst vorschwebt. Und zum anderen soll oder will die deutsche Anwältin offenbar kaum Hintergrundinformationen zu ihrem Klienten liefern. Als Appleby in den Vertragsentwurf schreibt, dass alle an dem Flugzeug-Deal beteiligten Firmen „zur selben Gruppe“ gehören, weil nur so für die Konstruktion ein vorteilhafter Status auf den Kaimaninseln zu erreichen wäre, lehnt die Seite des Interessenten das ab. „Können wir das aus dem Vertrag rauslassen?“ Wenn Appleby ein Organigramm erbitzt, um zu verstehen, welche Firma wem gehört, antwortet die Anwältin des deutschen Milliardärs mit einem dünnen Zweizeiler. Der Mensch, dem letztlich der Konzern gehört? Eine „Privatperson“. Der Mensch, auf den die Kaiman-Firma läuft? Eine „Privatperson“. Appleby könnte einem beinahe leidtun: So geht es sonst nur Leuten, die versuchen, hinter Strukturen zu schauen, die Kanzleien wie Appleby erfinden.

Tatsächlich fällt in all den E-Mails, es sind fast 50, die zwischen den Kanzleien in Deutschland und der Karibik hin- und her-

sausen, nicht ein einziges Mal der Name jenes Milliardärs. Aus den Vertragsentwürfen, Organigrammen und anderen Dokumenten, die wie die vielen E-Mails in den Paradise Papers zu finden sind, wird allerdings ersichtlich, um wen es sich bei dem scheuen Interessenten handelt: Friedrich Knapp, Besitzer der Braunschweiger Modekette New Yorker und vor allem von seiner Heimatzeitung gerne genannt: der „Hosen-Milliardär“.

Beteiligt sind an dieser Posse demnach sowohl der Modekonzern New Yorker, bekannt etwa für recht günstige Jeans, als auch die deutsche Flugzeug-Betreiberfirma Air Nova; beide gehören der FGK Vermögensverwaltung in Österreich. Und das wiederum ist die Holding von Friedrich Georg Knapp, dem Klamottenfabrikanten aus Braunschweig mit Läden in Bielefeld und Berlin, Wuppertal und Westerland – und vielen Dutzend Ländern weltweit.

Ein Mode-Konzern, eine Flugzeug-Firma, ein Milliardär, dessen österreichische Holding, eine Kaiman-Firma und dazu Leasinggeschäfte, die irgendwie über die Kaimaninseln laufen sollen: In einem Interview mit der Braunschweiger Zeitung sagt Friedrich Knapp 2015 einmal: „Ich bin ein einfacher Mensch.“

## Der Kontakt mit New Yorker läuft für Appleby nicht so wie erhofft

Es wird aber noch komplizierter. Als es zwischen Appleby und deren möglicher neuen Kundschaft wieder einmal um die Frage geht, welches Vertragsmodell nun das passende sei, erklärt die deutsche Anwältin ein passant eine sehr seltsame Regelung: Die Firma, die den Jet in der Karibik verwalten solle, gehöre „aus deutschen Steuer-Gründen“ einer Person, die mit der New-Yorker-Gruppe „nichts zu tun“ habe. Der Name dieser Person steht in den Vertragsentwürfen: Wilfried Horn. Über den kann man alles Mögliche sagen, zum Beispiel, dass er mal Polizist war, sogar Leiter des Kommissariats für Linksextremismus und Terrorismus in Braunschweig. Was man sicher nicht über ihn sagen kann: dass er mit der New-Yorker-Gruppe „nichts zu tun“ hätte. Horn arbeitet dort seit 1994, erst als Sicherheitschef, inzwischen als per-

sönlicher Assistent des Chefs Friedrich Knapp, zuständig für alles Mögliche.

Statt Antworten auf viele Fragen gibt es nur neue Fragen: Warum hat der Konzern dieses Konstrukt gewählt? Warum muss die Flugzeug-Firma im Steuerparadies dem treuen Diener des Chefs gehören? 40 Jahre seien Friedrich Knapp und er befreundet, erzählt Horn der SZ. Aber warum soll es dann nach außen so scheinen, als habe er, der eher eine New-Yorker-Ehrennadel verdient hätte, nichts mit dem Konzern zu tun? Und: Warum überhaupt die Kaimaninseln, obwohl das Flugzeug doch in Braunschweig stationiert ist, mehr als 8000 Kilometer Luftlinie entfernt?

Diese Fragen und weitere hat die Süddeutsche Zeitung auf verschiedenen Wegen auch an den Konzern New Yorker gerichtet. Aber weder die Pressestelle noch Firmeneinhaber und Geschäftsführer Friedrich Knapp reagieren auf E-Mails und etliche Anrufe. Fast, als hätten auch sie mit dem Konzern „nichts zu tun“.

Der Einzige, der redet, ist eben Wilfried Horn, am Telefon, sogar freundlich und gut gelaunt. Irgendwie sei er unter anderem auch für die Flugzeugflotte zuständig, und diese Firma auf den Kaimaninseln, die sei tatsächlich „privat eingetragener“ auf ihn, auch wenn er das „natürlich für New Yorker“ mache – allein schon „aus Loyalität“. Aber keine Sorge: Er kenne zwar nicht die Details der Verträge oder aber, sagt er, er wolle nicht darüber reden – aber es sei alles in Ordnung. Die Firma gebe es nur, weil es praktischer sei, das habe keine steuerlichen Vorteile für New Yorker, und auch ihn selbst habe das Finanzamt geprüft. Alles wie gesagt in Ordnung, sagt der fröhliche Herr Horn.

Für Appleby lief das Geschäft am Ende nicht wirklich wie gehofft. Die Anwältin, die für New Yorker agiert, bricht Anfang November 2008 per E-Mail und ziemlich unvermittelt die Verhandlungen ab und erklärt, dass sich fortan eine andere Kanzlei um die Sache kümmern werde. Der Kunde bitte aber ausdrücklich darum, „alle Namen und Eigentumsverhältnisse“ geheim zu halten, auch gegenüber den Behörden auf den Kaimaninseln. Die sollten auch „keine Details, die mit dem Flugzeug zu tun haben“, von Appleby erfahren.

4900 Dollar berechnet Appleby, das geht aus der kanzleinternen Kommunikation hervor, für die letztlich ergebnislose Beratung. Wenige Wochen später, am 17. Dezember 2008, wird das neue Firmenflugzeug von New Yorker im Flugzeugregister auf den Kaimaninseln angemeldet – auf welchem Weg, ist ebenso wenig bekannt wie der Name der Kaiman-Firma, die den Jet dort betreibt. Klar scheint nur: Sie gehört Herrn Horn, dem ehemaligen Polizisten und langjährigen Vertrauten des „Hosen-Milliardärs“.

In der Offshore-Welt ist eben doch alles möglich. Nur nicht immer sofort.

## Standort D

Dort wo in Deutschland das Geld sitzt, sitzen auch die meisten deutschen Kunden der Kanzlei Appleby: nämlich in Hamburg, München, Frankfurt, Hannover und Nordrhein-Westfalen. Norddeutschland ist mit auffallend vielen Personen vertreten, die in Verbindung zu Reedereien stehen. Und wie schon bei den Panama Papers finden sich in Berlin und im Osten Deutschlands weit aus weniger Personen oder Firmen, die in die Geschäfte verwickelt sind. Die Offshore-Welt ist zudem Männer-sache: In den Daten finden sich kaum weibliche Kunden. Die Zahl der Deutschen in den Paradise Papers dürfte aber noch viel höher sein als die rund 1000 Personen, die in der Appleby-Kundendatenbank auftauchen. In den rund 13 Millionen Dokumenten finden sich in vielen Fällen auch Briefkastenfirmen, bei denen die Hintermänner und -frauen unbekannt sind.

Friedrich Knapp, Chef des Braunschweiger Modekonzerns New Yorker.



# Wie die Paradise Papers entstanden

Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um das neue Datenleck, das der SZ zugespielt wurde

## Woher kommt der Name Paradise Papers?

Dieses Mal spielte, anders als bei den Panama Papers, nicht ein Land die zentrale Rolle, sondern viele Länder. Da es sich bei all diesen Orten um sogenannte Steuerparadiese handelt, entstand der Name Paradise Papers.

## Woher kommen die Daten?

Die Unterlagen wurden der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt. Aus Gründen des Quellenschutzes macht die SZ keine Angaben über Herkunft, Zeitpunkt und Abläufe.

## Hat die SZ für die Daten Geld bezahlt?

Nein. Es floss weder Geld, noch gab es andere geldwerte oder sonstige Gegenleistungen. Die SZ bezahlt grundsätzlich nicht für Informationen.

## Appleby sagt, sie seien gehackt worden

## Die Kanzlei Appleby sagt: Wir wurden gehackt. Stimmt das?

Die SZ kann diese Behauptung nicht überprüfen. Die SZ hat die Daten auf legale Art und Weise erhalten und diese journalistisch ausgewertet. An Spekulationen über die Herkunft beteiligt sich die Redaktion nicht.

## Wie unterscheiden sich die Paradise Papers von den Panama Papers?

Sowohl durch den Ursprung als auch durch den Inhalt. Anders als bei den Panama Papers finden sich dieses Mal nicht nur Politiker, Superreiche oder Sportler in den Unterlagen, sondern auch zahlreiche multinationale Konzerne, die das Offshore-System nutzen. Zu den Kunden von Appleby gehören unter anderem Nike, Apple, Facebook, Walmart, Siemens, McDonald's und Yahoo.

## Wieso konnten Medien aus aller Welt in den Daten recherchieren, die der SZ zugespielt wurden?

Die SZ hat die Daten – wie schon bei den Panama Papers – mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) in Washington geteilt, damit auch andere Medien sich der Recherche anschließen können. Die SZ alleine hätte all die Geschichten aus anderen Ländern weder finden noch recherchieren und veröffentlichen können. Über wichtige Geschichten wäre dann nicht berichtet, Skandale wären nicht aufgedeckt worden.

## Was ist das ICIJ, und wie wird es finanziert?

Das ICIJ, gegründet 1997, ist eine gemeinnützige Organisation, die wie eine Art internationaler Verein für investigative Journalisten zu verstehen ist. Ihm gehören weltweit etwa 200 Journalisten an, darunter auch vier SZ-Reporter. Die SZ arbeitet seit Herbst 2012 mit dem ICIJ zusammen, etwa bei den Projekten Offshore Leaks, Luxemburg Leaks oder Swiss Leaks. Die Kolleginnen und Kollegen des ICIJ verfügen über hohe Expertise und große Erfahrung in der journalistischen Aufbereitung von Daten und der bisweilen komplizierten Koordination von internationalen Projekten. 2017 erhielt das ICIJ für die Panama Papers den Pulitzer-Preis.

## Können die Spender des ICIJ – wie Milliardär George Soros – bei diesen Projekten mitreden, was veröffentlicht wird?

Nein. Das ICIJ informiert seine Spender über die Art der Recherchen und von Fall zu Fall über das übergreifende Thema, nicht aber über die spezifische Recherche. Die mitrecherchierenden Partner – dieses Mal 97 Medien – sind vollkommen frei in der Auswahl ihrer Themen und Geschichten.

## Tauchen Unterstützer oder Spender des ICIJ in den Paradise Papers auf?

Ja. Der Investor und Milliardär George Soros verwaltete über Appleby ein Netz von Offshore-Firmen, etwa auf den Britischen Jungferninseln oder auf den Bermudas. Das Konstrukt erweckt nicht den Anschein der Illegalität. Auch Ebay-Gründer Pierre Omidyar, dessen Stiftung vor einigen Monaten erst eine größere Summe an das ICIJ gespendet hat, ist Direktor einer Firma auf den Kaimaninseln, die ein

Investmentvehikel für seinen Trust ist.

## Bei den Panama Papers hatten manche den Eindruck, es seien relativ wenige Amerikaner in den Daten gewesen. Ist das diesmal anders?

Ja. Da meisten Kunden der Kanzlei Appleby kommen aus den USA. In den Daten tauchen auch viele wichtige US-Amerikaner auf, etwa Handelsminister Wilbur Ross, Außenminister Rex Tillerson, Ex-Ministerin Penny Pritzker oder Ex-General Wesley Clark.

## Sind alle Personen und Firmen, die in den Daten auftauchen, kriminell?

Nein. Zwar gibt es auch etliche kriminelle Vorgänge, aber vieles, was die Dokumente belegen, ist legal – etwa, dass internationale Firmen ihre Gewinne über Tochterfirmen in Steueroasen kleinrechnen. Wer privat eine Offshore-Firma hat, sie dem Staat meldet und die Gewinne versteuert, hat – steuerrechtlich zumindest – in der Regel kein Problem.

## Wenn das Einrichten und Halten von Briefkastenfirmen zulässig ist, warum wird dann darüber berichtet?

Nur weil etwas legal ist, muss es noch lange nicht legitim oder unumstritten sein. Die Tatsache, dass den Staatshaushalten so gut wie aller Länder dieser Welt jedes Jahr Milliarden durch legale Steuervermeidung entgehen, ist von großem öffentlichen Interesse und rechtfertigt die Berichterstattung. Das fehlende Geld könnte etwa in Krankenhäuser, Schulen und Straßen investiert werden.

## Haben frühere Leaks etwas bewirkt?

Enthüllungen wie die Offshore Leaks (2013), Lux Leaks (2014), Swiss Leaks (2015) und die Panama Papers (2016) haben eine Diskussion angestoßen über die Gefahren, die von Steueroasen und undurchsichtigen Firmenstrukturen ausgehen. Zudem ging in zahlreichen Steueroasen die Zahl der neugegründeten Briefkastenfirmen zuletzt stark zurück. Besonders betroffen war Panama. Grundsätzlich ist die Wirkung einer Recherche aber kein Gradmesser für ihre Güte – viele ausgezeichnete Recherchen bleiben ohne Folgen. Die Panama Papers haben aber eine Menge verändert. Die Premierminister von Island und Pakistan mussten ihr Amt verlassen, es gab einen eigenen EU-Untersuchungsausschuss und schärfere Gesetze in verschiedenen Ländern, auch Deutschland. In Dutzenden Staaten laufen derzeit Ermittlungen, insgesamt mehrmals tausend, in vielen Ländern gab es auch schon Durchsuchungen und Verhaftungen.

## Wird die SZ die Paradise Papers den Behörden zur Verfügung stellen?

Die *Süddeutsche Zeitung* wird die Originaldokumente und -daten nicht der Allgemeinheit und auch nicht den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stellen. Allein schon aus Gründen des Quellenschutzes wäre dies nicht möglich. Die SZ ist außerdem

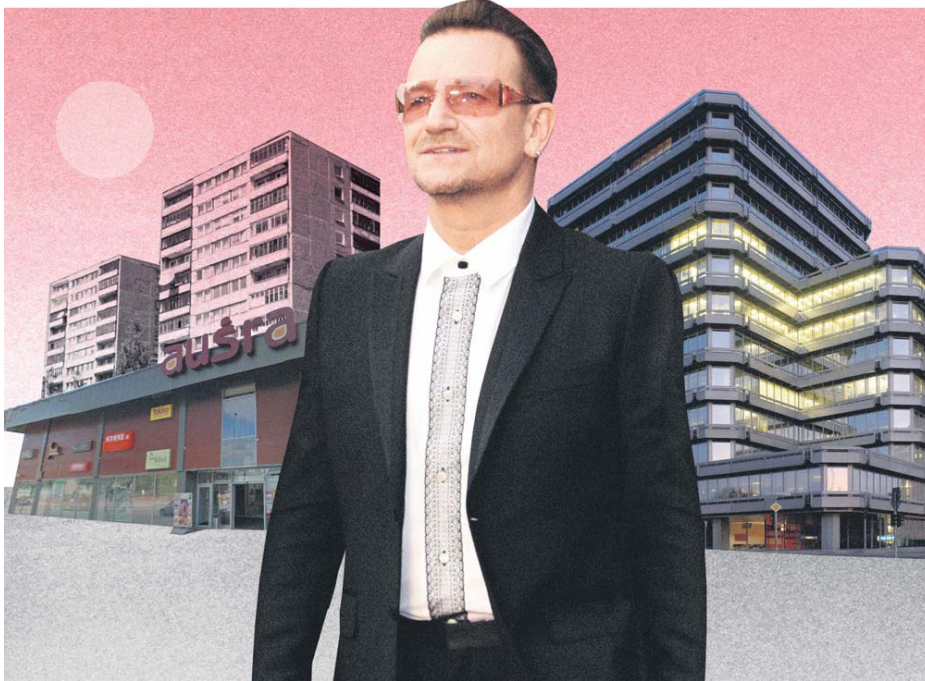
## Der Schutz der Quelle hat höchste Priorität

nicht der verlängerte Arm der Staatsanwaltschaft oder der Steuerfahndung, eine Zusammenarbeit würde gegen journalistische Prinzipien verstoßen. Dem Staat stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, den hier aufgedeckten Missständen nachzugehen.

## Wird die SZ die Namen aller Personen aus den Paradise Papers veröffentlichen?

Nein. Die SZ wird nicht alle Namen veröffentlichen, die in den Paradise Papers zu finden sind. Bei vielen Firmen und Privatpersonen, die in den Daten vorkommen, fehlt ein berechtigtes öffentliches Informationsinteresse. Das liegt etwa vor, wenn es einen begründeten Anfangsverdacht gibt, dass eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens eine Straftat begangen hat – oder bei einem gesellschaftlichen Missstand, etwa wenn Konzerne Milliarden an Steuern vermeiden. Auch wenn das dann legal ist.

FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER



Bono, Sänger der irischen Band U2, und das Einkaufszentrum „Aušra“ in der litauischen Kleinstadt Utena.

# Bonos Litauen-Tournee

Der Frontmann der Band U2 gibt sich gerne als Kämpfer für eine bessere Welt. Was macht er dann bloß mit einem Einkaufszentrum in der Kleinstadt Utena?

VON MARTIN PFFAFENZELLER, MARKUS SEHL UND RALF WIEGAND

Mit seiner Rockband U2 hat der irische Sänger Bono weit mehr als 1000 Konzerte auf der ganzen Welt gegeben – kein einziges davon fand in Litauen statt. Und doch hat Bono, bürgerlich Paul David Hewson, eine besondere Beziehung zu dem Land im Baltikum. Laut Paradise Papers ist er dort seit rund zehn Jahren Mitbesitzer eines Einkaufszentrums.

Eines Einkaufszentrums? Bono ist Frontman, Songwriter, Gitarrist und verdient als solcher eine Menge Geld. Mehr als 100 Millionen Tonträger hat die irische Band U2 weltweit verkauft. Und obwohl sie schon seit mehr als 40 Jahren im Geschäft ist, obwohl U2 Rockmusik spielt, hören der Band auch jüngere Menschen zu. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Bono der zunehmend globalisierungskritischen Generation aus dem Herzen spricht, wenn er mehr Gerechtigkeit für Afrika fordert, Schuldenerlass oder frei zugängliche, bezahlbare Aids-Medikamente. Bono fehlt bei keinem Benefizkonzern von Welttrag, und man kann ihn ohne weiteres für einen guten Menschen halten – soweit man das bewertet, was man vom öffentlichen Bono so zu sehen bekommt.

Es gibt aber auch die nicht öffentliche Seite. Und was könnte weniger öffentlich sein als Briefkastenfirmen in einem Steuerparadies?

Die Beteiligung des in den Paradise Papers als Paul Hewson geführten Bono an dem litauischen Einkaufszentrum namens „Aušra“ lief zuerst über eine Briefkastenfirma auf Malta und später über eine auf der Mittelmeerinsel Guernsey. Bonos Management bestätigte auf Anfrage von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR, dass der Sänger Anteile an den fraglichen Firmen hielt und noch immer hält.

Die beiden Firmen heißen Nude Estates Malta Limited und Nude Estates Limited. Sie haben nachsinnlich die Anteile an der UAB Nude Estate 2 gehalten, dem Einkaufszentrum. Nachdem die litauische Steuerbehörde von Journalisten mit diesen Erkenntnissen aus den Paradise Papers konfrontiert worden war, teilte sie mit: „Wir haben Untersuchungen gegen die genannte Firma eingeleitet.“ Eine Sprecherin Bonos sagte, Informationen über angebliche Steuerverstöße seien „kategorisch falsch“.

Die Untersuchungen mögen ergeben, wer Recht hat, die Lücke zwischen dem öffentlichen und nicht so öffentlichen Bono wird dadurch jedenfalls nicht kleiner, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit, Bonos rechtlichkeitsfanatikers aber größer. Das Investment in der litauischen Kleinstadt Utena, 26 000 Einwohner, vorherrschende Farbe grau, dürfte Bonos Kontostand irgendetwas hinter dem Komma verändern.

## U2 Live

U2 gehört zu der Handvoll Popkünstler der Gegenwart, die mühelos monatelange Tourneen durch die größten Arenen der Welt ausverkaufen können. Ihre „360°“-Tour, die die Band 2011 um die ganze Welt führte, gilt als die bislang erfolgreichste Konzertsérie der Popgeschichte überhaupt. Für die 51 Auftritte der diesjährigen „The Joshua Tree“-Tour, die gerade erst, Ende Oktober, endete, wurden mehr als 2,7 Millionen Tickets verkauft. Über 60 Lastwagen transportierten das Equipment der Show vom Stadion zu Stadion. Der Gesamtumsatz betrug 316 Millionen Dollar.

Das Einkaufszentrum zahlte zwar in den zehn Jahren seines Bestehens keinen einzigen Cent Steuern auf Unternehmensgewinne, obwohl es nach seinen Bilanzen zu urteilen zwischen 2013 und 2016 jährlich gute 100 000 Euro Profit gemacht hatte. Das bestätigte die litauische Steuerbehörde auf Anfrage, und das sei der Grund für die Untersuchungen.

Die litauische Steuerexpertin Rūta Bilikštytė vermutet nach einem Blick in die Bilanzen, dass die Firma, an der Bono nach eigenem Bekunden „passiver Minderheitsgesellschafter“ ist, bis inklusive 2016 mehr als 46 000 Euro an Steuerzahlungen vermieden hat – und durch das Konstrukt in Zukunft weitere 400 000 vermeiden könnte.

46 000 Euro oder 400 000 Euro – warum riskiert Bono, den manche Medien vor allem wegen eines erfolgreichen Investments bei Facebook längst für einen Milliardär halten, für eine solche Summe seine Glaubwürdigkeit? Warum beteiligt er sich daran, dass ein nicht zu den allerreichsten Ländern zählender Staat wie Litauen und eine seit Jahren schrumpfende Provinzstadt wie Utena Steuern verlieren?

Zu den Firmen- und Geldtransfers, die in den Paradise Papers sichtbar werden, hat die litauische Expertin jedenfalls eine eindeutige Haltung: „Meiner Meinung nach ist das kein Versehen, keine Steuerplanung oder Steuervermeidung, sondern ein grober Verstoß gegen das Steuergesetz.“

Bono hat auch eine eindeutige Haltung zur Kritik, die an seinen Finanzgeschäften gelegentlich geäußert wird: „Geschäft ist Geschäft“, hat er im irischen Fernsehen gesagt, als schon 2006 die Frage aufkam, warum der Steuerstandort für das Geschäft der Band U2 von Irland in die Niederlande verlagert wurde, was sein Heimatland angeblich um Steuereinnahmen brachte. In Irland sollten Steuerprivilegien für Künstler abgeschafft werden.

Auch damals wurde Bono Scheinheiligkeit vorgeworfen: Wie passt es zusammen, dass er sich einerseits als glühender Aktivist für globale Gerechtigkeit inszeniert und andererseits wie ein kühler Geschäftsmann handelt? „Wir zahlen Millionen und Abermillionen Steuern“, entgegnete Bono. U2 habe das Recht, sich so zu verhalten wie jede andere Firma auch.

Briefkastenfirmen verhalten sich freilich etwas anders. „Ich habe den Käufer nie gesehen“, sagt etwa Bauunternehmer Robertas Dargis, von dem die maltesische Nude Estates Malta Limited das Gebäude 2007 übernommen hat. Er habe gewusst, „dass es britische oder irische Investoren sind – aber Bono? Das hat niemand erwähnt.“ Auch bei der UAB Nude Estate 2, die das Einkaufszentrum betreibt, war dies offenbar nicht bekannt. Vorstand Sigita Jautakis sagt, er kenne nur einen irischen Investor namens Brian. Und dass das Einkaufszentrum für schlappe 100 britische Pfund von einer Bono-Briefkasten-

firma zur anderen wanderte? Der absurd niedrige Preis ist noch so eine Ungereimtheit.

Stellt sich das litauische Modell um das Einkaufszentrum tatsächlich als Steuerverstoß heraus, könnten die Behörden des Landes als Konsequenz die fehlenden Steuerzahlungen fordern. Möglich wäre ein zusätzliches Bußgeld im Rahmen von zehn bis 50 Prozent der Steuersumme. Nachdem das ICLJ vergangenes Jahr die Panama Papers veröffentlicht hatte, wurde in Litauen die Zahl der Steuerermittlungen verdoppelt. Das Land gründete eine Sonderbehörde gegen Steuerbetrug mit Briefkastenfirmen.

## Bonos Verbindungen nach Duisburg

Die Chefs des Einkaufszentrums gehen jedoch davon aus, dass sie sich rechtlich einwandfrei verhalten haben. Vorstand Sigita Jautakis sagte auf Anfrage: „Aber wenn die Steuerbehörde entscheidet, dass wir Gewinnsteuer nachzahlen müssen, werden wir entsprechend reagieren.“

Bonos litauisches Abenteuer ist nur ein kleiner Teil seiner Investments. Eine andere nun in den Paradise Papers aufgetauchte Briefkastenfirma reicht auch nach Deutschland. Neben der Nude Estates I gibt es auf Guernsey nämlich noch die Nude Estates (ohne römische Ziffer). Hier steht im Register, dass Bono 2008 ein Drittel der Anteile besaß. Er bestätigte auf Anfrage, dass er sie noch immer hält. Im selben Jahr übernahm diese Firma den Bürokomplex Silberpalais am Duisburger Hauptbahnhof. Der 37 000 Quadratmeter große Koloss beherbergt die Commerzbank, den Stahlkonzern Klockner und das Wohnungsunternehmen Vonovia. Laut Lokalpresse kaufte Nude Estates das Gebäude für rund 45 Millionen vom Vorbesitzer Eon. Das heißt, Bono wäre mit 15 Millionen beteiligt. Beim Silberpalais gibt es keinerlei Verdacht auf Steuervergehen.

Im Vergleich zu diesem Unternehmen wirkt Bonos Engagement in Litauen klein. Warum also dieses Einkaufszentrum im Nirgendwo? Der Vorstand der Firma auf Guernsey äußerte sich dazu auf Anfrage genau so wenig wie Bono.

Viele Wohltäter sind der Meinung, dass sie selbst am besten wissen, wo sie mit ihrem Geld Gutes tun können – besser als der Staat. Dass sie ihr Geld dabei aber bisweilen auf Kosten der Gemeinschaft verdienen? Nun, Geschäft ist Geschäft.

Mitarbeit: Šarūnas Černiauskas, Hilary Osborne



Nike-Firmen den Namen Nike, den Swoosh und diverse Produktnamen benutzen dürfen – in den vergangenen beiden Jahren war das jeweils rund eine Milliarde Euro. Die Nike Innovate CV wiederum ist eine sehr besondere Firma, sie ist eine Art niederländische Entsprechung der deutschen Kommanditgesellschaft – dort *Commanditaire vennootschap* genannt, kurz: CV. Ihr Sitz ist eigentlich in den USA, aber steuerlich betrachtet ist die Innovate auf eine Art staatenlos. Das geht so: In den Niederlanden werden Gesellschaften des Typs CV nicht direkt besteuert – sie gelten als „transparent“ –, sondern ihr jeweiliger „General Partner“, eine Art Hauptgesellschafter.

Der General Partner der Nike Innovate CV ist allerdings wiederum eine CV, und deren General Partner ebenfalls, und so folgt man einer Treppe von jeweils nicht steuerpflichtigen niederländischen CVs die Firmenleiter nach oben, bis man am Ende vor der Nike Holding in Delaware steht, einer Tochterfirma der Hauptfirma Nike Inc.

Warum diese CVs nacheinandergeschaltet sind, ist von außen unklar – möglicherweise geht es nur darum, die Sicht auf das Konstrukt zu vernebeln. In welcher dieser CVs die Milliarden Lizenzzahlungen verbleiben, ist ebenso unklar und spielt auch nicht die entscheidende Rolle. Wichtig ist: Die niederländischen Behörden betrachten sich als nicht zuständig, weil CVs dort nicht besteuert werden. Die US-Steuerbehörden dagegen – die ja ein Tochterunternehmen einer US-Firma vor sich haben – sehen die niederländische CV in der Steuerpflicht. Aber eben in den Niederlanden (siehe *Kasten*).

### Eine wichtige Steueroase mitten in der EU

Die USA zeigen auf die Niederlande, die Niederlande auf die USA. Zwei Länder weigern sich, die Steuern einzutreiben – und am Ende freut sich Nike. Denn so fällt der effektive Steuersatz des Konzerns durch den Umzug des Swooshs noch einmal drastisch, auf sagenhafte 13,2 Prozent für 2017. Dieser Wert fällt auch deswegen so niedrig aus, weil Nike nach einer Auseinandersetzung mit der US-Steuerbehörde einmalig Vergünstigungen erhielt. Nike-Chef Mark Parker erklärte aber jüngst in seinem Ausblick für das Jahr 2018, man werde weiterhin weltweit mit einem Steuersatz von 15 bis 17 Prozent davorkommen. Das liegt deutlich unter dem, was in den USA oder Deutschland anfallen würde.

Der frühere US-Senator Carl Levin nannte ein solch komplexes Firmennetzwerk, das am Ende nirgends mehr besteuert wird, mit Bezug auf die damalige Situation bei der Computerfirma Apple einmal den „Heiligen Gral der Steuervermeidung“. So läuft es ja inzwischen in den meisten internationalen Konzernen: Die Swooshs dieser Welt ziehen dauernd um den Globus, lassen sich mal in dieser, mal in jener Steueroase nieder, sind aber letztlich nirgendwo so richtig zu fassen.

Für US-Konzerne jedenfalls sind die Niederlande inzwischen die wichtigste Steueroase weltweit. Nicht die Bermudas, nicht die Kaimaninseln, nicht Panama, sondern die Niederlande, aus der Mitte der Europäischen Union. Allein in den Paradise Papers finden sich außer Nike auch der Taxi-Dienst Uber, der Elektroautohersteller Tesla, der Schreibwarenkonzern Office Depot. Hinzu kommen Firmen, die nicht in den Paradise Papers auftauchen: CBS, das Kurierunternehmen Fedex, der Pharmakonzern Pfizer und so weiter. Im niederländischen Firmenregister finden sich allein mehr als 150 CV-BV-Konstruktionen, die von US-Firmen genutzt werden. Experten kritisieren das CV-BV-Modell schon seit Langem, sie werfen der niederländischen Regierung sogar vor, illegale staatliche Beihilfe zu leisten. Die Regierung hat zwar nachgegeben und angekündigt, die Rechtslage zu ändern, sie hat sich aber auch ausbedungen, das Schlupfloch noch bis zum Jahr 2020 offen halten zu dürfen.

Deutschland hat diesem Treiben lange eher still zugesehen. Das ist erstaunlich, denn der deutsche Fiskus bekommt von all dem Geld, das Nike mit dem Swoosh verdient, nur sehr wenig ab. Nike setzt nach eigenen Angaben in Westeuropa gut sechs Milliarden Euro um, einen ordentlichen Teil davon in Deutschland, dem wichtigsten Markt für Sportartikel in Westeuropa. Laut Insidern, die mit den Branchenzahlen vertraut sind, erzielt Nike allein in der Bundesrepublik rund 600 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Die Nike Deutschland GmbH meldet aber, laut Handelsregister, für das Jahr 2016 gerade einmal rund 76 Millionen Umsatz. Davon bekam der Staat etwa 3,8 Millionen Euro – das sind wenig mehr als ein halbes Prozent des mutmaßlichen Nike-Umsatzes hierzulande.

Die Umzüge des Swoosh von den USA auf die Bermudas und von den Bermudas in die Niederlande haben gleichzeitig dazu geführt, dass Nike ein gigantisches Auslandsvermögen angehäuft hat: Im Mai dieses Jahres lag es bei mehr als zwölf Milliarden Dollar. „Darauf hat die Firma so gut wie keine Einkommensteuer bezahlt“, erklärt Steuerexperte Matt Gardner vom Netzwerk Steuergerechtigkeit nach seiner Auswertung des Nike-Jahresbericht von 2017, „und zwar in keinem Land.“

Mitarbeit: Uwe Ritzer

Das Codewort zum Steuersystem Nike, zum Geheimnis von gebunkerten Milliarden in Offshore-Gebieten, ist kurz und einprägsam, und wunderbar lautmalerisch.

Es lautet: Swoosh. Der Swoosh ist fast so bekannt wie der Coca-Cola-Schriftzug und die Ohren der Mickeymaus. Ein Symbol für den Kapitalismus, für die Globalisierung an sich. Erfunden hat ihn vor bald fünfzig Jahren eine Studentin für Grafikdesign, als eine nach oben schießende Kreuzung aus Haken und Pfeil. Der Swoosh – zu dem das Rauschen, das Brausen – sollte Dynamik zeigen, schnell und rasant. Dass er zum prägenden Markenzeichen von Nike geworden ist, war trotzdem eher ein Zufall. Die Firmengründer mochten den Entwurf nicht, doch die ersten Schuhkartons mussten schnell bedruckt werden damals. So trat der Swoosh seinen Siegeszug an.

Versteht man den Swoosh, dann begreift man auch, wie es dem Weltkonzern Nike gelingen kann, kaum nennenswerte Steuern zu zahlen auf all die Gewinne, die er erzielt. Die Paradise Papers – in diesem Fall die internen Daten aus der Kanzlei Appleby – helfen dabei, dieses System zu entschlüsseln, denn Appleby hat Nike vor einem guten Jahrzehnt und dann wieder vor ein paar Jahren dabei unterstützt, seine Geschäfte neu zu sortieren. Und zwar so, dass das Geschäft mit Schuhen und Trikots für Nike noch besser, für das Finanzamt und damit für die Gesellschaft hingegen immer noch schlechter geworden ist. Herausgekommen ist ein Konstrukt, in dem am Ende auf Gewinne außerhalb der USA kaum noch Steuern anfallen. In mancher Hinsicht ist Nike und Appleby gemeinsam das ultimative Kunststück zur Gewinnmaximierung gelungen: der Steuer-Swoosh, der dem Staat davonbraut.

### Der Swoosh ist ganz woanders zu Hause, als man denkt

In der Brunnthaler Filiale des Weltkonzerns beginnt die Recherche zum ver-zwickte System Nike besser zu verstehen. Kartons mit Laufschuhen, Basketballstiefeln und Sneakers, mit Regen-, Wind- und Trainingsjacken, mit Shorts, Socken und Taschen stapeln sich bis unter die Decke des Nike-Factory-Stores in dem Gewerbegebiet vor den Toren Münchens. Es gibt hier etwas für fast jede Sportart, in beinahe jeder Farbe, in beinahe jeder Größe. Eins haben all diese Dinge gemeinsam: den Swoosh.

Ein Verkäufer fischt ein Paar Air Pegasus Racer in strahlendem Blau aus den Regalen. 70 Euro kosten die Sneaker, davon bleibt eine Menge bei Nike hängen: Die Produktionskosten für Laufschuhe liegen im Schnitt bei höchstens zehn bis 20 Prozent des Verkaufspreises, schätzen Experten von Nichtregierungsorganisationen.

Die Frage lautet nun: Wo landet der ganze Gewinn – und wo wird er besteuert? Falls er überhaupt besteuert wird?

Die deutschen Büros der Nike Deutschland GmbH – zugleich Nike-Hauptquartier für Deutschland, Österreich und die Schweiz – liegen in der Frankfurter Otto-Fleck-Straße 7. Die Adresse hat in der Sportwelt einen besonderen Klang: In dieser Straße, in direkter Nachbarschaft zum Frankfurter Fußballstadion, sitzen auch der Deutsche Fußball-Bund und der Deutsche Olympische Sportbund. Eigentlich sollte man ja denken, dass hier, in der Zentrale des deutschsprachigen Nike-Geschäfts, in einem modernen Gebäude mit viel Glas und Stahl, all das Geld landet, das Nike in Deutschland umsetzt. Als Laie könnte man ebenso vermuten, dass irgend-eine Firma namens „Nike Deutschland“ dann ihren Gewinn in Deutschland versteuert. So, wie es andere Firmen auch tun. Aber das wäre vielleicht naiv.

Denn der Swoosh ist ganz woanders zu Hause, als man denkt.

Der Kassenzettel für die Pegasus Racer aus dem Nike-Store Brunnthal gibt einen ersten Hinweis: Die deutsche Steuernummer auf dem Bon führt – seltsame Welt der Steuer-Vermeidung – zu einer Firma in den Niederlanden. Nike Deutschland, so stellt sich heraus, ist gar kein Verkäufer, sondern nach eigenen Angaben nur ein „Handelsagent“, also eine Art Vermittler. Die Firma, so schreibt sie selbst in ihrem Jahresabschluss, vermittelt Geschäfte zwischen zwei niederländischen Nike-Firmen einerseits und „dem Einzelhandel“ andererseits. Die Nike Deutschland GmbH also erhält nicht all das Geld für verkaufte Schuhe und Kleidung, sondern bloß „eine Erstattung ihrer Kosten sowie eine anteilige Umsatzprovision“ für ihre Vermittlerleistung. Das Drehkreuz für Nike-Verkäufe in ganz Europa liegt in den Niederlanden. Wer in einem deutschen Nike-Store oder Nike-Factory-Store einen Schuh kauft, der kauft in Wahrheit nicht bei einer eigenständigen deutschen Firma ein, sondern bei einer Filiale der niederländischen Nike Retail BV. Nike Deutschland selbst setzt keinen einzigen Schuh ab, sondern hilft niederländischen Nike-Firmen lediglich dabei, in Deutschland Schuhe zu verkaufen. Nike Deutschland sieht dabei zu, wie die Erlöse aus deutschen Nike-Läden in die Niederlande fließen. Und die deutschen Finanzämter schauen ebenfalls zu.

Das Gleiche gilt, wenn man von Deutschland aus seine Schuhe im Internet bestellt, auf Nike.de ist das Modell Pegasus schnell gefunden. Als die Lieferung eintrifft, findet sich im Karton ein Lieferschein, der be-

stätigt: Nike Retail BV hat die Schuhe verkauft, also dieselbe Firma, die auch in deutschen Nike-Läden die Swoosh-Ware verkauft. Zu einem anderen Ergebnis gelangt auch nicht, wer sich seine Sneakers in einem gewöhnlichen Schuhladen oder Kaufhaus besorgt, auf dem Vertriebsweg, über den Nike laut Branchenkenntnis die meisten Schuhe absetzt. Diese Händler bezahlen ebenfalls bei einer niederländischen Firma für die Nike-Produkte, die sie dann in Deutschland verkaufen – bei der Nike European Operations Netherlands (Neon), wie Insider berichten.

### Nike-Firmen weltweit schicken hohe Summen auf die Bermudas

Die Spuren führen immer wieder in die Niederlande. Recherche und Testkäufe internationaler Journalisten unter dem Dach des International Consortium of Investigative Journalists (ICJ) bestätigen, dass dies für viele Teile Westeuropas zu trifft. Ob Nike-Stores, Internet oder Fachhandel – immer wieder sind die Kunden mit niederländischen Firmen im Geschäft, mittelbar oder unmittelbar.

Das alles ist kein Zufall. Die Niederlande haben sich zu wohl wichtigsten europäischen Steueroasen für Konzerne entwickelt, vor allem für US-Konzerne. Auf Kosten seiner Nachbarn holt der Staat, der 1957 eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war, große Unternehmen ins Land. So richtig viel verdienen die Niederlande mit dieser Politik zwar nicht. Hohe Steuern auf den Gewinn von Nike sind es jedenfalls kaum. Allenfalls entstehen Arbeitsplätze, weil etliche Firmen ihr Europagebüsch von den

Niederlanden aus lenken. Aber hier ver-fängt eben das generelle Steueroasen-Prinzip: Ein bisschen was in eigenen Land ist mehr als ein großer Haufen in einem anderen.

Nike hat, wie viele Weltkonzerne, als bodenständiges Unternehmen angefangen. Ein Sportler und ein Trainer gründeten in den 1960er-Jahren in den USA eine Firma, um japanische Schuhe zu importieren. Später verkauften sie eigene Ware, von 1971 an unter dem Namen der griechischen Siegestifft Nike. Die Firma wuchs schnell und zeigte sich in Steuerfragen zunächst ziemlich solide: Bis ins neue Jahrtausend hinein zahlte Nike in den USA die gewöhnliche Körperschaftsteuer, etwa ein Drittel der Gewinne, zeigten Unterlagen der US-Börsenaufsicht.

Das ändert sich Mitte der Nullerjahre, als Nike und die Kanzlei Appleby ein Steuermodell umsetzen, der dem Sportartikel-Konzern fortan Milliarden an Steuern für Gewinne außerhalb der USA spart. Die wichtigste Voraussetzung dafür: Der Swoosh, das mittlerweile weltberühmte Firmenlogo, ist umgezogen auf die Bermudas – ein britisches Überseegebiet, bestehend aus einer Gruppe von Koralleninseln, die zur Steueroase umfunktioniert wurde. Genauer gesagt: Umgezogen sind die Rechte zur Nutzung diverser Nike-Marken für die Märkte außerhalb der USA. Im Heimatland des Swoosh bleibt alles beim Alten.

Auf den Bermudas residiert der Ableger Nike International Ltd und um diese Firma herum entstehen etliche weitere Nike-Offshore-Firmen, meist benannt nach Schuhen: Nike Jump, Nike Air Max oder eben Nike Pegasus. Deren ganze Funktion ist nicht immer klar, wohl aber das Nike-Niederlassungen weltweit, etwa die in den Niederlanden, schicken fortan astronomisch hohe Summen auf die Bermudas, damit sie weiterhin Nike-Schuhe mit dem berühmten Logo darauf verkaufen dürfen. Oder kürzer: Nike zahlt Geld an Nike, damit Nike-Schuhe bei Nike-Geschäften aussehender können.

Das mag komisch klingen, ist es aber nicht. Denn nun fallen beim niederländischen Firmenkonglomerat, das Schuhe in ganz Europa verkauft, nicht bloß Erlöse

# Just do it

Nike ist bei sportlichen Wettkämpfen auf der ganzen Welt präsent. In einer Disziplin aber ist das Unternehmen selbst kaum zu schlagen – im Vermeiden von Steuern. Getreu dem eigenen Slogan: Tu es einfach

VON ELISABETH GAMPERL, FREDERIK OBERMAIER UND BASTIAN OBERMAYER



In den 1960er-Jahren gründeten ein Sportler und ein Trainer in den USA die Marke Nike. Heute sind Sneaker wie das Modell Pegasus weltweit gefragt. Der Konzern erzielt Milliardengewinne.

## Der Deal

Die Niederlande sind eine Steueroase, die perfekt zugeschnitten ist auf US-Konzerne. Mit der richtigen Verschachtelung von niederländischen und amerikanischen Firmen kann es einem Unternehmen gelingen, auf seine Gewinne weder in den USA noch in den Niederlanden nennenswerte Steuern zu zahlen. Dies liegt an einigen Klauseln im niederländisch-amerikanischen Steuerabkommen, die vom Parlament in Den Haag akzeptiert wurden, obwohl der Direktor für internationale Steuerangelegenheiten im Finanzministerium warnte: „Diese Steuererleichterung verschafft US-Multis einen enormen und unangemessenen Wettbewerbsvorteil.“

Ein Mitarbeiter des US-Finanzministeriums dankte den Kollegen in den Niederlanden im Frühjahr 2005 mit einer bemerkenswerten E-Mail: „Wir freuen uns, wenn ihr unseren Firmen eine bessere Behandlung zugesteht. Wenn ihr das tun wollt und es tun könnt, ohne zu erwarten, dass wir dasselbe für eure Firmen tun.“ Das amerikanische Finanzministerium freut sich also mit den US-Konzernen darüber, dass die sich Hunderte Millionen an US-Steuern sparen können. Die Niederlande freuen sich über Arbeitsplätze und andere kleinere Posten. Mehr Informationen auf SZ.de.

sondern auch erhebliche Kosten. Das niederländische Firmengebüsch muss für den Swoosh und andere Lizenzen so viel Geld an Nike International auf den Bermudas zahlen, dass allenfalls ein geschmälerter Gewinn übrig bleibt. Allein für die Jahre 2010, 2011 und 2012 fließen für die Nutzung des Markenlogos und anderer Rechte 3,86 Milliarden Dollar an die Nike International auf den Bermudas, diese Zahlen nennt Nike selbst in einem Gerichtsstreit mit der US-Steuerbehörde. Die Niederlande bestehen, anders als Deutschland und die meisten europäischen Länder, nicht auf Quellensteuer für Lizenzzahlungen. So kann das Geld ungehindert zu der Nike-Bermuda-Firma fließen – wo es wiederum für ansässige Unternehmen keine Steuern auf ausländische Gewinne gibt.

Deswegen die Niederlande. So wird man den Staat los.

Das Ergebnis von Nikes Bermuda-Strategie lässt sich in den Jahresberichten nachlesen: Die effektive Steuerlast des Sportartikelherstellers fällt von 2005 bis 2008 vom Regelsteuersatz von 35 Prozent auf unter 25 Prozent. Gleichzeitig wachsen die außerhalb der USA so gut wie unbesteuerten gelagerten Gewinne rasant – von etwa einer Milliarde Dollar im Jahr 2005 auf mehr als sechs Milliarden Dollar im Jahr 2014.

Wie glücklich Unternehmenschef Mark Parker darüber ist, lässt er Ende 2006 in einer Telefonkonferenz mit Finanzexperten erkennen, deren offizieller Mitschnitt von der US-Börsenaufsicht veröffentlicht wurde. „Wie es uns geht“, fragt Parker da, und antwortet: „Ich würde sagen: gut.“ Er zählt diverse Erfolge auf, darunter auch eine langfristige angelegte Vereinbarung mit Steuerbehörden in Europa. „Das hat uns einen großen Vorteil gebracht“, sagt der Nike-Chef. Sein Jahresinkommen verdoppelt sich in den folgenden Jahren nahezu – auf 13 Millionen Dollar im Jahr 2010.

Nike möchte sich zu Steuerfragen nicht äußern. Auf Anfrage von SZ, NDR und WDR sowie des International Consortium of Investigative Journalists, mit dem die SZ die Paradise Papers geteilt und ausgewertet hat, erwidert Nike nur, dass der Kon-

zern „sämtliche Steuerauflagen“ einhalte und sicherstelle, „dass unsere Steuerklärungen unsere Geschäftsstrategie reflektieren, mit unseren Investments abgestimmt sind und den Arbeitsplätzen entsprechen, die wir schaffen“.

Es ist keine Überraschung, dass Nike sich rechtskonform verhält, im Gegenteil: Es ist geradezu eine zentrale Erkenntnis aus den Paradise Papers, dass man sich als globaler Konzern an alle Steuervorschriften weltweit halten – und trotzdem der Steuer weitgehend entkommen kann. Man muss nur alle Tricks und Lücken kennen, und jederzeit beweglich bleiben.

Und so kommt es, dass der Swoosh ein weiteres Mal umziehen muss. Die Hauptursache liegt wohl darin, dass 2014 die oben erwähnte und vom Nike-CV so gelobte Steuervereinbarung zwischen Nike und den Niederlanden ausläuft. Dort war wohl auch geregelt, dass die Lizenzzahlungen in dieser Zeit etliche Bermudas fließen können. Eine Lösung muss her, und die lautet – erstaunlicherweise –, dass Nike für sein europäisches Geschäft künftig weniger auf die Bermudas, sondern noch mehr auf die Niederlande setzt. Aus den Paradise Papers lässt sich nachvollziehen, dass Nike in dieser Zeit etliche Bermudas auf den Bermudas auflöst und deren Anteile an Gesellschaften in den Niederlanden überträgt. Appleby stellt Nike damals Rechnungen für die An-, Um- und Abmeldung ethischer Unternehmen aus, all dies läuft unter der Überschrift „Umstrukturierung“.

Fortan gehören Hunderte Nike-Markenrechte der niederländischen Firma Nike Innovate CV – allein in der internationalen Markenrechtsdatenbank ist die Firma für knapp 2000 Marken und Patente eingetragen. Auf ihren Konten landen demnach offenbar die Zahlungen dafür, dass andere



„Eine Regel für die Super-Reichen und eine zweite für den Rest“: Labour-Chef Jeremy Corbyn hat den Umgang von Premierministerin Theresa May und der konservativen britischen Regierung mit Steuerschlupflöchern am Montag scharf kritisiert.

FOTOS: JASON ALDEN/BLOOMBERG, ANDY RAIN/SHUTTERSTOCK

## Moskauer Muster

Warum Trumps schwerreicher Handelsminister durch seine russischen Geschäftsverbindungen zum Problem wird

Da wollte Richard Blumenthal mal den Geist der Überparteilichkeit aufleben lassen, der in Washington sonst fehlt, und dann war es wieder nichts. Im Januar 2017 saß Blumenthal im Handelsausschuss des US-Senats und befragte Donald Trumps designierten Handelsminister Wilbur Ross. Der Milliardär Ross war eine schwierige Personalie, weil er zahllose Beteiligungen an Firmen hatte, zudem viele Führungspositionen. Interessenkonflikte in seiner neuen Rolle als Regierungsmitglied waren also zu erwarten. Aber Ross, so schien es, hatte vorgesorgt und die heikelsten Jobs aufgegeben. Der Demokrat Blumenthal also lobte den Republikaner Ross, und zwar überschwänglich. Er würdigte das „persönliche Opfer“, das Ross erbringe, um Minister zu werden. „Sie haben sich von Investitionen in Höhe von Hunderten Millionen Dollar getrennt. Sie haben 90 Prozent Ihrer Holdings aufgegeben, sind von 50 Posten zurückgetreten. Dieser Prozess war für Sie persönlich enorm komplex, herausfordernd und teuer.“

Ende vergangener Woche allerdings stellte sich heraus, dass das Lob verfrüht gewesen war. Journalisten konfrontierten Senator Blumenthal mit Erkenntnissen aus den Paradise Papers: Demnach hat Ross als Minister über eine Kette von Briefkastenfirmen eine Beteiligung an der Reeder-

erei Navigator behalten, die Millionen durch Geschäfte mit dem russischen Energiekonzern Sibur verdient. Blumenthal warf Ross vor, den Senat in die Irre geführt zu haben. Seit Veröffentlichung der Paradise Papers am Sonntagabend haben sich weitere Politiker kritisch über Ross und seine Verbindung zu dem russischen Konzern



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

geäußert, der in der Hand von Vertrauten des Kreml-Chefs Wladimir Putin ist. Angus King etwa, ein parteiloser Senator, forderte Ross auf, sich im Parlament zu erklären. Die Demokratin Tammy Baldwin forderte eine offizielle Untersuchung. Ross reagierte auf die Kritik und sagte, er werde seine Anteile an Navigator „wahrscheinlich nicht“ behalten.

Am schärfsten reagierte Senator Blumenthal, der Mann also, der Ross vorher so gelobt hatte. „Ich bin überrascht und entsetzt“, sagte er, „denn ich glaube, dass unser Ausschuss getäuscht wurde, das amerikanische Volk wurde getäuscht durch die-

se Verschleierung, es gibt kein anderes Wort dafür.“

Die Diskussion über Ross konzentriert sich auf zwei Fragen. Die erste: Ist es zu beanstanden, dass der Minister privat an Geschäften mit der russischen Energiebranche verdient? Sehr wohl, findet Blumenthal, wegen der Verbindung zu Russland. Blumenthals Worte zeigen, wie belastet die Beziehungen zwischen Washington und Moskau sind. „Russland will uns nichts Gutes. In Russland gibt es Personen und Firmen, die sanktioniert sind, weil sie internationale Normen verletzt haben“, sagte Blumenthal und sprach auch die Versuche Moskaus an, die US-Präsidentenwahl zu manipulieren. „Russland hat in unsere Wahlen eingegriffen, also ist Russland ein Gegner.“

Besonders besorgt sei er darüber, dass es bei Ross Interessenkonflikte gebe, die mit Russland zusammenhängen, denn Moskau wisse dies auszunutzen. „Diese Art von Interessenkonflikten sind Teil des russischen Musters, der russischen Praxis, des russischen Drehbuchs. Sie verwickeln unsere Staatsdiener oder die anderer Regierungen und benutzen sie dann. Ob sie auch Minister Ross benutzt haben, muss man noch sehen.“ Ross entgegnet, er sei den Anteilseignern Siburs nie begegnet. Außerdem sei Sibur selbst nie mit Sanktio-

nen belegt worden. „Eine Firma, die nicht sanktioniert ist, ist wie jede andere Firma. Punkt“, sagte Ross dem Sender CNBC. Dies verkennt allerdings, dass Ross als Minister großen Einfluss auf die Handels- und Sanktionspolitik der USA hat und ihm damit im Verhältnis zu Russland eine Schlüsselrolle zukommt. So gesehen ist der Energiekonzern Sibur, an dem Ross über Umwege mitverdient, nicht irgendeine Firma.

Die zweite Frage lautet, ob Ross diese Geschäftsbeziehung verschwiegen hat. Blumenthal scheint das so zu sehen. Er habe wirklich gedacht, dass sich Ross von seinen Beteiligungen getrennt habe; deswegen habe er Ross ja für dessen „Opfer“ gelobt. Dies bereue er jetzt. „Ich fühle mich getäuscht, denn er hat Anteile an mindestens neun Firmen behalten, die Anteile an anderen Firmen hielten“, sagt Blumenthal.

Noch ist ganz klar, ob Ross vorsätzlich getäuscht hat oder ob der Senat schlicht unachtsam war. Ross hat im Dezember 2016 angegeben, dass er über Umwege Anteile an der Reederei Navigator hielt. Im Januar 2017, etwa zur Zeit der Anhörung, gab er an, welche Beteiligungen er als Minister behalten wollte, und da kam Navigator nicht mehr vor. Als die Anhörung vorbei war, stimmte Blumenthal gegen Ross. „Ich witterte damals, dass etwas nicht stimmt.“

F. OBERMAIER, N. RICHTER



Apple-Chef Tim Cook, U2-Sänger Bono, Formel-1-Weltmeister Lewis Hamilton (von links).

COLLAGE: BENE ROHLMANN

## Die Steuertricks von Apple, Nike & Co.

Paradise Papers zeigen: Der Handykonzern wollte von den Behörden Jerseys die Zusicherung, keinerlei Abgaben zahlen zu müssen. Auch Rennfahrer Lewis Hamilton ist Steuervermeider

**München** – Der US-Handykonzern Apple wollte sich im Frühjahr 2014 zusichern lassen, auf der Steueroase Jersey keinerlei Steuern zahlen zu müssen. „Ist es möglich, eine offizielle Bestätigung der Steuerbefreiung zu bekommen, und kostet das etwas?“, ließ Apple über eine amerikanische Anwaltskanzlei bei dem Offshore-Dienstleister Appleby nachfragen, bevor Tochterfirmen Geschäftssitze auf die Insel verlagerten. Das geht aus den Paradise Papers hervor, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt wurden.

Der Konzern gründete zuerst zahlreiche Offshore-Firmen auf Bermuda, um dort die Lizenzrechte der Firma zu halten – etwa für das Firmenlogo, den weltberühmten „Swoosh“. An diese Briefkastenfirmen mussten Nike-Niederlassungen Hunderte Millionen Euro bezahlen, um die Markenrechte nutzen zu dürfen. Durch die hohen Lizenzzahlungen wurden die weltweiten Gewinne drastisch gedrückt – und damit die Steuerlast.

Aus den geleakten Unterlagen ist außerdem ersichtlich, dass Nike 2014 diese Praxis in die europäische Steueroase Niederlande verlagerte – und seine globale Steuerquote damit von 35 Prozent um das Jahr

2002 auf nur mehr rund 13 Prozent drückte. So konnte Nike in Steueroasen Gewinne in Höhe von mehr als zwölf Milliarden Dollar anhäufen, die kaum besteuert wurden.

Solche und ähnliche Steuertricks kosten alleine Deutschland jedes Jahr rund 17 Milliarden Euro an Steuern, das hat der renommierte französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman exklusiv für die SZ berechnet. Zucmans Rechenexempel basiert auf einer Reihe von öffentlich zugänglichen Daten.

Auch der britische Formel-1-Weltmeister Lewis Hamilton ist aktiver Nutzer von Steueroasen. Der Rennfahrer hat gleich etliche Briefkastenfirmen. Eine davon, auf

der Isle of Man, nutzte Hamilton laut den Paradise Papers, um bei der Einfuhr seines neuen Privatjets mehr als vier Millionen Euro an Mehrwertsteuer zu sparen. Dafür genügte es, einmal morgens kurz auf der Insel zu landen und die Formalitäten zu erledigen.

Die Veröffentlichung der Paradise Papers rief am Montag weltweite Reaktionen hervor. In England kritisierte der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn von der Labour-Partei konkret die Praktiken der Steueroase Isle of Man, außerdem verlangte er im Interview mit der SZ eine Special-entheit, die sich auf britische Offshore-Firmen konzentrieren müsse.

In den USA forderten mehrere Senatoren eine Untersuchung der Russland-Verbindungen von Handelsminister Wilbur Ross, speziell seiner Gewinne aus Geschäften mit einer Firma, die einem sanktionierten russischen Oligarchen und dem Schwiegersohn des russischen Präsidenten Wladimir Putin gehört. Der Minister sagte am Montag der Agentur Bloomberg, er werde seine Anteile an dieser Firma „wahrscheinlich nicht“ behalten. Allerdings habe er die Aktien „ohnehin verkaufen“ wollen, sagte Ross.

In Kanada erklärte die liberale Partei von Premier Justin Trudeau, dass Chefspendensammler Stephen Bronfman keinen Einfluss auf die Politik der Partei habe. Bronfman ist den Paradise Papers zufolge in Geschäfte in Steueroasen verwickelt.

Der deutsche Justizminister Heiko Maas erklärte, es brauche „mehr Transparenz und Vereinheitlichung von Steuerregeln“ in der EU, der Linken-Bundestagsabgeordnete Fabio de Masi sprach derweil von „Staatsversagen“, da viele der enthüllten Steuertricks noch immer legal seien. Er forderte Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen.

B. BRINKMANN, F. OBERMAIER, B. OBERMAYER, N. RICHTER

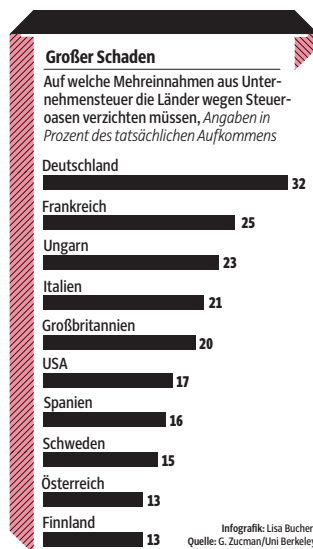


**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

Irland-Gesellschaften von Apple nutzen eine Lücke im irischen Steuerrecht. Diese ermöglichte es ihnen, in keinem Land der Welt Steuern zahlen zu müssen. Die Lücke wurde 2015 auf internationalen Druck hin geschlossen. Danach führte Appleby laut den Dokumenten zwei irische Apple-Firmen mit Geschäftssitz auf Jersey. Dort liegt der Steuersatz für Unternehmen bei null Prozent. Auf diese Weise drückte der Konzern seine Steuerquote auf Gewinne außerhalb der USA weiter auf nur drei bis sieben Prozent.

Neueste Zahlen zeigen, dass Apple im jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr auf Gewinne von 44,7 Milliarden Dollar außerhalb der USA nur 1,7 Milliarden Dollar Steuern gezahlt hat. Das sind 3,7 Prozent. Apple betonte, sich an alle Gesetze zu halten. „Wir sind der größte Steuerzahler der Welt“, sagte ein Sprecher.

Auch der Sportartikelhersteller Nike drückte sich vor Steuerzahlungen in Milliardenhöhe, wie die Paradise Papers zeigen.



Hören Sie die Süddeutsche Zeitung im Podcast. Was Sie von dem Audio-Angebot erwarten dürfen – und wie Sie es abonnieren können:  
[sz.de/podcast](http://sz.de/podcast)





# PARADISE PAPERS

Die Schattenwelt des großen Geldes

Mehr Infos, Videos und Grafiken zum Thema: [www.paradisepapers.de](http://www.paradisepapers.de)



## Überflieger

Rennfahrer Lewis Hamilton ist längst eine Weltmarke – und verhält sich auch wie eine. Ob Flugzeug, Motorhome oder Werberechte: Nichts geht ohne Briefkastenfirma

VON ELISABETH GAMPEL UND MAURITIUS MUCH



Formel-1-Weltmeister Lewis Hamilton fliegt gerne im eigenen Jet um die Welt. Oft mit an Bord: seine geliebten Bulldoggen Coco und Roscoe.

ALLE COLLAGEN VON BENE ROHLMANN

Dunkel ist es noch am Morgen dieses verregneten Montags, als um 6.40 Uhr ein roter Jet auf der Landebahn des kleinen Flughafens der Isle of Man aufsetzt. Es ist der 21. Januar 2013, hell wird es auf der Insel zwischen Großbritannien und Irland erst zwei Stunden später werden. Das schicke Flugzeug trägt die Kennung G-LCDH: G steht für Großbritannien, die anderen Buchstaben für die Initialen von Lewis Carl Davidson Hamilton. Tatsächlich ist der britische Formel-1-Star an diesem nasskalten Morgen persönlich an Bord der Bombardier Challenger 605. Hamilton, zwei Wochen zuvor gerade mal 28 Jahre alt geworden, hat sie erst vor Kurzem in Kanada gekauft. Das Vergnügen dieser großen Reise im eigenen Jet teilt der junge Mann mit seiner damaligen Freundin, der US-amerikanischen Popsängerin Nicole Scherzinger.

Die beiden sind in echtes Glamourpaar auf und den roten Teppichen von Monaco, Paris oder Los Angeles. Aber auf dem Flughafen von Ronaldsway, Isle of Man? Mitten im Nirgendwo der Irischen See?

Dass es hier außerhalb von Ortschaften kein generelles Tempolimit gibt, könnte dem Rennfahrer zwar gefallen, aber der Grund für die Reise an diesen entlegenen Ort ist ein anderer. Es geht ums Geld, um sehr viel Geld. Mit dem Hopper auf die kleine, regnerische Insel und einer zuvor geschickt aufgeduldeten Kette von Briefkastenfirmen spart Hamilton 20 Prozent Mehrwertsteuer, die er sonst für seine in Kanada gekaufte Maschine bei der Einfuhr in die Europäische Union zahlen müsste. Umgerechnet 20,3 Millionen Euro hat der Jet damals gekostet. Es geht also um stolze 4,06 Millionen Euro.

Lewis Hamilton, heute 32, ist gerade erst zum vierten Mal Formel-1-Weltmeister geworden. Er ist der Posterboy der PS-Szene, sieht blendend aus und ist stets gut gekleidet, lässt sich aber auch wie ein eleganter, meist trägt er Sonnenbrille. Und seit fast fünf Jahren gehört auch dieser feuerrote Jet mit den schwarz-roten Lederseiten zu Hamiltons unverwechselbarem Auftritt. „Verdammt, wie ich dieses Flugzeug liebe“, schrieb er unter ein Foto auf der Social-Media-Plattform Instagram.

Und verdammt, wie der Multimillionär die Isle of Man lieben muss! Die Insel ist zwar nicht offiziell Teil der EU, hat aber ein Zollabkommen mit dem Mitgliedsstaat Großbritannien. Dadurch gibt ein Flugzeug, das über die Isle of Man eingeführt wird, faktisch als in die EU importiert – versteuert wird es aber nach den paradiesischen Regeln der Isle of Man. In diesem Fall offenbar gar nicht.

Das Ding mit den Flugzeugen ist inzwischen ein Geschäftsmodell. Vor zehn Jahren hat die Isle of Man ein Flugzeugregis-

ter für kleinere Businessflugzeuge eingerichtet, fast 1000 Jets wurden auf der 83.000-Einwohner-Insel, die viel kleiner ist als das Stadtgebiet von Hamburg, seitdem registriert. Auf dem kleinen Flughafen kommen normalerweise Angler, Mountainbiker oder Wanderer an, die Insel vermarktet sich als touristisches Outdoor-Revier, für sie hält der Flughafen ein übersichtliches, gemütliches Terminal parat. Die besonderen Gäste jenes 21. Januar 2013 landen dort jedoch nicht, weil sie Urlaub machen wollen – sondern um ihr Flugzeug in die EU zu importieren. 60 Pfund extra kassiert der Zoll so früh am Morgen, und schon um 7.30 Uhr, auch das dokumentieren die Paradise Papers, schickt ein Mitarbeiter der Kanzlei Appleby eine Nachricht über seinen Blackberry: „Zollformular zum Flugzeug geliefert. Fertig zum Abflug.“ Rund eine Stunde nach der Ankunft hebt die rote Bombardier Challenger auch schon wieder ab Richtung Stuttgart, in die Heimat von Mercedes, Hamiltons Arbeitgeber.

### Insel-Hopping im Flugzeug kann Millionen Steuern vermeiden

Schnell, einfach, diskret: Die Dokumente der Paradise Papers zeigen, dass allein mithilfe der Kanzlei Appleby Flugzeuge im Wert von mindestens 147 Milliarden Euro über die Isle of Man nach Europa importiert wurden, die meisten davon wohl zum Zwecke der Steuerminimierung.

Auch Lewis Hamilton spart, wo er kann. Die geleakten Daten zeigen, dass er nicht nur sein Flugzeug, sondern ebenfalls viele Bereiche seines Lebens über Gesellschaften in Steueroasen organisieren lässt. Der Arbeitsvertrag mit dem Mercedes-Rennstall? Läuft über eine solche Firma. Werbe- und Bildrechte? Hält eine andere. Eine dritte Briefkasten-Konstruktion kommt für sein Motorhome zum Einsatz, ein gigantischer Wohn-Truck, in den sich Hamilton während der Grand-Prix-Wochenenden in Europa zurückzieht, Meetings abhält, medizinisch begleitet wird. Auch dieses Geschäft konnte er erwerben, ohne Mehrwertsteuer bezahlen zu müssen.

Ein kleines, feines Offshore-Reich ist das – organisiert zumindest zum Teil von der Rechtsanwaltskanzlei Appleby, die seit Sonntag im Zentrum der Paradise Papers steht. Wer es sich leisten kann, spart da-

durch Millionen allein durch Vermeidung einer Steuer, der die meisten Menschen gar nicht ausweichen können. Egal ob auf Windeln oder Eiscreme, das neue Auto oder einen Laib Brot: Es gibt kein Entkommen vor der Mehrwertsteuer. Genauso gilt das im Grunde für Jets, Boote oder Wohnmobile – wenn, ja wenn es da nicht diese Schlipflücker gäbe wie die Isle of Man. Die Landung auf dem possidlichen Flughafen im Süden der Insel ist dabei nur das Finale eines mehrstufigen Steuertricks. Damit sich Hamilton die Mehrwertsteuer bei der Einfuhr seines Flugzeuges sparen kann, nutzt er ein zuvor angelegtes Geflecht aus Briefkastenfirmen. Der Begünstigte dieser Firmen: Lewis Hamilton. Eine davon muss auf der Isle of Man (IOM) registriert sein. Hamiltons Insel-Filiale heißt Stealth (IOM) Limited und wird von der Anwaltskanzlei Appleby gegründet. „Stealth“ ist ein treffender Name, man kann es mit „Heimlichkeit“ übersetzen.

Das Ziel aller Bemühungen ist, dass die Behörden auf der Isle of Man zu der Ansicht gelangen, dass das Flugzeug für ein reguläres Leasing-Geschäft genutzt wird. Um diesen Eindruck zu erzeugen, braucht man gleich mehrere Firmen. Die Stealth (IOM) Limited leaset das Flugzeug von einer anderen Briefkastenfirma und verleiht es wiederum an ein weiteres Unternehmen. Von dort chartert es Lewis Hamilton selbst oder eine weitere Offshore-Firma des Briten, wenn der Sportler es benutzen will.

Insgesamt, teilt der Zoll der Isle of Man auf Anfrage mit, seien auf der Insel aktuell 262 solcher Firmen zu Leasing-Zwecken registriert. 231 von ihnen sind laut Zoll zwischen 2011 und 2017 tatsächlich komplett von der Mehrwertsteuer befreit worden: Insgesamt macht das eine Steuerersparnis von ungemein heute knapp 900 Millionen Euro. Oder anders ausgedrückt: Verschiedenen EU-Staaten entging nur durch den Flugzeugtrick in der Irischen See möglicherweise eine Summe mit neun Ziffern.

Experten sehen ein Problem darin, dass Hamiltons Firma auf der Isle of Man eine klassische Briefkastenfirma ist, ohne Büro und ohne Personal, gemeldet unter derselben Adresse wie Appleby. Hamiltons Anwälte erklären hingegen, dass es sich nicht um eine Briefkastenfirma handle und das Leasing-Geschäft mit Flugzeugen eine gängige und normale Praktik sei.

Es gibt aber noch zwei weitere Haken an Hamiltons Flugzeugkonstrukt: Selbst nach den eher großzügigen Bestimmungen der Isle of Man müsste der Jet auch an andere Kunden als nur an den Formel-1-Piloten selbst vermietet werden. Um komplett steuerbefreit zu sein, dürfte das Flugzeug zudem wirklich nur dienstlich genutzt werden – also im Falle des Rennsportlers, um damit etwa zum nächsten Grand Prix zu fliegen oder an den Sitz seines Formel-1-Teams im englischen Brackley.

Zumindest in den Paradise Papers ließ sich aber keine weitere Person finden, für die der Jet noch gechartert wird. Dazu schweigen Hamiltons Anwälte. Und sie räumen ein, dass Lewis Hamilton das Flugzeug auch privat nutzt, etwa für Urlaube. Mitte Juli 2017 flog er zum Beispiel samt Entourage für zwei Tage auf die griechische Insel Mykonos, während die anderen Fahrer bei einem offiziellen Fan-Fest in London mit ihren Rennautos ein paar Runden am Trafalgar Square drehten.

In den vorliegenden Leasingverträgen ist festgehalten, dass Lewis Hamilton seinen Jet 80 Stunden pro Monat selbst nutzt und eine seiner Firmen 160 Stunden. Geht man daher davon aus, dass er das Flugzeug zu einem Drittel privat nutzt, hätte er von den eingeparteten 4,06 Millionen Euro Mehrwertsteuer auf den Import des Jets wenigstens ein Drittel – 1,35 Millionen Euro – für diese private Nutzung deklarieren müssen. Zudem wären die Leasingraten für die private Zeit im Jet zu versteuern gewesen. „Wenn es privaten Nutzen gab, ist das Steuerhinterziehung“, sagt Rita de la Feria, Steuerrechtlerin an der Universität Leeds. „Lewis Hamilton hätte für jeden privaten Flug Mehrwertsteuer zahlen müssen.“ Das könnte man ihn persönlich haftbar machen, fügt sie hinzu.

Die de la Feria hat in den Fall für die britische Tageszeitung Guardian, Recherchepartner der SZ bei den Paradise Papers, analysiert. Die Steuer-Experten in dem Fall des Schauspielers, so zu tun, als betriebe man ein reguläres Leasinggeschäft mit Flugzeugen, für absolut fragwürdig: „Dieser Jet wird nur von einer einzigen Person vermietet. Das Konstrukt ist komplett künstlich.“ Tatsächlich ist Hamiltons Jet zuallererst für ihn da, der Flugbetrieb ist nur auf ihn zugeschnitten. Damit er der Isle of Man ihrem Mandanten irgendeinen Steuervorteil bringt.

Offshore-Konstruktionen wie die von Hamilton setzt Appleby in der Regel zusammen mit der Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) auf. Praktischerweise ist die lokale EY-Dependance in Douglas, der Hauptstadt der Isle of Man, nur etwas mehr als 300 Meter von der Appleby-Niederlassung entfernt: Einmal rechts abbiegen, den Hügel hinauf, es ist das graue Eckhaus mit dem diskreten EY-Logo auf einem einzigen Fenster. Die Unternehmensberatung erklärt auf Anfrage, dass solche Leasing-Arrangements komplett legitim, akzeptiert und kommerzielle Praxis seien. Die Regierung der Isle of Man hat das britische Finanzministerium Ende Oktober dennoch eingeladen, ein Gutachten

über die Flugzeugdeals bis Ende 2018 zu erstellen. Zudem hat die griechische Zollbehörde, die jede Jet-Leasing-Struktur ohnehin schon vorher genehmigen muss, vor einem Jahr damit begonnen, die Deals zu überprüfen: Bei einigen dieser Geschäfte sei der Mehrwertsteuererlass falsch berechnet worden.

Auch zur Zollbehörde haben es die Appleby-Mitarbeiter übrigens nicht weit: Es sind nur 250 Meter den Hügel hinunter bis zum alten Bahnhof. Hinter dem Backsteingebäude fahren heute nur noch alte Dampflokomotiven mit Touristenjahren ab. Am Nebengebäude weist ein Schild den Weg: „Zoll- und Mehrwertsteueranfragen.“ Es ist eben ein Ort der kurzen Wege.

Ein ganz ähnliches Briefkasten-Modell wie für sein Flugzeug findet sich in den Paradise Papers auch für das Motorhome von Lewis Hamilton. Solche bewohnbaren Satzelschlepper dienen Formel-1-Fahrern während der Rennen in Europa als Rückzugsort und eine Art Schatztruhe. Hamiltons 2015 angeschafftes Motorhome stammt von einem deutschen Hersteller, auch für dieses Fahrzeug wurden eine Firma auf der Isle of Man und ein Leasing-Modell eingerichtet. Völlig legal, sagen Hamiltons Anwälte, da das geräumige Fahrzeug ausschließlich für geschäftliche Zwecke

genutzt werde. Das Motorhome bekam Lewis Hamilton offenbar pünktlich zum Großen Preis von Belgien im August 2015 geliefert, zum Nettopreis (ohne Mehrwertsteuer) von 1,77 Millionen Euro. Das Rennen in Spa hat er gleich mal gewonnen.

Beim Steuertrick mit dem Jet und dem Anschaffungsmodell rund ums Motorhome spielt die BRV Limited eine tragende Rolle, eine Briefkastenfirma, die auf der Kanalinsel Guernsey angesiedelt ist – und die Lewis Hamilton gehört. Die BRV leaset den Truck und oft auch das Flugzeug. Aber auch für andere Geschäfte nutzen Hamilton und seine Berater diese Firma, so läuft etwa der Vertrag zwischen ihm und dem Mercedes-Rennstall über sie. Das geht aus einem Mailverkehr hervor, der sich in den Paradise Papers findet. Durch den Vertrag, der noch bis Ende 2018 läuft, sollte Hamilton nach Informationen der britischen Zeitung The Telegraph rund 45 Millionen Euro pro Jahr verdienen.

Für Einnahmen aus Werbe- und Sponsoringverträgen hält Lewis Hamilton, man ahnt es bereits, noch eine Briefkastenfirma, diesmal in der Steueroase Malta. Der Name: 441P Limited. Die 44 ist Hamiltons Startnummer im Formel-1-Zirkus und längst sein Markenzeichen. Er behielt sie, obwohl ihm als Weltmeister die Startnummer 1 zugestanden hätte. Ein Zahlenwechsel hätte der Marke, dem Produkt Lewis Hamilton wohl nicht gutgetan. Und das Geschäft brummt: Das Wirtschaftsmagazin Forbes prognostiziert Hamilton für dieses Jahr Werbeeinnahmen von rund 6,7 Millionen Euro, etwa durch Kampagnen für Hugo Boss, den Kosmetikkonzern L'Oréal oder die deutsche Sportartikelfirma Puma. Der 441P Limited wird auf Malta wie jeder Firma, die Ausländer gehört, fünf Prozent Körperschaftsteuer berechnet.

Malta, Guernsey, die Isle of Man, solche Schattenplätze des internationalen Geldverkehrs verbinden die Formel-1-Fans nicht gerade mit Lewis Hamilton. Sein Image inszeniert der Weltstar im Blitzlichtgewitter, mit der Zahl 44, den charakteristischen Sonnenbrillen und seinen selbst weltberühmten Bulldoggen Coco und Roscoe. Oder eben mit diesem Flugzeug. Die Hände in den Pullovertaschen, das Basecap verkehrt herum, so steht Hamilton lässig auf einer Landebahn, hinter ihm sein roter Jet. Dieses Foto zeigt er auf Instagram, darunter steht: „Nur ein Junge aus UK mit einem Traum.“ Hashtag: #MeGafel.

Ein Traum auch, dass Lewis Hamilton damit sogar Steuern sparen konnte, die jeder einfache Junge bezahlen muss, wenn er sich ein Ticket für ein Formel-1-Rennen kauft oder auch nur eine Dose der neuen Lewis-Hamilton-Sonderedition des Energydrinks Monster selbstverständlich mit aufgedruckter 44.

### 957 Jets

In Großbritannien wurden die Paradise Papers bereits im Unfrühen diskutiert, die sie überhaupt veröffentlicht waren. Der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn kritisierte die meist steuerfreie Einfuhr von Flugzeugen über die Isle of Man. „957 Geschäftsjets auf der Isle of Man scheinen ein bisschen unverhältnismäßig für jede Insel auf der Welt zu sein“, sagte der Labour-Politiker und forderte, diese Praxis müsse vom Finanzministerium untersucht werden. Premierministerin Theresa May ging auf die Flugzeug-Deals auf der Insel mit keinem Wort ein.

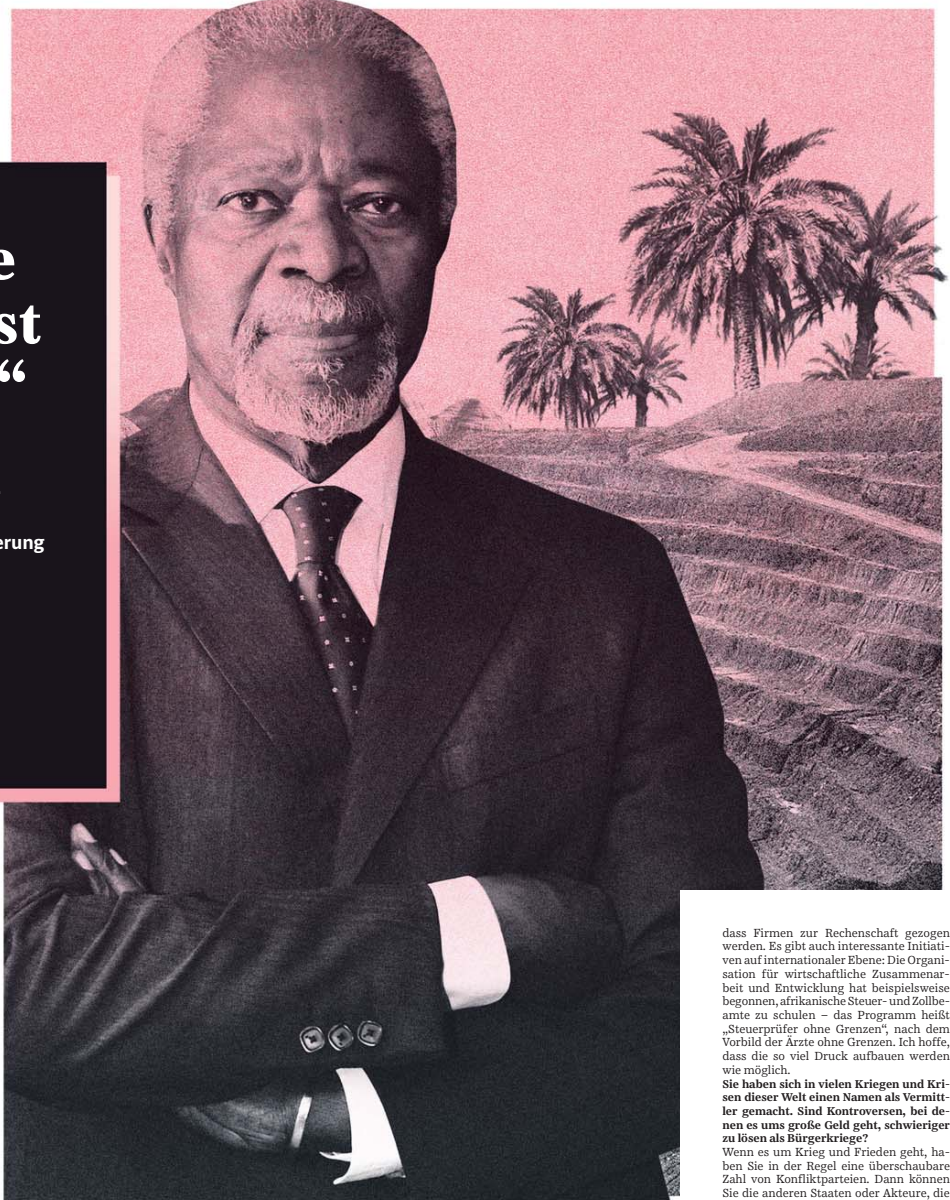
Mitarbeiter: Juliette Garside, Tim Robinson

# „Das stärkste Gegenmittel ist Transparenz“

Kofi Annan war zehn Jahre Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Er hat sich seitdem dem Kampf gegen Steuerflucht und gegen die Ausplünderung Afrikas verschrieben. Es ist ein zäher Kampf gegen internationale Konzerne und gierige Staatschefs

INTERVIEW VON TOBIAS ZICK



**SZ: Herr Annan, warum ist Afrika so arm?**  
Kofi Annan: Afrika ist nicht arm, es ist ein reicher Kontinent mit sehr vielen armen Menschen. Afrika verliert sehr viel Geld durch illegale Finanzströme und Steuerflucht. Jedes Jahr fließen rund 160 Milliarden Dollar nach Afrika, etwa durch Überweisungen von Afrikanern, die nicht auf dem Kontinent leben, oder in Form von Hilfgeldern. Zugleich verlieren wir mehr als 200 Milliarden in Finanzströmen nach außen. Wir sind also ein Nettozahler an den Rest der Welt.  
In einem Ihrer jährlichen Fortschrittsberichte zu Afrika haben Sie dargelegt, wie der Demokratischen Republik Kongo in den Jahren 2010 bis 2012 rund 1,36 Milliarden Dollar verloren gegangen sind: Schürfrechte für Kupfer und Kobalt, die

nimmt uns das Geschäft weg. Das akzeptiere ich nicht.

**Was lässt sich dagegen tun?**  
Das stärkste Gegenmittel ist Transparenz. Wir müssen sowohl die Unternehmen als auch die Regierungen dazu verpflichten, die Verträge publik zu machen, offenzulegen, welche Gewinne die Firmen machen und wie viel sie an Steuern zahlen. Zudem muss die Öffentlichkeit erfahren, wofür die Regierung die Einnahmen verwendet. Briefkastenfirmen, die bei diesen Geschäften häufig genutzt werden, dienen eher der Verschleierung. Sollten sie generell verboten werden?

Manche Leute werden Ihnen sagen, Steuer-oasen und Briefkastenfirmen seien nichts grundsätzlich Falsches, es gebe durchaus legitime Zwecke dafür. Aber wir sollten nicht vergessen: Diese Instrumente werden auch von Kriminellen benutzt, um üble Dinge zu tun. Wir brauchen ein internationales Regelwerk, um offenzulegen, wer hinter diesen Briefkastenfirmen steckt, wer der wirtschaftlich Berechtigte ist. **Vorstöße für mehr Transparenz hat es schon viele gegeben, die Ergebnisse waren meistens bescheiden.** Das stimmt – aber es hat mich doch ermutigt zu sehen, was sich in Europa getan hat, nachdem bekannt wurde, auf welche Weise Firmen wie Apple, Starbucks und andere nur minimale Steuern zahlen. Die Bürger sind wütend geworden, und die Politiker haben erkannt, dass etwas getan werden muss.

**Bis heute ist Steuervermeidung in vielen Fällen formell legal. Die Unternehmen nutzen nur die Schlupflöcher, die ihnen die Politik lässt.** Das stimmt – aber die Firmen müssen verstehen: Wenn sie so viel aus einem Land heraushehlen und dafür nichts geben, in Form von Steuern oder nachhaltigen Investitionen, dann übergeben sie ihre eigene Geschäftsgrundlage. Sie tragen dazu bei, scheiternde Staaten zu schaffen...

**...was das Plündern dann um einfacher macht.**

Ja, aber plündern können Sie nur eine Zeit lang. Irgendwann bringt entweder das Land zusammen, oder das System wird so chaotisch, dass Sie, wenn sie eine ernsthaft, aufrichtige Firma sind, dort nicht länger operieren wollen. Dann konkurrieren Sie mit den Abenteurern, die sich um ihren Ruf keine Gedanken machen. Und natürlich zählt auch das Land mit gutem Beispiel vorangehen.

**Hören diese Wirtschaftsführer Ihnen zu? In Ihrem Bericht von 2013 nannten Sie unter anderem den internationalen Rohstoffkonzern Glencore als einen Akteur, der von der Schwäche des kongolischen Staates profitiert. Haben die Chefs von Glencore Ihnen jemals geantwortet?**

Ja, sie haben unseren Bericht gelesen und waren nicht besonders glücklich darüber. Sie haben angerufen und indirekt mit Klagen gedroht. Aber ich glaube, das war eher Einschüchterungsstatik: Wenn sie wirklich klagen würden, dann müssten sie selbst jede Menge Fragen beantworten. Sie müssten beweisen, dass all das, was wir und andere veröffentlicht haben, unwahr ist. Zu einem anderen Zeitpunkt habe ich –

## „Afrika ist ein reicher Kontinent mit sehr vielen armen Menschen.“

weit unter Wert an Firmen auf den Britischen Jungferinseln verschleudert wurden. Von dem Geld hätte man die kongolischen Budgets für Gesundheit und Bildung für zwei Jahre bestreiten können. **Wie ist so etwas möglich?**

Das Problem beginnt schon mit den Verträgen, die Regierungen mit den Konzernen schließen. Manche Regierungen sind so veressen darauf, internationale Konzerne ins Land zu locken, dass sie diese mit völlig inakzeptablen Zugeständnissen locken. Und die Firmen nutzen das aus. Sie sagen zum Beispiel: Wir müssen erst unsere Investitionen wieder hereinbekommen, ehe wir vom Gewinn etwas abgeben. Manchmal müssen die Firmen laut Vertrag über viele Jahre überhaupt keine Steuern zahlen – das ist ein vollkommen falsches Vorgehen.

**Im Kongo sehen wir das klassische Muster: einheimische Eliten, die mit ausländischen Firmen und Investoren gemeinsame Sache machen und das Land plündern. Welche Seite trägt die Hauptschuld?**

Zum Tango gehören immer zwei. Die afrikanischen Beamten, die die Reichtümer ihres Landes fast zum Schleuderpreis aus der Hand geben, verraten ihr Volk und dessen Vertrauen – in der Erwartung, dass sie selbst etwas dafür bekommen. Das hat sehr konkrete Auswirkungen. Es nimmt den Menschen die Grundlagen zum Leben und die Chance auf wirtschaftliche Entwicklung. Auch die internationalen Konzerne und Investoren stehen in der Pflicht. Man braucht als Unternehmer doch keine spezielle Gesetzgebung oder eine starke Regierung, um zu tun, was rechtmäßig, professionell und moralisch richtig ist. Manchmal gehen die Firmen so weit zu sagen: Wenn wir das Schmiergeld nicht zahlen, dann zählt es unser Konkurrent und

## Zur Person

**Kofi Annan hat sein Leben der Diplomatie gewidmet.** Geboren wurde er 1938 im heutigen Ghana, dort ging er zur Schule und begann anschließend sein Wirtschaftsstudium, das ihn auch in die USA und in die Schweiz führte. Direkt nach der Uni begann er seine Karriere bei den Vereinten Nationen (UN): 1962 wurde er Verwaltungsbeamter, in den folgenden Jahrzehnten übernahm er dort immer mehr Verantwortung. Von 1997 bis 2006 war er schließlich UN-Generalsekretär. Seine Themen sind die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und die Lösung bewaffneter Konflikte. Für sein Engagement wurde er 2001 zusammen mit der UN die Friedensnobelpreise ausgeteilt.

nicht wirklich erfolgreich – versucht, die großen Bergbauunternehmen an einen Tisch zu bringen; namhafte Unternehmen wie Anglo American, BHP Billiton, Rio Tinto. Die Idee war, dass sie einen Verhaltenskodex für ihre Operationen in Entwicklungsländern unterzeichnen. Trotz mehrerer Treffen war ich aber nicht erfolgreich.

**Woran sind Sie gescheitert?**

Eine solche Gruppe zusammenzubringen, in der jeder seine eigenen unternehmerischen Interessen hat, ist nicht einfach. Ich habe auch keine Autorität, den Firmen etwas vorzuschreiben. Also erzählte ich ihnen, wie ich beim Thema Aids vorgegangen bin: Ich hatte die Vorstände der sieben größten Pharmafirmen zu einem Treffen in Amsterdam eingeladen. Dort bat ich sie, den Preis für Medikamente zu senken, so dass die Armen sie sich leisten können. Die Gespräche waren anfangs schwierig – aber am Ende sind die Preise deutlich gesunken, und Millionen nehmen heute diese Medikamente. Wenn der Wille da ist, können wir durchaus etwas erreichen.

**Aber Selbstverpflichtungen können jederzeit rückgängig gemacht werden, benötigt ein verbindlicher politischer und rechtlicher Rahmen. Sie haben in den vergangenen Jahren immer wieder auf G8 und G20 verwiesen, als einflussreiche Gruppen, die gemeinsam internationale Maßnahmen gegen Steuerflucht beschließen könnten. In diesem Sommer, beim G-20-Gipfel in Hamburg, spielte das Thema aber keine große Rolle. Mangelt es der internationalen Gemeinschaft schlicht am Willen?**

Viele der weltweit agierenden großen Firmen kommen aus G-8- und G-20-Ländern. Deshalb haben diese Länder eine besondere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diese Firmen in armen Ländern nicht ausbeuterisch handeln, sondern verantwortungsvoll. Das geht auch ohne globale Abkommen; sie können auf nationaler Ebene anfangen. Wenn niemand Schmiergelder zahlen würde, gäbe es auch keine Korruption.

**Das Geld geht ja in der Regel durch viele Hände...** Ja, und deshalb müssen auch die Banken die Frage stellen: „Woher stammt das

Geld?“ Mit moderner Technik sollten wir in der Lage sein, all diese Gelder nachzuverfolgen. Und wenn etwas aufgespürt wird, sollte es in das Land zurückgeschickt werden können, aus dem es ursprünglich kommt.

**Ein Argument, das man in diesem Zusammenhang oft hört, ist der Wettbewerb. Firmen suchen sich als Standort das Land mit den niedrigsten Steuerlast – und die Regierungen sagen: Wenn wir die Steuern erhöhen, gehen die Firmen anderswohin. Ist die Sorge der Politik berechtigt?**

Nehmen wir das Beispiel Europa: Da haben Sie 28 Mitgliedsländer. Und die Firmen können eines gegen das andere ausspielen. Als Brüssel sich der Problematik etwa von Standortverlagerungen nach Luxemburg oder Irland bewusst wurde und anging, dagegen vorzugehen, da haben einige dieser internationalen Firmen von sich aus beschlossen, mehr zu zahlen. Wenn man Transparenz schafft, wacht plötzlich jeder auf: die Firmen wie auch die Länder. Und oft steht dahinter Druck aus dem Volk; die Leute sagen: „Das ist nicht fair, wir zahlen unseren Beitrag, und diese Firmen machen Millionen oder Milliarden an Profit – wie kann es sein, dass sie so wenig oder überhaupt nichts zahlen?“ Ich denke, das Wettbewerbsargument ist übertrieben. Sie waren zehn Jahre lang Generalsekretär der Vereinten Nationen. Warum lösen die UN diese Probleme nicht? Es gibt die Möglichkeit, Sanktionen gegen Terrorunterstützer zu verhängen, gegen Lieferanten von Massenvernichtungswaffen – weshalb also nicht auch gegen die, die Steuern hinterziehen, und die, die Korruption fördern?

Zwangmaßnahmen kann nur der UN-Sicherheitsrat beschließen, und wir sehen ja auch bei anderen Themen, wie Länder sich der Durchsetzung solcher Maßnahmen entziehen. Damit die Vereinten Nationen eingreifen können, müssen sich die Mitgliedsländer einig sein. Und nicht nur das, sie müssen die beschlossenen Maßnahmen dahinein auch umsetzen. Ich halte das nicht für einen gangbaren Weg.

**Welche Wege bleiben dann?** Die einzelnen Länder müssen sich ihrer Verantwortung stellen und dafür sorgen,

dass Firmen zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt auch interessante Initiativen auf internationaler Ebene: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat beispielsweise begonnen, afrikanische Steuer- und Zollbeamte zu schulen – das Programm heißt „Steuerprüfer ohne Grenzen“, nach dem Vorbild der Ärzte ohne Grenzen. Ich hoffe, dass die so viel Druck aufbauen werden wie möglich.

**Sie haben sich in vielen Kriegen und Krisen dieser Welt einen Namen als Vermittler gemacht. Sind Kontroversen, bei denen es ums große Geld geht, schwieriger zu lösen als Bürgerkriege?**

Wenn es um Krieg und Frieden geht, haben Sie in der Regel eine überschaubare Zahl von Konfliktparteien. Dann können Sie die anderen Staaten oder Akteure, die selbst nicht direkt betroffen sind, zusammenbringen, damit sie sich gemeinsam für ein Ende der Kämpfe einsetzen. Bei den Themen, über die wir hier sprechen, sind dagegen so viele Einzelinteressen im Spiel, dass Sie keine echte Zugkraft aufbringen werden.

**Ihr Sohn Kojo Annan war in die Korruptionsaffäre um das „Öl für Lebensmittelpf“ Programm für den Irak verwickelt. Die Panama Papers haben ihm vergangene**

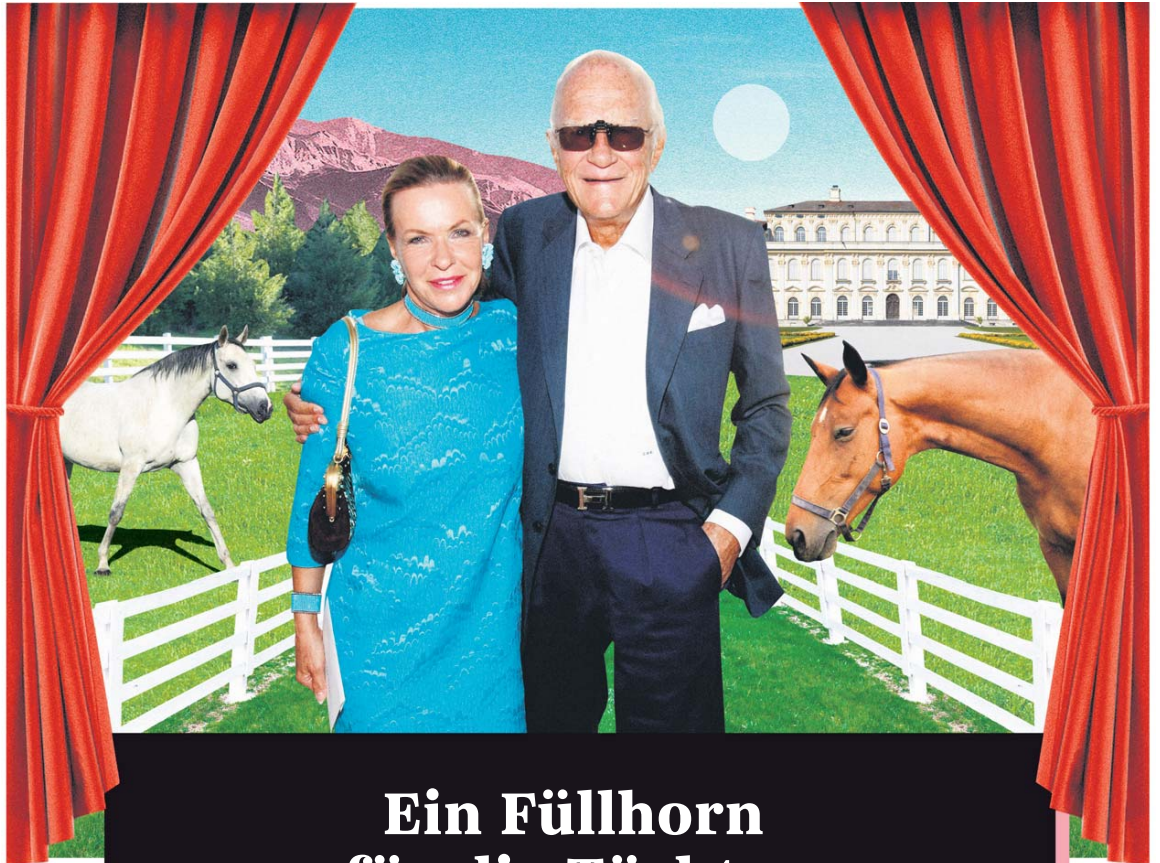
## „Auch die Banken müssen die Frage stellen: Woher stammt das Geld?“

nen Jahr zudem gezeigt, dass er Anteilseigner und Direktor mehrerer Firmen auf den Britischen Jungferinseln und auf Samoa war. Wie stehen Sie dazu?

Wenn etwas Unrecht ist, dann ist es für alle Unrecht. Man spricht Verantwortung oder Sühne nicht von ihrer Verantwortung frei. Er hat eine Briefkastenfirma benutzt, um ein Apartment zu kaufen – ich sehe nicht, warum man einen solchen Weg gehen sollte. So etwas würde ich weder empfehlen noch billigen.

Es ist denkbar, dass Afrika eines Tages seine wirtschaftliche Entwicklung braucht – weil die Erlöse aus dem Rohstoffreichtum in die Entwicklung des Kontinents fließen? Ich freue mich auf diesen Tag. Und ich denke, die meisten Afrikaner wollen sich lieber durch Handel als der Armut befreien, als von Almosen zu leben. Afrika hat großes Potenzial – und eine junge Bevölkerung. Wissenschaftler sprechen von einer demografischen Dividende. Die kann aber nur die Themen, über die wir hier sprechen, nicht sehr ernst nehmen. Wir müssen wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern schaffen, Bedingungen, unter denen junge Menschen in Würde leben können, statt dorthin aufzubrechen, wo das Gras grüner ist.

Curt Engelhorn  
und seine Frau Heidemarie;  
im Hintergrund  
das Schloss Schleißheim  
bei München.



# Ein Füllhorn für die Töchter

Als der Pharma-Milliardär Curt Engelhorn sein Vermögen verschenkt, führt das zu einem der größten Steuerverfahren Deutschlands. Die Paradise Papers lassen nun vermuten: Damals wurde nur die halbe Wahrheit verhandelt

VON MAURITIUS MUCH, BASTIAN OBERMAYER UND NICOLAS RICHTER

Mit 80 Jahren, „in der Endzeitstimmung des Alters“, wie er es nennt, blickte der Milliardär Curt Engelhorn mit Stolz auf sein Leben zurück. Aber eben auch mit Bedauern. Die Töchter, beide aus dritter Ehe, „hatten es auch nicht gerade einfach“, schrieb er in seinen Memoiren, die er zu seinem Geburtstag im Freundeskreis verteilte. Seine Ehe sei damals schon in einem desolaten Zustand gewesen, was „mit Sicherheit für die Entwicklung der Mädchen wenig förderlich war“.

Wenigstens finanziell sollen sich Elisabeth und Carolin keine Sorgen machen müssen, und so lässt Engelhorn ihnen über verschiedene Trusts im Ausland ein Millionenvermögen zukommen. Gerade damit brockt er ihnen allerdings massiven Ärger ein, der in einen spektakulären Steuerfall mündet, in eines der größten Steuerstrafverfahren, das Deutschland je gesehen hat. Die Trusts, um die es geht, sind Stiftungen ähnlich und dienen nicht selten dazu, Steuern zu sparen. So lautet zu zunächst auch der Verdacht gegen die beiden Töchter Engelhorn: Hinterziehung von 440 Millionen Euro Schenkungssteuer. Im Oktober 2013 werden beide in München festgenommen und ins Gefängnis gebracht. Die Fahnder sind, nach einem Jahr Recherche, davon überzeugt, dass die Milliardärtöchter die Geldgeschenke ihres Vaters nicht versteuert haben, obwohl sie bei in Deutschland steuerpflichtig sind.

## Die Ermittler beschlagnahmten Hunderte Ordner

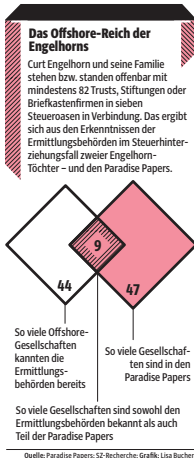
Bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmten die Ermittler damals Hunderte Ordner, sie können das komplexe, weltweit verzweigte Finanzsystem der Engelhorns aber nicht komplett durchdringen. Am Ende einigen sich die bayerischen Finanzbehörden mit den Töchtern auf eine Steuernachzahlung von etwa 145 Millionen Euro. Die Paradise Papers nähren jetzt einen Verdacht, der schon damals im Raum stand, aber nicht zu erhärten war: Dass die Engelhorn-Töchter Elisabeth und Carolin weit mehr hinterzogen haben. Die Steuerfahnder waren auf diverse Trusts und Briefkastenfirmer gestoßen – sie heißen zum Beispiel Laertes oder Bilbao – aus denen Geld an die Töchter geflossen war. Carolin sind dabei die Gesellschaften zuzurechnen, deren Namen meist auf die griechische Mythologie anspielen – wie bei Laertes, dem Vater des Odysseus. Die Namen von Bilbao und der anderen Trusts oder Briefkastenfirmer von Elisabeth haben vorwiegend einen spanischen Hintergrund.

Doch die Paradise Papers zeigen, dass der Familie Engelhorn noch Dutzende weitere Trusts oder Briefkastenfirmer zuzuordnen sind, von denen die Ermittler bisher nichts wusste (siehe Grafik). Der Übergang dem mittlerweile verstorbenen Vater von Carolin und Elisabeth, Curt Engelhorn, die Kanzlei Appleby seit Mitte der 1990er-Jahre zur Hand. Es bestätigt sich damit das, was die Fahnder schon damals geahnt hatten: „Es ist ein winziges Vermögen in verschiedenen Trusts geparkt. Es können zehn, aber auch 100 Trusts sein“, hieß es an Ermittlerkreisen.

Der NDR und die Süddeutsche Zeitung haben nun jemanden getroffen, der mit dem Verfahren gegen die Engelhorn-Töchter befasst war. Sie legten ihm Kopien vor, die das Offshore-Konstrukt aus Trusts, Stiftungen und Briefkastenfirmer aus den Paradise Papers zeigen. „Mich überrascht nicht wirklich, dass es so groß ist“, sagt er. Von den fast 50 Briefkastenfirmer, Stiftungen und Trusts waren nicht einmal zehn den Ermittlungsbehörden bekannt. Eine der Stiftungen, die Angel Foundation, beschreibt Curt Engelhorn in seinen Memoiren. Dort steht, dass diese angeblich ausschließlich für karitative Zwecke genutzt wird und eine beträchtliche Spende an einen Museumskomplex in Mannheim leistete. Deshalb ist der nun nicht mehr nur nach den Geschwistern Reiß, sondern auch nach Engelhorn benannt.

In den Paradise Papers tauchen Elisabeth und Carolin Engelhorn als Begünstigte der Angel Foundation auf – und über diese Stiftung auch als Begünstigte des Bellavista Trusts. Mithilfe dieser Stiftung sollte die Angel Foundation also nicht nur karitativen Zwecken. Und: Weder Stiftung noch Trust sind bei dem Deal mit den bayerischen Finanzbehörden ein Thema, der um die Jahreswende 2015/2016 ausgehandelt wurde.

Der bisher unbekannt Bellavista Trust und die unverdächtig wirkende Angel Foundation lassen vermuten, dass die Engelhorn-Erben dem deutschen Fiskus deutlich mehr schulden könnten, als sie tatsächlich bezahlt haben. Und sie zeigen, wie schwierig es für Steuerfahnder nach wie vor ist, verstecktes Vermögen in ausländischen Offshore-Konstrukten zu finden selbst dann, wenn sie gezielt danach suchen. Denn obwohl der Staat Elisabeth und Carolin Engelhorn auf die Spur gekommen war, gelang es den Behörden nicht, die jetzt durch die Paradise Papers bekannt geworden Geflechte zu durchdringen.



Der SZ liegt die Verständigung vor, die damals zwischen den bayerischen Finanzbehörden und den Engelhorn-Anwälten ausgehandelt wurde. Darin heißt es, „dass sich mit einem vertretbaren Arbeits- und Zeitaufwand die Sachverhalte nicht mehr weiter aufklären lassen“. Die Ermittler sind auch deshalb in aussichtsloser Lage, weil sie kaum noch ein Druckmittel gegen die Tatverdächtigen besitzen. Nicht mehr. So werden Elisabeth und Carolin Engelhorn im Oktober 2013 wenige Tage nach ihrer Festnahme vom Leitenden Oberstaatsanwalt Reinhard Nemetz freigelassen. Die Staatsanwaltschaft Augsburg erklärt auf Anfrage, die Haftbefehle aufgehoben zu haben, weil ein dringender Tatverdacht nicht mehr gegeben war.

„Ein Vorgang, der aus meiner Sicht sehr ungewöhnlich war, weil er, so wie er sich darstellt, ohne Rücksprache mit dem Finanzamt oder den ermittelnden Beamten geschehen ist“, sagt Gerhard Wipijewski, Betriebsprüfer und Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Er kennt den Fall Engelhorn und die beteiligten Ermittler sehr gut. Immerhin geht es in dem Verfahren um 145 Millionen Euro an Schenkungssteuer, die hinterzogen worden sein sollen; auch die Fluchtgefahr ist damals schon ein Thema. Und tatsächlich, kurz nach der Freilassung geschieht, was die Fahnder befürchtet hatten: Elisabeth und Carolin Engelhorn setzen sich in die Schweiz ab. Ihr Gepäck lassen sie nachschicken, wenige Monate später geben sie ihre deutschen Pässe zurück. „Das hat die ermittelnden Kollegen und mich richtig geärgert“, sagt Wipijewski.

In Deutschland verhandeln die Anwälte der beiden Töchter ihren Mandantinnen und den bayerischen Finanzbehörden. Die beiden Töchter gestehen, 145 Millionen Euro hinterzogen zu haben, und zahlen jenseits der Steuerhölle eine Geldbuße in Höhe von je 2,16 Millionen Euro. Dafür müssen sie nicht ins Gefängnis. Wie milde diese Einigung ist, lässt sich daran erkennen, dass Uli Hoeneß, der Präsident des FC Bayern, 28,5 Millionen Euro hinterzogen hat – dafür aber zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde.

Ob die Erkenntnisse aus den Paradise Papers nun zu einer neuen Bewertung des Falles führen, lässt sich noch nicht absehen. „Es wäre möglich, dass wir bei relevanten neuen Erkenntnissen weiter ermitteln“, sagt Betriebsprüfer Wipijewski. Viel-

leicht würde das Verfahren dann sogar wieder neu aufgerollt, der Staat könnte zu der Erkenntnis kommen, dass er den Engelhorn-Töchtern damals zu weit entgegengekommen ist.

Die Geschichte der Engelhorns illustriert, wie intensiv die Vermögensgeber Welt und das Rechtsinstitut des Trusts benutzen, und vor welche Schwierigkeiten die Finanzämter und Strafverfolger stellt. Curt Engelhorn schreibt in seinen Memoiren mit dem Titel „Hefe im Teig“, wie es dazu kam: In den Neunzigerjahren ist Engelhorn Anteilseigner und Aufsichtsratschef des Pharmakonzerns Boehringer Mannheim, als ihn ein Steueranwalt davon warnt, das Schicksal der Familie allein in Gottes Hände zu legen. Sollte Engelhorn plötzlich sterben, so müsste dessen Familie einen enormen Betrag Erbschaftsteuer an die Finanzämter überweisen, und den könnte sie nur aufbringen, indem sie Anteile an ihrem Pharmakonzern verkaufte, etwa durch einen Börsengang.

## Zum 80. Geburtstag fliegt Elton John ein

Um dies zu vermeiden, bringt Curt Engelhorn sein Eigentum, – darunter die Anteile an Pharmakonzern – in den folgenden Jahren in mehrere ausländische Firmen und Trusts ein. Der Trust, so wie wir ihn heute kennen, ist in England im 12. und 13. Jahrhundert entstanden. Zog damals ein Ritter in den Kampf, übertrug er sein Vermögen einem Treuhänder (trustee), der das Geld zugunsten von Begünstigten (beneficiaries) verwaltete. So war alles in sicheren Händen, bis der Ritter zurückkehrte, und auch dann noch, wenn der Ritter nicht zurückkehren sollte. Steuerfahnder zufolge dient ein Trust jedoch heute anderen Zwecken: „Aus deutscher Sicht macht ein Trust nur Sinn, wenn man etwas verschleiern will, Steuern sparen oder sogar hinterziehen will“, sagt Wipijewski.

Engelhorn entscheidet sich für Trusts auf den Bermudas. „Da bei der Erbringung des Besitzes ebenso wenig Steuern anfallen wie bei der Vererbung von Trusts, wird eine Zerschlagung des Vermögens vermieden“, schreibt Engelhorn in seinen Memoiren. Dabei geht der Milliardär eigentlich durchaus großzügig mit seinem Geld um: Er besitzt eine Privatinsel namens Five Star Island; als er dort 1995 seine vierte Frau Heidemarie heiratet, lässt er auf seinem Anwesen eine Brücke über den Pool bauen, über die seine Braut zum Alter hin schreitet. Die Kanzlei Appleby beriet ihn jedoch nicht nur in Sachen Trusts, sondern, laut eines internen Vermerks, auch in Ehedingen. Zu seinem 80. Geburtstag wiederum fliegt Heidemarie heimatlos Elton John nach Schloss Schleißheim bei München ein. Und für seine Töchter lässt er ein großes Gesteck südlich von Augsburg kaufen, auf dem die Pferdeliebhaberin Elisabeth Kösser züchtete.

Doch so spendabel Engelhorn im Privaten ist, so ungern überlässt er sein Geld dem Staat. Schon 1985 hat er die Holdinggesellschaft des Pharmakonzerns Boehringer Mannheim auf die Bermudas verlegt. Sie heißt Orange, französisch für Engelhorn, nur umgekehrt gekoppelt – Hornengel sozusagen. Dadurch erhält der deutsche Staat keinen Pfennig, als Engelhorn seine Anteile an Boehringer Mannheim verkauft und dafür acht Milliarden Mark bekommt. Der Erlös fließt stattdessen zu einem Großteil einer Firma namens New Corange Limited zu. Diese soll den Verkaufserlös „halten und investieren“, wie es in internen Unterlagen heißt. Von dort fließt das Geld später unter anderem in diverse Trusts, von denen Witwe und Kinder profitieren. Engelhorn ist stolz auf seinen Coup: Er habe die „Steuerfälle“ erfolgreich vermieden, zitiert ihn einmal das *Münchener Magazin*. Und in Anspielung auf den damaligen Finanzminister sagt er einmal dem *Spiegel*: „Herr Waigel wird sich ärgern.“

Das Geld, das ist offenbar Engelhorns sehnsüchtiger Wunsch, soll in der Familie bleiben. Die Beträge, die er für Frau und Kinder in diversen Trusts unterbringt, sind enorm: Im Star III Trust liegen Ende 2009 470 Millionen Euro, im Star IV Trust im Jahr 2010 gut 500 Millionen Euro.

Das Vermögen des Bellavista Trusts wird durch die Paradise Papers nicht deutlich. Fest steht nur, dass die Töchter Elisabeth und Carolin dort über die Angel Founda-

tion als Begünstigte auftauchen – so, wie auch Engelhorns Witwe Heidemarie und deren Sohn Timm Bergold. Curt Engelhorn hielt viel von seinem Stiefsohn. Bergold verwaltet mittlerweile von Monaco aus die Offshore-Geschäfte und das Vermögen der Engelhorns. Gemeinsam mit seiner Mutter Heidemarie ist er zumindest bis Anfang November 2017 Direktor mehrerer Offshore-Firmer. Mehrfache Anfragen an den Stiefsohn, die Witwe und die Töchter Engelhorns blieben unbeantwortet.

Nach Engelhorns Tod im Oktober 2016 bestätigt sich, was er über seine Trusts geschrieben hatte: Sie seien im Grunde ein „dynamisches Testament“ – der Trust arbeitet weiter, auch wenn der Stifter tot ist. In einem Dokument, das dem Star IV Trust zugeordnet ist, heißt es, Elisabeth Engelhorn solle am 183. Tag nach dem Tod ihres Vaters gut 250 Millionen Euro bekommen. Da Curt Engelhorn am 13. Oktober 2016 gestorben ist, hat seine Tochter wohl am Karfreitag den 14. April 2017 geerbt.

Nach Informationen von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR ist Elisabeth Engelhorn auch weiter auf ihrem Gesteck südlich von Augsburg gemeldet. Das könnte vielleicht auch die deutschen Steuerbehörden interessieren.

Mitarbeiter: Brid Roesner

## Pharma-König

Curt Engelhorn (1926–2016) gehörte zu den stillen Mächtigen Deutschlands. Sein Urgroßvater hatte BASF gegründet. Engelhorn selbst war viele Jahre Vorstandschef und Mitgesellschafter von Boehringer Mannheim. Bekannt wurde der Milliardär durch das Steuerverfahren gegen seine Töchter, das selbst Fälle wie den des Bäderkönigs Zwick oder des Wienerwald-Gründers Jahn übertraf.

## Alles legal

Den Weg  
von Glencore an die  
Spitze kreuzten  
auch einige Diktatoren

Glencores Aufstieg zum Giganten beginnt Anfang der 1970er-Jahre. Der junge Marc Rich arbeitet sich beim US-Rohstoffunternehmen Philipp Brothers vom Poststellen-Mitarbeiter zum Händler hoch und erfindet den sogenannten Spot-Markt: Erdöl wird fortan nach den Prinzipien von Angebot und Nachfrage gehandelt, anstatt nach politischen Kriterien. In einem ersten solchen Deal verkauft Rich iranisches Öl, das über eine geheime Pipeline nach Israel fließt, an das spanische Franco-Regime. „Richs Markenzeichen“ sei, schreibt sein Biograf Daniel Ammann, „Partner zusammenzubringen, die offiziell nichts miteinander zu tun haben wollten.“

Seine Chefs scheuen die allzu riskanten Geschäfte und bremsen Rich immer wieder aus. Im April 1974 gründet er deshalb seine eigene Firma, die Marc Rich & Co AG, im Schweizer Kanton Zug, der schon damals als Steuerparadies bekannt ist. Politische, moralische Hemmschwellen? „Business ist neutral“, wird Rich später einmal erklären, „Sie können eine Handelsgesellschaft nicht aufgrund von Sympathien führen.“

### Der Firmengründer landet auf der Most-Wanted-Liste des FBI

1979 ruft in Iran der Schiitenführer Ayatollah Khomeini die islamische Revolution aus, wenig später stürmt ein regimetreuer Mob die US-Botschaft in Teheran. Washington verhängt Sanktionen – und Marc Rich macht weiter Geschäfte mit Iran. Aus seiner Sicht ist das alles legal, denn seine Firma sitzt ja nicht in den USA, sondern in der Schweiz.

Im Herbst 1981 stößt das FBI in den Bilanzen der New Yorker Tochterfirma von Rich auf einen Posten von 70 Millionen Dollar aus mutmaßlich illegalen Ölgeschäften. Rich flieht in die Schweiz, zwei Jahre später erhebt die US-Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage, „die größte aller Zeiten wegen Steuerhinterziehung“, sagt der damalige Bundesstaatsanwalt und spätere New Yorker Bürgermeister Rudolph W. Giuliani. Zudem wirft ihm die Justiz vor, gegen ein US-Handelsembargo verstoßen zu haben. Das FBI setzt Rich auf seine Most-Wanted-Liste, doch die Schweiz gewährt ihm Unterschlupf. Auf dem Dach seiner Firma lässt er Sicherheitsleute patrouillieren, falls US-Gehemdienstleute ihn entführen wollen. Er macht weiter Milliarden Geschäfte mit Diktatoren wie Augusto Pinochet in Chile, Nicolae Ceaușescu in Rumänien, Muammar al-Gaddafi in Libyen oder dem Apartheid-Regime in Südafrika.



Am Anfang war Marc Rich:  
Er gründete den  
Glencore-Vorgänger. 1010. APF

2001 begnadigt ihn US-Präsident Bill Clinton. Rich, der 2013 gestorben ist, hatte seine Firma schon 1994 verkauft, seitdem heißt sie Glencore, wie „Global Energy Commodity and Resources“. Heute ist das Unternehmen nach eigenen Angaben in mehr als 50 Ländern aktiv, beschäftigt etwa 155 000 Mitarbeiter. Glencore fördert und vertreibt mehr als 90 verschiedene Rohstoffe, Kupfer und Zink, Kohle und Öl, bis hin zu Reis und Zucker. Wer in Europa sein Auto volltankt, einen Fernseher kauft oder nur ein Brötchen beim Bäcker holt, kann davon ausgehen, dass Glencore daran mitverdient. Der jetzige CEO Ivan Glasenberg, schon unter Rich bei Glencore, verfasste die 18-seitige „Globale Anti-Korruptions-Richtlinie“ des Konzerns. Da heißt es: „Bestechung ist eine Straftat.“ Eine solche könne „vorliegen, wenn einem Amtsträger finanzielle oder andere Vorteile angeboten oder gewährt werden, um diesen zur Erlangung eines Vorteils in seiner Amtsausübung zu beeinflussen (beziehungsweise eine derartige Absicht besteht).“ **TOBIAS ZICK**

Auf dem Weg zur Mine überquert der firmeneigene Jeep eine neue Brücke, die sich über einen Fluss spannt, mit zehn Millionen Dollar von Glencore mitfinanziert, wie der Sprecher beiläufig erwähnt. Man tue was für die Entwicklung des Landes, man werde dafür noch weitere Beispiele sehen.

In der Katanga-Mine fräst sich eine gigantische treppenformige Grube ins Erdreich. Aus der Tiefe dringt ein leises Surren, das sind die Motoren der Bagger und Lastwagen, die dort unten Schutt aufladen; von hier oben wirken sie wie Spielzeugautos. Ein Mann mit Warntüte und Schnurrbart saugt an einer elektrischen Zigarette und schaut dem Treiben zu. „Eine Wahnsinns-Lagerstätte“, raunt er in amerikanischem Englisch. Der Mann heißt Johnny Blizzard und hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten schon in Minen in den USA, in Chile und Mauretanien gearbeitet. Heute ist er Geschäftsführer der Katanga-Mine im Kongo.

Als Glencore die Mine im Jahr 2009 übernommen hat, sagt Johnny Blizzard, habe diese Grube größtenteils unter Wasser gestanden. Jetzt sei der Konzern dabei, den ganzen Betrieb komplett zu überholen, schon bald soll die Katanga-Mine einer der größten Lieferanten weltweit für den Elektroauto-Bau werden. 300 000 Tonnen Kupfer und 22 000 Tonnen Kobalt, jedes Jahr. „Wir werden dabei sehr viel Spaß haben“, sagt Johnny Blizzard.

Neben ihm steht ein Pfahl mit Wegweisern, die in alle Himmelsrichtungen zeigen: Brüssel, 7113 Kilometer. Toronto, 12 002 Kilometer. Lediglich 6619 Kilometer sind es bis nach Zürich. In der Schweiz, Kleinstadt, in der das Glencore-Hauptquartier steht. Ein leiser Wink, wo die wahre Macht wohnt.

### Ob je Korruption im Spiel war? Glencore sagt weder Ja noch Nein

Frage an den Glencore-Sprecher, der den Reporter durch die Mine begleitet: Was hat es mit den Vorwürfen auf sich, die Kritiker schon seit Jahren erheben in Bezug auf die Beziehungen zwischen Glencore und Glencore? War da jemals Korruption im Spiel? Statt eines klaren Ja oder Nein wird der Konzernsprecher bis zuletzt auf folgender Formulierung beharren: „Glencore verpflichtet sich, gute Geschäftspraktiken zu wahren“ und „geltende Gesetze so wie externe Anforderungen einzuhalten oder zu übertreffen“.

Im Kongo will er ohnehin lieber über andere Themen sprechen. Ein Großteil der knapp dreißigtägigen Tour besteht im Abklappern von Sozialprojekten, die der Konzern rund um seine Minen finanziert: ein Betriebskrankenhaus, in dem alle Mitarbeiter und deren Angehörige kostenlos behandelt werden. Filteranlagen für Trinkwasser. Bücher und Computer für eine Hochschule – alles finanziert von Glencore, ebenso wie eine motorbetriebene Pumpe, die Wasser auf einen Acker sprüht, während eine Gruppe Frauen aus dem Dorf für die Glencore-Leute und den Reporter singen und tanzen. Sie sind nicht mehr mit bloßen Händen nach Kupfererz graben müssen, sondern jetzt Tomaten auf dem Markt verkaufen könnten.

Abends sitzt man dann, wie auf einer klassischen Safari irgendwo in Afrika, mit den Glencore-Leuten im Freiluftrestaurant einer firmeneigenen Lodge, unter lässig schneidenden nachgebildeten Elefanten-, Nilpferd- und Warzenschweinköpfen. Nur dass in der Ebene keine Gnu-Herden grasen, sondern sich Transformatoren in den Nachthimmel erheben. Und dass man beim Gin Tonic nicht über Leoparden, Löwen oder Büffel fachschießt, sondern darüber, welche Preisprämie Kupfer und Kobalt auf dem Weltmarkt machen, wegen der E-Autos. Klingt nach: Zufriedenheit.

Davon konnten neun Jahre zuvor, an jenem heißen Juni-Tag 2008 im Züricher Airport Hotel, keine Rede sein. Damals sind die zehn Aufsichtsräte der Bergbaugesellschaft Katanga zum Gespräch gekommen, weil die Verhandlungen mit der kongolesischen Regierung um die Bergbaukonzessionen stocken. Die Minengesellschaft kämpft um ihre Kontrolle über die Kupferschätze Katangas. Der Schweizer Konzern Glencore hält bereits acht Prozent an Katanga Mining und stellt auch ein Mitglied im Aufsichtsrat.

Weil die Gespräche mit den Kongolesen schlecht laufen, rufen die Aufsichtsräte Dan Gertler zu Hilfe. Er ist selbst Aktionär der Minengesellschaft und hat beste Kontakte zur Spitze des Kongo. Er bekommt ein schriftliches Mandat, mit den kongolesischen Behörden zu verhandeln, er steht es im Protokoll der Sitzung, in nur einem von Hunderten interner Dokumente über die Minengeschäfte Katangas, die sich in den Paradise Papers finden. Glencore-Gesandter, ein Vertrauter des Konzernchefs Ivan Glasenberg, unterstützt dieses Mandat.

Dan Gertler nimmt den Auftrag an – und hat Erfolg. Nur 17 Tage später sind diese Differenzen mit den Kongolesen ausgeräumt. Schon in den Protokollen ihrer nächsten Sitzung vom 10. Juli 2008 überlegen sich die Aufsichtsräte vor Lob für ihren Mittelsmann: „Dan Gertler hat sein Mandat mit großer Energie, Ehrlichkeit und der letzten zwei Tage waren extrem produktiv“. Das Resultat sei ein „sehr positives“. Der Aufsichtsrat dankt beinahe feierlich „Dan Gertler, dass er das geschafft hat“.

Konfrontiert mit den Recherchen bestätigt Glencore erstmals, dass Dan Gertler

tatsächlich in diesem Fall einen Auftrag für die Verhandlungen mit den kongolesischen Behörden bekommen hat. Heikel ist das, weil auf Seiten des Kongo damals der Vertraute von Gertler und Präsident Kabila mitmischte: Augustin Katumba Mwanke. Jener „DRC Official 2“ also, der in dem anderen Fall den um den US-Hedgefonds Och-Ziff – Schmiergeld erhalten haben soll, veranlasst von einem „israelischen Geschäftsmann“; 18,5 Millionen Dollar, verteilt auf drei Monate und zur fast gleichen Zeit, in der auch Glencore und dessen Partner Probleme im Kongo hatten.

Frage sich: Würden die Differenzen zur Katanga-Mine mit ähnlichen Methoden ausgeräumt, wie es im Fall Och-Ziff geschehen sein soll?

„Zu jener Zeit brauchte jede größere Entscheidung zu Minenverträgen das Einverständnis von Katumba“, sagt die Kongo-Spezialistin Elisabeth Caesens, die kürzlich ein Buch über die Privatisierung der kongolesischen Minen veröffentlicht hat. „Katumba hatte mehr Macht über Gécamines als der Minister, der für den Staatsbetrieb zuständig war.“ Gertler erklärt, seine Verhandlungen seien redlich und mit professioneller Distanz abgelaufen.

Die Euphorie der Katanga-Führungspitze mit der Zustimmung mit dem Kongo weist sich jedoch als vorzeitig. Der neue Geschäftsführer der Minengesellschaft, von Glencore gekommen, muss dem Aufsichtsrat schon am 13. Oktober 2008 von der nächsten Krise berichten. Jetzt fordern die Kongolesen mehr Geld. Die Höhe soll sich nach den Ressourcen in der Mine richten. Die Kongoleser sind nicht glücklich mit der Situation und verlangen 585 Millionen Dollar zusätzlich. Die Summe ist den Aufsichtsräten der Katanga-Mine viel zu hoch. Die Versammlung beschließt: Vier von ihnen, darunter der neue Geschäftsführer und der Glencore-Vertreter, sollen sofort „eine Diskussion mit Dan Gertler starten“.

Glencore bestätigt, dass 2008 tatsächlich Preisverhandlungen stattgefunden haben. Nach Darstellung des Schweizer Konzerns hätten sich die kongolesische Seite und die Minengesellschaft Katanga Mining allerdings schon vor Gertlers Einsatz auf eine Zahlung von 135 Millionen Dollar geeinigt gehabt. Doch dann habe der Kongo plötzlich mehr Geld gefordert.

Auch Gertler erklärt, die Forderung der Gegenseite sei viel zu hoch gewesen. Die Summe, die der Kongo verlangt habe – 585 Millionen Dollar – hätte kein Unternehmer akzeptieren können. Nachdem beide Seiten Zugeständnisse gemacht hätten, habe die kongolesische Seite besser dastanden als vorher. Es gebe keine Basis für den Vorwurf, so Gertler, sein Einwirken habe zu einer unzulässigen Bevorzugung von Katanga Mining geführt.

Am Ende erhielt der Kongo 140 Millionen statt der zwischenzeitlich geforderten 585 Millionen Dollar.

Nach Ansicht der UN-Expertin Elisabeth Caesens, die solche Geschäfte seit Jahren untersucht und die Zahlen verglichen hat, haben Katanga und Glencore hier einen immensen Rabatt erhalten: „Katanga bezahlte für ihre Lizenzen pro Tonne nur ein Drittel dessen, was praktisch alle anderen Investoren im Kupfer-Sektor damals als Preis akzeptierten.“ Der Kongo hätte demnach auf Hunderte Millionen Dollar verzichtet – und vor allem Glencore hätte eine Menge Geld gespart.

Weder die kongolesische Regierung noch die staatliche Minengesellschaft wollen oder können erklären, warum Glencore nur ein Viertel dessen bezahlte, was der Kongo zwischenzeitlich verlangt hatte. Und warum das verarmte Land auf so viel Geld verzichtete.

### Katanga hat Problemlösung bestellt – Gertler hat sie geliefert

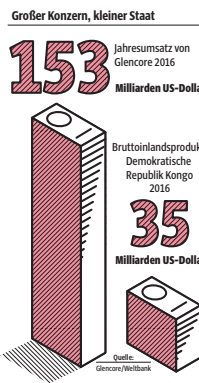
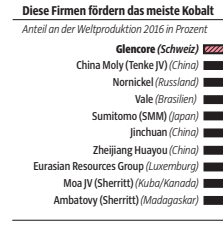
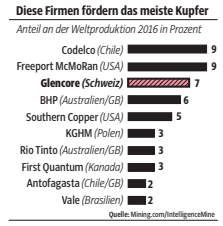
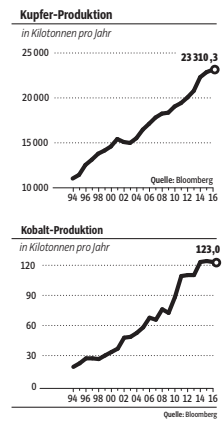
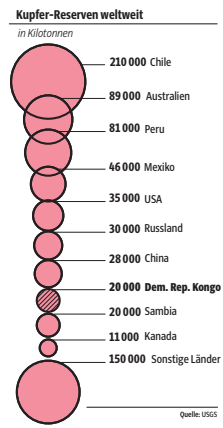
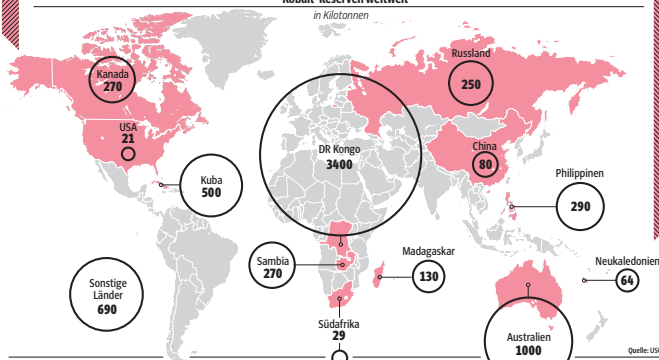
Der Streit um Geld mit dem Kongo ist somit zwar beigelegt, die neuen Minenverträge aber sind noch nicht unterschrieben. Die Verhandlungen mit dem Kongo von 2008 die weltweite Finanzkrise die Situation wieder verändert: Die Rohstoffpreise brechen ein. In dieser Zeit weiten Glencore und Gertler ihren Einfluss auf die Minengesellschaft Katanga Mining aus.

Ein Papier von Anfang 2009, Teil der Paradise-Daten, stellt einer Gertler-Firma ein kompliziert konstruiertes Darlehen Glencores in Höhe von 45 Millionen Dollar in Aussicht. Es ist demnach an die Bedingung geknüpft, dass die Verhandlungen mit dem Kongo erfolgreich zu Ende gehen. Im Februar 2009 gewährt Glencore tatsächlich einen Kredit, und Gertler selbst erklärt auf Anfrage, dass seine Firma dadurch später ihren Anteil an den Minen haben gehalten können. Im März 2009 stellt der Aufsichtsrat der Katanga Mining fest, dass die meisten Fragen mit dem Kongo nunmehr gelöst seien. Im Sommer 2009 werden die Verträge zwischen Katanga und dem Kongo schließlich unterschrieben – und Glencore wird Mehrheitsgesellschafter der Minengesellschaft.

Katanga hat Problemlösung bestellt, Dan Gertler hat Problemlösung geliefert. Aber auf wen hatte sich Glencore da eingelassen? Was konnte der Schweizer Konzern im Jahr 2008 über Dan Gertler wissen, der für ihn im Kongo unter Vertrag war? Zur Erinnerung: Der UN-Bericht, der die Geschäfte einer Gertler-Firma mit dem Kongo einen „Altraum“ genannt hatte, lag seit 2001 vor. Im Jahr 2005 war das kongolesische Parlament zu dem Schluss gekommen, eine Gertler-Firma habe der

## Das Geschäft mit den Bodenschätzen

Kupfer und Kobalt gehören zu den Rohstoffen der Zukunft. Die Reserven verteilen sich auf wenige Länder- und liegen in der Kontrolle weniger Konzerne, die damit Jahr für Jahr Milliarden umsetzen.



## 4 000 000 Waisenkinder

Nach Angabe des UN-Kinderhilfswerks ist die Lage in der Demokratischen Republik Kongo katastrophal. Vier Millionen von ihnen sind Waisen. Jeden siebten Kind dort stirbt, bevor es seinen fünften Geburtstag erlebt. Fast ein Viertel der kongolesischen Kinder sind untergewichtig. Hunger und die Folgekrankheiten sind für die Hälfte aller Todesfälle bei Kindern verantwortlich. Nicht mal jeder zweite Mensch im Kongo hat Zugang zu sauberem Trinkwasser, nicht mal jeder Dritte zu einer ordentlichen Toilette.

staatlichen Minengesellschaft Miba einen Kredit zu wucherhaften Konditionen geben. Und dann ist da die Och-Ziff-Episode, die zwar erst 2016 aktenkundig wird, die Gertler aber kaum verhohlen unter Korruptionsverdacht stellt. Demnach wäre er zur selben Zeit für den Hedgefonds im selben Land und in ähnlicher Mission unterwegs gewesen und hätte genau den Mann bestochen, dessen Hilfe er auch in Sachen Katanga-Mine gut brauchen konnte: Augustin Katumba Mwanke, den engen Vertrauten des kongolesischen Präsidenten.

Und davon will Glencore nichts gewusst haben? Musste der Konzern bei Gertlers Vorgeschichte nicht damit rechnen, dass dieser womöglich dubiose oder gar illegale Methoden anwenden würde? Hat Glencore ein Korruptionsrisiko missachtet?

„Die Compliance-Abteilung von Glencore hätte diese Partnerschaft mit Dan Gertler stoppen müssen“, sagt der internationale Anwalt Schweizer Korruptions-experte Mark Pieth. „Ich sehe nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat Glencore keine professionelle Prüfung von Dan Gertler gemacht, oder sie wussten sehr genau, dass es ein Korruptionsrisiko gab – und haben es bewusst in Kauf genommen.“

Inzwischen sind weitere Details über Gertlers Geschäfte im Kongo öffentlich geworden: Im Mai 2013 hat ein Expertenteam unter Vorsitz des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan festgestellt, dass der Kongo zwischen 2010 und 2012 in fünf dubiosen Deals Schürfrichte weit unter ihrem wahren Wert verschleudert habe. Mehr als 1,3 Milliarden Dollar habe das Land so verloren – „fast doppelt so viel wie das gesamte Jahresbudget 2012 für Gesundheit und Bildung“. An all diesen Geschäften war demnach eine Gertler-Firma beteiligt. Gertler bestreitet die Vorwürfe des „Africa Progress Panel“ und sagt, seine Firma sei dazu nicht angefragt worden.

Im Februar 2017 hat Glencore die Anteile von Dan Gertler an den gemeinsamen Minen übernommen. Branchenexperten sehen darin einen Versuch des Konzerns, sich von Gertler abzugrenzen. Gertler selbst sagt, er habe weiter vertragliche Rechte, Lizenzgebühren im Zusammenhang mit den Glencore-Minen im Kongo zu erhalten. Keine schlechten Aussichten: Auf dem Weltmarkt sei Kobalt einer der „heißesten Rohstoffe 2017“, analysiert die Großbank UBS – warnt aber auch vor einer erhöhten politischen Ungewissheit in der Demokratischen Republik Kongo.

„Politische Ungewissheit“, das ist höflich formuliert. Laut Verfassung hätte Joseph Kabila schon Ende 2016 den Weg für Wahlen frei machen müssen, er dürfte nicht mehr antreten. Stattdessen verschiebt er die Wahlen mit fadenscheinigen Begründungen immer wieder, lässt Proteste niederschlagen, klammert sich mit Gewalt an die Macht und an das Wirtschaftsimperium, das er sich in seiner Amtszeit erschaffen hat. Er und seine Familie sollen inzwischen an mehr als 80 Unternehmen beteiligt sein, an Farmen und Banken, an Airlines und Hotels, Gold- und Diamantenminen. Eine Anfrage der SZ und anderer Medien dazu beantwortete Kabila nicht.

### Die großen Träume sind klein geworden am Rande der Mine

Doch was das eigene Volk von ihm denkt, ist ihm offenbar nicht völlig egal. Nach der Tour durch die Minen des Kongo, nach dem Abschied vom Glencore-Sprecher, entdeckt man am Straßenrand ein gewaltiges Plakat, von dem Präsident Kabila schauerdächtig lächelt: „Mein Kongo“ steht darauf, „wenn ihr nicht an mich glauben wollt, so glaubt wenigstens an meine Werke“. Neben ihm groß abgebildet: die von Glencore mitfinanzierte Brücke.

Und was erwartet Michel, der Kleinschürfer am Rand der Glencore-Mine, von der Zukunft? Hat er die Hoffnung, dass der kongolesische Traum noch in Erfüllung geht und die Schätze, Kupfer und Kobalt, dem Volk zugutekommen? Würde er dann vielleicht doch wieder Medizin studieren? Michel lässt die Erzbrocken, das Kupfer- und Kobaltgestein zurück in die Plastiktüte gleiten. „Dafür ist es doch zu spät“, sagt er. „Ich bin jetzt 41, ich muss meine Kinder durchbringen, ich kann nicht aufhören zu arbeiten.“ Seine Träume sind klein geworden mit den Jahren. „Wenn Glencore mir einen Job geben würde“, sagt Michel, „eine Anstellung mit festem Gehalt. Das wäre was.“



„Niemand liefert Beweise“: Ivan Glasenberg, Chef des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore, und das Hauptquartier in Baar.

Fortsetzung von Seite 17

des ganzen entkolonialisierten Afrika“ zu werden.

Diesem Traum kommt Katumba jetzt ziemlich nah. Kabila macht ihn zwischenzeitlich zum Minister für staatseigene Unternehmen – auch über seine Amtszeit hinaus wird Katumba dadurch zum Herrscher über die Bergbaukonzesse. Es sind die Anfänge eines „Plünderungssystems“, wie es der frühere kongoliese Minister Olivier Kamitatu heute im Gespräch mit der SZ nennt. Mittlerweile ist er zur Opposition übergelaufen. Der Ex-Minister sagt, das Gespann Kabila, Gertler, Katumba habe damals „in totaler Undurchsichtigkeit, ohne jegliche Transparenz, ohne jegliche Rechenschaftspflicht“ agiert.

Katumba wickelt also die Privatisierung der Minen des staatlichen Bergbauunternehmens Gécamines ab. Das hat auch die internationale Gemeinschaft dringend gefordert, damit Devisen für den Wiederaufbau in das vom Krieg zerstörte Land fließen. Tatsächlich werden Schürfrechte für fast das gesamte kongoliese Kupfervorkommen an private Investoren verkauft, allerdings zu verheerenden Konditionen.

Ein Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen bezeichnet Katumba 2002 als „Schlüsselfigur für Mineralkonzesse“ in einem „hochrangigen Netz“ aus Beamten, Geschäftsleuten und Kriminellen, das „im Lauf der vergangenen drei Jahre Guthaben von mindestens fünf Milliarden Dollar vom staatlichen Bergbaubehörden an private Gesellschaften“ verschoben habe – ohne Ausgleich oder Nutzen für den Staat der Demokratischen Republik Kongo.

Eine Untersuchungskommission des kongoliesischen Parlaments äußert sich 2005 besorgt über die Zukunft einiger Kupfergruben, die später einmal ein zentraler Teil der Katanga-Mine werden. Es ist eines der wohl reichsten Kupfervorkommen des Landes. Die Lizenz dafür, so fordern die Parlamentarier damals, müsse dringend öffentlich ausgeschrieben werden, um zu verhindern, dass abermals wertvolle Rohstoffe des Kongo „geplündert“ werden. Der Appell verhallt. Die entsprechenden

Schürfrechte gehen an mehrere Investoren, zu denen auch Dan Gertler zählt. Ein Weltbank-Experte kritisiert später in einem internen Bericht das „komplette Fehlen von Transparenz“. Die Lizenzen seien ohne Ausschreibung und ohne Offenlegung der Bedingungen vergeben worden – eine Darstellung, der Gertler widerspricht. Nach Einschätzung der Kongo-Spezialistin der amerikanischen Nichtregierungsorganisation Carter Center, Elisabeth Caecens, gingen sämtliche wichtige Deals zu der Zeit über Katumbas Tisch. Demnach wäre das Geschäft zwischen ihm und Gertler ein Geschäft unter Freunden.

Die Bewunderung des Ex-Ministers ist Dan Gertler schnell sicher

Oder sollte man sagen: unter Brüdern? „Mein Zwillingbruder“, so wird Katumba in seinen Memoiren den Geschäftsmann Gertler einmal nennen. Wie nah sich die beiden Vertrauten kommen, zeigt ein Foto, das offenbar in einem israelischen Spital aufgenommen wurde: Katumba im OP-Hemd, Dan Gertler hält seine Hand. Katumba lobt in seiner Autobiografie die „unerschöpfliche Großzügigkeit“ Gertlers. Der habe ihn zum Beispiel samt Ehefrau auf eine gemeinsame Kreuzfahrt auf dem Roten Meer eingeladen. Bei einem Treffen habe sogar der Illusionskünstler Uri Geller eine Privatvorstellung gegeben: eine „sur-reale Erfahrung“ für einen „kleinen Kongoliesen“ wie ihn, schwärmt Katumba im Rückblick. Die Bewunderung Katumbas ist Dan Gertler wohl sicher.

Als die Geschäftsbeziehung zwischen Gertler und dem Rohstoffkonzern Glencore Gestalt annimmt, scheinen die Verhält-

nisse im Kongo so stabil zu sein wie lange nicht mehr. Joseph Kabila hat sich 2006 per Wahl im Amt bestätigt lassen. Beobachter haben die Abstimmung für kongoliese Verhältnisse als relativ frei und fair bezeichnet. Einen anschließenden bewaffneten Aufstand von Oppositionsanhängern hat der Präsident niederschlagen lassen. Ein führender Kongo-Experte, der frühere UN-Ermittler Jason Stearns, geht davon aus, dass Gertler damals Kabilas Wahlkampf mitfinanziert hat. Bei Gesprächen mit Vertretern der Minenindustrie habe ihm „jeder dasselbe gesagt“, schreibt Stearns. Sowohl Gertler als auch ein weiterer Geschäftsmann hätten „entscheidend zu Kabilas Wahlkampfboxen beigetragen, auch wenn beide dies bestreiten“.

Die SZ hat Gertler schon im vergangenen Juni für ein Gespräch zu Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit dem Kongo angefragt. Dies kam jedoch nicht zustande. In einer schriftlichen Stellungnahme verweist Gertler als auch ein weiterer Geschäftsmann mit einem US-Hedgefonds namens Och-Ziff auf die Korruption im Kongo. Im Rahmen einer gerichtlichen Vereinbarung zur Vermeidung einer strafrechtlichen Verfolgung hat dieser Hedgefonds zugegeben, dass die kongoliese Regierung bestochen wurde, um besonderen Zugriff auf Minen im Kongo zu erhalten.

Zwischen 2005 und 2015 gingen demnach Korruptionszahlungen von mehr als 100 Millionen Dollar an Regierungsbeamte des Kongo. Einer der Mittelsmänner, der die Schmiergeldzahlungen veranlasst hat, war demnach jener „israelische Geschäftsmann“. Das Dokument nennt dessen Namen nicht, aber den Namen einer Firma, die er kontrolliert – Lora Enterprises. Die

Glencore Room

Gleich gegenüber der Damentoiilette im zweiten Stock der Appleby-Filiale auf den Bermudas hatte der Rohstoffkonzern Glencore einen eigenen Raum, den Einzel-Mitarbeiter nur „Glencore Room“ nannten. Dort standen Telefon, Computer und Faxgerät. Nur wenig ist bekannt darüber, was sich in dem Zimmer abspielte. Einmal aber, heißt es in einer Mail von 2009, die Teil der Paradise Papers ist, lud ein Mitarbeiter dort zur Feier ein. „Guten Morgen“, schrieb er, „ich habe Geburtstag! Es gibt Kuchen im zweiten Stock im Glencore Room.“ Der Name Glencore taucht mehr als 30.000 Mal in den Daten der Paradise Papers auf.

ser Israeli habe über Jahre hinweg und mit einer Millionensumme einen Politiker bestochen, der in dem Gerichtspapier nur „DRC Official“ genannt wird. Allerdings erscheint auch dessen Todesdatum, der 12. Februar 2012.

An jenem Tag starb bei einem Flugzeugabsturz Augustin Katumba Mwanke, als rechte Hand des Präsidenten so etwas wie die Nummer zwei des Kongos – und enger Freund von Dan Gertler. Gertler wiederum, bekanntermaßen israelischer Geschäftsmann, kontrollierte eine Firma namens Lora Enterprises.

Das Gerichtsdokument schildert noch einen weiteren Vorgang, in dem der nicht genannte Israeli eine Rolle spielt: 2008 habe dieser Mann kongoliese Richter bestochen. In einer SMS habe er angeordnet, Konkurrenten müssten „fertigmacht und total erledigt werden“. Zu einem anderen Zeitpunkt habe der Mann in einer E-Mail gepöbele: „Die Verhältnisse im Kongo werden gerade neu geordnet. Und ich steuere das Ganze – wie kein anderer“.

Für Dan Gertler stellt das zitierte Dokument keinen Beweis gegen ihn dar. Es handle sich lediglich um eine Verständigung zwischen dem amerikanischen Justizministerium und dem US-Hedgefonds Och-Ziff. Er selbst sei nicht angehört worden. Gertler weist sämtliche Vorwürfe zurück. Einige Dokumente, die dem Justizministerium vorgelegt werden seien, seien falsch und haltlos. Gertler bestreitet außerdem kategorisch „anständige, illegale und/oder korrupte Beziehungen“ zu Präsident Kabila oder Katumba Mwanke. Die Freundschaft zu Kabila sei rein privat, und Katumba sei erst nach dessen Amtszeit auf „persönlicher Basis“ begegnet.

Die Katanga-Mine gehört heute mehrheitlich Glencore. Wegen seiner Beziehung zu Gertler geriet der Schweizer Rohstoffkonzern schon vor Jahren in die Kritik: Im Mai 2014 kritisierte die Nichtregierungsorganisation Global Witness in einem umfangreichen Report die finanzielle und geschäftliche Verstrickung Glencores mit dem Präsidentenfreund Gertler bei Kupfergeschäften im Kongo. „Die Korruptionsrisiken sind offensichtlich“, schrieb die global-

sierungskritische Organisation. Glencore und Gertler verteidigten die Deals damals als völlig sauber. Im Jahr zuvor hatte Konzernchef Ivan Glasenberg jegliche Korruptionsvorwürfe pauschal als „leere Behauptungen“ abgetan. Der Schweizer Sonntagszeitung sagte er damals: „Niemand liefert Beweise. Ich kann auch behaupten, Sie hätten diese oder jene Tat begangen. Ich kämpfe gegen Korruption. Da gibt es bei Glencore null Toleranz.“

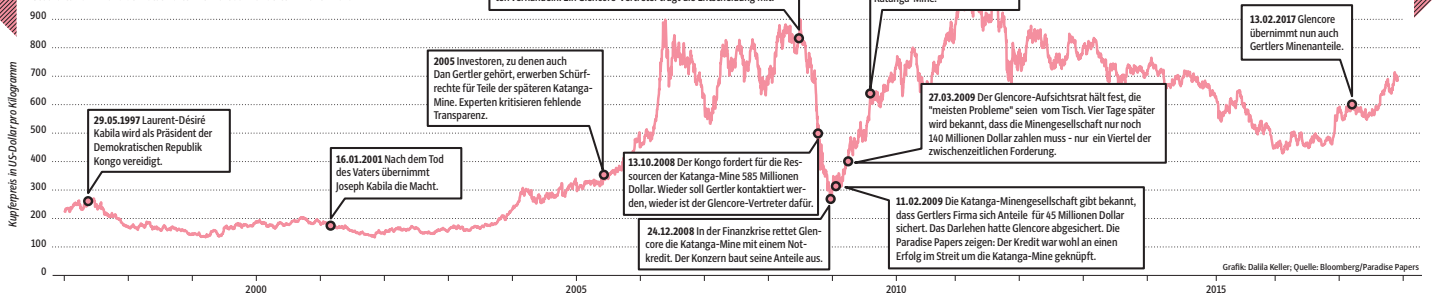
Wer sich als Reporter in der Demokratischen Republik Kongo selbst ein Bild machen und die Glencore-Bergwerke besuchen will, hat einen langen Weg vor sich: zahllose Telefonate und E-Mails, Verhandlungen mit dem Unternehmenssprecher, immer wieder Rückfragen, was genau man dort erfahren wolle, warum man sich so für die Minen im fernen Afrika interessiere.

Glencore schickt seinen Sprecher mit auf die Reise in den Kongo

Nach wochenlangen Gesprächen lässt sich die Firma überzeugen, der Pressesprecher besteht allerdings darauf, von der Schweiz aus mitzuziehen. Man trifft schließlich am Flughafen Frankfurt, der Glencore-Sprecher ist ein freundlicher, groß gewachsener Mann Ende dreißig, Kommunikationsprofi aus London, der die wesentlichen Bücher zur Geschichte des Kongo kennt. Nachflug nach Johannesburg, Südafrika, von dort aus weiter in einem kleinen Charter-Jet. Die Glencore-Maschine fliegt dreimal die Woche direkt nach Kolwezi, der Stadt im Herzen der kongoliesischen Kupferregion. Den kleinen Flughafen hat Glencore selbst ausbauen lassen.

Kampf um Katanga

Der Kupferpreis kennt jahrelang nur eine Richtung: nach oben. Doch während der globalen Finanzkrise 2008 brechen die Rohstoffmärkte ein, der Kupferpreis fällt. In dieser Zeit spielt sich im Kongo ein Wirtschaftskrieg um die Katanga-Mine ab. Es geht um einen Rohstoffkonzern, einen umstrittenen Geschäftsmann – und den rätselhaften Verzicht auf Hunderte Millionen Dollar.



Grafik: Dalia Kellner, Quelle: Bloomberg/Paradise Papers

Am meisten fürchtet er die Hunde. Wenn er in der Dunkelheit ihr Hecheln und Bellen hört, die schweren Schritte der Wachleute, rennt Michel los. In der einen Hand Hammer und Meißel, in der anderen, fest umklammert, einen Sack mit Steinbrocken. Seine Beute. Die Steine sind es wert, dafür gejagt zu werden.

Der Mann, der nur Michel genannt werden will, 41 Jahre, hohe Wangenknochen, die Augen rot von der staubigen Luft, sitzt in seinem Wohnzimmer in Kapata, einer alten Minenarbeiter-Siedlung im Süden der Demokratischen Republik Kongo. Neben den zerfurchten Sandpisten, die einmal Straßen waren, türmt sich der Müll, von den Hauswänden blättert der Putz.

Michels schwierige Finger greifen einen Steinbrocken, er reibt den Dreck weg, unter der Sandschicht schimmert es grün. „Shaba“, sagt er in seiner Sprache Swahili, das Wort für Kupfer. Die grüne Farbe verriet, dass der Stein davon strotzt. Dann nimmt er einen zweiten Brocken, grauschwarz schimmernd: Heterogenit, reich an Kobalt, einem viel selteneren Metall. „Hier begeht und teuer auf dem Weltmarkt“, sagt Michel.

Um nach diesen Stoffen zu graben, dringt Michel immer wieder verbotenerweise auf das Mininggelände in seiner Nachbarschaft vor. Es gehört mehrheitlich einem der größten Akteure auf dem globalen Rohstoffmarkt, dem Schweizer Konzern Glencore. „Was sollen wir sonst tun“, fragt Michel. „Wir haben keine andere Wahl, wenn wir überleben wollen.“

Michels Heimat, die Demokratische Republik Kongo, ist mehr als sechs Mal so groß wie Deutschland, sie ist das Herz Afrikas. In ihren Böden stecken wertvolle Metalle, die unverzichtbar sind für Laptops und Handys und Elektroautos, das nächste große Ding. Für deren Antriebe und Ladestationen braucht man Kobalt und Kupfer, der Kongo hat das in gigantischen Mengen. Analysten nennen das Land schon das künftige Saudi-Arabien der Elektromobilität. Die Metalle lagern hier hochkonzentriert direkt unter der Erdoberfläche.

**Die Minen werden billig verkauft. Dem Volk bleiben nur ein paar Reste**

Tag für Tag treibt Michel mit Hammer und Pickel Stollen in die Erde, steigt mit einer Stirnlampe in die Tiefe, hievt die kostbaren Steine in Säcken an die Oberfläche, zwölf Stunden am Stück oder mehr, oft bis in die Nacht. Er riskiert sein Leben für die Erde, und trotzdem reicht das, was ihm die Zwischenhändler zahlen, oft nicht einmal, um die Schulgebühren für seine Kinder zu bezahlen.

Der Kongo könnte eines der reichsten Länder der Welt sein, aber er ist eines der ärmsten. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser, jedes siebte Kind erlebt seinen fünften Geburtstag nicht. Michel ist einer von mehr als hunderttausend, die im rohstoffreichen Süden des Kongo mit archaischen Werkzeugen nach den kostbaren Erzen graben, um nicht zu verhungern. Und es kommen immer mehr, während die Arealie, auf denen die Behörden ihnen den Abbau erlauben, immer kleiner geworden sind. „Es ist viel zu eng für uns alle“, sagt Michel, „deshalb sind wir gezwungen, auch auf dem Gelände von Glencore zu graben.“

Die Mine, in die Michel immer wieder eindringt, gehörte früher einmal, wie alle kongolesischen Kupferminen, dem staatlichen Bergbauunternehmen Gécamines. Michels Vater arbeitete dort als Chemiker. Er selbst begann ein Medizinstudium. Doch dann richtete ein plündernder Diktator das Bergbauunternehmen zugrunde, ein Krieg brach aus, und die Regierung verteilte die Schürfrechte neu. Besser gesagt: Sie verschleuderte sie an die besten Investoren. Sie schätzte ausländischen Investoren zu Dumpingpreisen die Minen zu, die Filialstücke.

Dem Volk, Leuten wie Michel, warf sie die Knochen zum Abtragen hin.

Um zu begreifen, wie Minen-Deals im Kongo ablaufen, muss man zurück ins Jahr 2008, Flughafen Zürich, ein heißer Montagmittag im Juni. Im Hotel Hilton Airport versammelt sich zehn Männer, um über die Zukunft reicher Kupfervorkommen zu diskutieren, die heute als Katanga-Mine bekannt sind. Jenes Gebiet, auf dem Michel Jahre später nachts graben wird, bis ihn die Hunde jagen. Die Männer sind Aufsichtsräte der Betreiber dieser Minen, einer Gesellschaft namens Katanga Mining. Der Schweizer Konzern Glencore hat damals schon mehr als 150 Millionen Dollar in diese Gesellschaft investiert.

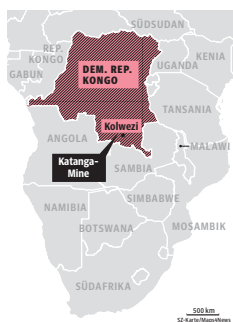
Doch jetzt gibt es auf einmal große Probleme. Weil die Schürfrechte früher häufig unter Wert vergeben worden waren, hat der kongolesische Staat beschlossen, einen Großteil seiner Bergbauverträge neu zu verhandeln. Die komplizierten Gespräche sind jetzt ins Stau geraten. Die versammelten Aufsichtsräte von Katanga Mining sind sich einig: Die Forderungen des Kongo seien „unannehmbar“.

Die Protokolle der damaligen Sitzungen und interne Vertragsunterlagen sind Teil der Paradise Papers, jener Daten, die der südafrikanischen Zeitung zugespielt wurden. Durch die Auswertung dieser Papiere, durch öffentlich zugängliche Berichte, durch Gespräche mit Experten und eine Recherche-Reise in den Kongo ist die Rekonstruktion eines Wirtschaftskrimis entstanden. Die Hauptrollen spielen: ein skrupelloser Präsident, sein treuer Gehilfe, ein

Glücksritter aus dem Ausland. Und Glencore, ein medienscheuer Schweizer Rohstoffkonzern. Auf den Zuschauerplätzen hocken Menschen wie Michel, die nachts mit den Händen in der Erde ihrer Heimat graben. Alles beginnt an jenem Sommertag 2008 in Zürich. Die Aufsichtsräte der Minengesellschaft, die im Kongo einfach nicht weiterkommen, bitten einen Mann um Hilfe, dem ein Ruf als geschickter Stratege in Rohstoffgeschäften voraussetzt: Dan Gertler, bekannt für seine enge Verbindung zum kongolesischen Präsidenten. Der israelische Geschäftsmann Gertler, Spross einer Diamantenhändlerfamilie, hat rechtzeitig erkannt, dass Kupfer und Kobalt mindestens ebenso viel Reichtum versprechen wie Diamant. Wenn einer die Verhandlungen zu Gunsten der Minenbetreiber drehen kann, dann er.

Am Ende dieses zähen Ringens wird das Land auf Hunderte Millionen Dollar verzichtet, die es zwischenzeitlich gefordert hatte. Die Abläufe bringen Glencore heute in Erklärungsnot. Denn die Ergebnisse, die SZ, NDR und WDR mithilfe der Paradise Papers rekonstruiert haben, wecken den Verdacht, dass im Zuge jener Verhandlungen einer oder mehrere kongolesische Politiker oder Beamte bestochen wurden.

Der Ausverkauf der kongolesischen Bodenschätze beginnt schon viel früher, im Mai 1997. Laurent-Désiré Kabila, ein seit Jahrzehnten erfolgreicher Milizenführer, marschiert mit einer Rebellenarmee, einschließlich Tausender Kindersoldaten, auf die kongolesische Hauptstadt Kinshasa zu. Unterstützung wird er von den Regierungen zweier Nachbarländer, Ruanda und Uganda. Kabila soll den Diktator Joseph Mobutu entmachten, inbegriff des afrikanischen Kleptokraten. Seinen Anhängern verspricht Kabila, einen alten kongolesischen Traum zu erfüllen: Der Reichtum ihrer Erde, das Kupfer, Kobalt und Uran, soll endlich dem Volk zugutekommen.



Kabilas ausländische Unterstützer verhehlen ihm zum ersehnten Durchbruch. Am 29. Mai 1997 legt er in einem Fußballstadion den Amtseid als Präsident ab. „Meine langen Jahre des Kampfes waren wie das Ausbringen von Dünger auf einem Feld“, verkündet er. „Jetzt ist die Zeit der Ernte gekommen.“

Im Nachhinein lässt sich das als unverblödete Warnung verstehen.

Während Kabilas Präsidentschaft entdeckt der junge Dan Gertler den Kongo und geht nach Kinshasa. Zuvor hat er im benachbarten Bürgerkriegsland Angola mit Diamanten gehandelt. Kinshasa, früher mal „Kin La Belle“ genannt, Kin, die Schöne, ist unter dem Diktator Mobutu zu „Kin La Poubelle“ verkommen – Kin, die Mülltonne. Der Krieg hat ihr den Rest gegeben. Aus offenen Abwassergräben stinkt es faulig, in Brand gesteckte Müllhaufen schwebeln an den Straßenrändern, Heerscharen von Hungerigen ziehen durch die Straßen.

Doch Gertler lässt sich nicht beirren. Ein Rabbler macht den Israel mit dem Chef der kongolesischen Armee bekannt, mit Joseph Kabila, dem Sohn des Präsidenten. Die beiden jungen Männer freunden sich an, bald lernt Gertler auch den Vater Laurent Kabila kennen, den Präsidenten.

Der steht zu dieser Zeit unter extremem Druck: Mit seinen bisherigen Schutzmächten Ruanda und Uganda hat er sich nach kürzester Zeit überworfen. Sie, die seinen Sieg über Mobutu möglich gemacht haben, wollen ihn jetzt loswerden und hetzen eine neue Rebellenarmee auf ihn. Doch Kabila denkt nicht daran, klein beizugehen, er weist andere Verbündete hinter sich, afrikanische Mächte wie Angola und Simbabwe. Der Krieg um Kabilas Macherthaler wird als „Afrikas Weltkrieg“ in die Geschichte eingehen, Schätzungen zufolge sterben mehr als drei Millionen Menschen. Und der Krieg zerstört auch die Reste der ohnehin schon am Boden liegenden Kupferindustrie.

Die einst prächtigen Staatsminen produzieren fast nichts mehr. Der Kongo, das geschundene Herz Afrikas, ist gebrochen.

Um seine Truppen in diesem Krieg zu finanzieren, braucht Kabila Geld, viel Geld. Seine damalige Hauptquelle für Devisen ist die Ausfuhr von Diamanten, von denen der Kongo reichlich hat. „Blutdiamanten“ nennt man die Steine, wenn mit ihrem Erlös gewalttätige Konflikte finanziert werden. Händler, die dennoch solche Steine ankaufen, riskieren ihren Ausschluss vom internationalen Diamantenhandel. Jedenfalls theoretisch.

**Für Dan Gertler ist es der Auftakt zu etwas ganz Großem**

Dan Gertler hat das Geld, das Kabila braucht. Und er ist auf der Suche nach Diamanten. Gertlers Philosophie sei es, „dass jeder einen Preis hat und käuflich ist“, wird ihn später eine globale Risikobewertungsfirma in einem vertraulichen Bericht beschreiben. Gertler selbst erklärt auf SZ-Anfrage, er halte sich im Kongo und in allen anderen Ländern, in denen er Geschäfte mache, streng an Recht und Gesetz.

Es ist der Beginn einer perfekten Symbiose. Laurent Kabila, wird ein Expertenbericht der Vereinten Nationen später festhalten, verspricht dem jungen Israel ein Monopol auf alle Diamanten aus der kongolesischen Erde. Im Gegenzug solle Gertler

„schnelles und frisches Geld“ beschaffen, das für Waffenkäufe benutzt werden könne. Gertler solle seine Kontakte zu israelischen Generalen nutzen und den Zugang zu „israelischer Militärausrüstung“ erleichtern. Gertler streitet diese Darstellung auf Anfrage ab; er sei für den UN-Bericht nicht angehört worden. Die UN kommen damals zu dem Ergebnis, der Deal sei für den Kongo ein „Albtraum“ gewesen. Am Ende habe Gertler nur drei statt vereinbarter 20 Millionen Dollar gezahlt und keine Militärausrüstung geliefert.

So verscludert Kabila eine Chance für eine bessere Zukunft seines Landes. Für Dan Gertler dagegen ist es der Auftakt zu etwas ganz Großem. „Wenn ich etwas mache, dann mache ich’s“, so wird ihn die Nachrichtagentur Bloomberg zitieren: „Ich schlafe nicht viel. Ich habe nicht viel Nachtleute oder Zeit mit Freunden. Ich bin einfach sehr, sehr konzentriert auf das, was ich tue.“ Schon bald pendelt er zwischen den Minen im Kongo und seiner Familie in Tel Aviv.

Am 18. Januar 2001 erschließt ein Leibwächter den Präsidenten Laurent Kabila. Sein Sohn Joseph folgt ihm nach, und dessen Freund Gertler wird zu einer Stütze des Regimes. Kabila junior schickt ihn sogar in Friedensverhandlungen mit den Nachbarländern und mit den USA. Gertler ist im Zentrum der Macht angekommen.

Joseph Kabila, der frühere Armeechef, versteht wenig von Politik, aber er ist ein begnadeter Stratege. Neben Gertler zählt schon bald ein junger Maschinenbau-Ingenieur namens Augustin Katumba Mwanke zu seinen Vertrauten. Katumba stammt, wie Kabila, aus dem kupferreichen Süden. Er hat, wie er später in seinen Memoiren schreiben wird, schon als Jugendlicher davon geträumt, eines Tages eine Art „Gott über das gigantische Bergbau-Imperium

» Fortsetzung nächste Seite



# Erzfreunde

Ein machtbesessener Präsident, ein einflussreicher Ex-Minister, ein gewiefter Geschäftsmann und ein verschwiegener Schweizer Konzern: Warum der Kongo bettelarm ist, obwohl dort Bodenschätze für die ganze Welt liegen – ein Wirtschaftskrimi aus dem Herzen Afrikas

VON PETRA BLUM, KATRIN LANGHANS, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER, TOBIAS ZICK UND OLIVER ZIHLMANN

Ivan Glasenberg, Chef des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore, Rohstoffhändler Dan Gertler und der kongolesische Präsident Joseph Kabila (v. l.).

VON FREDERIK OBERMAIER UND RALF WIEGAND

Der Mann, der dem FC Everton zu alter Größe verhelfen will, ist eher schweigsam. Sehr schweigsam. „Er hat in der Öffentlichkeit genau 396 Wörter gesprochen“, berichtet die Daily Mail im Juli 2016. 396 Wörter – in fünf Monaten: Schon allein das gibt Farhad Moshiri et-was Geheimnisvolles.

Im Februar 2016 ist der britische Geschäftsmann iranischer Herkunft beim neunmaligen englischen Fußballmeister Everton eingestiegen. Viele Jahre lang hatte der Klub erfolglos einen Investor gesucht – nun hatte er wie fast alle anderen englischen Großklubs einen strategischen Partner gefunden. Moshiri hat 49,9 Prozent der Anteile übernommen und in jenen 396 Wörtern von sportlich besseren Zeiten und einem neuen Stadion gesprochen. Was die Fans eben so hören wollen.

Ende Oktober, nach einem desaströsen 2:5 gegen den FC Arsenal, hat der Verein aus Liverpool auf dem Weg zu neuem Ruhm allerdings erst einmal den Trainer entlassen müssen. Ausgerechnet Arsenal, möchte man sagen. Der Klub aus London gehört nämlich ebenfalls teilweise einem etwas geheimnisvollen Geschäftsmann, dem Russen Alisher Usmanov. Besser hätte der Spielplan der Premier League die Protagonisten dieser Geschichte überhaupt nicht zusammenführen können: Sie handelt von der Freundschaft dieser beiden Männer und den Besitzverhältnissen dieser beiden Klubs. Usmanov, Moshiri, Arsenal und Everton, alle finden sich in den Paradise Papers, jenem Datenleak vor allem aus der Kanzlei Appleby, die zumindest zeitweise auch Firmen des Sports freundschaftlich Usmanov zu ihren Kunden zählt.

### Nichts ist für das Fußball-Geschäft gefährlicher als Manipulation

Mit Sport hat die Geschichte allerdings nur am Rande zu tun, dafür viel mit Geld, Einfluss und dem Regelwerk des englischen Fußballs, das sich in Passagen eher liest wie ein Gesetzbuch für Hedgefonds – und womöglich der neuen Zeit dennoch nicht gewachsen ist.

Die Fragen lauten: Wem gehört der FC Everton wirklich? Wer ist Farhad Moshiri? Und wie viel Usmanov steckt in Everton? Zuerst sollte man eine Regel und die Gegenheiten im englischen Fußball kennen. Seitdem dort Investoren ganze Klubs übernehmen können, wappnet sich der Ligabetrieb gegen zwielichtige Figuren, Bankrottierer oder sonstige Fälschspieler, die den Fußball in seiner Glaubwürdigkeit und den Spielbetrieb in seiner Zuverlässigkeit erschüttern könnten. So müssen Investoren wie Funktionäre einmal im Jahr garantieren, „weder direkt noch indirekt“ an einem anderen Fußballklub beteiligt zu sein oder „die Macht“ zu besitzen, um „die Verwaltung eines anderen Fußballklubs zu bestimmen oder zu beeinflussen“. Verstöße gegen diesen „Owners' and Directors' Test“ werden streng geahndet.

Grund zur Vorsicht gibt es. Die meisten der 20 Vereine der höchsten englischen Liga sind ganz oder teilweise in der Hand von ausländischen Investoren; sie gehören chinesischen, russischen, arabischen,

# Ein ganz besonderes Freundschaftsspiel

## Zwei Klubs, zwei Milliardäre – und ein Verdacht: Wie Investoren den englischen Fußball beeinflussen könnten

thailändischen oder US-amerikanischen Geldgebern. Kaum mehr als eine Handvoll sind noch vollständig im Besitz von Engländern. Immer wieder protestieren Fans gegen Eigentümer, weil sie überzeugt sind, ihr Lieblingsklub werde an fußballfremde Mächte verraten und verkauft. Das Regelwerk soll wenigstens die aller schlimmsten Szenarien verhindern, eben auch jenes, dass ein und dieselbe Person Einfluss auf mehr als einen Verein nimmt.

Die Premier League teilt der SZ auf Anfrage unmissverständlich mit: „Die Liga verbietet jedem Klubbesitzer oder -direktor, an einem anderen Klub beteiligt zu sein, oder die Möglichkeit, die Richtlinien eines anderen Klubs zu beeinflussen.“ Sie verfüge über so weitreichende Regeln, was Besitz- und Finanzverhältnisse der Klubs betreffe, dass die sogar, über das nach britischem Gesellschaftsrecht erforderliche Maß hinausgehen.“

Einfluss auf zwei Klubs zu haben: Genau das ist der Verdacht bei Alisher Usmanov, 64. Die Erkenntnisse aus den Paradise Papers zeigen erstmals, wie eng die Verbindungen des Arsenal-Anteilseigners zu Farhad Moshiri wirklich sind. Die Geldströme zwischen beiden Männern sind so verschlungen, dass man fast zwangsläufig annehmen muss: Usmanov, einst ein passabler Säbelfechter und heute Präsident des Internationalen Fecht-Verbandes, könnte die Schlagkraft und den Fintenreichtum besitzen, mehr als nur einen Premier-League-Klub zu beeinflussen.

Die Frage, wem der Fußball gehört, mag für die Liebhaber des Sports eine romantische sein. Für die Wettbewerbsbürger ist sie existenziell. Nichts kann das Geschäft schneller ruinieren als irgendeine Form organisierter Manipulation, die den Rasen erreicht. Das Publikum will gerne glauben, dass auch in Zeiten des Raubbierkapitalismus im Fußball mit neunstelligen Ablössesummen für Spieler die Wahrheit nur auf dem Platz liegt. Das ist die Magie des Fußballs. Seine Geschäftsidee.

Deswegen sollen auch nicht zwei Vereine im selben Wettbewerb von ein- und demselben Geldgeber kontrolliert werden. Im Sommer hat der europäische Fußballverband Uefa erst nach Diskussionen RB Leipzig und RB Salzburg das Startrecht für die Champions League erteilt. Beide werden von Red Bull, dem österreichischen Power-Drink-Konzern, unterstützt. Die Uefa ließ sich überzeugen, dass dessen Einfluss in Salzburg nur noch dem eines gewöhnlichen Sponsors entspricht.

Die Macht der Geldgeber ist also keine Phantomschmerzmittel.

Alisher Usmanov ist einer der reichsten Menschen der Welt und einer der einflussreichsten auf allen Feldern, die er beackert. Der Start allerdings war schwierig,

1980 wurde er in der Sowjetunion wegen Betrugs und Diebstahls sozialistischen Eigentums zu acht Jahren Haft verurteilt, von denen er sechs absaß. Erst im Jahr 2000 wurde er – in seinem Geburtsland Usbekistan – vollständig rehabilitiert, das Urteil aufgehoben. Da er schon längst ein erfolgreicher Geschäftsmann. Heute zählt er zu einem jener Männer, die in der Nähe des Kremls und im Schatten des Präsidenten Wladimir Putin reich geworden sind. Das Wirtschaftsmagazin Forbes taxierte den russischen Oligarchen zuletzt auf knapp 16 Milliarden Dollar, der Branchen dienst Bloomberg setzt ihn unter den reichsten Menschen der Welt auf Platz 85. Fan des FC Arsenal war Alisher Usmanov nach eigenen Angaben schon viele Jahre, bevor er dort einstieg. Der Verein ist gelebte Fußballgeschichte, die „Gunnern“, bei denen die deutschen Weltmeister Per Mertesacker und Mesut Özil spielen, gehören länger als jeder andere Klub durchgehend in die ersten englischen Spielklassen: 2019 werden es hunderte Jahre sein. Als sich Arsenal dann 2007 für ausländische Investoren öffnete, war das Usmanovs Chance im großen Fußball-Monopoly: Er kaufte über die auf Jersey registrierte Firma Red & White Holdings 14,65 Prozent der Arsenal-Anteile; laut der britischen Tageszeitung The Guardian zahlte

### Bieterschlacht

In England gibt es im Fußball längst ein Spiel hinter dem Spiel: Klub-Monopoly. Um den FC Arsenal liefern sich der Russe Alisher Usmanov, von dem in dieser Geschichte die Rede ist, und der Amerikaner Stan Kroenke offenbar eine Bieterschlacht. Usmanov wollte Kroenkes knapp 70 Prozent übernehmen, Kroenke die gut 30 Prozent des Russen. Beide hatten es am Ende nicht nötig, das Angebot des anderen anzunehmen. Nun wird gemunkelt, Usmanov könnte frustriert nach Everton ausweichen. Die Beziehungen dorthin sind sehr gut, wie im Haupttext zu lesen ist.

Alisher Usmanov (links), Farhad Moshiri und das große Spiel.

Red & White dafür umgerechnet rund 110 Millionen Euro.

Hinter Red & White steckte anfangs außer Usmanov noch ein Partner, mit dem er schon lange geschäftlich verbunden war: Farhad Moshiri. Dem gehörte zeitweise die Hälfte der Anteile an Red & White und damit auch die Hälfte des Arsenal-Happens. Der in London lebende Fondsmanager hatte Usmanov 1989 kennengelernt. Damals arbeitete Moshiri, dessen Familie zehn Jahre zuvor aus Iran geflohen war, noch bei der Unternehmensberatung Deloitte. Es war der Beginn einer sehr engen Geschäftsbeziehung, in deren Verlauf Moshiri vom Berater zum Milliardär aufstieg. Funktionen in Usmanovs reichhaltigen Firmen-Imperium übernahm.

Wie sehr Usmanov seinen Mitarbeiter schätzt, zeigt die Tatsache, dass er Moshiri unmittelbar vor dem Einstieg der beiden beim FC Arsenal zum Teilhaber seiner Konzern-Holding machte, der heutigen USM Holding. Angeblich war das eine Option, die sich der „langjährige Berater“ regulär erworben hatte, wie Usmanov der Moscow Times sagte. Die Mitarbeiter der Anwaltskanzlei Appleby, die Red & White verwaltet und für den Kauf der Arsenal-Anteile vorbereitet haben, notierten dagegen eher flapsig und ohne ins Detail zu gehen: Usmanov habe Moshiri Gelder „geschenkt“. Kurz darauf wurden die beiden zu Arsenal-Aktionären und stockten mit der Zeit ihren Anteil bis auf 30 Prozent auf.

Im Februar 2016 verkaufte Farhad Moshiri seinen Anteil an dem inzwischen deutlich wertvolleren Fußballklub – und natürlich nicht an irgendwem. Sein langjähriger Förderer Alisher Usmanov zahlte seinem Kompagnon Medien zufolge etwa 190 Millionen Euro und hielt nun alleine 30,04 Prozent an dem Londoner Verein.

Moshiri stieg jetzt umgehend selbst zum Hauptinvestor eines Fußballklubs auf. Für knapp 116 Millionen Euro erwarb er unmittelbar nach dem Verkauf seiner Arsenal-Anteile 49,9 Prozent des FC Everton, zwischen den Meldungen über seinen Ausstieg bei dem einen und dem Einstieg bei dem anderen Klub lag nur ein Tag.

Der FC Everton, in Liverpool beheimatet, spielte nur in vier Jahren seit seiner Gründung 1878 nicht in der höchsten Liga. Mehr Erstliga-Erfahrung hat kein anderer englischer Verein – weniger aktuelle Erfolge aber auch nicht viele. Evertons letzter Titel liegt mehr als 20 Jahre zurück, die letzte und einzige Teilnahme an der Champions League zwölf. Moshiri, als Retter empfangen, steckte einen dreistelligen Millionenbetrag in die Verstärkung der Mannschaft. Im Sommer feierten die Toffees, wie das Team wegen eines in der Nähe des Everton-Stadions „Goodison Park“ gelegenen Süßigkeitenladens gerufen

wird, sogar die Heimkehr ihres Spielers Wayne Rooney, 32, der bei Manchester United zum Weltstar geworden war. Und doch kämpft der Klub gegen den Abstieg.

Die Laufwege auf dem Rasen stimmen bei Everton einfach nicht. Der Verdacht, dass sich die Laufwege von Alisher Usmanov und Farhad Moshiri trotz dessen Ausstiegs bei Arsenal nicht getrennt haben, kursierte schon vor einem Jahr. So berichtete das russische, oft gut informierte Internet-Portal Championat.com am 26. Februar 2016 verblüffend direkt, Usmanov werde „neuer Besitzer“ des FC Everton.

Als im Januar die USM Holding sogar die Namensrechte für das Trainingsgelände des FC Everton übernahm, wurden die Zweifel noch größer. Die USM bündelt die meisten von Usmanovs Firmen, Moshiri hält elf Prozent der Anteile, Usmanov 48 Prozent. 35 Millionen Euro lässt sich USM laut Guardian das Fünf-Jahres-Engagement kosten, damit die Toffees nun auf der „USM Finch Farm“ trainieren. So kam die Frage auf, ob der sportaffine Oligarch gleichzeitig in den Fußball-Hochburgen London und Liverpool die Fäden ziehe: „Russischer Milliardär findet neuartigen Weg, um den Bruch der Premier-League-Regeln für Investoren zu vermeiden“, schrieb Bloomberg spitz.

### Zwei Männer, zwei Projekte? Zweifel daran sind erlaubt

Das USM-Engagement beim FC Everton muet reichlich bizarr an. Als ob der FC Bayern München sein Vereinsgelände an der Säbener Straße in „Red-Bull-Park“ umbenennen und dafür Geld vom Limo-Konzern nehmen würde, während der gleichzeitig in Leipzig gerade den neuen Bayern-Rivalen aufbaut.

Ein USM-Sprecher sagte damals, Usmanov und Moshiri würden zwar an vielem gemeinsam arbeiten, aber „wenn es um Fußball geht, ist Moshiris Interesse der FC Everton und das von Usmanov ist der FC Arsenal“. Beide Projekte seien „total getrennt“. Kann man das glauben bei zwei Männern, bei denen geschäftlich sonst so gut wie nichts getrennt bleibt?

Für eine Vermischung der Interessen spricht, dass laut Paradise Papers Usmanov-Verträge an mehreren Stellen von Moshiris Everton-Deal involviert waren. Führende USM-Mitarbeiter haben demnach Moshiris Anteilkauf überwacht. Und mehrere Firmen, die zur Vorbereitung der Übernahme nötig waren, hat das Unternehmen Bridgewater gegründet. Dieser Finanzdienstleister stürkte den Paradise Papers zufolge zumindest stark unter dem Einfluss Usmanovs gestanden haben, wenn er dem Russen nicht sogar selbst gehörte – was Bridgewater auf Anfrage bestritt (siehe Text rechts).

„Total getrennt“ Projekte? Moshiri und Usmanov bezogen auf Anfrage der SZ zu einzelnen Punkten keine Stellung. Stattdessen ist in zwei fast gleichlautenden Schreiben von Fehleinschätzungen und Unwahrheiten die Rede. Sie stammen beide von einer Berliner Anwaltskanzlei, die sowohl für Moshiri als auch für Usmanov antwortete.

Gute Freunde, sang einst schon Franz Beckenbauer, kann niemand trennen.

Mitarbeiter: Guy Grandjean





## Brisante Spur nach Moskau

Hat sich ein  
Oligarch einen eigenen  
Lieferanten für  
Briefkastenfirmen  
gekauft?

Es war eine rätselhafte Firma, die vor ein- einhalb Jahren in den Panama Papers auf- tauchte – jenen Daten, die der *Süddeut- schen Zeitung* zugespielt wurden. Ihr Name: Bridgewater. Ihre Heimat: die Isle of Man. Ihre Spezialität: Briefkastenfirmen.

Im Fokus schienen prominente Kunden aus Osteuropa zu stehen; demnach verwaltete Bridgewater vorübergehend Firmen von Tatjana Nawka, Frau von Dmitrij Peskow, Sprechers des russi- schen Präsidenten Wladimir Putin, oder Firmen des Sohnes des früheren Putin- treuen ukrainischen Premiers Mykola Asarow. Den hatte die EU zeitweise mit Sanktionen belegt. In den Daten fanden sich auch Hinweise auf etliche Bridgewa- ter-Firmen von Alischer Usmanow. Der russische Oligarch gilt in Moskau als en- ger Freund von Präsident Putin.

Bridgewater, auch „Bridgewater“ ge- nannt, sitzt unterm Dach eines Büroha- uses auf der Isle of Man. Glastür, Klingel, Sekretärin: Mehr sieht man nicht. Schon gar nicht, wer hinter der Firma steckt. Die Paradise Papers, jene Unterlagen, die nun der *SZ* zugespielt wurden, führen aber auf eine brisante Spur. Die Daten le- gen den Verdacht nahe, dass Usmanow, der Bridgewater-Kunde aus den Panama Papers, 2011 die Firma gekauft haben könnte. In einer internen Mail schrieb ein hoher Mitarbeiter der Kanzlei Appleby im Juli 2011: „Der Kunde hat nun eine Ge- sellschaft auf der Isle of Man (namens Bridgewater) gekauft.“ Die Mail wurde im Zusammenhang mit einer komplexen Firmenstruktur Usmanows geschrieben.

Auch eine Übersicht über die ver- schachtelte Eigentümerstruktur von Bridgewater liefern die Paradise Papers. Sie deckt sich größtenteils mit Informati- onen aus den Handelsregistern von Zy- pern und der Isle of Man und führt zu zwei Usmanow-Vertrauten: Einer leitete etliche Tochterfirmen der Usmanow-Hol- ding USM, der andere deren Vorgänger- Firma. Ersterer erklärte auf *SZ*-Anfrage, Bridgewater nie besessen zu haben. Und Letzterer antwortete gar nicht. Bridgewa- ter ließ auf *SZ*-Anfrage alle Behauptun- gen als „falsch“ zurückweisen. Usmanow sei nie ihr Eigentümer gewesen; sie wer- de „nicht heimlich durch jemanden kon- trolliert“. Usmanow ließ auf *SZ*-Fragen antworten, diese enthielten auf Unwahr- heiten gründete Anschuldigungen.

Hat sich der Putin-treue Oligarch, wie es die Unterlagen nahelegen, direkten Einfluss auf einen Briefkastenfirmen- Dienstleister verschafft, der für den enge- ren Putin-Kreis tätig ist? Von Firmen wie Bridgewater hängt letztlich ab, ob Sankti- onen im internationalen Geldverkehr greifen oder nicht. Das klappt nur, wenn Kunden entsprechend geprüft werden.

Usmanow ist als einflussreicher Medi- en-Unternehmer und Freund der großen Politik bis in den Kreml schon als Inhaber einer Briefkastenfirma ein Risiko-Kun- de. Ein ganzer Briefkasten-Dienstleister unter seiner Kontrolle wäre abenteuer- lich.

F. OBERMAIER, R. WIEGAND



# Minister für eigene Angelegenheiten

## Der Milliardär Wilbur Ross verdient Geld durch Geschäfte mit Russland. Dass er nun im Kabinett von US-Präsident Donald Trump sitzt, scheint daran nichts zu ändern

VON FREDERIK OBERMAIER UND NICOLAS RICHTER

Seinen größten Erfolg feiert Wilbur Ross am 30. November 2016 im Kreis von Managern in New York City. Die Reederei Navigator hat ihn eingeladen in die Gramercy Tavern, ein ehrwürdiges Lokal mit dunklen Holzbalken zwischen Broadway und Park Avenue.

Ross hat mit Ende siebzig eigentlich schon alles erreicht, er ist mehrfacher Milliardär, sein Vermögen hat er damit gemacht, marode Firmen zu kaufen, zu sanieren und wieder zu verkaufen. Er gehört zu jenen Großen New Yorks, in denen das ganz große Geld zu Hause ist. An diesem 30. November 2016 aber kommt noch ein Erfolg obendrauf: Der designierte US-Präsident Donald Trump hat ihn, seinen alten Bekannten Wilbur Ross, zum nächsten Handelsminister des Landes nominiert.

Die Personalie sorgt in Washington sofort für Aufsehen, denn wie soll sich ein Geschäftsmann, der etliche Firmen kontrolliert, im Nu zu einem unabhängigen Kabinettsmitglied wandeln, das nur dem öffentlichen Wohl dient? Trump hat die Qualifikation von Ross einmal so erklärt: „Dieser Kerl weiß, wie man Geld verdient!“

Im New Yorker Restaurant Gramercy Tavern wird Ross denn auch ein Held empfangen, so wie es einem großen Geschäftsmann gebührt, der es an den Kabinettssitz geschafft hat. Ein Reporter der *Bloomberg Businessweek* notiert, dass besonders der Gastgeber des Dinners ungewöhnlich gewesen sei: David Butters, Chef der Reederei Navigator, die sich auf den Transport von Rohstoffen spezialisiert hat und unter anderem russisches Gas über die Weltmeere befördert. Butters erzählt der *Businessweek* später, Ross habe zu ihm gesagt: „Wir haben das gleiche Interesse. Die US-Wirtschaft wird wachsen, und Navigator wird davon profitieren.“

Dieser Satz über das gleiche Interesse erhält jetzt eine ganz neue Bedeutung. Wie die *Paradise Papers* und Unterlagen der US-Börsenaufsicht SEC zeigen, ist Minister Ross nämlich über eine Kette von Briefkastenfirma auf den Kaimaninseln an der Reederei Navigator beteiligt. Ihre kryptischen Namen: WLR Recovery Associates IV DSS AIV GP, WLR Recovery Associates IV DSS AIV LP und WLR Recovery Fund IV DSS AIV LP. Die diversen Fonds von Wilbur Ross halten laut der US-Börsenaufsicht knapp ein Drittel der Anteile von Navigator, wobei nicht ganz klar ist, wie groß die persönlichen Anteile von Ross selbst an diesen Fonds sind; auch andere haben dort investiert. Ross selbst dürfte mehrere Millionen Dollar im Spiel haben, das legen seine eigenen Angaben zu Beteiligungen an den WLR-Firmenkonstruktionen nahe.

Die Behörden wiederum hat durch Geschäfte mit dem russischen Energiekonzern Sibur seit 2014 mehr als 68 Millionen Dollar umgesetzt. Und Sibur ist in der Hand von Vertrauensleuten des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Einer der größten Aktionäre heißt Leonid Michelson, er kontrolliert eine weitere Energiefirma, die vom US-Finanzministerium wegen der Nähe zu Putin mit Sanktionen belegt wurde. Zwei weitere Eigentümer Siburs sind Gennadij Timtschenko, über den wegen seiner Verbindung zu Putin ebenfalls von der US-Regierung Sanktionen verhängt wurden, sowie Kirill Schamalow, der mit Putins jüngster Tochter verheiratet ist.

Sibur ging in den Neunzigerjahren aus einem staatlichen Energiekonzern hervor und wurde privatisiert. Das Unternehmen beschäftigt heute nach eigenen Angaben knapp 30.000 Mitarbeiter und verkauft weltweit Erdgas, das wichtigste Exportgut der russischen Wirtschaft. Ein großer Teil davon wird als Flüssiggas per Schiff zu den

Kunden geschafft. Dafür sind spezielle Bootstrukturen nötig, und Sibur hat einen solchen Bedarf, das es von der Reederei Navigator gekaufte mehrere Schiffe bauen ließ, die speziell für das raue Klima in der Ostsee ausgelegt sind. Der Website von Navigator zufolge heißen diese Schiffe *Leo*, *Libra*, *Luga* und *Pauza*.

Politisch ist dies aus mehreren Gründen bemerkenswert. Erstens, weil Ross mitmisch im Geschäft mit Seefracht, das er bezogen auf die USA eigentlich regulieren soll. Zweitens, weil er als Minister eigentlich die Handelspolitik des „America First“ umsetzen soll, die Trump seinen Wählern versprochen hat, gleichzeitig aber von der russischen Konkurrenz auf dem Energiemarkt profitiert. Drittens, weil Navigators Geschäftspartner Sibur von mehreren Putin-nahen Oligarchen kontrolliert wird, die selbst – oder deren Firmen – von der US-Regierung mit Strafmaßnahmen überzogen wurden. Die Verbindung ist aber auch deshalb heikel, da ohnehin kaum ein Thema in Trumps Präsidentschaft so kontrovers diskutiert wird wie seine Kontakte zur russischen Regierung – vor allem im Vorfeld der US-Wahl. Ein Sonderermittler untersucht derzeit, ob Moskau Trump unzulässig im Wahlkampf unterstützt hat; erste Anklagen hat er bereits erhoben. Bei dieser Vielzahl möglicher Interessenkonflikte hätte

es das US-Parlament und die amerikanische Öffentlichkeit vorwiegend schon interessiert, dass der designierte Handelsminister Ross eine Rolle im Geschäft mit russischem Gas spielt. Allerdings war dies Anfang 2017, als Ross vom Senat in seinem Amt bestätigt wurde, offenbar niemandem bewusst. Als der demokratische US-Senator Richard Blumenthal mit den Rechercheergebnissen konfrontiert wurde, erklärt er, Ross habe das Parlament getäuscht. Er verlangt eine Untersuchung.

Auf Anfrage hat Ross in der vergangenen Woche nicht bestritten, dass er am russischen Gassgeschäft mitverdient. Allerdings schloss er aus, dass diese Geldanlage seine Amtsführung beeinflussen könnte. Er bestätigte, dass er von 2012 bis 2014 dem Aufsichtsrat der Reederei Navigator angehört habe. Die Entscheidung, mehrere Schiffe an Sibur zu vermieten, sei allerdings vor dieser Zeit gefallen, Sibur sei damals nicht mit Sanktionen belegt gewesen und sei es bis heute nicht. Die Oligarchen Michelson, Timtschenko und Schamalow habe er nie getroffen.

Ross, der Sohn eines Anwalts und einer Lehrerin aus New Jersey, wollte eigentlich Schriftsteller werden, bis ihn ein Praktikum an der Wall Street für das große Geld begeisterte. Zwanzig Jahre lang wickelte er bei der Bank Rothschild Insolvenzen ab,

später machte er sich selbstständig: Er kaufte taumelnde Unternehmen, sanierte und verkaufte sie, darunter viele Stahl- und Kohlefirmen. Man nannte ihn „King of Bankruptcy“, den König des Bankrotts. Etliche Arbeiter und Gewerkschafter sehen in Ross jedoch einen Retter. Ross selbst Jobs geschaffen oder bewahrt habe.

In den frühen Neunzigerjahren lernte er Trump kennen. Damals war Trump mit seinem „Taj Mahal“-Kasino in Atlantic City in Not geraten. Ross vertrat die Investoren und überzeugte sie, Trump nicht rauszuwerfen – die Marke „Trump“ sei zu wertvoll. Ross und Trump haben Vieles gemeinsam: Einerseits verkehren sie als Milliardäre in der Welt der Reichen, im Nobelpalast Palm Beach sind sie praktisch Nachbarn. Andererseits geben sie sich als Vorkämpfer für Amerikas Arbeiter, deren Jobs schlechten Handelsabkommen geopfert würden. Ross betont gern, er sei „für Handel – aber für klugen Handel“.

Im Januar 2017 erscheint Wilbur Ross vor dem Handelsausschuss des US-Senats, um sich einer vierstündigen Befragung zu stellen. Vom Temperament her ist Ross das Gegenteil des außerordentlichen Trump. Ein 79 Jahre alter, leiser Herr, der leicht gebeugt am Tisch vor den Senatoren sitzt. Seine möglichen Interessenkonflikte sind ei-

nes der beherrschenden Themen. „Sie haben mehr weitverbreitete finanzielle Interessen als jeder Kandidat, der je vor diesem Ausschuss aufgetreten ist“, sagt der demokratische Senator Bill Nelson. Allerdings lobt er Ross auch dafür, dass er die große Mehrheit seiner Anteile in Firmen und Beteiligungen aufbehalte. „Sie stellen das öffentliche Wohl über Ihr eigenes.“ Senator Blumenthal würdigt sogar das „persönliche Opfer“, das Ross erbringe.

Doch es gibt auch kritische Nachfragen, denn Ross will zum Beispiel seine Beteiligung an der Firma „Diamond S Shipping“ behalten, die 30 Tanker betreibt. Die Senatorin Maria Cantwell erinnert ihn deswegen an das Tankerunglück der *Exxon Valdez* im Jahr 1989 und den enormen Schaden für die Natur. Die Senatorin aus dem Küstenstaat Washington zweifelt daran, dass Ross als Schiffsinvestor unbefangen sei, wenn er als Minister den rechtlichen Rahmen für die Schifffahrt verantwortet. Bei vielen, vielen, vielen Aspekten seines neuen Jobs wird es darum gehen, diese Industrie zu regulieren“, sagt sie zu Ross. Der angehende Minister versichert, er werde sich aus Entscheidungen seines Ministeriums heraushalten, bei denen ein Konflikt mit seinen privaten Interessen drohe, und zwar schon dann, wenn es auch nur „das Fünkchen eines Zweifels“ gebe.

## Bei einer Anhörung fragte keiner der Senatoren nach der Reederei

Auch wegen seiner Kontakte zu Russland ist Ross angreifbar, eine Zeit lang stand er an der Spitze der Bank of Cyprus, die oft von russischen Oligarchen genutzt wird. Nach der Anhörung im Senat verlangte deswegen fünf demokratische Senatoren, dass hier noch Aufklärung nötig sei. „Der US-Senat und die amerikanische Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, den vollen Umfang ihrer Beziehungen zu Russland und ihr Wissen über Verbindungen zwischen der Regierung Trump, dem Wahlkampfteam Trumps, der Trump Organization und der Bank of Cyprus zu erfahren“, erklärte US-Senator Cory Booker. Eine Antwort von Ross ist nicht überliefert.

Bei der Anhörung aber fragte keiner der Senatoren nach Navigator. Man scheint zu glauben, dass sich Ross von Navigator getrennt hatte. Zwar ist bekannt, dass er 2011 in den Konzern investierte, bald Mehrheitsaktionär war und im Aufsichtsrat saß, in dieser Zeit kam auch die Geschäftsbeziehung zum russischen Gasverkäufer Sibur zustande. Im Jahr 2014 aber zog sich Ross aus Navigators Kontrollgremium zurück, und als es Ende 2016 darum ging, ob er Minister werden könnte, da schien der Eindruck zu bestehen, Ross werde seine Anteile an Navigator abstoßen.

Um Minister werden zu können, hat Ross in zwei Jahren 2014 aber sogar sich über seine persönlichen Finanzen gegeben. In einer Aufstellung vom 19. Dezember 2016, die er beim Handelsministerium einreichte, ist Navigator erwähnt als eine Firma, an der Ross beteiligt ist. Am 15. Januar 2017 veröffentlicht die Regierung ein „Ethics Agreement“, in dem Ross erläutert, wie er als Minister Interessenkonflikte vermeiden will. Darin steht auch, dass Ross diver-

Wilbur Ross (2. v.l.), US-Präsident Donald Trump, Sibur-Miteigentümer Schamalow (2. v.r.) und Russlands Präsident Putin.

se Firmen auf den Kaimaninseln behalten möchte. Dass diese Firmen Anteile an Navigator halten, sieht dort nicht. Womöglich hat sich der Senat davon in die Irre führen lassen. US-Senator Richard Blumenthal, der an der Anhörung beteiligt war, wirft dem Minister jetzt vor, er habe die Beteiligung an Navigator verschleiert: „Unser Ausschuss wurde getäuscht, das amerikanische Volk wurde getäuscht.“ Ross betonte auf Anfrage, er meide alle Themen, die mit Ozeanischifffahrt zu tun hätten, und unterstütze „generell“ die US-Sanktionen gegen Russland und Venezuela.

Die Nähe zu Russland war für US-Geschäftsleute lange kein Problem, im Gegenteil: US-Präsident Bill Clinton, ein Demokrat, berief Ross in die Führung des amerikanischen-russischen Investmentfonds. Dies versprach den Amerikanern Entspannung nach dem Kalten Krieg und glänzende Geschäfte, vor allem durch Joint Ventures im Energiesektor. Auch andere Minister Trumps haben einst Deals mit Russlands Öl- und Gasbranche gemacht, allen voran US-Außenminister Rex Tillerson, früher Chef von Exxon Mobil.

Schwieriger ist die Lage seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Putin im Jahr 2014. Die USA und die EU haben deswegen Sanktionen gegen Russland verhängt. Diese treffen zwar nicht direkt den russischen Gasexporteur Sibur, wohl aber Miteigentümer oder deren Firmen. Sibur-Teilhaber Timtschenko etwa wurde kurz nach der Besetzung der Krim von den USA mit Sanktionen belegt, weil seine Aktivitäten im Energiesektor „direkt“ mit Putin zusammenhängen, wie das US-Finanzministerium (damals noch unter Präsident Barack Obama) erklärte. Teilhaber Leonid Michelson wiederum wurde zwar nicht selbst mit Strafmaßnahmen überzogen, dafür aber seine Gasfirma Novatek. Navigator Holdings wiederum fuhr seine Beziehungen zu Sibur nicht etwa zurück, nachdem Sanktionen verhängt waren. Im Gegenteil: Von 2014 bis 2015 stieg der Anteil Siburs an den Einkünften von Navigator von 5,3 auf 9,1 Prozent, im Jahr 2016 lag der Anteil bei 9,9 Prozent. Das russische Unternehmen zählt damit neben dem staatlichen venezolanischen Ölkonzern PDVSA zu den wichtigsten Kunden von Navigator.

Sibur sei ein Beispiel für Vernetzung, sagt der amerikanische Russland-Experte Dan Fried. „Warum muss ein Vertreter der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

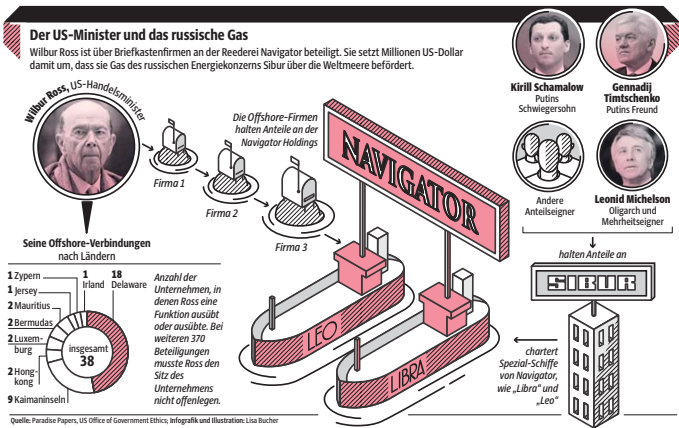
Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“

Als sich Ross im Januar dieses Jahres dem Parlament stellt, konfrontiert ihn ein Senator singemäßig mit folgender Frage: Angenommen, Trump habe in einem Land Geschäfte laufen, Hotels etwa. Könnte die Regierung der US-Regierung eine Beziehung zu Putin-Vertrauten unterhalten?“



# #gruesseausmoskau

Vom Kreml finanzierte Firmen  
investierten Hunderte Millionen Dollar  
in Facebook und Twitter

VON HANNES MUNZINGER,  
FREDERIK OBERMAIER UND  
BASTIAN OBERMAYER

Der russische Milliardär Juri Milner sitzt im Herbst 2010 auf der Bühne einer Tech-Konferenz im Silicon Valley und beantwortet freimütig Fragen des Publikums. Milner, eine der prominentesten Figuren der Branche, redet gern über seine Investitionen in Firmen wie Facebook, Twitter, Airbnb oder über sein neues Raumfahrtprojekt. Über eines aber redet er nicht gerne: seine Geldgeber.

So ist es auch auf besagter Konferenz, als ein Reporter wiederholt fragt, wer hinter seiner Investition in Facebook stecke. Milner schaut verständnislos zwischen Publikum und Moderator hin und her, als habe er die Frage nicht verstanden.

Die Paradise Papers zeigen nun, dass vom Kreml finanzierte Firmen mit Milners Hilfe Hunderte Millionen Dollar in Facebook und Twitter investierten. Die Unterlagen belegen, dass die russische Bank VTB, berüchtigt als Putins strategische Schwarzgeldkasse, 2011 einen Teil der Mittel für Milners Investition in Twitter bereitgestellt hat – verschleiert durch Briefkastenfirmen. Auch hinter Milners Facebook-Einstieg 2009 steht eine Offshore-Firma, deren Kapital wiederum, unter anderem, vom russischen Energiegiganten Gazprom stammte.

Zwischenzeitlich hielten Juri Milners Firmen mehr als acht Prozent von Facebook und etwa fünf Prozent von Twitter – und brachten Milner den Ruf als Star-Investor ein. Die Aktien der Social-Media-Firmen hat Milner inzwischen verkauft und 2015 in einen Immobilienfonds investiert, der teilweise Jared Kushner gehört, dem Schwiegersohn des US-Präsidenten Donald Trump.

Nachdem Reporter der *New York Times* Juri Milner vor Wochen mit den Recherchen zu den Paradise Papers konfrontiert hatten, erschien nur Tage später auf der Webseite des US-Magazins *Forbes* ein Interview, in dem Milner erstmals auch über die Investments aus Russland sprach. Seine Botschaft: Er sei kein Oligarch, keine Marionette Moskaus, sondern ein Tech-Guru, ein Philanthrop und Visionär, wie es sie eben nur im Silicon Valley gibt. Und überhaupt, Russland – da sei er schon seit drei, vier Jahren nicht mehr gewesen.

Tatsächlich könnte Moskau kaum weiter weg sein von der Welt, in der sich Juri Milner im Silicon Valley eingerichtet hat. Die Welt, aus der Milner kommt, ist eine ganz andere, eine, die weit weniger Glamour verspricht. Er studierte in den 1980er-Jahren in Moskau, seiner Heimatstadt, theoretische Physik und fing an, nebenher auf dem grauen Markt Computer zu verkaufen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging er in die USA, erst an eine Business School, dann zu Weltbank als Spezialist für den russischen Finanzmarkt. Mit diesem Wissen kehrte er zurück nach Moskau und arbeitete für eine Bank, die pleiteging. Sein erstes erfolgreiches Projekt war die Sanierung einer Nudelfabrik.

Dann entdeckte er das Internet für sich. Juri Milner übernahm den E-Mail-Dienst Mail.ru mit, rettete das Unternehmen als Geschäftsführer über die „Dot-com-Blase“ und baute es danach zum wichtigsten Technologiekonzern Russlands auf. Er verdiente damit Milliarden und brachte Mail.ru 2010 an die Londoner Börse: zuvor hatte er schon die Investment-Firma Digital Sky Technologies (DST) gegründet. Einer seiner frühen Geschäftspartner war der Putin-nahe Oligarch Alisher Usmanow – mit ihm hielt er über DST auch den beschriebenen Acht-Prozent-Anteil an Facebook.

## Der Facebook-Deal der Milner-Firma ist heute legendär

Vier Tage, nachdem Facebook 2012 an die Börse gegangen war, verkaufte DST sein Aktienpaket für rund eine Milliarde Dollar. Ein legendäres Geschäft.

Was damals nicht bekannt war: Nur Monate zuvor hatten diese Anteile einer undurchsichtigen Briefkastenfirma namens Kanton Services gehört, die von der Investmenttochter des staatlichen russischen Energiekonzerns Gazprom finanziert wurde. Reporter des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) werteten entsprechende Unterlagen aus den Paradise Papers aus, gemeinsam mit David Zweighaft, einem angesehenen Experten für kriminologische Rechnungsprüfung. Dieser kommt zu dem Schluss, dass Kanton von Gazprom finanziert wurde.

Und zwar so: Die Firma habe Transaktionen mit Tochtergesellschaften von Milners DST durchgeführt, um Geld für Gazprom so zu bewegen, dass die Rolle des Energiegiganten verschleiert würde. Dokumente aus den Panama Papers, jenen 2016 veröffentlichten Unterlagen der pa-

namaischen Offshore-Kanzlei Mossack Fonseca, zeigen, dass Kanton Services Kredite in Höhe von 197 Millionen Dollar von der Gazprom Investholding bekam – drei Monate bevor Facebook Milners erstes Investment in die Firma verkündete. Die Gazprom-Tochter antwortete dem ICIJ, die Kredite an die Briefkastenfirma Kanton Services seien „für allgemeine Firmenzwecke zur Verfügung gestellt worden“.

Der ehemalige Russland-Direktor im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Michael Carpenter, glaubt das nicht: „Mit dem Kreml verbundene Institutionen investieren mit strategischen Interessen, nicht nur mit kommerziellen.“ Facebook betonte, dass DST nie Kontrolle über das von Marc Zuckerberg gegründete Unternehmen gehabt habe. „Es ist wichtig zu erwähnen, dass DST als passiver Investor keine Stimmrechte oder Aufsichtsratsmandate hatte“, sagte ein Facebook-Sprecher.



„Nicht mehr als ein Geschäft“:  
der russische Tech-Guru  
und Milliardär Juri Milner.

FOTO: ANDREAS RENTZ/GETTY

Heute wären Milners Investitionen in Facebook und Twitter kaum mehr möglich. Beide quasi staatlichen Geldgeber, die VTB-Bank wie Gazprom, wurden als Folge der russischen Annexion der Krim 2014 von den USA mit Sanktionen belegt.

Auch das Geld für Twitter – Milners Firma investierte 2011 gut 400 Millionen Dollar in den Kurznachrichtendienst – floss über etliche Banden: Seine Firma DST gründete einen Offshore-Fonds auf der Isle of Man namens „DST Investments 3“; in den, im Juli 2011, die VTB-Bank 191 Millionen Dollar investierte. Der Isle-of-Man-Fonds finanzierte so rund die Hälfte von Milners Twitter-Aktien – und die Millionen der zweitgrößten und hoch umstrittenen russischen Bank landeten als Anteile beim amerikanischen Kurznachrichtendienst. Auch die Briefkastenfirma Kanton Services, die schon bei Milners Facebook-Deal mitgewirkt hatte, erhielt den Unterlagen zufolge Anteile an dem DST-Fonds auf der Isle of Man – obwohl sie kaum Geld in den Fonds einzahlte. Bekam Kanton, das ja laut den ausgewerteten Dokumenten von der staatlichen Gazprombank finanziert wurde, nun also Aktien an dem DST-Fonds von einer anderen staatlichen Bank übertragen, einfach so? Und wem gehört Kanton Services überhaupt?

Juri Milner ließ erklären, man könne „keine Zuordnung des Besitzers vornehmen, was Kanton angeht“. Dokumentieren lassen sich allerdings zahlreiche Verbindungen zu Milners Unterstützer, dem Oligarchen Alisher Usmanow: Zwei seiner Geschäftspartner waren bei Kanton Services laut einem Memo der Kanzlei Appleby und Unterlagen der Panama Papers als Besitzer respektive Geschäftsführer involviert. Ein Sprecher Usmanows teilte der *New York Times* mit: „Um absolut klar zu sein, Herr Usmanow lieb oder nutzte keine staatlichen oder quasi staatlichen Gelder, um Investitionen in Facebook“ und andere Unternehmen zu tätigen.

Ob es nun eine Usmanow-Firma war oder nicht – Kanton Services kaufte 2014, wenige Monate nach dem Börsengang von Twitter, den Großteil der DST-Anteile, die zuvor die VTB-Bank gehalten hatte. Juri Milner versuchte in Gesprächen mit Reportern der *New York Times*, seine Firma von Usmanow zu distanzieren. Dieser habe viele Geldquellen. Es sei unmöglich zu wissen, ob Geld von der Gazprom-Tochter genutzt wurde, um dessen Anteil an Facebook zu finanzieren. Um seine Sicht der Dinge deutlich zu machen, stellte Milner durchsichtige Plastikbecher mit Schildern wie „Herr Usmanow“, „Facebook“, „vermeintliche russische Staatsgelder“ auf. Dann holte er vor Reportern der *New York Times* eine Packung grüner M&M's hervor, füllte die Becher damit und schüttete die Schokolinsen dann zwischen den Bechern hin und her. „Geld ist austauschbar“, sagte er, „Sie können nicht sagen, dass dieser spezifische Dollar den ganzen Weg zu Facebook gegangen ist.“

Für Juri Milner ist die Geschichte sowieso ganz einfach. „Es ist nicht mehr als ein Geschäft“, sagte er. Außerdem ist er längst weitergezogen. „Moving on from Russia“ lautet die Überschrift des Interviews mit dem *Forbes*-Magazin.

Mitarbeit: Jesse Drucker, Spencer Woodman

# Henry und die Königin

Wie sich das Geld von Queen Elizabeth II. zu einem windigen Staubsaugerhändler verirrt

VON HANNES MUNZINGER

Wer in England einen Staubsauger braucht, muss nur ein bisschen Kleingeld übrig haben. Schlappe drei Pfund pro Woche, umgerechnet gut 3,50 Euro – wer hat die nicht? Dieses Angebot macht Brighthouse, eine bekannte Haushaltswarenkette in Großbritannien. „Rent-to-own“ heißt das Prinzip: Miete, um zu besitzen. Wenn die Matratze mifft, die Kühltruhe tau oder plötzlich die Waschmaschine kaputt geht, aber der Monatslohn schon aufgebraucht ist: Brighthouse hat eine „günstige“ Lösung. Abgezahlt wird wöchentlich, zwei Jahre lang, 104 Wochen zu je 3,12 Pfund. Macht am Ende für den Staubsauger Henry Xtra 324,48 Pfund. Bei jedem anderen Händler kostet das Modell – bar und nicht auf Pump gekauft – nur gut 160 Pfund. Brighthouse berechnet für seinen Ratenmiete Kauf den Zinssatz selbst mit sehr stolzen 99,9 Prozent.

„Swindler“ nennen das die Briten – Abzocke. Und abgezockt werden in diesem Fall die Ärmsten, jene, die den Staubsauger nicht bar zahlen können. An den schwinderregenden hohen Profitraten wollen jahrelang auch Investoren teilhaben.

Die Paradise Papers zeigen nun, dass selbst privates Vermögen einer Frau in die Handelskette floss, die vermutlich schon lange keinen Staubsauger mehr in der Hand hatte, in den 91 Jahren ihres Lebens noch nie eine Kühltruhe abgetaut haben dürfte und hoffentlich stets bar bezahlen kann: Ihre Majestät, Queen Elizabeth II.

Das Geld der britischen Monarchin finanziert ein Unternehmen, das selbst nach Ansicht der britischen Finanzaufsicht die Kunden ausplündert. Auch wenn die Queen, wie von ihren Helfern beteuert wird, von nichts gewusst hat, ist dies doch eine anschauliche Geschichte darüber, wie sich das große Geld verirren kann.

Der Weg der schillernden britischen Königin ins schmuddelige Rent-to-own-Geschäft beginnt in Lancaster, im Nordwesten Englands. Die alte Hafenstadt ist Namensgeberin des gleichen Herzogtums, und die Herzogin von Lancaster heißt seit 65 Jahren: Elizabeth II. Der gemessen an der Strahlkraft der Königskrone eher blasser Titel ist für die Queen wert. Denn ihr Herzogtum gliedert eine Firma, die Ländereien und Immobilien verwaltet – aktuell Vermögenswerte in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Pfund. Die Überschüsse, die das Herzogtum damit erwirtschaftet, bekommt die Chefin, also die Herzogin, also die Queen, also Elizabeth II. Zu ihrer ganz privaten Verfügung.

Der letzte Jahres betrug immerhin 19 Millionen Pfund. Die Königin hätte darauf nicht einmal einen Penny Steuern zahlen müssen, tut das aber seit 1993 freiwillig.

Schließlich finanziert der britische Staat das Königshaus auch aus Steuermitteln, da kann sich das Oberhaupt dieses Königshauses auch mal dran beteiligen – zumal sie ja noch andere Einnahmequellen hat.

Die Finanzen der Royals sind kompliziert, aber das Königshaus selbst soll das ja auch sein. Das Leben als Majestät wird durch die Einnahmen aus verschiedenen Quellen finanziert, etwa aus dem sogenannten Krongut. Dazu zählen nahezu alle Immobilien der Regent Street, Londons zentraler Einkaufsmeile. Auch nicht zu verachten sind die Kronjuwelen, die als weltweit wertvollste Edelsteinsammlung gelten und für rund 25 Pfund Eintritt im Tower bestaunt werden können.

Die Königin ist zwar die rechtliche Eigentümerin all dieser Schätze, seit dem 18. Jahrhundert wird das Krongut aber von einer unabhängigen Behörde geführt. Diese muss alle Gewinne ans Finanzministerium weitergeben – im vergangenen Jahr mehr als 328 Millionen Pfund. Davon zahlt die Regierung dann einen festgelegten Anteil an die Queen, zur Finanzierung ihrer Verpflichtungen. Wenn man so will, kosteten die Royals 2016 damit jeden Bürger 62 Pence. Dafür gibt es bei Brighthouse übrigens eine Woche Garantie auf Henry Xtra, den Wucher-Staubsauger.

## Elizabeth II., die neue Queen of Offshore?

Einnahmen wie die aus Lancaster sind eher das Taschengeld für die Queen, und darum, dass das pünktlich kommt, muss sie sich natürlich nicht selbst kümmern. Das tun Beamte für sie, Finanzverwalter im Dienste Ihrer Majestät. Sie sorgen dafür, dass das Geld ihrer Königin wenn möglich nicht weniger wird. Und so ein großes Empire wie das britische bietet dafür eine Menge Möglichkeiten, in seinen entlegenen Winkeln gibt es ein paar dunkle Ecken. Die Kaimaninseln sind solch ein Ort, der zum Königreich der Queen gehört – und ein echtes Steuerparadies ist. *Finest Offshore*, würde der Brite sagen.

Dort, im britischen Überseegebiet in der Karibik, legten die befähigten Finanzbeamten aus dem Herzogtum Lancaster im Jahr 2005 genau 7,5 Millionen Pfund an. Sie investierten das Geld der Queen in einen Fonds namens Dover Street VI Cayman Fund, und das Herzogtum wurde selbst Gesellschafter. Dieser Fonds hat vor allem die Aufgabe, einer amerikanischen Investmentgesellschaft Geld zur Verfü-

gung zu stellen. Die macht dann Geschäfte in den USA, leitet die Gewinne aber wieder an den Kaiman-Fonds zurück. So bleiben die Geschäfte in Amerika steuerfrei und in der Karibik auch: Dort, auf den Kaimaninseln, gelten null Prozent Steuern auf im Ausland erwirtschaftete Gewinne.

Ist die Königin also eine Steuervermeiderin? Die neue Queen of Offshore?

Es ist unwahrscheinlich, dass Elizabeth II. oder irgendein anderes Mitglied der Royals von dieser Art Geldanlage wusste. Auf Nachfrage teilte das Herzogtum mit, dass die Queen einen „Kanzler“ und einen „Rat“ ernenne, der diese Angelegenheiten bearbeite. Die Vermögensverwalter des Herzogtums allerdings wussten offenbar ganz genau Bescheid: Der Kaiman-Fonds Dover Street verschickte nämlich detaillierte Berichte über alle Investitionen, das zeigen die Paradise Papers. In einem solchen Brief erklärten die Verwalter von Dover Street im September 2007 auch, der Fonds investiere nun in eine Briefkastenfirma namens Vision Capital Partners VI LP, um „ein Portfolio zweier Einzelhandelsketten im Vereinigten Königreich zu kaufen“.

Eine davon: Brighthouse, die Firma mit den Staubsaugern. Elizabeth II., die Königin, und Henry Xtra, der Vacuum Cleaner, hatten zusammengefunden.

Brighthouse betreibt mehr als 280 Läden in Großbritannien, auch online kann man in die Preisfalle tappen. Dabei zielt die Kette ganz unverhohlen auf einkommensschwache Kunden. Auf der Website heißt es: „Wöchentliche Zahlungen könnten die ideale Option sein, wenn Sie auf wöchentlicher Basis bezahlt werden.“ Das nehme den Stress, jede Woche Geld für eine viel größere Zahlung beiseitezulegen.

Verbraucherschützer warnen seit Jahren vor Rent-to-own-Verträgen, weil sie Geringverdiener in die Schulden treiben. Die BBC warf Brighthouse sogar vor, Menschen mit psychischen Schwierigkeiten und geistigen Behinderungen bewusst in komplizierte Vertragsverhältnisse zu locken. Und die britische Finanzaufsichtsbehörde FCA leitete eine Untersuchung gegen Brighthouse ein. Ende Oktober stimmte die Kette in einem Vergleich einer Entschädigungszahlung von 15 Millionen Pfund zu. Fast eine Viertelmillion Kunden sollen davon profitieren.

Auch wenn die Beamten der Queen auf Anfrage erklärten, dass dem Herzogtum „nicht bewusst“ gewesen sei, „dass Dover Street VI Cayman Fund LP in Brighthouse investierte“ – das ist doch alles ganz schön peinlich für die Queen. Ob sich das Geschäft für sie zumindest wirtschaftlich gelohnt hat, ist unklar. Die Paradise Papers zeigen nur eine Ausschüttung des Kaiman-Fonds im Jahr 2008. Man freue sich, ankündigen zu können, schreiben die Manager, dass die Investoren insgesamt 30 Millionen Dollar erhalten würden. Für das Herzogtum Lancaster sprang eine Ausschüttung von 360 000 Dollar heraus. Das entspricht heute etwa 275 000 Pfund. Oder 860 Brighthouse-Staubsaugern. Oder 1700 Mal Henry Xtra zum regulären Preis.

Zwei bis drei Jahre, teilte das Herzogtum mit, solle die Beteiligung an Dover Street noch aufrechterhalten werden. Investoren verpflichteten sich, schrieben die Beamten, „einem Fonds für eine bestimmte Zeit und sind nicht an laufenden Anlageentscheidungen beteiligt“.

Ob der Fonds noch an Brighthouse beteiligt ist, geht aus öffentlichen Unterlagen nicht hervor. Die Ladenkette, bei der sich viele Käufer verschuldet haben, hat inzwischen selbst Schwierigkeiten, offene Millionenkredite zu bedienen. Da kann dann auch Henry Xtra nicht mehr helfen.

Mitarbeit: Hilary Osborne

## Ritterschlag

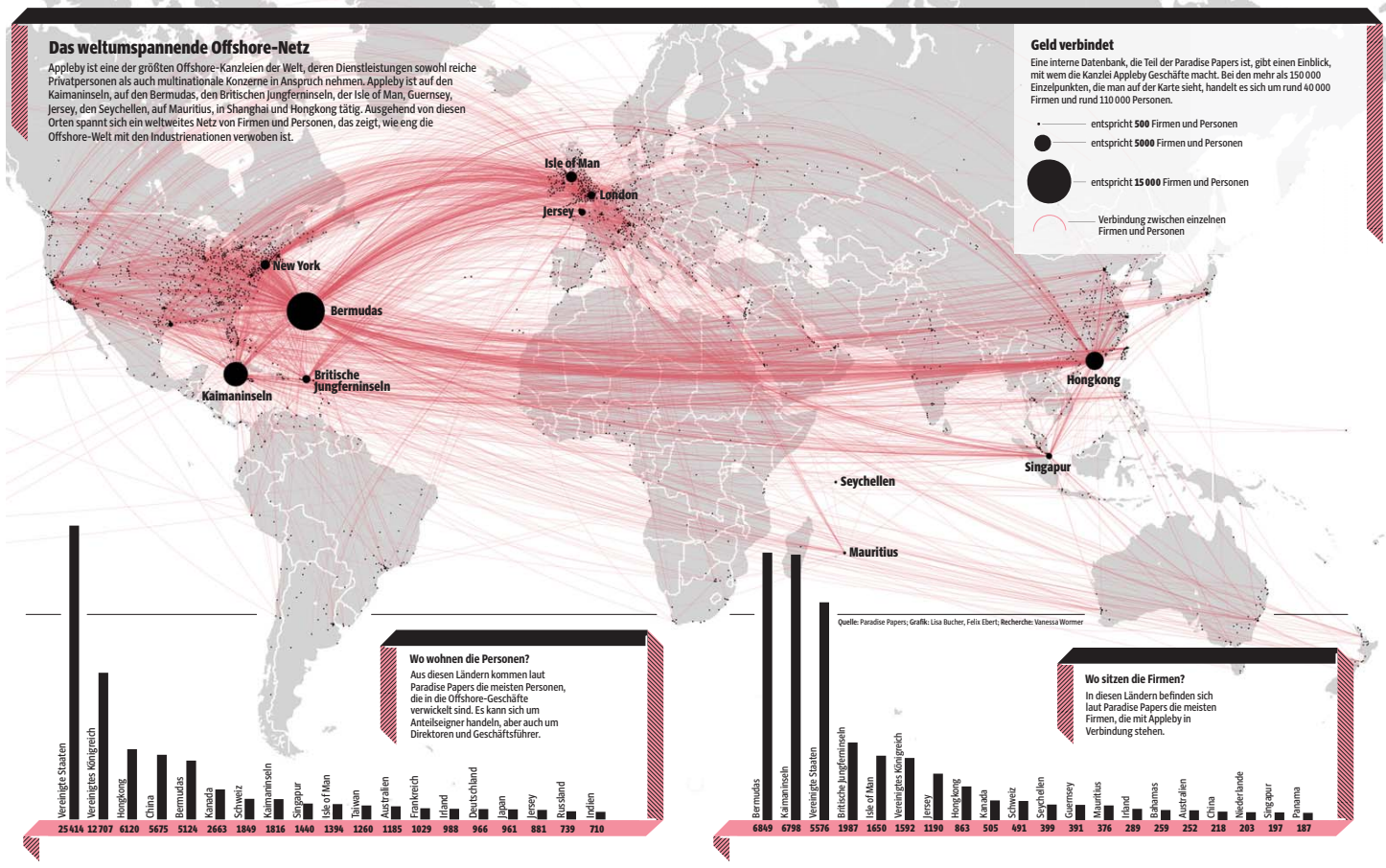
Vielleicht wird sich Königin Elizabeth II. in diesen Tagen an ihren letzten Besuch auf den Kaimaninseln erinnern. Es war 1994, sie tourte mit Gefolge durch die britischen Überseegebiete in der Karibik. An einem Samstag im Februar entstieg die Monarchin in George Town, der Hauptstadt der Kaimaninseln, vor einer jubelnden Menge ihrer Yacht, um zum ersten Mal einen der Insulaner zum Ritter zu schlagen. Aufnahmen der Zeremonie zeigen die Queen in einem rosa Kostüm und den künftigen Ritter in weißen Tennissocken. Eine Hand der Queen war gebrochen und bandagiert, weil sie zuvor vom Pferd gefallen war, mit der anderen Hand legte sie dem früheren Finanzminister Vassel Johnson das Schwert zum Ritterschlag auf die Schultern. Sein Verdienst? Er hatte die Kaimaninseln zum Steuerparadies gemacht.

Die britische Königin Elizabeth II., das Staubsauger-Modell Henry Xtra der Kaufhauskette Brighthouse und die Kaimaninseln, eine Steueroase.



### Das weltumspannende Offshore-Netz

Appleby ist eine der größten Offshore-Kanzleien der Welt, deren Dienstleistungen sowohl reiche Privatpersonen als auch multinationale Konzerne in Anspruch nehmen. Appleby ist auf den Kaimaninseln, auf den Bermudas, den Britischen Jungferninseln, der Isle of Man, Guernsey, Jersey, den Seychellen, auf Mauritius, in Shanghai und Hongkong tätig. Ausgehend von diesen Orten spannt sich ein weltweites Netz von Firmen und Personen, das zeigt, wie eng die Offshore-Welt mit den Industrienationen verbunden ist.



# Ein Schatten auf Trudeau

## Der kanadische Premier ist angetreten, die Steuerflucht zu bekämpfen. Das klingt gut – doch nun taucht einer seiner wichtigsten Berater in den Paradise Papers auf

VON FREDERIK OBERMAIER UND NICOLAS RICHTER

Justin Trudeau ist jung und sieht gut aus, das Klatschportal *E-Online* findet ihn „superheiß und zuckerstark“. Vor ein paar Jahren ist er, der Ex-Kiffer, Ex-Türsteher und Ex-Parlaments-Hinterbänker, für die höchsten politischen Ämter angetreten, um Kanada moderner und toleranter zu machen. Es verbindet ihn so viel mit dem früheren US-Präsidenten Barack Obama, dass ihn manche den „kanadischen Obama“ genannt haben. Beide Politiker waren oder sind Hoffnungsträger, vor allem für jüngere Wählerinnen und Wähler, und beide haben in ihren Wahlkämpfen eine bessere, vor allem gerechtere Zukunft versprochen. Trudeau hat die Parlamentswahl 2015 mit dem Slogan „Real Change“ gewonnen. Er kündigte an, mit der alten, auf die Interessen der Elite zugeschnittenen Politik zu brechen, die Reichen höher zu besteuern und Steuererosion zu bekämpfen. Zu diesem Ziel hat sich Trudeau abermals bekannt, als er dann Premierminister war. Im Jahr 2016 sagte er, er sei auch wegen des Versprechens gewählt worden, dass künftig alle Bürgerinnen und Bürger „ihren fairen Anteil an Steuern zahlen“. Und er fügte hinzu: „Steuervermeidung und Steuerflucht sind etwas, das wir sehr ernst nehmen.“

Nun wecken die Paradise Papers den Verdacht, dass ausgerechnet einer der engsten Parteifreunde und Förderer Trudeaus selbst in ein Modell zur Steuervermeidung verstrickt ist. Der Vertraute heißt Stephen Bronfman, mit dem Trudeau seit vielen Jahren befreundet ist. Stephen Bronfman ist ein Geschäftsmann aus Montreal, er stammt aus einer der reichsten Familien des Landes, die ein Vermögen unter anderem mit Immobilien verdient hat. Stephen Bronfman ist wie sein Vater Charles geschäftlich erfolgreich, politisch einflussreich und als Philanthrop engagiert. Trudeau aufstieg in der Politik ist eng mit Stephen Bronfman verknüpft. Als der junge Trudeau 2013 an die Spitze der Liberalen Partei strebte, bat er Bronfman um Hilfe beim Spendensammeln. Als Trudeau dann den Parteivorsitz erobert hatte, vertraute er Bronfman die Parteifinancen an, und der sammelte im Jahr 2014 so viel Geld ein wie schon lange nicht mehr. Das half Trudeau, die Parlamentswahl zu gewinnen. Als Trudeau bald darauf zum Staatsbesuch nach Washington aufbrach, um Obama zu treffen, war Bronfman dabei. Bis heute ist Bronfman als Verantwortlicher für die Parteifinancen eine Größe bei den kanadischen Liberalen.

Nun werfen die Paradise Papers allerdings die Frage auf, ob das finanzielle Gebaren des Liberalen-Vorstandsmitglieds Bronfman immer zu vereinbaren war mit der politischen Agenda des jungen kanadischen Premiers. Den Unterlagen zufolge haben Stephen Bronfman und sein Vater im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte mindestens 34 Millionen US-Dollar an einem mysteriösen Trust auf den Kaimaninseln übertragen. Außerdem war Stephen Bronfman Investmentfirma Claridge zu mindestens teilweise in die Betreuung des Trust-Vermögens verwickelt. Interne Dokumente legen nahe, dass dabei womöglich sogar Steuern hinterzogen wurden.

Nach Recherchen des kanadischen Senders CBC, der Zeitung *Toronto Star* sowie der *Süddeutschen Zeitung* heißt der Trust im Mittelpunkt dieser Geschichte Kolber Trust – benannt nach dem früheren liberalen Senator Leo Kolber. Kolber war lange Zeit einer der einflussreichsten Kanadier, und er war mit den Bronfmans aufs Engste verbunden: Zeitweise verwaltete er ihr Vermögen, fungierte als Berater und wurde Patronkel von Stephen Bronfman. Der Trust, der seinen Namen trägt, ist auf der Kaimaninsel Grand Cayman beheimatet.

### Kredite ohne Zinsen alarmieren die Steuerfahnder

Er ähnelt juristisch einer Stiftung und wurde im Jahr 1991 gegründet. Leo Kolber kann laut Gründungsurkunde in die Geschäfte eingreifen, Begünstigter war von Anfang an sein Sohn Jonathan. Das Geld dafür stammte – das zeigen die Paradise Papers – unter anderem von den Bronfmans, seinen engen Freunden. Charles Bronfman gewährte einmal ein Darlehen in Höhe von neun Millionen Dollar, später ließ Stephen Bronfman dem Trust fünf Millionen.

Es ist nicht ganz klar, warum die Bronfmans ihrem Freund Kolber und dessen Familie so viel Geld zur Verfügung gestellt haben. Die Finanzen der beiden Familien haben sich mit der Zeit offensichtlich immer mehr miteinander vermengt. So führte Jonathan Kolber zeitweise eine Filiale der Investmentfirma Claridge, die die Bronfmans Anfang der Neunzigerjahre in Israel gegründet hatten.

Allein die Entstehung und Finanzierung des Kolber Trusts ist schon politisch heikel, denn es ist das erklärte Ziel der liberalen Regierung Trudeau, für Steuerungerechtigkeit zu sorgen und Steuerschlupflöcher zu schließen, die vor allem den Reichen zugutekommen. Wenn nun einer seiner engsten Vertrauten, zudem ein Parteifunktionär, jahrelang das Verschleierte System der Trusts und Steuererosion genutzt hat, zeugt das von jener Doppelmoral, die viele Wählerinnen und Wähler Kanadas eigentlich satt hatten. Ein Anwalt, der Jonathan Kolber vertritt, erklärte auf Anfrage, „keine der genannten Transaktionen oder Organisationen hatten den Zweck, Steuern zu hinterziehen oder zu vermeiden“. Alle Gesetze und Auflagen seien befolgt worden. Bronfman selbst äußert sich nicht.

Die Paradise Papers enthüllen jedoch eine Fülle von Details, die das Schattennetz um den Kolber Trust als sehr dubios erscheinen lassen. Zum einen belegen die Dokumente, dass sich die Beteiligten immer wieder zinslose Kredite in Millionenhöhe gewährten. Solche Kredite lassen Steuerfahnder hellhörig werden, denn sie sind ein Hinweis darauf, dass Einkünfte oder Gewinne als Darlehen getarnt für Darlehen der Steuer vorbeigeschleust werden sollen. Im Jahr 2004 etwa erhält Jonathan Kolber – der Begünstigte des Kolber Trusts – eine E-Mail seines Vermögensberaters; dieser erklärt ihm, dass zwei Trusts der Bronfmans ihm wegen gesetzlicher Vorschriften Zinsen berechnen müssen sei für Darlehen. Die Bronfman-Firma Claridge aber werde ihm das „irgendwie“ ausgleichen. Womöglich könne er Claridge ja eine Rechnung stellen für Dienstleistungen, in Höhe der Zinsen. Im nächsten Jahr heißt es wiederum in einer E-Mail an Jonathan Kolber, die Finanzen der Zinsen sei immer „nur der Form halber“ vereinbart gewesen. Zinslose Kredite, falsche Rechnungen – wenn die Steuerfahnder irgendwo misstrauisch sein müsste, dann hier. Der Anwalt Jonathan Kolbers erklärt, zinslose Kredite seien „unter gewissen Umständen“ erlaubt.

## 15,7 Millionen Dollar

Stephen Bronfmans Spitzname ist *Big Man*: der Mann mit den Geldtaschen. 2013 machte der heutige kanadische Premier Justin Trudeau Bronfman zu seinem Spendensammler. Innerhalb kürzester Zeit sammelte der Unternehmer sehr viel Geld. Allein 2014 waren es 15,7 Millionen kanadische Dollar. Das Geld finanzierte den Wahlkampf und trug zu Trudeaus Sieg bei.

In den Paradise Papers findet sich noch ein weiterer Hinweis auf Steuervermeidung. Neben Jonathan zählt spätestens ab 2007 dessen Schwester Lynne zu den Begünstigten des Kolber Trusts. Lynne lebt in den USA und müsste Einkünfte aus dem Trust deswegen in den USA versteuern. In einer Aktennotiz der Kanzlei Appleby heißt es im Jahr 2007, Lynne solle deswegen „auf anderen Wegen“ unterstützt werden. Ihr Bruder Jonathan solle ihr zum Beispiel Geld schenken, dies werde in den USA nicht besteuert.

Der Sender CBC und der *Toronto Star* haben die entsprechenden Dokumente öffentlichen angesehenen Steuerexperten vorgelegt. Der Steuerrechtler Grayson McCouch von der University of Florida sagte nach Durchsicht der Unterlagen: „Hier sieht man etliche Warnsignale, und ich vermute, dass die Steuerbehörden da näher hinschauen werden.“ Der Anwalt Jonathan Kolbers erklärte auf Anfrage, nach 2006 habe es keine Geschenke an Lynne gegeben.

In den Paradise Papers tauchen diverse hochrangige Politiker der Liberalen Partei Kanadas und deren Firmen auf. Der einstige Regierungschef Paul Martin (2003 bis 2006) war vor seiner Zeit im Amt Inhaber der CSI Group, die eine Tochterfirma auf den Bermudas registriert hatte. Als Martin Premier wurde, übertrug er die Firma an seine Kinder, und die registrierten ein Dutzend weiterer Firmen auf den Bermudas. Ex-Premier Jean Chrétien (1993 bis 2003) etwa war demnach im Besitz von Optionen der in der Steueroase Mauritius registrierten Madagascor Oil Limited. Chrétien sagte auf Anfrage, er habe nie eine Option bekommen, man habe ihm nie Unterlagen geschickt, und er habe nie einen Jahresbericht erhalten.

Die Paradise Papers werfen also kein gutes Licht auf die Liberalen. Es war auch gerechnet die Regierung Chrétiens, die Ende der Neunzigerjahre zunächst ein Gesetz für ein härteres Vorgehen gegen Trusts und damit gegen reiche Steuerflüchtlinge auf den Weg brachte. Unter dem Druck von Lobbyisten nahm sie es jedoch wenig spä-

ter wieder zurück. Das Gesetz hätte wahrscheinlich auch die Trustkonstruktion betroffen, die der damalige liberale Senator Leo Kolber und der heutige Geldbeschaffer der Liberalen, Stephen Bronfman, beauftragt oder mitverwaltet haben. Interessanterweise war damals unter den Gegnern eines härteren Vorgehens gegen Trusts ein Anwalt aktiv, der sonst die Bronfman-Trusts vertrat. Die Bronfmans also zeigten sich nach außen linksorientiert, nach innen aber waren sie womöglich mehr am eigenen Vermögen interessiert.

Erst 2007, nach der Abwahl der Liberalen, wurde das Gesetz verschärft. Es sah vor, dass Geld, das von Kanada in Offshore-Trusts verschoben wird, versteuert werden sollte. Der Kolber Trust, an den regelmäßig Geld aus Kanada floss – etwa im Jahr 1995, als Stephen Bronfman einen zinsfreien Fünf-Millionen-Kredit an den Trust vergab –, war davon offenkundig betroffen. Berater des Kolber Trusts entschieden sich deswegen frühzeitig für einen Neuanfang. Sie gründeten 2007 einen neuen Trust auf den Kaimaninseln: den Lacombe Trust. Der offizielle Gründer des Trusts war der Offshore-Dienstleister Appleby, allerdings hatte Senator Leo Kolber das Recht, jederzeit die Begünstigten auszuwählen. Mit dieser kleinen Schicht der Geheimhaltung, indem sich Kolber hinter Appleby versteckte, sollten die strengeren Gesetze womöglich umgangen werden. Kurz darauf wurden 23 Millionen Dollar vom Kolber Trust auf den Lacombe Trust übertragen.



Stephen Bronfman (rechts) und Justin Trudeau (links) im Jahr 2013. Foto: Andrew Vaughan/The Canadian Press/AP

Justin Trudeau, der smarte Premierminister, wollte sich auf Anfrage nicht zu der Angelegenheit äußern. Die Enthüllungen könnten ihn in Erklärungsnöten bringen: Nun zeigt sich, dass einer seiner engsten Parteifreunde mit genau jenen Steuertricks hantierte, die Trudeau selbst im Wahlkampf so geißelt hat.

Mitarbeit: Harvey Cashore

**R**obert Woods ist außer sich. In der internationalen Kanzlei Appleby hat der ehemalige Polizist dafür zu sorgen, dass Regeln und Gesetze eingehalten werden. Jetzt, im Juli 2014, erfährt Woods, dass die auf Briefkastenfirmen spezialisierte Kanzlei wenige Monate zuvor den Auftrag eines dubiosen Kunden angenommen hat. Der Geschäftsmann hatte afrikanische Diamanten vertrieben und bereits 160 Millionen Euro an die belgischen Behörden zahlen müssen, um ein Ermittlungsverfahren wegen illegalen Diamant-handels zu beenden. „Die Vorwürfe sind äußerst ernst und haben mit Blutdiamanten zu tun“, schreibt Woods an einen Kollegen. „Warum hat mich niemand unterrichtet?“

Woods stimmt am Ende zu, den Mandanten zu behalten. Wegen des Handels mit Diamanten gehe die Kanzlei zwar ein hohes Risiko ein, aber es gebe auch gute Gründe, mit ihm in Geschäftsverhältnisse zu treten. Allerdings sieht Woods in dieser Episode einen klaren Verstoß gegen die internen Vorschriften, ausdrücklich rügt er einen „Verfahrensfehler“. Er mahnt seine Kollegen eindringlich, Profittiger nicht über Verantwortung zu stellen. „Was passiert ist, ist passiert. In Zukunft sollten wir aber bitte versuchen, dass wir uns vom Geldverdiener nicht den Verstand vernebeln lassen“, warnt Woods seine Kollegen.

Die Kanzlei Appleby steht im Zentrum der Paradise Papers; ein Großteil der Daten, die der SZ zugespielt und von Hunderten Journalisten weltweit ausgewertet wurden, stammt aus dieser Kanzlei – rund 6,8 Millionen Dokumente. Appleby ist führendes Mitglied des „Offshore Magic Circle“, eines weltweiten Netzwerks von Rechtsanwältinnen, Beratern und anderen Managern, die Firmen in Steueroasen betreiben. Dieses Geschäft nennt man Offshore-Geschäft, weil es zumeist abseits der Küsten, auf entlegenen Inseln, stattfindet. Appleby unterhält mit ihren mehr als 470 Angestellten Büros in so gut wie jeder wichtigen Steueroase in Europa, Asien, der Karibik oder Afrika. Neben den Bermudas, den Kaimaninseln und den Britischen Jungferninseln sind die wichtigsten Standorte die Isle of Man und Jersey. Zu Applebys Kunden gehören unter anderem große Banken und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.

In ihrer Eigendarstellung präsentiert sich die Kanzlei, die mehr als 100 Millionen Dollar Jahresumsatz meldet, als Marktführer der Offshore-Industrie. Appleby ist stolz auf Auszeichnungen wie die der „Offshore-Kanzlei des Jahres 2015“, verliehen vom Juristen-Brancheindex „Legal 500“, und darauf, das Geschäft mit Briefkastenfirmen angeblich absolut sauber und professionell zu betreiben. Zu ihren Kunden gehören Prinzessinnen, Premierminister und Hollywoodstars genauso wie einige der reichsten Oligarchen der Welt, aus Russland, dem Nahen Osten, Asien und Afrika.

Um den guten Ruf zu wahren, lädt die Kanzlei ihre Mitarbeiter immer wieder zu internen Schulungen ein. Im September 2013 zum Beispiel bereitet der damalige Appleby-Mitarbeiter Adrian Alhassan eine PowerPoint-Präsentation vor, um seine Kanzlei-Kollegen auf den Kaimaninseln vor den Tücken des Geschäfts zu warnen. Die Kanzlei residiert in der Hauptstadt George Town in einem schmucken, cremefarbenen Gebäude samt Büroturm, verziert mit allerhand Säulen und blauen Fenstern. Ein auffallend repräsentativer Firmensitz im Vergleich zu den weitgehend sachlichen Bauten rundum, in denen ebenfalls eine Reihe von Finanzdienstleistern und Niederlassungen großer Banken sitzen, die dort Milliarden verwalten. Nur ein paar Schritte weiter liegt das andere George Town, bunt und karibisch-verspielt, in dem einheimische Führer Touris-

# Die Firma

## Die Kanzlei Appleby organisiert Briefkastenfirmen - sauber und professionell, wie sie sagt. Doch neben Konzernen wie Nike gehörten auch Kriminelle zu ihren Kunden

VON ELISABETH GAMPERL, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER, NICOLAS RICHTER UND VANESSA WORMER

tengruppen auf Boote bugsierten und bei Reggae-Musik zum Stachelochsen treiben auf eine vorgelagerte Sandbank fahren. Da sausen einem kleine glitzernde Fische zwischen den Füßen hindurch, und streckt man die Hände ins Wasser, schmeigen sich die großen Rochen tatsächlich daran. Sie haben nur einen ziemlich fiesen Stachel, der einen übel erischen kann. Aber die Jungs auf den Booten lachen nur: Hier wird fast nie jemand gestochen, sagen sie. Man müsse halt aufpassen.

### Appleby trägt stolz den Titel „Offshore-Kanzlei des Jahres“

Adrian Alhassan hat in seiner Präsentation eine ähnliche Botschaft für seine Zuhörer: Solange man aufpasst, passiert auch keinem was. Es geht darum, wie sich Appleby vor kriminellen Kunden schützt und was geschieht, wenn diese nicht erkannt oder ignoriert werden. Wer nämlich wesentlich einem Geldwäscher helfe, könne unter Umständen selbst als Geldwäscher belangt werden. Im schlimmsten Fall folge daraus Gefängnis für Einzelne und sogar der Ruin der Kanzlei. Mit Grausen denken sie bei Appleby an die Wirtschaftsprüfungskanzlei Arthur Andersen, die 2002 wegen ihrer Verstrickung in den amerikanischen Enron-Skandal faktisch unterging.

Alhassans 65 Seiten lange Präsentation, die Teil des Datenbestands der Paradise Papers ist, erinnert an die Grundregeln und Gefahren des Geschäfts: das Gründen und Verwalten von undurchsichtigen Firmen in Steuerparadiesen für reiche Einzelpersonen und Unternehmen. Immer wieder warnt Alhassan: Kriminelle jeglicher Couleur nutzen anonyme Briefkastenfirmen für ihre Zwecke – und Appleby dürfe sich nicht zur Komplizin machen. „Zu 80 Prozent wird die Schlicht an der Fronte gewonnen oder verloren“, ist in der Präsentation zu lesen, und „wenn wir die falschen Kunden hereinlassen, gehen wir sehenden Auges unter“. Man muss schon aufpassen.

Das Problem ist: Appleby hat längst eine Menge falscher Kunden herein gelassen. Etliche davon – unter ihnen korrupte Politi-

ker, mit Sanktionen belegte Geschäftsleute, verurteilte Steuerhinterzieher – finden sich in den Paradise Papers. Alhassan listet besonders prägnante Beispiele auf: ein mutmaßliches Mitglied der chinesischen Mafia, einen ausgefallenen Betrüger aus Mexiko und einen später ermordeten Kunden, dessen Geld wohl aus Verbrechen stammte. Auch habe Appleby jemandem, der als Terrorist auf der „Ten Most Wanted“-Liste der US-Bundespolizei FBI stand, geholfen, einen Trust zu verwalten. Über diese besonders heiklen Kunden will Appleby, so steht es auf der Folie der Präsentation, interne und externe Meldungen an Aufsichtsbehörden erstattet haben.

Es hat bei Appleby im Laufe der Zeit etliche Nachlässigkeiten gegeben. Im Jahr 2006 gelangt die Kanzlei zu dem Ergebnis, dass allein die Filiale auf den Kaimaninseln mehr als 600 ihrer rund 3600 Kunden als „nicht regelkonform“ betrachtet, also etwa ein Sechstel. Das kann bedeuten, dass für diese Kunden keine aktuellen Ausweisdokumente oder Kontaktdaten vorliegen. Es könnten fiktive Personen sein, hinter denen sich Kriminelle verbergen, die auf diese Weise Briefkastenfirmen für ihre Zwecke nutzen könnten. Ermittler hätten keine Chance, ihnen auf die Spur zu kommen. Appleby erklärt die hohe Zahl der nicht regelkonformen Kunden mit den eigenen hohen Standards: Die Regeln seien so streng, dass schon ein abgelaufenes und nicht ordentlich beglaubigtes Dokument für den Status „nicht regelkonform“ ausreichte.

Fünf Jahre später, 2011, stellt Compliance-Chef Robert Woods eine PowerPoint-Präsentation zusammen, in der das Problem zum Beispiel mit einem Bild aus der TV-Mafiaserie „The Sopranos“ illustriert wird und verschiedene Nachlässigkeiten und Regelverstöße geschildert werden. Es gebe zum Beispiel einen Fall mutmaßlicher Terrorfinanzierung, da verwaltete Appleby Hunderttausende Euro, die „definitiv belastet“ seien. In einem anderen Fall habe sich Appleby von einem Mandanten bezahlen lassen, der eine Immobilie in London kaufen wollte, ohne dass ihm die Kanzlei ordentlich nach der Herkunft des Geldes gefragt habe. Später habe sich herausgestellt, so gibt es Chefaupasser Woods in der Präsentation selbst zu, dass das Geld von einem früheren pakistanischen Staats-

Der Finanzdienstleister Appleby hat Kunden in den Steueroasen dieser Welt. Dazu gehören sowohl Privatpersonen als auch große Konzerne.

diener gekommen sei, der in seiner Heimat angeblich Steuergelder veruntreut hatte und damit „unserem Geschäft mutmaßlich aus Korruption stammendes Geld zugeführt hat“.

Applebys oberster Regelhüter kommt in seiner Präsentation zu folgendem Ergebnis: „Der Mist, den wir annehmen, ist teilweise echt atemberaubend.“ Bei Appleby heißt es auf Anfrage, „Mist“ beziehe sich nicht auf die Neukunden selbst, sondern auf die mangelnde Qualität zum Beispiel von vorgeliegten Passfotos oder auf unleserliche Antragsnachweise.

Die Süddeutsche Zeitung und ihre Partner unter dem Dach des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) haben Appleby mit den Vorwürfen konfrontiert – allein mit 63 konkreten Fragen zu Verstößen gegen Geldwäscherregeln und andere essenzielle Geschäftsregeln. Die Verantwortlichen der Kanzlei antworteten lediglich mit einem allgemeinen Schreiben, aus dem jedoch nicht zitiert werden soll. Darauf folgten ein zweites und ein drittes Schreiben – aber kaum Antworten auf die Fragen. Auch ein persönlicher Besuch bei der Appleby-Niederlassung auf der Isle of Man, einem der wichtigsten Standorte, half nicht weiter. Später lud Appleby zwei Erklärungen auf ihrer Website. Darin heißt es, es gebe keine Beweise für ein Fehlverhalten der Kanzlei oder ihrer Kunden. Ferner erklärte Appleby, Opfer eines Cyberangriffs geworden zu sein.

Appleby unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca, die im Mittelpunkt der Enthüllungen durch die Panama Papers im vergangenen Jahr stand. Zum einen erzielt Appleby einen signifikanten Teil seines Umsatzes außerhalb des Geschäfts mit Briefkastenfirmen in Steueroasen: Die Anwälte Applebys setzen zum Beispiel Testamente auf, vertreten Kunden vor dem Arbeitsgericht oder in Scheidungsverfahren. Sie helfen dabei, Häuser, Flugzeuge und Schiffe zu kaufen – und zwar so, dass möglichst wenig Steuern anfallen. Auch vertritt Appleby internationale Kunden wie etwa Nike, Facebook oder den Rohstoffhändler Glencore, arbeitet also auch für einige der größten Konzerne überhaupt. Und anders als bei Mossack Fonseca, die eher wenige Kunden in den USA hatten, stammt der Großteil der Appleby-Mandanten aus Nordamerika – und zwar aus buchstäblich allen US-Staaten. Schließlich rühmt sich Appleby, im Gegensatz zu Mossack Fonseca, oft damit, dass die Kanzlei eben besonders seriös arbeite. In einem Schreiben heißt es, Appleby zahle jedes

Jahr viel Geld für hochwertige Compliance. Dass dabei Schwachpunkte entdeckt und aufgearbeitet worden seien, zeige nur, wie sorgfältig Appleby arbeite.

Die Millionen internen Dokumente, die der SZ zugespielt wurden, ziehen diese Darstellung allerdings massiv in Zweifel. Sie zeigen, wie selbst diese prestigeträchtige Kanzlei Geschäfte mit Gesetzesbrechern oder mit Sanktionen belegten Oligarchen gemacht hat. Die E-Mails, Abrechnungen, Bank- und Gerichtsdokumente und weitere Dateien geben Einblicke in die interne Organisation der Kanzlei von den 1950er-Jahren bis 2016. Sie belegen zweierlei. Erstens: Wie manche Kunden Briefkastenfirmen benutzen, um kriminelles Verhalten zu vertuschen oder Geld aus dubiosen Quellen zu verstecken. Zweitens: Wie globale Unternehmen wie Apple, Facebook, Caterpillar oder Nike im großen Stil Steuern vermeiden, indem sie sich Schlupflöcher und hochkomplexe juristische Strukturen zunutze machen.

Gegründet wird Appleby 1898 in der britischen Kronkolonie Bermuda, als Privatkanzlei von Major Reginald Appleby. Der Tee trinkende, Cricket spielende und Filmen schießende Jurist wird Generalstaatsanwalt der Inseln. Als Major Appleby 1924 in See sticht, um in England seinen Urlaub zu verbringen, sagt die örtliche Zeitung *The Royal Gazette & Colonist Daily* voraus, dass in seiner Abwesenheit die Verbrechenstrafe ansteigen werde. Und als sich das Parlament im Juli 1940 trifft, um über die Einführung einer Einkommensteuer auf den Inseln zu debattieren, da spricht sich Appleby für die Sache derer aus, „die auf jegliche Einkommensteuer schauen wie auf die letzte Raffinade der Folter, der um jeden Preis widerstanden werden müsste“. So kommt es: Bermuda widersteht, und erfremt Einheimische wie Ausländer bis heute mit einem Steuersatz von null Prozent. Im Jahr 2015 hat Appleby seine Treuhandsparte verkauft, diese firmiert nun unter dem Namen Ekstra.

### Ein interner Bericht listet eine ganze Reihe von Fehlern auf

Als die Welt im vergangenen Jahr auf Mossack Fonseca und die Panama Papers schaute, versuchten Vertreter der Finanzlobby eilig, den Skandal mit der „Rotten Apple“-Strategie zu marginalisieren: Mossack Fonseca sei halt der faule Apfel im Korb, die Steueroasen-Industrie an sich aber sauber. Nach dieser Recherche muss der Schluss vielmehr ziehen: In der Welt der Briefkastenfirmen treiben sich derart viele Figuren mit dreieigen Händen herum, dass fast jeder, der in dieser Branche arbeitet und den Kunden, Vermittlern und Anbietern geschäftlich die Hand reicht, irgendwann selbst Schutz an den Fingern hat. „Wenn es selbst der Offshore-Magic Circle“ falsch macht, muss man annehmen, dass das gesamte Offshore-Finanzsystem Probleme hat. Diese Firmen sind das Herz des Offshore-Systems. Wenn sie verfallen sind, ist das ganze System verdorben“, sagt John Christensen vom Tax Justice Network, einer unabhängigen Organisation, die gegen Steuerflucht und Steueroasen kämpft.

Ein Prinzip, dem Appleby offenkundig gerne folgt, ist das der Drehtür: Die Recher-

chen zeigen, dass zahlreiche Appleby-Mitarbeiter zuvor bei wichtigen Regierungsstellen verschiedener Steueroasen gearbeitet haben – und umgekehrt. Zum Beispiel der bereits erwähnte Mitarbeiter Adrian Alhassan – er war, bevor er zu Appleby stieß, Mitarbeiter der Finanzaufsicht auf den Bermudas. Für das Jahr 2014 wirft genau diese Behörde dem dortigen Appleby-Büro massive Verstöße vor. In ihrem verneinenden Bericht machen die Prüfer neun Bereiche aus, in denen sie von Appleby mit großer Dringlichkeit Veränderungen fordern – darunter die Risikoeinschätzung im Bereich Geldwäsche und Terrorfinanzierung.

Die Ermahnung ist weder die erste noch die einzige. Interne PowerPoint-Präsentationen wecken zwischen 2007 und 2015 immer wieder Zweifel daran, ob Appleby genug über Identität und Geschäftsgebahren ihrer Mandanten weiß. 2012 heißt es in einer Präsentation: „Wir sind exponiert. Wir könnten besser sein.“ Am Ende einer internen Untersuchung 2008 auf den Kaimaninseln heißt es, die Wahrscheinlichkeit, gegen Gesetze und interne Regeln zu verstößen, sei „hoch“.

Gleichzeitig wird Appleby immer wieder von den Aufsichtsbehörden gerügt. Im Jahr 2015 beklagt die Bermuda Monetary Authority nach einer Untersuchung, dass die Kanzlei zu wenig über die Herkunft des Geldes ihrer Kunden weiß. Auch habe Appleby frühere Empfehlungen der Behörde nicht umgesetzt. Im Jahr 2013 moniert die Aufsichtsbehörde der Britischen Jungferninseln, dass Appleby in gleich mehreren Bereichen nicht oder nur teilweise regelkonform operiere; die Aufseher rügen unter anderem den laschen Umgang mit „politisch exponierten Personen“; diese wurden nicht oft genug überprüft.

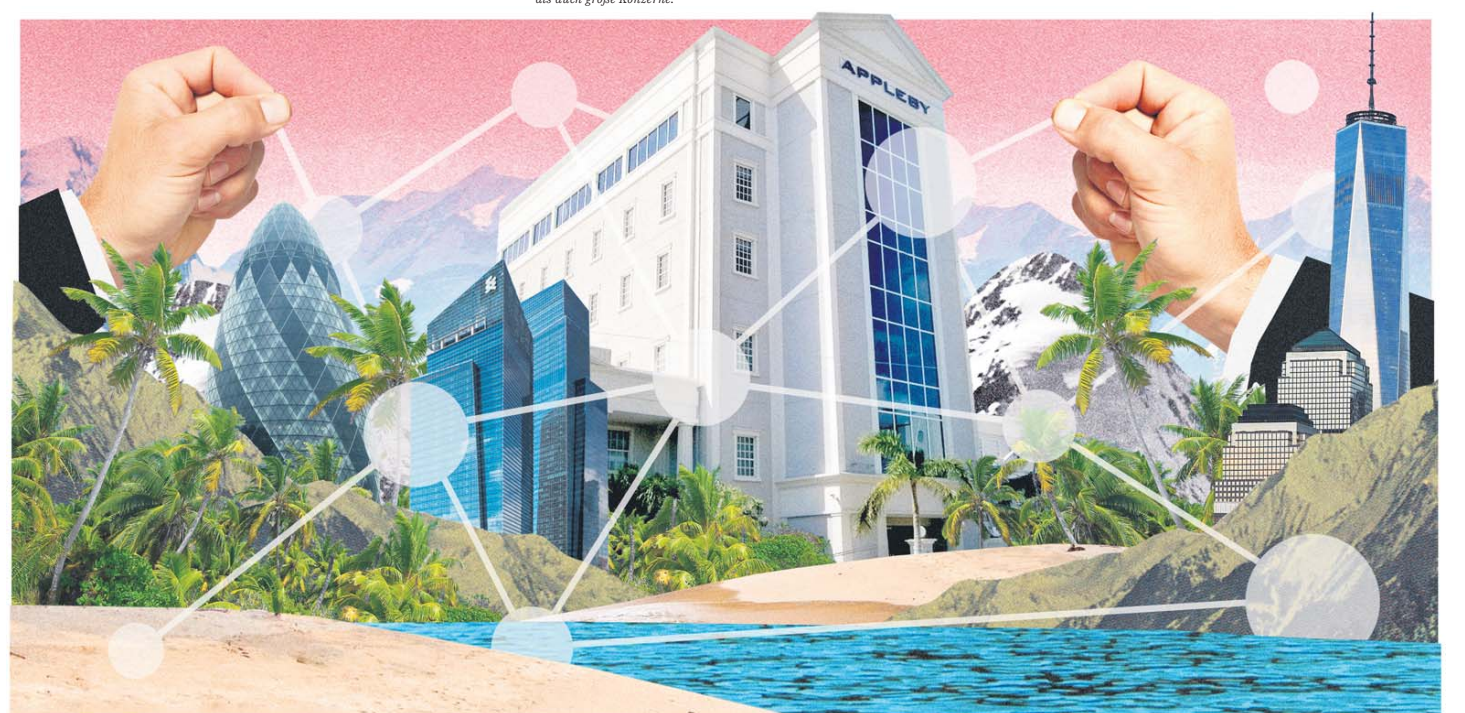
Ein besonders bemerkenswerter Fall ist der des Iraklers Abdul Hamid Dhaif, Besitzer des Ölkonzerns Crescent Petroleum und Appleby-Kunde seit 1984. Obwohl es immer wieder Gerüchte über Jafars Wähl zum irakischen Diktator Saddam Hussein gibt, stellt Appleby erst im Jahr 2013 fest, wie eng der Mann mit dem einstigen Regime verbunden war; er ist etwa der Bruder des Mannes, der einst für Saddam Hussein das Atomwaffenprogramm leitete. „Wir haben diese Geschäftsbeziehung jetzt schon seit einer ganzen Weile“, schreibt ein Appleby-Anwalt entsetzt, „wie können wir das nicht früher gewusst haben?“

Appleby erklärte jüngst auf seiner Website: „Wir tolerieren kein illegales Verhalten. Es stimmt, dass wir nicht unfehlbar sind. Wir viel Fehler entdecken, korrigieren wir sie rasch.“

Als im Frühjahr 2016 die Panama Papers an die Öffentlichkeit gelangen, bietet eine externe Firma bei Appleby ein Auftragsseminar darüber an, wie man Geldwäsche vermeidet. Appleby lehnt ab. Die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen seien bereits „extrem robust“, erklärt die Kanzlei: „Wir haben für Ihr Angebot derzeit keinen Bedarf.“

Ein Reporter des ICIJ erühdet Adrian Alhassan telefonisch, den früheren Compliance-Mann bei Appleby. Alhassan erklärt offen, dass kein Offshore-Provider Kriminelle hundertprozentig davon abhalten könne, das System zu missbrauchen: „Wir sprechen hier nicht vom FBI“, sagte er, wenn man Unmengen Zeit damit verbringe, die Kunden zu überprüfen, „bekäme man die Arbeit nicht erledigt“. Dann findet er ein Beispiel: „Es ist, als würde man einen Strand säubern“, erklärt er, „wenn du sagst, du hast ihn sauber gemacht – kannst du dann am Ende des Tages wirklich sagen, dass du jedes Stückchen Seetang aufgehoben hast?“

Mitarbeiter: Will Fitzgibbon



# PARADISE PAPERS

Mehr Infos, Videos und Grafiken zum Thema: [www.paradisepapers.de](http://www.paradisepapers.de)



## Die Schattenwelt des großen Geldes

N och immer rollen die letzten Wellen der im April 2016 publizierten Panama Papers heran, fast wöchentlich gibt es dazu Neuigkeiten: In Deutschland werden Banken durchsucht, in Kolumbien gibt es Verhaftungen, in Pakistan sieht der wegen der Panama Papers geschasste Premierminister einer Anklage entgegen. Und jetzt kommt schon das nächste Leak: die Paradise Papers.

Genauer gesagt ist das neue Datenleck aus den Steuerparadiesen dieser Welt nicht nur ein Leak, sondern es sind mehrere. Der Süddeutschen Zeitung wurden vertrauliche Dokumente zweier Firmen zugespielt, die sich auf Dienstleistungen rund um Briefkastenfirmen spezialisiert haben: die auf den Bermudas gegründete Anwaltskanzlei Appleby und die kleinere Tradehandfirma Asiacti Trust mit Hauptsitz in Singapur. Zum anderen hat die SZ die internen Daten der Firmenregister von 19 Steuerroasen erhalten, etwa von den Bermudas, den Cookinseln oder Malta. Die Paradise Papers bestehen also aus Daten, die sich aus 21 unterschiedlichen Quellen speisen.

### 382 Reporterinnen und Reporter aus 67 Ländern haben mitgearbeitet

Die Unterlagen lassen – erneut – in eine Welt blicken, die speziell für die Bedürfnisse der Großkonzerne, der Reichen und Superreichen zugeschnitten wurde. So birgt allein der Familientrust eines US-Großinvestors das unglückliche Vermögen von 7,2 Milliarden US-Dollar.

Aus Gründen des Quellenschutzes macht die SZ keine Angaben dazu, wie die Daten die Zeitung erreicht haben, wer sie übermittelt hat und wann sie übergeben wurden. Aber die Botschaft ist klar: Nichts ist mehr sicher im Offshore-Geschäft. Kein korrupter Politiker, kein Großkonzern, kein Sanktionsbrecher, kein Steuerhinterzieher, keine willige Bank kann weiter hoffen, dass unsaubere Geschäfte dort bleiben, wo sie eigentlich hinschmelzen: im Verborgenen. Das ist die Essenz der Datenlecks oder „Leaks“ der vergangenen Jahre.

Die insgesamt rund 13,4 Millionen Dokumente der Paradise Papers zeigen, wie weit verbreitet die Nutzung von Steuerroasen noch immer ist. Sie belegen bisher unbekannt Verbindungen eines Ministers aus Donald Trumps Kabinett zu russischen Oligarchen; insgesamt finden sich sogar mehr als ein Dutzend Berater, Kabinettsmitglieder und Großspender von Donald Trump in den geleakten Daten. Die Dokumente belegen, dass Konzerne wie Nike, Apple, Uber oder Facebook ihre Steuerroasen auf lächerlich geringe Sätze schrumpfen lassen, sie offenbaren Anlagen in Steuerroasen der britischen Königin, des Rockstars Bono, oder von Stephen Bronfman, dem Spendensammler des kanadischen Premiers Justin Trudeau.

Überhaupt, die politische Elite: Mehr als 120 Politiker aus nahezu 50 Ländern sind in den Daten zu finden.

Das Versprechen der Offshore-Industrie ist die Geheimhaltung. Briefkastenfirmen machen es meist schwer, und manchmal unmöglich, die Spur zu ihren wahren Eigentümern zu verfolgen. Solche Briefkastenfirmen zu nutzen, ist nicht von vorneherein illegal – die Verschwiegenheit macht diese Firmen aber attraktiv für Verbrecher, Kleptokraten und andere, die die Vermögen anhäufen, das sie nicht mit ihrem Namen verbunden haben wollen. Gleichzeitig sind Briefkastenfirmen – ohne Angestellte oder Büroplatz – beliebte Mittel, um Strukturen zur Steuervermeidung aufzubauen. Dadurch entgehen den Volkswirtschaften Milliarden an Steuern – die an anderen Stellen fehlen, etwa um Krankenhäuser instand zu halten, Schulen auszustatten oder Straßen zu machen.

Wenn man im Leak kaum oder gar nicht antrifft: Menschen, die normal oder wenig verdienen. Die Profiteure des Systems sind all jene, die es sich leisten können und wollen, an dieser Parallelwelt teilzuhaben. Die Offshore-Industrie mache die Armen ärmlich und die Reichen noch reich. Sie ermöglicht, sagt Brooke Harrington, Professorin in Kopenhagen und Autorin des Buches „Kapital ohne Grenzen: Vermögensmanager und das neue Prozent“. Das System der Steuerroasen ermögliche es nicht nur, Steuern zu vermeiden, sondern auch, Gesetze zu umgehen, die Reichen nicht passen. So könnten ausgerechnet Menschen mit viel Geld, die Wohlhabten der Gesellschaft „genießen, ohne ihren Zwängen unterworfen zu sein: „Für die Superreichen gibt es eine Welt außerhalb des Rechts.“ Nicht nur der Name Paradise Papers klingt ähnlich wie jener der Panama Papers, auch die Umstände sind es. Erneut ist



## Das nächste Leak

### Die Paradise Papers bringen Politiker, Prominente, Superreiche und Konzerne in Erklärungsnot – schon wieder

VON ELISABETH GAMPERL, KATRIN LANGHANS, MAURITIUS MUCH, HANNES MUNZINGER, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER, NICOLAS RICHTER, RALF WIEGAND, VANESSA WORMER UND TOBIAS ZICK

ein Datenwust aus der Welt der Briefkastenfirmen bei der Süddeutschen Zeitung gelangt, erneut hat die SZ diese Daten mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) in Washington D.C. geteilt. Und abernals arbeitete ein internationales Team von Reportern rund ein Jahr lang daran, die besten Geschichten herauszufuttern.

Zu den beteiligten Medien gehören die New York Times, der Guardian, die BBC, Le Monde oder La Nación. Insgesamt arbeiteten mehr als 380 Journalistinnen und Journalisten von 96 Medien aus 67 Ländern mit, in Österreich waren es der ORF und die Wiener Wochenzeitung Falter, in der Schweiz der Tages-Anzeiger und die Sonntagzeitung, in Deutschland neben der SZ auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR) sowie der Westdeutsche Rundfunk (WDR). Das Team überprüfte die Echtheit der Dokumente anhand zahlreicher Quellen – öffentlich zugängliche Firmenregister, Archive, Gerichtsunterlagen, Material aus früheren Leaks, persönliche Kontakte zu Steuerexperten, Anwälten, Ermittlern und Behörden.

In Deutschland führen die Spuren zu rund tausend Kunden, Begünstigten oder anderweitig Involvierten – was nicht heißt, dass man ihnen damit automatisch rechtliches oder moralisches Fehlverhalten unterstellen kann. Unter den Offshore-Nutzern sind Milliardäre, Adelige, Unternehmer, Erben, Investoren, verurteilte Betrüger und ehemalige Politiker, aber auch Firmen wie Sixt, die Deutsche Post oder die Hotelkette Meininger, Siemens, Allianz, Bayer oder die Deutsche Bank. Die SZ veröffentlicht nur jene Fälle, an denen ein öffentliches Interesse offenkundig ist.

Die Dokumente belegen zum Beispiel, wie der deutsche Spielotheken-Betreiber Paul Gauselmann die Welt des Online-Glücksspiels erobert. Er verdient damit an einem Geschäft im Netz, das staatlicher Regulierung faktisch entzogen ist. Den Grundstein dafür legte er in der Steuerroase Isle of Man.

Ein Großkunde der Kanzlei auf den Bermudas ist die Milliardärsfamilie Engelhorn. Im vergangenen Jahr hat ein Steuerverfahren gegen zwei Töchter des 2016 verstorbenen Pharma-Unternehmers Curt En-

Die Geschäftsidee von Steuerroasen ist Verschwiegenheit – Leaks wie die Paradise Papers lüften die Geheimnisse. ALLE COLLAGEN VON BENE ROHLMANN

**Neue Daten aus Steuerroasen**  
Der Süddeutschen Zeitung wurden wieder geheime Dokumente aus der Offshore-Welt zugespielt. Das Investigativ-Resort hat sie in Zusammenarbeit mit dem ICIJ ausgewertet.

**382 Journalisten aus 67 Ländern**  
darunter **19 Firmenregister der weltweit verschwiegensten Steuerroasen**

1. Antigua und Barbuda	7. Cookinseln	14. St. Kitts und Nevis
2. Aruba	8. Dominica	15. St. Lucia
3. Bahamas	9. Grenada	16. St. Vincent und die Grenadinen
4. Barbados	10. Labuan	17. Samoa
5. Bermudas	11. Libanon	18. Trinidad und Tobago
6. Kaimaninseln	12. Malta	19. Vanuatu
	13. Marshallinseln	

**600** Milliarden Euro werden jährlich von multinationalen Konzernen in Steuerroasen verschoben. Allen die EU verliert jedes Jahr **60** Milliarden Euro Steuererinnahmen. Der Gegenwert von **10** Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts wird von Ultrareichen in Steuerroasen geparkt.

**2** Offshore-Dienstleister Appleby und Asiacti Trust

Mit Verbindungen zu mehr als **120** Politikern und zu multinationalen Konzernen wie Apple, Nike, Facebook, Uber und anderen.

Quelle: ICIJ, Daxton/Örn Befehly  
Quelle: Paradise Papers Grafik/Illustration: Lisa Richter

gelhorns zu einer Nachzahlung von 145 Millionen Euro geführt – damit ist es die wohl größte Steuertrafsache, die je in Deutschland aufgearbeitet wurde. In den Daten finden sich Dutzende Trusts, die der Familie Engelhorns zuzurechnen sind – darunter solche, von denen die deutschen Steuerbehörden nach Informationen von SZ, NDR und WDR nichts wussten, als sie sich mit der Familie auf eine Nachzahlung einigten. Die kompliziertesten Vorgänge betreffen oft die Steuerkonstruktionen multinationaler Konzerne. Dem US-Sportartikelhersteller Nike etwa gelingt es, durch Offshore-Firmen und mithilfe von Appleby seine weltweite Steuerquote auf nur mehr 13,2 Prozent zu drücken. Auch der Taxi-Konkurrent Uber, der Social-Media-Riese Facebook und der Haushaltsgerätehersteller Whirlpool waren Kunden der Kanzlei. Die Paradise Papers enthüllen auch, nach welchen Kriterien der Computergigant Apple eine neue Steuerroase für seine Geschäfte suchte: Es sollte ein Land sein, das wenig Transparenz und Steuern verlangt und in dem offenkundig keine lästige Opposition diese Großzügigkeit gegenüber dem iPhone-Hersteller rückgängig machen könnte, wenn sie an die Regierung käme. „Offshore ist nicht nur ein Ort, eine Idee, eine Art, Dinge zu erledigen, oder auch eine Waffe der Finanzindustrie“, schreibt der britische Steuerroasen-Experte Nicholas Shaxson. „Es ist auch ein Prozess: Ein Abwärtswettlauf, dorthin, wo die Regeln, Gesetze und äußeren Zeichen der Demokratie Stück für Stück abgetragen werden.“

Eine ganze Reihe internationaler Rohstoffhändler nutzen die Offshore-Welt, gemeinsam mit global agierenden Investoren. Die Geschäfte mit der Dritten Welt laufen oft zu verächtlich günstigen Konditionen. Ein solches Beispiel belegen die Daten dieses Leaks im Detail – es geht um den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore. Die Rekonstruktion des Ringens um Mineralien wecken den Verdacht, dass im Zuge der Verhandlungen einer oder mehrere kongollesische Politiker oder Beamte bestochen wurden.

US-Handelsminister Wilbur Ross ist über diverse Fonds auf den Kaimaninseln an einer Reederei beteiligt, die wiederum einen russischen Energiekonzern zu ihren

größten Kunden zählt. Diese Verbindung von Ross zu Russland könnte einen Interessenkonflikt darstellen; sie war dem US-Senat offenbar nicht bekannt, als der Ross Anfang des Jahres für das Ministeramt bestätigt wurde. In Kanada finanzierte Stephen Bronfman, ein enger Vertrauter von Premierminister Trudeau, zeitweise einen dubiosen Trust auf den Kaimaninseln.

Selbst die Queen hat sich in eine Steuerroase verirrt. Jedenfalls wurde ihr Geld dort angelegt, und es landete dann in einer Kaufhauskette, die armen Briten Wurzeln zinsen abverlangt. Der Musiker Bono, bürgerlich Paul Hewson, investierte in ein Einkaufszentrum in Litauen, über Firmen in den Steuerparadiesen Malta und Guernsey. Unter den Nutzern der Offshore-Welt sind auch mindestens zwei Großspender des ICIJ. Investor George Soros verwaltete über Appleby ein Netz von Offshore-Firmen, etwa auf den Britischen Jungferninseln oder auf den Bermudas. Ebay-Gründer Pierre Omidyar ist Direktor einer Kaiman-Firma, die ein Investmentvehikel für seinen Trust ist.

Auch der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte eine Leitungsfunktion bei einer Offshore-Firma. Er war 2009 sogenannter „unabhängiger Aufsichtsrat“ des russisch-britischen Energieunternehmens TNK-BP. Das Joint Venture zwischen der britischen BP- und der russischen Alfa-Gruppe hat seinen Sitz auf den Britischen Jungferninseln. Obwohl Schröders Partei, nicht nur unter dem früheren Finanzminister Peer Steinbrück, seit Jahren vehemente Attacken auf Steuerroasen reitet, hat sich an Schröders Tätigkeit bei dem Offshore-Unternehmen bislang niemand erkennbar gestört; wer davon hätte wissen wollen, hätte es freilich seit Jahren wissen können, da die Informationen öffentlich zugänglich sind. Im Rahmen ihrer Funktion bei TNK-BP benötigten Schröder und zwei weitere Aufsichtsräte den Rat der Kanzlei Appleby. „wegen bestimmter prozeduraler Firmenangelegenheiten unter dem Recht der Britischen Jungferninseln“, wie es in der E-Mail eines Londoner Anwalts im Oktober 2011 hieß. Aufgrund eines Konflikts mit einem anderen Mandanten erteilte Appleby den Rat jedoch nicht. Wenig später, im Dezember 2011, trat Schröder – der sich zu diesen Vorgängen nicht äußern will – von dem Posten zurück. 2013 wurde TNK-BP von dem russischen Öl-Riesen Rosneft übernommen, wo Schröder vor seinem Wochensitz auf Aufsichtsratschef ernannt wurde.

### Paradiesisch

In den vergangenen Jahren hat die Süddeutsche Zeitung über eine ganze Serie von Datenlecks berichtet, es gab die LuxLeaks, die SwissLeaks und dann die Panama Papers. Die neuen Enthüllungen erscheinen unter dem Namen „Paradise Papers“, weil sie sich geografisch weniger klar zuordnen lassen als vergangene Leaks. Die neuen Dokumente aber haben eines gemeinsam: Sie alle erzählen Geschichten aus den Steuerparadiesen dieser Welt. Daher ihr Name.

Die meisten Daten in den Paradise Papers, fast sieben Millionen Dateien, stammen von der erwähnten Kanzlei Appleby, einer der führenden Kanzleien für Offshore-Geschäfte. Die geleakten Unterlagen belegen, dass die Firma Risikokunden aus dem Iran, Russland und Libyen angenommen hat, wiederholt von staatlichen Prüfern wegen mangelhafter Anti-Geldwäsche-Vorgehrens gerügt und mit Strafzahlung belegt wurde. Nachdem SZ und ICIJ Appleby mit den Recherchen konfrontiert hatten, veröffentlichte die Firma eine Stellungnahme. Darin ist die Rede von einem „illegalen Cyberangriff“. Außerdem spricht die Kanzlei von „unbegündeten Vorwürfen“ und sagt, es gebe „keinen Beweis für Fehlverhalten“.

Auch die Regierung der Isle of Man – eine der betroffenen Steuerroasen – ging nach einer Anfrage der Recherche-Kooperation an die Öffentlichkeit und lässt das britische Finanzministerium ein, die Praxis, beim Import von Geschäftsflugzeugen in die EU mitunter die Mehrwertsteuer zu rückzueroaten oder zu erlassen, zu überprüfen. Durch den Steuerleak sollen anderen Ländern hunderte Millionen an Steuern verloren gegangen sein.

Die Paradise Papers enthalten auch die internen Daten der Firmenregister ethischer Steuerroasen in der Karibik, dem Pazifik und aus Europa (siehe Grafik).

Mitarbeiter: Petra Blum, Bastian Brinkmann, Martin Pfaffenkeller, Gerald Byle, Jan Stroyky, Laura Terberl, Marina Walker, Oliver Zihlmann

## STEUEROASEN

# Das Paradies der Reichen

VON NICOLAS RICHTER

**E**in Widerspruch in sich ist das Wort „Steuerparadies“: Wer denkt beim Ausfüllen der „Anlage N“ schon an den Garten Eden? Eher fügt man sich der Erkenntnis, wonach der Mensch nur zwei Dingen nicht entgehen kann: Tod und Finanzamt. Tröstlich ist allenfalls die Idee, dass es nach dem Tod, also im Paradies, keinen Lohnsteuerabzug mehr gibt.

Aber so denken nur die kleinen, die normalen Leute. Für manche der größeren dagegen steht schon im Diesseits ein Weg ins steuerliche Jenseits zur Verfügung: Im Steuerparadies sind viele irdische Zwänge aufgehoben, denen sich die breitere Menschheit nicht entziehen kann. Es herrscht exklusive Unbeschwertheit.

Die Paradise Papers, welche die *Süddeutsche Zeitung* von heute an mit dem International Consortium of Investigative Journalists veröffentlicht, erzählen von Menschen und Firmen, die sich entziehen, meist der Steuer, manchmal auch Regulierungen oder Sanktionen, jedenfalls ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Dies geschieht inzwischen mit größter Selbstverständlichkeit. Steueroasen sind längst nicht mehr nur Schmutzdecklen,

## Für manche sind Steueroasen so normal wie Pornografie

sondern kollektiver Treffpunkt der Wirtschaftselite, in deren Kreisen irisch-holländisch-karibische Steuermodelle so akzeptiert sind wie es gesellschaftlich zum Beispiel die Pornografie ist. Sucht ein Konzern heutzutage den idealen Firmensitz, so erwartet er, dass der Gaststaat weder Steuern verlangt noch Transparenz, und schon gar nicht soll es eine politische Opposition geben mit dem Ansinnen, diese „Standortvorteile“ zu hinterfragen.

Steuerparadiese haben nichts Paradiesisches und nichts Vorbildliches. Die Isle of Man etwa, als Anhängsel des Vereinigten Königreichs Nutznießerin der europäischen Zollunion, bietet an, Privatflugzeuge mit einem Trick mehrwertsteuerfrei in die EU einführen zu lassen. Es ist ein Beispiel dafür, wie Kleinstregierungen und Anwaltskanzleien Sonderregeln für Privilegierte schreiben. Natürlich gibt es im steuerlichen Diesseits etliche Menschen, die sich gern die Mehrwertsteuer sparen würden, auf Obst, Windeln oder eine Konzertkarte – es aber nicht dürfen. Im Jenseits der Steueroasen hingegen darf man allein für das Flugzeug vier Millionen Euro Steuer sparen – mehr also, als viele Menschen im ganzen Leben verdienen.

Auf Vorhalte aus den Paradise Papers entgegen Betroffene oft, eine Berichterstattung über sie sei unzulässig, weil sie nichts Illegales täten. Das entspricht dem Geist der Steueroasen, wonach die Nutznießer des System gefälligst in Ruhe gelassen werden sollen. Dabei besteht großes öffentliches Interesse daran, was im steuerlichen Jenseits geschieht, welche Firmen dort ihre Bilanz optimieren, welche Minister dort ihre Interessenkonflikte verbergen. Die Kunden der Steueroasen mögen mit den örtlichen Fachanwälten Vertraulichkeit vereinbart haben – dieser Vertrag aber bindet jene nicht, die im steuerlichen Diesseits sitzen. Vielmehr können die Paradise Papers eine Debatte darüber beleben, warum sich manche ihren Verpflichtungen gegenüber der globalen Gesellschaft entziehen dürfen. Notwendig ist diese Debatte nach wie vor: Verschiedene Leaks der jüngeren Zeit mögen Steuerparadiesen geschadet haben, aber das Offshore-Geschäft blüht wie nie.

Verantwortlich dafür sind sowohl die Nutzer als auch die Anbieter. Zu den Nutzern gehören fast alle Weltkonzerne. In deren Logik hat jedes Volk der Welt seinen Zweck zu erfüllen – die Philippiner sollen T-Shirts nähen, die Deutschen sollen sie kaufen, die Holländer mit fiskalischen Sonderangeboten die Steuer drücken. Für Unternehmen, die sich mit einer Steuerrate von 15 Prozent brüsten, ist die Globalisierung paradiesisch: Vorteile kann man mitnehmen, den Auflagen entgehen. Das ist dreist, ja skandalös, das gab es nicht einmal im Garten Eden.

Die Verantwortung dafür tragen Regierungen, aber die Wetterlage lässt nicht erwarten, dass eine Vertreibung aus diesem Paradies bevorsteht. Donald Trump, der falsche Freund der kleinen Leute, twittert zwar gern gegen entrückte Eliten, hat Steueroasen aber selbst ausgiebig genutzt. Laut republikanischer Ideologie blüht der Mensch ja auch nur dort auf, wo die Steuer verdorrt. Steueroasen sind demnach das Vorbild, dem große Volkswirtschaften folgen sollen. Trumps jüngste Steuerpläne lassen erwarten, dass sich die USA den Billigtarifen der Steuerparadiese anpassen, nicht umgekehrt.

Mit dem Modell der Steueroasen wird man kein Paradies auf Erden schaffen. Ihr Wesen ist es ja gerade, dass es eben nicht allen zugänglich ist, dass es sich nicht alle leisten können. In ihrer Abschottung liegt eine Botschaft an jene, die draußen sind, im steuerlichen Diesseits, mit Sozialstaat, Regeln, demokratischen Verfahren: Die Hölle, das seid ihr.





„Sieht das hier aus wie ein Ort, an dem die Milliarden rumfliegen?“, fragt einer der wenigen kritischen Menschen auf der Isle of Man. Gegenfrage, wie sieht denn ein Ort aus, an dem derart windige Geschäfte gemacht werden? COLLAGE: BENE ROHLMANN

Der Ort, an dem sich die Vergangenheit an der Gegenwart bricht wie Wellen an der Küste, liegt im Südrain hinter einer schweren Schwingtür. Das Best Western Palace Hotel & Casino ist zwar weder „best“ noch irgendwie ein Palast, aber es hat ein echtes Kasino. Das einzige auf der Isle of Man. An diesem Mittwoch Ende September sitzen vier junge Typen an einem Rouletteisch, der zweite bleib abgedeckt. Ein älteres Paar spielt Blackjack, vom einzigen Gast im chinesischen Restaurant nimmt die Bedienung die Bestellung auf. Am Empfang hat sich der Türsteher auf einen Stuhl gesetzt und stiert auf sein Handy. In der nächsten Stunde wird keiner mehr kommen.

Vielleicht wird bald gar keiner mehr kommen. Draußen vor der Tür verzockt die halbe Welt ihr Geld, in jeder Sekunde, an jedem Tag, die ganze Nacht hindurch. Das Glücksspiel blüht, im Internet. Und das Kasino verwelkt.



**Paradise Papers**  
Die Schattenwelt des großen Geldes

19 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung erzielt die Isle of Man inzwischen mit E-Gaming. Vor 16 Jahren hatte sich auf der Insel das erste Unternehmen der Branche angesiedelt für Online-Poker, Online-Roulette, Online-Blackjack, Online-Wetten. Heute gehören die modernsten Gebäude der Insel nicht Banken oder Versicherungen, sondern E-Gaming-Firmen. Sie liefern die passende Software, die Politiker strikten die passenden Gesetze. Dank der Isle of Man gibt es keine Türsteher, nicht einmal eine Tür – jeder kann sich auch von dort ins Internet-Kasino einloggen, wo es gesetzlich verboten ist. Im Kasino wäre es erlaubt, da geht aber kaum noch einer hin.

Es ist nicht der einzige Widerspruch auf dieser Insel. An den Palmen rankt Efeu empor, und demnach wird im Kursaal ein Wrestlingkampf stattfinden. Marcus von Man wurde auf der Isle of Man geboren, jetzt kommt er zurück für die Köstprobe seiner Kunst. Es sind noch Karten da. „Sieht das hier aus wie ein Ort, an dem die Milliarden rumfliegen?“ Andrew Jessopp, 58, ist ein schmalere, leiser Mann, er hat eine Outdoorjacke an und die Hände in den Taschen, der Wind zupft an seinem lockigen Haar. Jessopp hat sich einen Tag Zeit genommen, um über die Insel zu fahren, seine Insel, auf der er seit fast 30 Jahren lebt. Sie kommt ihm aber immer komischer vor. Die Isle of Man ist eine Steueroase, „das kann man nicht anders sagen“, sagt Jessopp. Er gehört einer Gruppe an, die kritisch auf die Geschäfte der Insel schaut, auf das Geld, das internationale Finanzströme hertreiben und das doch keiner sehen kann. Taxwatch heißt die Gruppe, sie sind zu zwölf. Zwölf von 83.000.

Seine Insel macht es ihm nicht leicht. Der leise Herr Jessopp hat auch ein leises Auto, eines mit Elektroantrieb, leider gibt es aber nur zwei Ladestationen auf der Insel. Jessopp findet, ein vom Meer bedrohter Insel müsst sich mehr ums Klima kümmern. Er versucht schon eine ganze Weile, eine grüne Partei zu gründen, es gelingt aber nicht. Er ist auch schon ein paar Mal zu Parlamentswahlen angetreten, aber nie gewählt worden. Wieso nicht? Jeder dritte Inselbewohner arbeitet inzwischen in der Finanzbranche. Vielleicht mögen die einfach keinen, der sagt: „Das ist nicht die

ethischste Art, Geld zu verdienen.“ Das sagt nämlich Andrew Jessopp.

Und er hat wohl recht. Paradise Papers heißt das Paket an Daten und Dokumenten, das der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurde und das eine internationale Kooperation von Journalisten über Monate ausgewertet hat. Die Daten geben Hinweise auf viele Menge fragwürdiger Geschäfte, die auf der Insel in der Irischen See abgewickelt werden. Hier, zwischen Großbritannien und Irland, kann man Flugzeuge in die EU importieren, ohne Steuern darauf zu zahlen, oder Glücksspielgesetze in anderen Ländern umgehen.

Das sind nur zwei Beispiele für Geschäfte in Steuerparadiesen. Weltweit verschiedene Konzerne jedes Jahr 600 Milliarden Euro in solche Oasen. Allein Deutschland verliert dadurch jedes Jahr 17 Milliarden Euro. Dass die Isle of Man beim großen Steuer-Monopoly mitmacht, hat einen einfachen Grund: Weil sie es kann. Früher hatte hier das britische Königshaus das Sagen, aber das ist lange her. Heute ist die Insel als Kronbesitz eine Art autonomes Gebiet, aber kein eigenes Land. Aber auch kein Teil von Großbritannien. Sie ist kein Mitglied der Europäischen Union, ist mit ihr aber über Abkommen verhandelt. Die Briten sorgen für die Sicherheit der Insel, militärisch und außenpolitisch, lassen sie aber ansonsten machen, was sie will. Zum Beispiel eigene Gesetze.

**In kleinen Wohnhäusern mit nettem Erker sitzen Weltfirmen. Das große Geld, ganz klein**

Es ist viel leichter zu sagen, was die Isle of Man nicht ist, als, was sie wirklich ist. Außer eben ein Steuerparadies.

Das örtliche Parlament geht sehr großzügig mit Unternehmen um, die sich ansiedeln wollen. Die Inselregierung hat ihre Steuervorschriften und ihr geltendes Recht so sehr geweitet, bis die meisten großen Finanzdienstleister und Online-Kasinos durchschlüpfen konnten. Jetzt sind sie alle da, KPMG, Ernst & Young, Deloitte, PricewaterhouseCoopers, Barclays, Lloyds, Konzerne, Banken, Versicherungen, Finanzmakler. Deren Firmenlogos leuchten eine Flugstunde entfernt, im Finanzzentrum der Londoner City, von Wolkenkratzern. Auf der Isle of Man sitzen sie hinter den Fassaden bürgerlicher Wohnhäuser, zwei Etagen, hübscher Erker. Das große Geld, ganz klein.

Und mit der Finanzbranche kamen die Anwälte, wie Möwen, die das Schiff begleiten, falls der Smutje ein paar Fischreste aus der Kombüse kippt. Auch die Anwälte von Appleby. Aus dieser Kanzlei stammen die meisten Informationen der Paradise Papers. Appleby hat überall dort Filialen, wo Geld diskret verstaubt werden soll und wo Palmen wachsen und die Meer rauscht. Es heißt ja „offshore“ – abseits der Küste. Die Kanzlei be-

treibt Büros auf Inseln wie den Caymans, Bermudas, den Seychellen, Mauritius oder den Britischen Jungferninseln und bietet dort Briefkastenfirmen an, unter anderem „Offshore-Schlüsselstandorte“ nennt die Kanzlei diese Gegenden selbst. Und dazu gehört auch die Isle of Man.

Und die Inselbewohner leben eben davon. Es sind diese Leute, Sekretärinnen, Chauffeurs, Hausmeister, IT-Experten, Empfangsdamen, Kassierer, Boten und Schreibkräfte, alle in den Offshore-Ländern, die Steuern zahlen. Sie sind es, die das System der Steuerbefreiung am Laufen halten. Und abkassiert werden.

„Ist das nicht pervers?“, fragt Andrew Jessopp, ohne eine Antwort zu erwarten. Es ist, als hätten sich die Leute damit abgefunden, dass ihre Insel verkauft worden ist ans große Kapital. „Sie müssen keine Veränderung“ Rund 30 000 Firmen sind hier registriert. Würden wenigstens die, die auf dem Papier Einheimischen gehören, mit 20 Prozent zur Kasse gebeten – der Schatzmeister der Isle of Man könnte 108 Millionen Pfund im Jahr verbuchen, haben sie bei Taxwatch ausgerechnet.

Ob es hier aussieht, als würden die Milliarden rumfliegen, hat Andrew Jessopp gefragt. Nein, es sieht nicht so aus. Die Straßen sind nicht glatter, die Schulen nicht besser, die Fassaden nicht makelloser als anderswo. Kindergärten, Krankenhäuser, billiger Wohnraum. Es fehlt, was auch anderswo fehlt. Andrew Jessopp surft mit dem Elektroauto durch die Insel-Hauptstadt Douglas, den Hügel hoch, in ein neues Gewerbegebiet, in dem gerade ein Autohaus entsteht. Aston Martin, Rolls Royce, Bentley wird man dort kaufen können, aber es ist nicht das, was man hier sucht, das nicht mal ein Drittel so groß ist wie das Stadtgebiet von Hamburg. „Noch ein Autohaus ist wirklich nicht das, was wir brauchen“, sagt Jessopp. Er klingt angegriffen.

Im Grunde ist es bedauerlich, dass ein so schöner Platz wie dieser so windige Geschäfte macht. Die Menschen sind auf derart frühe Art freundlich, dass man sie



nicht einmal versehentlich für Engländer halten könnte. Im Bus grüßt jeder Gast den Fahrer, und der Fahrer grüßt jeden zurück. Bei Sonnenschein rufen die Leute auf der Straße: „Schöner Tag als gestern!“ Die Hügel sind sanft, die Burgen sehr alt, und überall, wo Angler angeln können, steht ein Schild mit Fischen drauf.

Man sagt, dass Inseln den Horizont erweitern. Wer dort lebt, kann nicht einfach weg, aber der Blick ist frei, und ihm können die Gedanken folgen. Die Isle of Man verkauft sich bestmöglicherweise jedem für ein paar Pfund Gebühren.

**Die Insel ist winzig, da fährt schon ein Minister mit dem Rad vorbei, ein Mittagessen – Deal**

Das geschieht in der Registrierhalle, einer Art Internetauftritt mit Behördenstempel. An einem der Computer sucht sich der Existenzgründer erst einen Firmennamen aus, der noch frei ist – eine hübsche Limited vielleicht, benannt nach der eigenen Yacht oder dem treuen Hund – drückt ein Formular aus, geht zum Tresen, zahlt die Gebühr, und das war's. Einen Zweck muss die Firma nicht haben, „das Ganze dauert nur ein paar Minuten“, sagt Jessopp. Er steht so verloren in dem Raum, als sprächen die Leute um ihn herum eine andere Sprache. Am selben Tresen kann man übrigens auch seine Eheschließung anmelden. Die Ehe mag vielleicht teuer werden, für die künftige Unternehmen aber gilt der Körperschaftsteuersatz von null Prozent.

Das ist schon sehr profan für eine Insel, auf der sogar eine Fee wohnt. Im Bus hinaus zum Flughafen erinnert die Stimme vom Band, die auch die Haltestellen ansagt, beim Überqueren der Feen-Brücke daran, die Fee zu grüßen. „Sag hallo zu der Fee!“ Und man sagt hallo zu der Fee.

Wegen solcher Geschichten hat die Insel bis Ende der Sechzigerjahre gut vom Tourismus gelebt. Douglas ist eine Stadt am Meer mit einer Bucht, die sanft geschwungen ist. Vor allem Touristen aus Manchester oder Liverpool nahmen früher die Fähre hierher, für einen Sommerurlaub. Leider recht oft ohne Sommer. Das Klima ist mild, regnerisch und gerne mal neblig.

Und dann, sagt Andrew Jessopp, der selbst aus der Gegend um Birmingham stammt und als einer der Letzten mit seiner Familie zur Sommerfrische kam, „konnten die Leute nach Griechenland oder Spanien fliegen.“ Die Hoteliers auf der Isle of Man vergaßen, ihre Zimmer zu renovieren. So sahen viele Gebäude noch aus wie im Zweiten Weltkrieg, als der Zweite Weltkrieg schon 40 Jahre vorüber war. An der Promenade wechseln sich wiederabende Fassaden mit bittorpanischen Bauten ab. Die Einzelhändler haben in beiden Kriegsjahren viele Häuser ausländer interniert, die im Verdacht standen, für Feindländer zu spionieren. Auch Joseph Hubert Pilates aus Mönchengladbach saß in ei-

nem dieser Häuser fest. In der Haft erforderte eine Yoga-Variante Pilates.

Die Bee Gees wurden hier geboren, und der berühmte Rennfahrer Nigel Mansell lebte mal hier, bevor er umzog nach Jersey, in eine andere Steueroase.

Steueroase zu werden, war für die Isle of Man natürlich eine tolle Idee. Über ein Zollabkommen ist sie direkt mit Europa verbunden, ohne dass dieses Europa allzu sehr stören würde. Wer zum Beispiel etwas über die Isle of Man nach Europa einführt und dort keine Mehrwertsteuer bezahlt, weil die Isle of Man keine verlangt, muss auch in keinem anderen EU-Land Mehrwertsteuer dafür zahlen.

Das ist blöd für die EU, aber toll für die Importeure etwa von Privatflugzeugen. Die Isle of Man macht sich einen Spaß daraus, Jets anzumelden und dazu Firmen zu gründen, denen diese Jets dann gehören, und diese Firmen dann von der Mehrwertsteuer zu befreien. Fast 1000 Flieger sind schon in den Büchern der Isle of Man gelandet, und der Schaden für die EU-Länder ist beträchtlich. Mehrere Hundert Millionen Euro Steuern sind ihnen entgangen, während auf der Isle of Man ein paar Gebäuden hängen geblieben. Aber besser die als nichts, das ist das Motto. Den Flugzeug-Trick nutzen die Superreichen, Formel-1-Fahrer, Unternehmer, Scheichs.

Seit vor gut zwei Wochen durchgesickert ist, dass das Jet-Business Teil jenes Datenlecks ist, von dem auch die Kanzlei Appleby betroffen ist, sind sie auf dem Festland plötzlich alle sehr böse. Geht doch nicht, so was, brummen die Politiker in London, als hörten sie zum ersten Mal von der Isle of Man. Das Flugzeugregister dort gibt es aber schon seit zehn Jahren. Wie es sein kann, dass es inzwischen zu den weltweit größten seiner Art gehört, hat sich anscheinend noch nie jemand gefragt.

Gerade mal 35 Volkvertreter sitzen im Parlament der Isle of Man, dem uralten Tynwald, von den Wikingers im 10. Jahrhundert gegründet. Seit tausend Jahren wird hier alles auf kurzen Wegen entschieden, bis heute. Das Regierungsviertel, die Offshore-Branche, die Anwälte, die Versicherungen, der Zoll, die Aufsichtsbehörde: Hügel rauf, Hügel runter, Mittagessen – Deal! Der Generalstaatsanwalt wartet auf den Bus, der Wirtschaftsminister kommt mit dem Fahrrad vorbei, und wer gestern noch in der Regierung saß, kann morgen schon bei einem Finanzdienstleister angestellt sein. Der Erfinder des Flugzeugregisters etwa erforderte erst für die Regierung das Register, dann wechselte er zu Appleby. Als Chef der Flugzeug-Abteilung.

Aber die Insel verändert sich, die wuchernde Spielzeugindustrie quetscht ihre Glasfenster zwischen alte Fassaden. Der Software-Hersteller Microgaming hat seine beiden Gebäude mit einer Brücke verbunden, im Erdgeschoss können Besucher mit einem Seilhoop über die Dächer von Douglas schauen wie aus einem U-Boot. Ist cooler als die Pferdekutschentrassenbahn, die über die Promenade zuckelt.

Andrew Jessopp findet, dass die Insel zu klein ist für die Größe ihres Finanzsektors: „Diesem Geschäft werden kaum Grenzen gesetzt. Es gibt auf der Insel zu wenig Personal, um die Finanzwirtschaft zu kontrollieren.“ Wie groß das Problem ist? Es gibt eine Adresse, zufällig ist es die von Appleby, an der sind allein mehr als 1100 Firmen und Trusts gemeldet: 33-37 Athol Street. Die Post kann man an der Rezeption abgeben, auf Briefkästen verzichtet die Briefkastenfirmen meist weitehend. Das würde überall sonst überraschen, nur hier nicht, wo auch viele Katzen keinen Schwanz haben, wegen einer Mutation, dafür aber haben die Schafe vier Hörner. Und Briefkastenfirmen eben keine Briefkästen.

Die Athol Street nennen die Leute „Straße ohne Sonne“, weil auf beiden Seiten die Schattenwirtschaft blüht. Sie ist so etwas wie der Financial District der Isle of Man, sieht aber aus wie eine normale Wohnstraße. Die Firmenlogos sind dezent, die Häuschen gepflegt, in ihren ungenutzten Wohnungen wird mit Milliarden jongliert. Diskretion vom Feinsten.

Unsichtbarkeit ist ein Spezialgebiet von Steuerparadiesen, und die Isle of Man ist ein geradezu idealer Ort dafür. Der Legende nach hat der keltische Seefahrer Manannan die Isle of Man gegen Angreifer verteidigt, indem er die Insel einfach im Nebel verschwinden ließ. Ein paar Schmugglern soll das auch ganz gut gefallen haben.

Heute kommt der Nebel noch immer aus dem Nichts, es kann passieren, dass man im Flugzeug schon die Lichter von Douglas sieht und doch nicht landet. Der Pilot fliegt zurück nach London, die Passagiere bekommen noch ein Fläschchen Whiskey extra, und niemand regt sich auf. Und der Inselchef beantragt ein Kriecher seiner Insel mit ein bisschen Verbalnebel. „Wir sind keine Steueroase, wir sind steuereffizient“, sagt Howard Quayle, der First Minister. Aggressive Steuervermeider oder gar -hinterzieher seien nicht willkommen. Und die Sache mit den Flugzeugen ohne Mehrwertsteuer werde man untersuchen.

**Warum sollten sie die schwarzen Löcher schließen? Die meisten hier leben doch ganz gut davon**

Untersuchungen sind immer das Erste nach einem Leak. In Großbritannien mit seinen Übersee- und Kronbesitzungen kennen sie sich damit aus. Die Panama Papers vor eineinhalb Jahren hatten den damaligen Regierungschef David Cameron in die Bresche geharacht. Seitdem ist sogar die Buckingham Palace als Offshore-Investor in den Paradise Papers verzeichnet. Immer wieder sind es die Kanal-, Kaiman- und Jungferninseln, die auffallen, und jetzt die Isle of Man. Auf die Idee, sie zu schließen, die schwarzen Löcher im Gelduniversum, kommt aber nie jemand.

Wenn ihn alles mal wieder ärgert, rast Andrew Jessopp mit dem Motorrad los. „Schnell zu fahren, ist für viele Leute auf der Insel Ausdruck der Freiheit“, sagt er, ein generelles Tempolimit gibt es nicht. Seit 1911 wird hier das gefährlichste Motorradrennen der Welt ausgetragen, mit 200 Sachen durch 200 Kurven. Allein in diesem Sommer sind dabei drei Menschen gestorben. Auch Jessopp hätte es fast mal erwischt, 1993, eine Bodenwelle. Er dachte, er würde sich das Genick brechen. Seine Familie verbot ihm, noch mal teilzunehmen. Er hat sich gefügt, wie sich die ganze Insel gefügt zu haben scheint. Wenn du es hier nicht beobachtet, sagen die Leute: Morgen kommt ein Boot.



Königin Elizabeth II., Kanadas Premier Justin Trudeau, Kongos Präsident Joseph Kabila, US-Handelsminister Wilbur Ross (von links).

COLLAGE: BENE ROHLMANN

# Trump-Minister verdient an Russland-Geschäften

Geheime Dokumente aus Steueroasen zeigen: US-Handelsminister Ross profitiert von einer Firma, die mit der Familie von Kreml-Chef Putin verbunden ist. Die Paradise Papers enthüllen auch, wie Apple und Nike Steuern sparen – und die Queen Geld anlegt

VON FREDERIK OBERMAIER,  
BASTIAN OBERMAYER  
UND NICOLAS RICHTER

**München** – Der amerikanische Handelsminister Wilbur Ross profitiert als Privatmann von Geschäften mit einer Firma, die dem Schwiegersohn des russischen Präsidenten Wladimir Putin und Kreml-nahen Geschäftsleuten gehört. Das ergibt sich aus Daten und Unterlagen, die der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt wurden. Die Recherche-Ergebnisse werden in den kommenden Tagen weltweit unter dem Titel „Paradise Papers“ veröffentlicht. Die Enthüllung könnte die Regierung von US-Präsident Donald Trump weiter in Bedrängnis bringen; ein Sonderermittler untersucht seit Monaten die Kontakte zwischen Trumps Team und Moskau.

In den 13,4 Millionen Dokumenten, die Unterlagen aus Steuerparadiesen weltweit enthalten, tauchen die Namen von mehr als 120 Politikern aus fast 50 Ländern auf, dazu Superreiche, Sportler und Unternehmer – sowie 14 Berater, Spender und Kabinettsmitglieder von US-Präsident Trump. Auch über die Steuervermeidungspraktiken einiger der bekanntesten Konzerne der Welt, etwa Nike oder Apple, findet sich Entlarvendes in den Dokumenten.

Im Fall des US-Ministers und Milliardärs Ross geht es um eine Beteiligung an der Reederei Navigator, zu deren Großkunden der russische Energiekonzern Sibur gehört. Dieser ist in der Hand von Vertrauensleuten Putins sowie von dessen Schwiegersohn Kirill Schamalow. Wie aus den Unterlagen hervorgeht, hat Navigator seit 2014 mit Sibur Geschäfte im Wert von mehr als 68 Millionen Dollar abgewickelt. Über eine Kette von Briefkastenfirmen ist Ross an Navigator beteiligt. Fonds von ihm halten laut US-Börsenaufsicht knapp ein Drittel

der Anteile. Wie groß der persönliche Anteil des Ministers an diesen Fonds genau ist, ist allerdings unklar.

Konfrontiert mit diesen Recherche-Ergebnissen, verlangt der demokratische US-Senator Richard Blumenthal eine Untersuchung. Er wirft Ross vor, den Senat und das amerikanische Volk getäuscht zu haben. Ross bestreitet, dass seine Geldanlage Einfluss auf seine Amtsführung habe. Das Thema ist politisch heikel, weil das Verhältnis von Trump zu Moskau gerade von dem Sonderermittler und früheren FBI-Chef Robert Mueller untersucht wird. Vergange-

ne Woche hat dieser einen Ex-Wahlkampfmanager Trumps angeklagt.

Die Paradise Papers zeigen auch, dass der russische Star-Investor Juri Milner bei seinem Einstieg in die Social-Media-Unternehmen Twitter und Facebook vor einigen Jahren offenbar mit Hunderten Millionen Dollar aus dem Kreml ausgestattet wurde. Der Ankauf der Aktien des Kurznachrichtendienstes Twitter wurde demnach von der russischen Staatsbank VTB mitfinanziert, das Investment bei Facebook von der Gazprom Investing Holding. Das Kreml-gestützte Investment ist besonders brisant,

da Facebook und Twitter derzeit in der Kritik stehen, nicht genug gegen eine Beeinflussung des US-Präsidentenwahlkampfes durch Russland unternommen zu haben. VTB und Gazprom erklärten, die Investitionen in Twitter und Facebook seien nicht politisch motiviert gewesen. Milner hat die Anteile mittlerweile verkauft.

Die SZ hat die Daten, wie bei den 2016 veröffentlichten Panama Papers, mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) in Washington geteilt, sowie mit mehr als 380 Journalisten aus rund 70 Ländern. Insgesamt beteiligten sich Recherche-Teams von rund 100 Medienhäusern, darunter die *New York Times*, der *Guardian*, die *BBC* und *Le Monde*. An der Recherche waren auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR) und der Westdeutsche Rundfunk (WDR) beteiligt.

In den Dokumenten findet sich indirekt unter anderem auch Queen Elizabeth II. Ihre Vermögensverwalter investierten demnach in eine Firma, die Haushaltsgüter auf Raten verkauft – bei Zinssätzen von bis zu 99,9 Prozent. Auf Anfrage erklärten Beamte der Queen, den Vermögensverwaltern sei „nicht bewusst“ gewesen, über einen Fonds auf den Kaimaninseln an der unstrittigen Firma beteiligt gewesen zu sein.

Neben mehreren kanadischen Ex-Regierungschefs ist den Paradise Papers zufolge auch einer der engsten Vertrauten des amtierenden Premiers Justin Trudeau in Geschäften in Steueroasen verwickelt. Dem kanadischen Staat sind durch ein kompliziertes Konstrukt von Briefkastenfirmen wöglich Millionen Dollar an Steuern entgangen. Weder Trudeau noch sein Berater wollten sich auf Anfrage dazu äußern.

Das neue Leak belegt im Detail, wie multinationale Konzerne Steueroasen nutzen, um Steuern zu vermeiden. Der Sportartikelhersteller Nike baute erst auf den Ber-

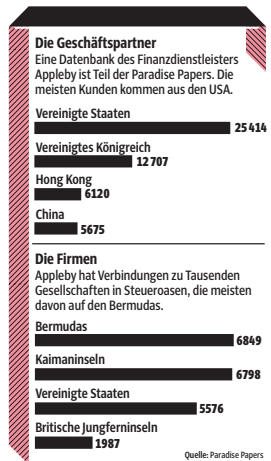
mudas und später in den Niederlanden ein System auf, das dem Konzern außerhalb der USA Milliarden Euro an Steuern ersparte. Die Computerfirma Apple, der wertvollste Konzern der Welt, verlangte laut bislang geheimen E-Mails, einen Geschäftssitz in einem Land zu finden, an dem offiziell garantiert keine Steuern anfallen. Nike und Apple betonten auf Anfrage, sich an Recht und Gesetz zu halten.

Die Veröffentlichungen basieren auf 1,4 Terabyte interner Daten zweier Finanzdienstleister sowie den Unternehmensregistern von 19 Steueroasen. Der wichtigste Teil des Leaks stammt von der Kanzlei Appleby, einem der führenden Anbieter sogenannter Offshore-Firmen. Ausgewertet wurden aber auch Daten des Treuhandunternehmens Asiatic Trust mit Sitz in Singapur sowie Unternehmensregister aus 19 der intransparentesten Steueroasen, darunter Isle of Man, Malta und die Bermudas.

Appleby erklärte, es gebe „keinen Beweis für Fehlverhalten“ der Kanzlei selbst oder ihrer Kunden. Asiatic Trust ließ eine Anfrage unbeantwortet.

In Deutschland führen die Unterlagen zur Milliardärsfamilie Engelhorn und damit zu einem der größten Steuerfälle der deutschen Geschichte. Außerdem zeigen sie, wie der Glücksspiel-Unternehmer Paul Gauselmann die laxen Gesetze auf der Isle of Man nutzt, um an dem hierzulande überwiegend verbotenen Online-Glücksspiel zu verdienen.

Eine Reihe von Papieren in den Daten legen den Verdacht nahe, dass bei einem Rohstoffdeal des Schweizer Konzerns Glencore in Afrika Schmiergelder geflossen sein könnten. Der Demokratischen Republik Kongo sollen bei Minengeschäften Hunderte Millionen Dollar entgangen sein. Glencore und ein beteiligter israelischer Geschäftsmann wiesen dies zurück.



Wir starten unseren ersten Podcast. Was Sie von dem Audio-Angebot erwarten dürfen – und wie Sie es abonnieren können: [sz.de/podcast](http://sz.de/podcast)